

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

1

'70

**Staatsmonopolistische
Wirtschaftsregulierung –
Inhalt, Formen, Methoden**

Wolfgang Albers

Inhaltsverzeichnis

L. Alter	
Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft: Wesen, Methoden und Widersprüche	1
Alfred Bönsch	
Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Programmierung	16
R. Oganov/B. Jaroševskij	
Moderne Programmierungskonzeptionen	41
Reinhold Kowalski/Gerd Maurischat	
Wesen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Bonner Strukturpolitik	55
Kurt Zieschang	
Zu den objektiven ökonomischen Triebkräften der wirtschaftspolitischen Konzeption in Westdeutschland	73
Victor Perlo	
Die neue Regierung der USA vor wirtschaftlichen Problemen	85
A. Schapiro/O. Bogdanov	
Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft	95
Lola Zahn	
Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung	127
Jean Launay	
Die Bedeutung des gegenwärtigen französischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	145
Eugenio Peggio	
Die kapitalistische Reorganisation in Italien	152
Anhang	
Die theoretischen Standpunkte einflußreicher bürgerlicher westdeutscher Ökonomen zu Grundproblemen der staatsmonopolistischen Programmierung (mit Literaturübersicht)	163

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8.—, Jahresabonnement DM 26.—

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5.— für das Einzelheft, DM 16.— für das Abonnement. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan. Umschlaggestaltung: Nikolaus Ghèsquiere, Frankfurt/Main.

L. Alter

Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft: Wesen, Methoden und Widersprüche

Aus: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija* (Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen), Moskau, 1/1968

Die Erforschung des modernen Kapitalismus erfordert die Analyse der neuen Erscheinungen, die in den letzten Jahrzehnten im Verlauf der Entwicklung seiner Wirtschaft aufgetreten sind. Dies ist erforderlich für die Erklärung der konkreten Formen, in denen die vom Marxismus-Leninismus entdeckten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Kapitalismus in unserer Epoche auftreten, und für die Ausarbeitung einer wissenschaftlich begründeten Linie im wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen dem Weltsystem des Sozialismus und dem Kapitalismus sowie der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung.

Im Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus kommt der staatlichen Regulierung der Wirtschaft große Bedeutung zu. W. I. Lenin stellte bereits am Ende des 19. Jahrhunderts fest: „... die maschinelle Großindustrie fordert im Unterschied zu den vorangegangenen Stadien gebieterisch eine planmäßige Regulierung und gesellschaftliche Kontrolle der Produktion“.¹ Das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln legt der Verwirklichung dieser herangereiften Notwendigkeit, nämlich der planmäßigen Regulierung der gesellschaftlichen Produktion, Hindernisse in den Weg. Aber die unerbittlichen Erfordernisse der Entwicklung der Produktivkräfte brechen sich letzten Endes Bahn, auch wenn dies in den durch die Natur des Kapitalismus hervorgebrachten antagonistischen Formen vor sich geht.

Mit der Zunahme der Konzentration der kapitalistischen Produktion und ihrer Vergesellschaftung sowie mit dem Auftreten und der Entwicklung neuer Formen des kapitalistischen Eigentums, nämlich des monopolistischen und des staatsmonopolistischen Eigentums, entstehen bestimmte Elemente der Planmäßigkeit. Bei der Analyse der neuen Erscheinungen in der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus kam W. I. Lenin zu dem Schluß, daß ein „direktes Hinüberwachsen des Kapitalismus in seine höchste planmäßige Form“² vorliegt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist eben diese „planmäßige Form“ des Kapitalismus.

Gleichzeitig schrieb W. I. Lenin, daß die Planmäßigkeit, die unter den Bedingungen des Kapitalismus entsteht und in der staatlichen Regulierung der Wirtschaft ihren Ausdruck findet, dessen ausbeuterische Natur nicht verändert, denn die „Einführung der Planmäßigkeit befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 561.

2 W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 299.

Kapitalisten aber streichen ihre Profite „planmäßiger“ ein.“³ Unter den Bedingungen der antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus bestehen die Elemente der Planmäßigkeit hierbei nebeneinander und verflechten sich mit der Anarchie der Produktion und mit dem Wirken der Gesetze des spontanen Marktes. Der Kapitalismus ist nach wie vor nicht in der Lage, die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft als einheitliches Ganzes im Interesse des Wohlstands aller Mitglieder der Gesellschaft zu gewährleisten, wie dies im Sozialismus der Fall ist.

Das keynesianistische ökonomische Modell

Die staatsmonopolistische Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft ist eine qualitativ neue Erscheinung im Vergleich zu den Methoden der staatlichen Einmischung in das wirtschaftliche Leben, die unter den Bedingungen des vormonopolistischen und auch in den ersten Stadien des monopolistischen Kapitalismus zur Anwendung gelangten, und zwar erstens, weil sie nicht episodischen sondern beständigen Charakter hat, und zweitens, weil sie bestrebt ist, durch ihren Einfluß nicht einzelne ökonomische Prozesse, sondern die kapitalistische Reproduktion in ihrer Gesamtheit zu erfassen.

Die Notwendigkeit einer solchen Regulierung ist durch drei Hauptgründe bedingt: durch den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, die immer gebieterrischer den Übergang zur planmäßigen Wirtschaftsführung verlangt; durch die Verschärfung der inneren Widersprüche des Kapitalismus, was die Gefahr neuerer Krisen in sich birgt und dazu zwingt, zu den sogenannten antizyklischen Maßnahmen der staatsmonopolistischen Regulierung systematisch Zuflucht zu nehmen; und durch den wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Systeme, der die Probleme des langanhaltenden Wirtschaftswachstums und seiner Stimulierung in den Vordergrund rückt. In einer Reihe von kapitalistischen Ländern ergeben sich die spezifischen Bedürfnisse zur staatlichen Regulierung auch aus der Militarisierung der Wirtschaft, die, wie die Geschichte gezeigt hat, den Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt.

In den verschiedenen kapitalistischen Ländern entstehen Systeme der staatsmonopolistischen Regulierung, die sich in den konkreten Formen und Methoden voneinander unterscheiden. Trotzdem gibt es allgemeine Züge und Tendenzen. Wenn man die gesamte Periode des Entstehens und der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas betrachtet, so kann man mehrere Etappen der Herausbildung von Methoden der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft unterscheiden. Vor allem ist die rüstungsmonopolistische Regulierung in der Periode des ersten Weltkriegs zu nennen, die in Deutschland am vollkommensten in Erscheinung trat; für die Monopole sehr profitable Aufträge und Käufe, Einführung der Arbeitspflicht, Preisregulierung, staatliche Verteilung der Rohstoffressourcen und Rationierung der Lebensmittelversorgung – ein System also, das *Lenin* als Zuchthaus für die Arbeiter bezeichnet hat.

3 W.I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 299.

Die folgende Etappe bezieht sich auf die Periode der Jahre 1919 – 1933 und der „großen Depression“ in den dreißiger Jahren. Dies war der erste und im allgemeinen ein erfolgloser Versuch der „Antikrisenregulierung“ mit Hilfe der Finanz-, Kredit- und Geldpolitik sowie der Organisierung öffentlicher Arbeiten, um eine gewisse Verringerung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Nicht zufällig bemühten sich gerade zu dieser Zeit die bürgerlichen Regierungen und besonders die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft in verstärktem Maße um effektive Mittel der Antikrisenregulierung. Im Jahre 1936 erschien das Buch des englischen Ökonomen *J. M. Keynes* „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, das eine Widerspiegelung der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der bürgerlichen politischen Ökonomie war und eine umfassende Theorie der wirtschaftlichen Regulierung darstellte. Im Unterschied zu den meisten vorangegangenen Richtungen der bürgerlichen politischen Ökonomie lehnte *Keynes* das Prinzip der automatischen Selbstregulierung der kapitalistischen Wirtschaft („Say'sches Gesetz“) ab, weil er zu dem Schluß gekommen war, daß die spontane Entwicklung zwangsläufig zu einem Mangel an effektiver Nachfrage und zur Arbeitslosigkeit führt. *Keynes* hielt es für erforderlich, eine systematische staatliche Regulierung einzuführen, um diese Mängel des Kapitalismus zu überwinden.

Die Grundlage des Regulierungsprogrammes von *Keynes* bildet sein ökonomisches Modell. In diesem Modell spielen solche spezifischen keynesianistischen Kategorien wie „Sparneigung“ (Anteil des Sparens am Einkommenszuwachs), „Verzicht auf Liquidität“ (quantitativ ausgedrückt durch den Zins) und „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ (Ertrag des letzten Investitionszuwachses) die Rolle von unabhängigen Veränderlichen. Das Modell sieht die Möglichkeit vor, mit Hilfe dieser unabhängigen Veränderlichen auf das Nationaleinkommen, den Verbrauch, die effektive Nachfrage und die Beschäftigung einzuwirken. Der Mechanismus der ökonomischen Regulierung muß nach *Keynes* darin bestehen, daß der Staat einen niedrigeren Zinssatz unterstützt (insbesondere durch eine „maßvolle“ Inflation), dies durch die Zunahme der Gewinne (der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) unterstützt und dadurch die Investitionen stimuliert. Dies muß seinerseits zu einer Zunahme des Nationaleinkommens, der Beschäftigung und der effektiven Nachfrage (nach Konsumgütern und Investitionsgütern) führen.

Dieses Modell besitzt eine reale Bedeutung, da durch die Maßnahmen der Kredit- und Geldpolitik tatsächlich in bestimmter Weise auf die Dynamik der Investitionen und über sie auch auf einige andere ökonomische Größen Einfluß genommen werden kann. Aber der prinzipielle Mangel des keynesianistischen Modells besteht darin, daß sich sein Autor auf die äußeren Funktionalbeziehungen der ökonomischen Prozesse beschränkt, ohne in das Wesen der ökonomischen Gesetze und sozialen Beziehungen einzudringen. Deshalb trägt die empfohlene Regulierung einen oberflächlichen, palliativen Charakter.

Erstens sind die unabhängigen Veränderlichen des keynesianistischen Modells durchaus keine unabhängigen Größen, da die Ersparnisse, der Zins und die Profitrate nur die äußerlichen Ergebnisse der inneren Prozesse und der Struktur der Produktion und Reproduktion sind: der Mehrwertrate, der Rate der Akkumula-

tion und ihrer Effektivität, der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der Verteilung und Verwendung des Nationaleinkommens, des Tempos der erweiterten Reproduktion usw. Das Modell von *Keynes* gibt aber keine Möglichkeit, diese inneren Prozesse zu steuern.

Zweitens haben die Methoden der kapitalistischen Regulierung einen innerlich widersprüchlichen Charakter; dies ergibt sich aus der Klassennatur dieser Regulierung. So wird in dem keynesianistischen Modell vorgeschlagen, die „Voll“-beschäftigung sei nur bei Reduzierung des Lohns der Arbeiter auf das Niveau des sogenannten „Grenzprodukts“ oder auch des „Grenzeinkommens“ zu erreichen. Tatsächlich aber bedeutet eine solche Lohnsenkung eine erhebliche Verringerung der effektiven Nachfrage und damit Überproduktion sowie Rückgang der Investitionen des Niveaus der Beschäftigung.

Die ganze Methode und das Programm von *Keynes* sind letzten Endes gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet und verfolgen ein Ziel, nämlich den Kapitalismus zu retten. *Seymour Harris* sieht in *Keynes* das „Bollwerk gegen den Kommunismus und den Retter unseres freiheitlichen Systems“.⁴

Das klassische keynesianistische Programm der ökonomischen Regulierung stützt sich vorwiegend auf die Förderung der Privatinvestitionen. Hierfür gelangen in den meisten Ländern auf dem Gebiet der Finanzpolitik entsprechende Systeme der Gewinnbesteuerung, Steuervergünstigungen und Stützungen für Unternehmer und Gesellschaften zur Anwendung, die die Investitionen je nach den Konjunkturbedingungen fördern oder hemmen. In Schweden zum Beispiel werden bis zu 40 % des Gewinns von Gesellschaften von Steuern befreit; ferner wird ein Teil der Steuerbeträge bei der Zentralbank reserviert und zur Verhinderung zyklischer Schwankungen in Form zusätzlicher Investitionen verwendet. In den USA, England, der BRD, Frankreich und Schweden wird auch die Kredit- und Geldpolitik im Interesse der antizyklischen Regulierung weitgehend angewendet, und zwar in Gestalt der Offen-Markt-Politik, des Manövrierens mit dem Diskont- und Zinssatz, der Regulierung der Reservedeckung der Einlagen, der Festsetzung von Limits für die Diskontierung von Wechseln usw. Die Praxis hat gezeigt, daß derartige Maßnahmen der Finanz- sowie Kredit- und Geldpolitik geeignet sind, die Dynamik der Investitionen zu beeinflussen. Es ist aber auch klar geworden, daß die entscheidenden anregenden Motive der Gesellschaften für die Durchführung von Investitionen nicht durch diese Maßnahmen bestimmt werden, sondern durch die Lage der wirtschaftlichen Konjunktur und durch die konkreten Konkurrenzbedingungen, d.h. durch mächtigere Faktoren der Bewegung des kapitalistischen Zyklus. Wie der englische Forscher *Maddison* feststellt, „bleiben die Schwankungen im Investitionsvolumen und im Umfang der Waren- und Materialvorräte die schwierigsten Bereiche der Regulierung der inneren Nachfrage.“⁵

⁴ Seymour E. Harris, *John Maynard Keynes: Economist and Policy Maker*, New York 1955, pp. IX-X (rückübersetzt – d. Ü.).

⁵ A. Maddison, *Ekonomičeskoe razvitie v stranach Zapada*, Moskau, 1967, S. 192.

Neue Methoden

Im Verlauf der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung, besonders in den fünfziger Jahren, gelangt neben aktiveren Methoden der Förderung von Privatinvestitionen die Praxis eigener staatlicher Ausgaben und Investitionen auf der Grundlage einer riesigen Aufblähung der Haushalte immer umfassender zur Anwendung. Die staatlichen Ausgaben, die Bestellungen und Käufe von Waren und Dienstleistungen, direkte Rüstaussgaben, verschiedene Stützungen und Transferzahlungen, den Zinsendienst der Staatsschulden und die Akkumulation von Fonds einschließen, betrugen 1957 in den USA 25,4 % des Bruttonationalprodukts, in England 29,3 %, in Frankreich 32,4 %, in der BRD 31,9 % in Holland 29,4 %, in Schweden 29,7 % und in Österreich 30,4 %. Das starke Anwachsen der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates und die Verstärkung seiner regulierenden Funktion in der Wirtschaft werden durch den hohen Anteil der staatlichen Ausgaben am Nationalprodukt widergespiegelt.

Entsprechend der keynesianistischen Konzeption schaffen die staatlichen Ausgaben eine zusätzliche Nachfrage, wodurch Produktion und Beschäftigung gefördert werden. Wenn sich im Jahre 1929 die staatlichen Käufe von Waren und Dienstleistungen in den USA insgesamt auf nur 10,2 % des Bruttonationalprodukts beliefen, so stiegen sie in den fünfziger Jahren um 20 % und mehr an.

Unter entsprechenden Bedingungen kann eine solche Nachfrage den Zeitpunkt des Eintritts einer Wirtschaftskrise hinauszögern oder den Ausweg aus ihr beschleunigen, wie dies beispielsweise während der Krise von 1953-1954 der Fall war, als die staatlichen Käufe 21 % betrugen. Die staatlichen Ausgaben verändern auch in bedeutendem Maße die Struktur der Nachfrage; dabei steigt vor allem die Möglichkeit des Absatzes von Rüstaussproduktion und von Waren der hier kooperierenden Zweige, von denen viele ein Produkt und gleichzeitig Träger des technischen Fortschritts der Gegenwart sind. Eine solche Veränderung der Struktur der Nachfrage gibt der Fertigung neuer Produktionsarten einen zusätzlichen Auftrieb.

Die staatlichen Ausgaben und die Finanzpolitik werden weitgehend ausgenutzt für die sogenannte antizyklische Regulierung: für die Dämpfung der Investitionen in Zeiten von Booms (zur Verhütung von Überproduktion) und für ihre Anreizung in der Zeit von Krisen, Flaute und Depressionen (um den Ausweg aus der Krise zu beschleunigen). Wie einer der neuesten Theoretiker der Antikrisen-Regulierung feststellt, müssen hierbei die folgenden „Regeln der Finanzpolitik“ beachtet werden.

„Vor allem sind wir in einer Periode großer Arbeitslosigkeit an einer Anhebung des Niveaus der Gesamtnachfrage auf das Niveau der Vollbeschäftigung interessiert. Dies kann geschehen: a) durch Erhöhung der staatlichen Käufe von Waren und Dienstleistungen in der Wirtschaft, b) durch Erhöhung der Transferzahlungen der Regierung, c) durch Verringerung der Steuern oder durch eine Kombination dieser Aktionen . . . In einer Periode inflationären Aufschwungs besteht unsere Aufgabe darin, das Niveau der Gesamtnachfrage zu verringern und die überschüssige Nachfrage in der Wirtschaft zu reduzieren. Dies kann geschehen: a) durch Erhöhung der Steu-

ern, b) durch Verringerung der staatlichen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen, c) durch Verringerung der Transferzahlungen oder durch Kombination dieser Methoden . . .

*Wenn ein hohes und annehmbares Niveau der Beschäftigung und der Produktion erreicht ist, so müssen wir versuchen, ein befriedigendes Wachstumstempo der Wirtschaft zu sichern, damit ständige Vollbeschäftigung und Preisstabilität erhalten bleiben.*⁶

Ferner wurden einige „Regeln der Kreditpolitik“ erarbeitet, insbesondere zur Verbilligung des Kredits in Perioden von Flaute und seiner Verteuerung in einer Zeit von Booms, um die Investitionen in den entsprechenden Phasen des Zyklus zu stimulieren bzw. zu hemmen.

Obwohl diese Maßnahmen der Finanz- und Kreditregulierung zeitweilig einige positive Ergebnisse zeigten, zeichnen sie sich durch eine tiefgreifende innere Widersprüchlichkeit aus, die ihre Wirksamkeit erheblich einschränkt. Der Effekt der Politik der staatlichen Ausgaben ist in entscheidendem Maße von den Quellen für ihre Finanzierung und von ihrer Richtung abhängig. Im Kapitalismus bilden die Steuern und unter ihnen die von der Bevölkerung erhobenen Steuern den absolut überwiegenden Teil der Einnahmen des Staatshaushalts. So erhielt der Haushalt der USA im Finanzjahr 1965/66 von den 100 Md. Einnahmen 51,4 Md. in Form der persönlichen Einkommensteuer, 9,2 Md. aus Akzisen und 29,7 Md. aus Gesellschaftssteuern. Von den 10 279 Mill. Pfund Sterling des Haushalts in England im Finanzjahr 1966/67 waren 9 371 Mill. Steuern, davon 4 991 Mill. direkte Steuern (darunter insgesamt nur etwa 1 Md. Pfund Sterling Gesellschaftssteuern) und 3 536 Mill. Zölle und Akzisen. Die Steuern der Bevölkerung bedeuten eine direkte Verringerung ihrer Kaufkraft; das Anwachsen der staatlichen Ausgaben aus dieser Quelle bedeutet nicht so sehr eine Zunahme, als vielmehr eine Veränderung der Struktur der Gesamtnachfrage. Die staatlichen Ausgaben können nur dann die Gesamtnachfrage erhöhen, wenn ihre Hauptquelle Gesellschaftssteuern sind, die die ungenutzte Akkumulation der Gesellschaften in Bewegung setzen.

Auch von der Richtung der staatlichen Ausgaben ist viel abhängig: sie können zur Gesundung der Wirtschaft führen, wenn sie für die Erweiterung der Sozialversicherung, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen und die Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage der Werktätigen verwendet werden. In Wirklichkeit aber werden die staatlichen Ausgaben hauptsächlich für militärische Zwecke und für die Stützung der Monopole verwendet (vornehmlich ebenfalls in Zusammenhang mit Rüstungsaufträgen). So ist im Regierungsentwurf des Haushalts der USA für das Finanzjahr 1967/68 vorgesehen, von der gesamten Ausgaben Summe von 135 Md. Dollar 75,5 Md. (oder etwa 56 % des Gesamthaushalts) allein für direkte Rüstungsausgaben zu verwenden.

Die angeführten „Regeln“ der Finanz- und Kreditpolitik, nämlich Erhöhung der staatlichen Ausgaben sowie Senkung der Steuern und Zinssätze in Zeiten von Flau-

6 Norman F. Keiser. *Macroeconomics, Fiscal Policy and Economic Growth*. New York, 1964, S. 135 ff. (rückübersetzt – d. Üb.).

ten, Verringerung der Ausgaben sowie Erhöhung der Steuern und Zinsen in Zeiten des Aufschwungs, sehen zumindest in den Flaute praktisch ein Haushaltsdefizit vor. Deshalb hat die neokeynesianistische Theorie der „Defizitfinanzierung“ und die sogenannte „Staatsschuldphilosophie“, die gegen das „traditionelle Vorurteil des Haushaltsgleichgewichts“ gerichtet sind, in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft Verbreitung gefunden. Aber jede langdauernde Defizitfinanzierung ist ein solches Palliativ, das die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft nicht abbaut, sondern lediglich eine Zeit lang unterdrückt. Das Haushaltsdefizit muß so oder anders gedeckt werden; dies ist aber nur mit Hilfe von neuen Steuern, einer zusätzlichen Emission, die die Inflation verstärkt, und der Erhöhung der staatlichen Anleihen möglich (letztere ist mit einem Anwachsen der Zahlungen von Anleihezinsen verbunden, wodurch wiederum eine Steuererhöhung notwendig wird). Somit führt die Defizitfinanzierung das Land in eine Art von Teufelskreis und hat letzten Endes die Einschränkung der Kaufkraft der Bevölkerung und der Verringerung der effektiven Nachfrage statt ihrer Erhöhung zur Folge.

Diese Widersprüche der Defizitfinanzierung führen zu den Versuchen, ein „zyklisches Haushaltsgleichgewicht“ und ein „automatisches Kompensationssystem“ zu schaffen, damit die Haushaltsdefizite bei einer Flaute durch die Überschüsse in der Zeit eines Boom im Rahmen des ökonomischen Zyklus ausgeglichen werden können. Aber auch in Perioden des Aufstiegs erreichen das Haushaltsdefizit und die Staatsschuld eine gewaltige Größe, da sie durch die Methoden der Finanzpolitik selbst in erheblichem Maße unterstützt und verlängert werden. Dies ist am Beispiel der USA zu ersehen, wo das Finanzjahr 1965/66 mit einem Defizit von 2,3 Md. Dollar und einer Zunahme der Staatsschuld auf 320 Md. Dollar endete. Im vergangenen Jahr hat der Kongreß der USA das zulässige Limit der Staatsschuld wiederum angehoben, und zwar auf 336 Md. Dollar. All dies beweist, daß die Maßnahmen der staatlichen Regulierung die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft ungenügend sichern und sie letzten Endes sogar schwächen. Das bedeutet ferner, daß die Konzeption der sogenannten „eingebauten Stabilisatoren“ sich praktisch nicht bewährt hat, der zufolge das Steuersystem und das System der Transferzahlungen (Arbeitslosengeld, Zahlungen für die Sozialversicherung u.a.) es angeblich ermöglichen, die Stabilität der Wirtschaft durch eine automatische Minderung der Schwankungen der Geldeinnahmen aufrecht zu erhalten. Wie einer der Erforscher dieses Problems, *Sh. Maisel*, anerkannt hat, „sind automatische Stabilisatoren nützlich, aber sie verfügen nicht über eine ausreichende Kraft, um die Stabilität der Wirtschaft zu garantieren. Abzüge vom laufenden Einkommen können die Inflation nicht aufhalten. Der Zuwachs kann die Schrumpfung des Marktes verringern, aber keine Stabilität garantieren.“⁷ Diese Folgerung wird auch durch die Erfahrung bestätigt: „automatische Stabilisatoren sind bei elastischen und kurzfristigen Defor-

7 Sherman J. Maisel. *Fluctuations, Growth and Forecasting*. New York, 1957, S. 434 (rückübers. – d. Üb.).

mationen der Wirtschaft nach unten von Nutzen, aber sie sind ungeeignet, eine wirkliche Flaute zum Stillstand zu bringen.“⁸

Die Weiterentwicklung der Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft vollzieht sich auf dem Wege der Abschwächung des Rechnens mit automatischen Stabilisatoren und der Verstärkung der aktiven Maßnahmen zur Einmischung in die ökonomischen Prozesse. Zu letzteren gehören folgende: erstens die beschleunigte Amortisation, die dazu beiträgt, Gewinne zu verschleiern, und gleichzeitig die Einführung technischer Neuerungen vor Ablauf der Frist des moralischen Verschleißes des arbeitenden fixen Kapitals stimuliert; zweitens die Vergrößerung der Steuervergünstigungen für Gesellschaften in Gestalt von Steuernachlässen bei Investitionen, wie dies in den USA als Ergebnis der Steuerreform im Februar 1964 der Fall war; drittens die Verbilligung des langfristigen Kredits im Vergleich zum kurzfristigen Kredit zur Stimulierung langfristiger Privatinvestitionen; viertens die Veränderung der Struktur der staatlichen Investitionen, d.h. Zunahme der staatlichen Investitionen in neuen Zweigen, in der wissenschaftlichen Forschung und in der Kaderausbildung, um den technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Gesellschaften von dem Risiko zu befreien, das mit derartigen Investitionen verbunden ist.

Aber auch eine solche Regulierung erweist sich unter den Bedingungen der wachsenden inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft als unstabil (besonders in den USA in Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam und mit der Zunahme der Rüstungsausgaben). Die durch die Reform von 1964 vorgesehene Steuer-senkung wurde nicht völlig verwirklicht. Anfang 1966 wurden die Akzisen wiederum angehoben und wurde die anstehende Senkung der Einkommensteuer ausgesetzt. Im September des gleichen Jahres wurde die Abschaffung des 7 %igen Steuernachlasses für Investitionen und der kürzlich angenommenen neuen Vorschriften für die beschleunigte Amortisation bekanntgegeben. Somit hat der langanhaltende wirtschaftliche Boom, wie aus den „Regeln“ hervorgeht, das Bestreben hervorgerufen, neue Investitionen zu unterdrücken. Aber Anfang 1967 wurde die Tendenz zu einer Flaute festgestellt; in diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, die kürzlich abgeschafften Steuervergünstigungen für Investitionen von Gesellschaften wieder einzuführen und die Amortisationsfristen neuerdings zu verkürzen. Gleichzeitig hiermit ist vorgesehen, die Steuern der Bevölkerung zu erhöhen sowie die Haushaltszuweisungen für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die soziale Fürsorge zu verringern, um die Last der bevorstehenden Flaute, wenn sie eintreten wird, von vornherein auf die Werktätigen abzuwälzen. Diese Schwankungen in der Wirtschaftspolitik zeigen, daß nicht so sehr der Zyklus dem Einfluß der staatlichen Regulierung unterliegt, als vielmehr die Regulierung selbst den Druck der spontanen Prozesse des kapitalistischen Zyklus wieder spiegelt.

8 N. F. Keiser, a.a.O., S. 377 (rückübers. — d. Üb.).

Die kapitalistische Programmierung

In der Nachkriegszeit hat eine neue Form der staatsmonopolistischen Einflußnahme auf die Wirtschaft, die von den bürgerlichen Ökonomen häufig als „Planung“ bezeichnet wird, sich entwickelt und in einer Reihe von kapitalistischen Ländern weite Verbreitung gefunden. In Wirklichkeit ist dies nur eine entwickeltere und kompliziertere Form der staatsmonopolistischen Regulierung. Ihre Besonderheit besteht darin, daß dies nicht nur ein konjunkturelle, antizyklische, sondern auch eine langfristige zielgerichtete Regulierung ist. Sie bleibt aber eine Regulierung, weil sie sich auf indirekte Methoden der Einwirkung auf die ökonomischen Prozesse beschränkt. Gleichzeitig bedeutet diese neue Form der Regulierung — die Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft — ein höheres Niveau der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion sowie das Auftreten neuer Möglichkeiten der staatlichen Einflußnahme auf den Reproduktionsprozeß.

Die ökonomische Programmierung in den kapitalistischen Ländern umfaßt in entwickelter Form alle Grundelemente der ihr vorangehenden Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung und geht eigentlich nicht über ihren Rahmen hinaus, obwohl sie sich durch eine Reihe neuer Formen und Methoden der staatlichen Einwirkung auf die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auszeichnet. Die kapitalistische Programmierung umfaßt genau wie die anderen Systeme der staatsmonopolistischen Regulierung die antizyklische Politik, die Politik auf dem Gebiet der Ausnutzung der Ressourcen, die Stimulierung der Privatinvestitionen und der Preise sowie die Unterstützung der wirtschaftlichen Aktivität mit Hilfe der Haushalts- und Kreditpolitik und des Systems der staatlichen Aufträge, Käufe und Prioritäten. Aber die ökonomische Programmierung umfaßt auch eine Reihe wesentlich neuer Momente: die Aufgabe der Erhöhung des Tempos eines langdauernden Wirtschaftswachstums, die Stimulierung bestimmter struktureller Fortschritte, die Ausarbeitung von Programmen der wirtschaftlichen Entwicklung (kurzfristig, mittelfristig und langfristig) usw.

Als direkte Fortsetzung und Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung stützt sich die kapitalistische Programmierung auch auf die Methodologie und Praxis der Ausarbeitung ökonomischer Prognosen, denen eine aktivere Rolle beigemessen wird, sofern sie mit der laufenden und der langfristigen Regulierung verknüpft werden. Wenn die Prognosen in der Vergangenheit vorwiegend konjunkturellen Charakter trugen („Harvard-Barometer“) und hauptsächlich für die Anwendung von Präventivmaßnahmen der Antikrisen-Regulierung verwendet wurden, so wird gegenwärtig den langfristigen Prognosen große Aufmerksamkeit geschenkt, mit deren Hilfe Maßnahmen der zielgerichteten strukturellen Regulierung ausgearbeitet werden. Somit werden unter den Bedingungen des modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus die ökonomischen Prognosen mit der langfristigen Regulierung der Wirtschaft verknüpft.

Die Programmierung umfaßt die ökonomische Prognose, aber sie reduziert sich nicht auf sie. Wie J. Tinbergen und H. Bos feststellten, „unterscheidet sich die Pla-

nung von der reinen Prognostizierung vor allem dadurch, daß sie auf der Annahme basiert, man könnte auf die zukünftige Richtung der Produktion und auch andere ökonomische Veränderliche einwirken; die Planung setzt sich das Ziel, die am meisten wünschenswerte Richtung zu zeigen. Aber das, was diese Richtung bestimmt, richtet sich in vieler Beziehung nach den gestellten Zielen und den zu ihrer Erreichung angewendeten Methoden.“⁹ Dieser Auffassung entspricht auch die offizielle Konzeption der französischen Planung: „Die Planung, die sich von der Voraussicht prinzipiell unterscheidet, sieht die zielgerichtete und entschlossene Einwirkung auf die ökonomischen Erscheinungen vor. Unter Zugrundelegung der von der Voraussicht gelieferten Materialien legt sie die Ziele fest und sichert sie ihre Verwirklichung, wobei sie in diesem oder jenem Maße auf den Verlauf der Entwicklung der Wirtschaft unmittelbar Einfluß nimmt.“¹⁰ Somit gibt es in der ökonomischen Programmierung drei Elemente: die ökonomischen Prognosen, die Aufstellung volkswirtschaftlicher Aufgaben und das System der Maßnahmen zu ihrer Realisierung. Die staatliche Programmierung kann als Gesamtheit der ökonomischen Prognostizierung mit einer langfristigen zielgerichteten Regulierung definiert werden.

Eine solche Programmierung wird meist als „indikative Planung“ bezeichnet, d.h. als System der für das Privatkapital unverbindlichen Empfehlungen und Methoden der indirekten Einflußnahme über den Markt- sowie Finanz- und Kreditmechanismus mit dem Ziel, die kapitalistischen Unternehmen dazu anzuregen, die Produktion in Übereinstimmung mit diesen Empfehlungen zu entwickeln. Dennoch ist sie effektiver als die laufende Regulierung, da sie sich auf die langfristige Prognose stützt, und gleichzeitig ist sie eine aktivere Form im Vergleich zur gewöhnlichen Prognose, da sie diese mit der Lösung bestimmter Aufgaben und mit der Einmischung in die ökonomischen Prozesse verbindet, wenn auch mit indirekten Methoden.

Die Programmierung, die die allgemeinen Interessen der Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit vertritt, tritt manchmal sogar in Widerspruch zu den Interessen der einzelnen Monopole bis zur teilweisen Einschränkung ihrer Aktionen (beispielsweise auf dem Gebiet der Preise). Die Doppelnatur und widersprüchliche Natur der staatsmonopolistischen Programmierung verwandelt diese in eine Arena des Kampfes zwischen den reaktionären und den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft, die ihr die Alternative der demokratischen Programmierung gegenüberstellen.

Bei der kapitalistischen Programmierung treten die konjunkturelle und strukturelle Einwirkung und dementsprechend die kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Programme in verschiedenen Verbindungen in Erscheinung. Das Überwiegen der konjunkturellen und kurzfristigen Programmierung ist – wenn auch Elemente der mittelfristigen Programmierung hineinspielen – für die Niederlande, Schweden und Norwegen charakteristisch. Hierbei werden in den Niederlanden die vom Zentralen Planungsbüro aufzustellenden jährlichen Wirtschaftsprogramme mit den Jahreshaushalten und in den letzten Jahren mit den mittelfristigen Experimen-

9 J. Tinbergen, Ch. Bos. *Matematičeskie modeli ekonomičeskogo rosta*. Moskau, 1967, S. 19.
10 „Notes et études documentaires“, Nr. 2846, 30. 12. 1961, S. 4. (rückübers. – d. Üb.)

talprognosen für 5 Jahre koordiniert. In Schweden bilden die jährlichen „nationalen Wirtschaftshaushalte“, in denen die Prognose mit der Politik der Investitionsreserven verknüpft wird, die Grundlage der Programmierung. In Norwegen tritt sie in Gestalt von Programmen der Investitionsregulierung mit den Methoden der Haushalts-, Kredit- und Geldpolitik sowie der Preispolitik in Erscheinung.

Die strukturelle und mittelfristige Programmierung gelangt in Frankreich und in den letzten Jahren in England und Japan sowie in mehreren anderen Ländern zur Anwendung. In Frankreich, wo es seit 1947 das Generalkommissariat für Planung gibt, wurden binnen 15 Jahren vier mittelfristige Pläne ausgearbeitet und im Jahre 1965 wurde ein Fünfjahrplan für die Jahre 1966–1970 angenommen. In England, wo die Programmierung später als in Holland und Frankreich begann, hat der speziell hierfür geschaffene Nationalrat für wirtschaftliche Entwicklung bei der konservativen Regierung einen mittelfristigen Plan für die Jahre 1961–1966 und bei der Labourregierung einen solchen für die Jahre 1964–1970 veröffentlicht. In Japan, wo die Aufstellung von Planentwürfen bereits im Jahre 1948 begann, hat die Verwaltung für Wirtschaftsplanung im Jahre 1958 einen „neuen langfristigen Wirtschaftsplan (1958–1962)“, im Jahre 1960 einen „Plan für die Verdoppelung des Nationaleinkommens (1961–1970)“ und in den Jahren 1963–1964 einen „zwischenzeitlichen Wirtschaftsplan Japans (1964–1968)“ ausgearbeitet. In Italien gab es das „Vanoni-Programm“ für die Jahre 1955–1964; augenblicklich besteht ein neues Nationalprogramm für die Jahre 1965–1969.

In den USA und der BRD gibt es eine derartige Programmierung noch nicht. Hier gelangt aber das System der staatsmonopolistischen Regulierung in den verschiedenen Formen zur Anwendung und es gibt speziell hierfür eingesetzte staatliche Konsultativorgane: in den USA ist dies der entsprechend dem Gesetz über die Beschäftigung im Jahre 1946 gebildete Rat der Wirtschaftsberater des Präsidenten, der die jährlichen Wirtschaftsberichte mit Prognosen und praktischen Empfehlungen für Regulierungsmaßnahmen im bevorstehenden Jahr vorbereitet; in der BRD ist es der im Jahre 1963 gebildete Sachverständigenrat, der Übersichten über die Tendenzen der laufenden wirtschaftlichen Entwicklung herausgibt. Daneben hat (besonders in den USA) die Ausarbeitung nicht nur von Jahresprognosen, sondern auch von mittelfristigen und langfristigen Prognosen eine weitgehende Entwicklung erfahren, obwohl die Praxis der Regulierung bis jetzt hauptsächlich mit kurzfristigen Prognosen verbunden ist. Somit stehen die herrschenden monopolistischen Kreise der USA und der BRD der „Planung“ vom Typ der französischen und niederländischen noch ablehnend gegenüber; aber sie unterstützen andere Formen der staatsmonopolistischen Regulierung, die ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen entspricht.

Die staatsmonopolistischen Programme bringen die Interessen und die Politik der kapitalistischen Monopole zum Ausdruck und sind im allgemeinen Pläne für den Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen. Dem entspricht die sogenannte „Einkommenspolitik“, die über diese Programme in Frankreich, England, Niederlande, Italien und anderen Ländern betrieben wird und in der Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Kapitalisten für die Stimulierung der Investitionen auf

Kosten des Lohns und der anderen Arbeitseinkünfte besteht. Die Vertreter der Werktätigen enthüllen konsequent den Klassencharakter dieser Programmierung.

Der fünfte französische Plan zum Beispiel beschränkt erheblich den jahresdurchschnittlichen Lohnzuwachs in den Jahren 1966–1970 auf ein Niveau von 3,3 % gegenüber 5,3 % in den Vorjahren trotz des systematischen Preisanstiegs; gleichzeitig aber sieht er einen höheren Gewinnzuwachs als den Nationaleinkommenszuwachs vor, d.h. eine weitere Verringerung des Anteils der Werktätigen am Nationaleinkommen.¹¹ Kennzeichnend ist auch, daß der Anteil des persönlichen Verbrauchs am Bruttonationalprodukt von 69,7 % im Jahre 1965 auf 68 % im Jahre 1970 zurückgeht.¹² Wie die fortschrittlichen Kräfte feststellten, bringen die ökonomischen Festlegungen des fünften Planes „die allgemeinen Interessen der monopolistischen Großbourgeoisie zum Ausdruck“ und haben sie die Aufgabe, „die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse im nationalen Maßstab zu erhöhen“.¹³

Mit Hilfe der Programmierung gelingt es den Monopolen, ihre Ziele zu erreichen, d.h. Gewinne zu erhöhen, die Konzentration der Produktion zu erhöhen und die Ausbeutung zu verstärken. Was die Durchführung der in den Programmen vorgesehenen Strukturveränderungen und die Erreichung des vorgesehenen Produktionsniveaus betrifft, so sind diese nicht so sehr von den Plänen selbst abhängig, als von der Richtigkeit der Prognosen, obwohl nicht bestritten werden darf, daß die staatlichen Investitionen sowohl auf die Struktur als auch auf das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung einen Einfluß haben. Die Realisierung der Programme wird einerseits durch die Natur der kapitalistischen Wirtschaft selbst, die nicht geplant werden kann, und andererseits durch die eigennützige Politik der Monopole eingeschränkt, die die vollständige und effektive Ausnutzung auch der verhältnismäßig beschränkten Möglichkeiten einer planmäßigen Regulierung der Wirtschaft im Interesse der Gesellschaft verhindern, welche unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entstehen. Infolgedessen bleiben viele Plankennziffern unerreicht, so wie es bei dem vierten französischen Plan der Fall war und wie es jetzt mit dem englischen Plan geschieht.

Methodologische Fragen der Programmierung

Unter der inneren Widersprüchlichkeit und der Beschränktheit der kapitalistischen Programmierung leidet auch ihre Methodologie, die letzten Endes die Gesamtheit der Methoden der ökonomischen Prognostizierung unter Berücksichtigung der möglichen Ergebnisse der regulierenden Maßnahmen des Staates darstellt.¹⁴

Bei den ökonomischen Prognosen, auf denen die Praxis der Programmierung beruht, gelangen drei Hauptmethoden zur Anwendung: die Befragungen von Firmen

11 „Cinquième plan de développement économique et social (1966-1970)“. Tome 1. Paris, 1965.

12 Ebenda, S. 165.

13 J. Fabre. *Le capitalisme monopoliste d'état, politique économique et planification* „Economie et politique“, No. 143-144, S. 142 ff. (rückübers. — d. Üb.).

14 „Economic Planning in Europe“. U. N., Geneva, 1965, Chapter III, S. 1-32.

und Expertenschätzungen von Wirtschaftseinrichtungen und -fachleuten, die Extrapolation dynamischer Reihen und der Aufbau ökonometrischer Modelle. In mehreren Fällen werden diese Methoden in verschiedenen Kombinationen vereint. In den Prognosen des Generalkommissariats für Planung Frankreichs und des Zentralen Planungsbüros der Niederlande werden die zweite und die dritte Methode angewandt. Der Nationalrat für wirtschaftliche Entwicklung Englands hat bei der Vorbereitung des Nationalplans für die Jahre 1964–1970 die detailliert ausgearbeitete Technik der Firmenbefragung angewendet. Aber die Zuverlässigkeit jeder dieser Methoden ist durch die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft beschränkt, und zwar die Methode der Befragungen — durch die privatwirtschaftlichen Interessen der kapitalistischen Firmen, die Extrapolation — durch die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die ökonometrische Methode — durch die Instabilität der Koeffizienten der Verbindung zwischen den ökonomischen Größen der spontanen und antagonistischen Wirtschaft. Das Ignorieren dieser Spezifik der kapitalistischen Wirtschaft ist der prinzipielle Mangel der ganzen Theorie und Praxis der Prognostizierung und der auf ihr beruhenden Programmierung in den kapitalistischen Ländern.

Am wenigsten zuverlässig sind die Prognosen der Prozesse, die durch die Spontanität des kapitalistischen unmittelbar bedingt sind: Käufe, Verkäufe, Preise und Privatinvestitionen. Eine realere Grundlage haben die Prognosen, die mit der Entwicklung des staatlichen Sektors und mit den staatlichen Investitionen verbunden sind; aber auch sie sind beschränkt durch die Abhängigkeit von der Herrschaft des Privateigentums in der kapitalistischen Produktion. Unterschiedlich ist auch der Grad der Zuverlässigkeit der zusammengefaßten Prognosen für die Volkswirtschaft und für die Zweige. Die Zweigprognosen sind zuverlässiger, weil sie auf der richtigeren Ausgangsinformation über die Entwicklungsperspektiven der Technik und Technologie in dem betreffenden Zweig beruhen. So zeichnen sich die Prognosen des Edison-Instituts durch eine bedeutende Genauigkeit aus (nach der Prognose von 1961 wurde der individuelle Verbrauch an elektrischer Energie im Jahre 1965 auf 280 Mrd. kW/h geschätzt; tatsächlich erreichte er 279,8 Md. kW/h; die Schätzung des Verbrauchs von Einheitsbrennstoff durch die Wärmekraftwerke betrug 363,5 Mill. t, während es tatsächlich 362,6 Mill. t waren). Die zusammengefaßten Prognosen, auch die Jahresprognosen, bestätigen sich in geringerem Maße. Die englische Prognose für 1970 wird praktisch nicht mehr verwirklicht werden, da das Volumen der Industrieproduktion im Jahre 1965 nur um 3 % und im Jahre 1966 um 1,5 % anstieg, während ein jahresdurchschnittliches Tempo von 4,5 % prognostiziert worden war. Natürlich gibt es auch realere Prognosen. Die schwedische Prognose des Bruttosozialprodukts für die Jahre 1960-1963 hatte einen Index von 113,2 vorgesehen; tatsächlich betrug der Index 113,4 (allerdings bei einer anderen Struktur).

Bei der Prognostizierung und Programmierung mit ökonometrischen Methoden gelangen verschiedene Typen von Modellen zur Anwendung. Dazu gehören: — aggressive makroökonomische Modelle, die die dynamische Abhängigkeiten der volkswirtschaftlichen Hauptgrößen Bruttonationalprodukt, Nationaleinkommen,

Akkumulations- und Konsumtionsfonds, Arbeitskräfteressourcen, Außenhandel usw. bestimmen (Modelle des Typs von *Harrod/Domar*);

– Zwei- und Dreisektorenmodelle, die es ermöglichen, größere Prognosen für Strukturveränderungen aufzustellen, – Beziehungen zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Inlandproduktion und Außenhandel (Modelle des Typs von *Tinbergen/Bos*, *R. Frisch*, *S. Issimuri* u.a.);

– Mehrsektorenmodelle, die auf der Kombination von vereinigten makroökonomischen Modellen mit „Input–Output“-Verflechtungstabellen und die Beziehungen zwischen den Sektoren sowie die Abhängigkeiten der zwischen Nachfrage und dem gesellschaftlichen Produkt durch Koeffizienten der direkten und vollständigen Kosten aufdecken;

Modelle der zwischengebietlichen Beziehungen mit Bilanzgleichungen der Produktion und des Verbrauchs von Waren in ökonomisch miteinander verbundenen Gebieten (*J. Tinbergen*).

Aus den neuesten Modellen muß das Brooklyner ökonometrische Mehrfaktorenmodell (*J. Duesenberry*, *G. Fromm*, *L. Klein*) und das System der Modelle für England hervorgehoben werden, das an der Universität Cambridge unter der Leitung von *R. Stone* ausgearbeitet wurde.

Für die Aufstellung eines realen ökonomischen Programms mit Hilfe dieser Modelle ist es notwendig, genügend zuverlässige technische Koeffizienten und Zeitmesser zu verwenden, d.h. Kennziffern, die die größere oder geringere Geschwindigkeit der einen Prozesse im Vergleich zu anderen Prozessen angeben. Aber die Ausarbeitung und Bestimmung dieser und jener Modelle für die Perspektive ist die Hauptschwierigkeit der langfristigen Prognostizierung unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft, deren spontane Entwicklung die Stabilität der Koeffizienten der Beziehung zwischen den Größen, die in das Modell einbezogen werden, und zwischen den Wirtschaftssektoren zwangsläufig verletzt. Einer aktiven Einflußnahme seitens des Staates werden diese Koeffizienten der Beziehung jedoch praktisch nicht unterzogen, wodurch die Möglichkeit der Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft erheblich eingeschränkt wird. Letzten Endes sind auch die Prognosen, obwohl bei ihnen ein komplizierter analytischer Apparat zur Anwendung gelangt, für die Programmierung eine äußerst unzuverlässige Grundlage.

So beruht die französische Prognose für 1970¹⁵ auf der Kombination von Expertenschätzungen mit einem erweiterten Verflechtungsmodell. Ausgangspunkt dieser Prognose ist die Bestimmung des Bruttonationalprodukts und seines Wachstumstempos (des „wünschenswerten“ und des „erreichbaren“ Wachstumstempos). Gleichzeitig hiermit wird die Struktur der Endnachfrage bestimmt. Mit Hilfe der Matrix der technischen Koeffizienten für die Zweige erfolgte der Übergang von der Struktur der Endnachfrage zur Produktion der Zweige und zur Produktionsstruktur. Die Zweigprognosen wurden für die Bestimmung des Bedarfs an Kapitals

15 „*Europe's Future in Figures*“. V. I. Amsterdam 1962, S. 74 ff.

und Arbeit unter Berücksichtigung der Koeffizienten der Kapitalintensität und der Prognose der Steigerung der Arbeitsproduktivität verwendet. Aber die technischen Koeffizienten und die Koeffizienten der Kapitalintensität wurden auf der Grundlage der vorangegangenen Tendenz berechnet (Methode der Extrapolation), wodurch die Prognose die erforderliche Stichhaltigkeit verliert. Als ein schwaches Glied der Prognose erwiesen sich auch ihre Ausgangsdefinitionen des „wünschenswerten“ und des „erreichbaren“ Tempos, weil sie vor der Begründung der anderen wichtigsten Kennziffern festgesetzt werden. Wie auch in allen anderen Prognosen, wird in der französischen Prognose den spezifischen Widersprüchen der kapitalistischen Reproduktion nicht die nötige Bedeutung beigemessen, wird die Unvermeidlichkeit von Wirtschaftskrisen ignoriert und dadurch die Realität der Prognose selbst erheblich gemindert.

Somit sind die in der Praxis der kapitalistischen Programmierung zur Anwendung gelangenden Modelle von einem bestimmten analytischen Interesse, doch spiegeln sie die Beschränktheit der bürgerlichen Methodologie wider und stößt ihre Anwendung auf die tiefgehenden Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die Entstehung und die Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung spiegeln die wachsenden Widersprüche zwischen der Herrschaft des kapitalistischen Eigentums und der durch die Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufenen Vergesellschaftung der Produktion wider. Der Marxismus-Leninismus sieht in der staatsmonopolistischen Programmierung eine der im Rahmen des Kapitalismus heranreifenden Voraussetzungen für den revolutionären Übergang der Gesellschaft zum Sozialismus und zu einer wirklichen Planung der Volkswirtschaft.

Das Anwachsen des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und die auf dieser Grundlage entstandenen objektiven Bedingungen für die ökonomische Programmierung schaffen die reale Möglichkeit für eine demokratische Alternative zur kapitalistischen Programmierung und für die praktische Verwirklichung von Programmen, die geeignet sind, die Kräfte der Monopole einzuschränken, den Lebensstandard der Werktätigen anzuheben und die Last der Verluste aus der Anarchie der Produktion, den Disproportionen und Krisen auf die Gesellschaften selbst zu verlagern. Der Kampf für eine solche demokratische Programmierung ist eine der neuen Formen des Klassenkampfes und allgemeindemokratischen Kampfes gegen das monopolistische Kapital; er trägt dazu bei, die ökonomischen Interessen und Rechte der Werktätigen zu verteidigen, und bereitet die Massen auf die Lösung der grundlegenden Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus vor. Gleichzeitig ist die demokratische Alternative nur eines der Kettenglieder im Kampf für eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Programmierung, die in Form der Planung der Volkswirtschaft nur auf der Grundlage der Erringung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und der Sanktionierung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln verwirklicht werden kann.

Alfred Bönisch

Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Programmierung

Der nachfolgende Beitrag ist ein Abschnitt aus dem 3. Kapitel der vom Verfasser herausgegebenen Studie „Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus“, erschienen 1969 im Verlag Die Wirtschaft, Berlin.

Elemente, Formen und Instrumente

Elemente und Formen

Die bürgerlichen Ökonomen erklären das Wesen der Programmierung im heutigen Kapitalismus sehr unterschiedlich und unterscheiden zwischen verschiedenen Planungsformen, vor allem zwischen *informativischer, indikativer, Rahmen- und Prozeßplanung*. Dabei werden im allgemeinen nur die drei ersten Planungsformen als mit der kapitalistischen Wirtschaft vereinbar angesehen, wogegen die Prozeßplanung als systemwidrig gilt. Wichtigstes Unterscheidungskriterium ist der Verbindlichkeitsgrad der Planung. Bei dem häufig verwendeten Begriff Rahmenplanung wird zwischen folgenden ineinander übergehenden Planungstypen unterschieden:

1. reinen Vorausschätzungen der möglichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ihrer einzelnen Komponenten ohne Verbindlichkeit für einen Bereich;
2. gesamtwirtschaftlichen Plänen für den staatlichen Sektor sowie unverbindlichen prognostischen Orientierungen der privatkapitalistischen Unternehmen;
3. Aufstellung von Zielen für die gesamte, auch die privatkapitalistische Wirtschaft. Diese Ziele gelten zwar als indikativ, werden aber durch Steuer-, Kredit- und andere staatliche Maßnahmen zu erreichen versucht.

Diese Aufzählung beweist, daß Prognose und Plan im Kapitalismus häufig nicht eindeutig getrennt, sondern, und das beweist die Programmierung in den kapitalistischen Ländern, vielfach identifiziert werden. In gewissem Umfang ist das eine Konsequenz der Tatsache, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus keine die gesamte Wirtschaft umfassende Planung möglich ist, die Programmierung eine Mischung von Prognose und Plan darstellt. Aus diesem Grunde sind auch viele bürgerliche Planungsdefinitionen sehr allgemein gehalten. So bezeichnet der britische Wirtschaftler *Robert Shone* die Programmierung im gegenwärtigen Kapitalismus als ein „Mittel zur Erreichung ökonomischer Ziele“, wobei die Ziele klar formuliert und der Weg zu ihrer Durchsetzung angegeben werden müssen. *Yann Kergall* ist der Ansicht, daß die französischen Pläne über eine „spontane Realisierungskraft“ verfügen, da die den Plan vorbereitenden Personen ihn später als Leiter oder Mitarbeiter mit verwirklichen.

Trotz gewisser objektiver Schwierigkeiten muß natürlich zwischen Prognose und Plan unterschieden werden. Die Prognose ist primär eine „abbildungsmäßige Vorwegnahme künftiger Zustände unserer Umwelt, wobei von den gegenwärtigen und vergangenen Zuständen dieser Umwelt ausgegangen wird. Dieser primäre Aspekt der Voraussicht gründet sich auf bewußt oder unbewußt gewonnene Gesetze der Natur und der Gesellschaft“. ¹ Die Prognose ist Vorhersage des möglichen oder wahrscheinlichen Verlaufs der ökonomischen Entwicklung. In manchen Fällen ist die Wahrscheinlichkeit so groß, daß man faktisch von Sicherheit sprechen kann. Im allgemeinen aber verringert sich das Ausmaß der Wahrscheinlichkeit mit zunehmender Heterogenität und Komplexität der zu prognostizierenden Prozesse. Bildet somit die Prognose ein System von Aussagen über mögliche Entwicklungen, wobei das Eintreffen dieser Entwicklungen von bestimmten Anfangs- und bestimmten konstanten oder sich ändernden Begleitbedingungen abhängt, wobei beschränkte Informationen über die Anfangs- und Randbedingungen die Aufstellung zuverlässiger Prognosen behindern, so ist der Plan ein System von Operatoren und Verhaltensstrategien zur Veränderung eines bestimmten Bereiches der Realität entsprechend dem fixierten Ziel.

Bei Prognosen wird von vorhandenen, wahrscheinlich auftretenden oder hypothetisch angenommenen Bedingungen auf das Eintreffen zukünftiger Ereignisse geschlossen. Sie können sowohl auf der Basis empirischer Analysen, als auch auf der Grundlage ökonomischer Gesetzmäßigkeiten gemacht werden. Ihr Zuverlässigkeitsgrad ist um so größer, je genauer die Kenntnis der in dem zu prognostizierenden Bereich waltenden Gesetzmäßigkeiten ist. Der Erkenntnisgrad von Prognosen hängt von der Qualität des verfügbaren statistischen Materials und der Effektivität der Voraussagemethoden ab.

Im Plan wird auf der Basis erkannter Gesetze, prognostisch begründeter Zielentscheidungen und von bestimmten Anfangsbedingungen aus auf gewisse Direktiven und Strategien des praktischen Verhaltens geschlossen, die den optimalen Weg zur Schaffung jener Bedingungen fixieren, die zur Zielerreichung notwendig sind. Während es bei der Prognose um das möglichst sichere Wissen über zukünftige Ereignisse und Tendenzen geht, kommt es beim Plan auf den Erfolg und die optimale Handlungsvariante an.

Die Prognosen beeinflussen den Plan in vielfacher Weise, vor allem durch das Auslösen von Plankorrekturen. Der Erkenntnisprozeß stellt einen kybernetischen Regelprozeß dar, wobei das Erkenntnissubjekt und die objektive Realität, die es zu erkennen gilt, zu einem Regelkreis zusammengeschlossen werden. Der Erkennende nimmt Informationen aus der Umwelt auf und wirkt, indem er diese Informationen verarbeitet und in zweckgerichtete Handlungen umsetzt, auf die Realität ein; die veränderte Realität sendet ihm neue Informationen zu. Mit diesem Problem verbunden ist die Selbstaufhebung und Selbsterfüllung von Prognosen. Das entscheidende Problem ergibt sich dabei aus dem spontanen Charakter der kapita-

¹ Klaus, G., *Kybernetik und Erkenntnistheorie*. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1966, S. 83/84.

listischen Produktion. Beide Entwicklungen können die Prognose einer späteren Überprüfung entziehen, weil die staatliche Wirtschaftspolitik ihre Realisierung nicht zugelassen hat.

Die staatliche Programmierung hat verschiedene Formen und bildet eine Einheit von Bedingungen, Zielen, Mitteln und Kräften. Zu den Bedingungen gehören die Eigentumsverhältnisse und das Niveau der Produktivkräfte; Mittel sind Steuern, Abschreibungen, Rechentechnik, Zwangsmaßnahmen und psychologische Beeinflussung. Um die Durchsetzung des Planes methodisch-inhaltlich im einzelnen darstellen zu können, ist zwischen dem staatlichen Sektor in der Wirtschaft, in dem *direkte* Mittel angewandt werden können, und jenem Teil der Wirtschaft, der vornehmlich durch *indirekte* Mittel beeinflusst wird, zu unterscheiden.

Die wesentlichen Elemente der Programmierung sind die

1. Ziele,
2. Analysen und Prognosen,
3. Instrumente,
4. die zur Realisierung der Ziele eingesetzten ökonomischen Mittel,
5. die zwischen den verschiedenen Organen durchzuführende Abstimmung oder Koordinierung der Maßnahmen² und
6. die Kontrolle der Programmrealisierung.

Die Aufstellung und Abstimmung der Prognosen und Pläne erfolgt in einem Prozeß der sukzessiven Approximation.

Die im staatsmonopolistischen Kapitalismus üblichen Formen der Programmierungen sind unterschiedlich. Diese Unterschiede werden vor allem durch folgende Kriterien bestimmt:

1. den Einfluß der verschiedenen Klassen;
2. den Umfang des staatlichen Sektors und den davon abgeleiteten Verbindlichkeitsgrad der Programmierung (das ist vor allem für das Verhältnis von Prognose und Plan sehr bedeutsam);
3. den Einfluß der Programmierung auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Die ökonomische Tätigkeit ist untrennbar mit der politischen Zielstellung der den Staat beherrschenden Kräfte verbunden. Diese Zielsetzungen stoßen immer auf den Widerstand der übrigen Schichten. Deshalb ist die Programmierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Grenzen in jedem kapitalistischen Land eine Frage der bestehenden Machtverhältnisse und des politischen Kampfes und somit nicht allein durch ökonomische Erfordernisse determiniert, sondern auch durch innen- und außenpolitische Absichten und Bedingungen.

² Koordination bedeutet sachliche und räumliche Abstimmung von Entscheidungen. Sie ist sowohl im Verhältnis zwischen mehreren autonomen Organisationen erforderlich als auch für die einzelne Organisation selbst, und zwar immer dann, wenn die Aktions- und Wirkungsfelder der einzelnen Institutionen sich überschneiden.

Da der staatliche Sektor in den kapitalistischen Ländern seit dem ersten Weltkrieg stark angewachsen ist, mußte sich der Staat Gedanken über die Leitung der Staatsbetriebe und deren Einordnung in den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß machen. Zu den wichtigsten Ursachen für die Zunahme des Staatseigentums gehörten die Forderungen der Arbeiter nach Übernahme der Schlüsselindustrien in die Hände des Staates, nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen; der Versuch des Monopolkapitals, die durch den Bankrott von Unternehmen entstehenden Verluste zu „sozialisieren“, also den Werktätigen aufzubürden; und das Bestreben des Staates, neue Quellen zur Finanzierung der wachsenden Staatsausgaben zu erschließen. Der staatliche Sektor ist vor allem in Perioden großer Krisen und Erschütterungen rasch gewachsen. Er hatte in diesen Situationen die Aufgabe, das monopol-kapitalistische System zu stabilisieren.

Der Umfang des staatlichen Sektors läßt erkennen, ob es sich in einem Land primär um eine *Programmierung der Wirtschaftspolitik* handelt, wie zum Beispiel in Westdeutschland oder in den Niederlanden, oder ob die Programmierung eine direkte Lenkung größerer Bereiche der Wirtschaft einschließt (wobei von der Infrastruktur abgesehen wird), somit über die Programmierung der Wirtschaftspolitik hinausgeht und zur *Programmierung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses hin tendiert*, wie das in Frankreich der Fall ist. In der zuletzt genannten Form staatlicher Programmierung wird deren widersprüchlicher Charakter besonders sichtbar.

Während in Frankreich die Programmierung einen relativ großen Teil der Wirtschaft umfaßt und innerhalb der Modernisierungskommissionen die führenden Unternehmer jeder Branche unmittelbar an der Planaufstellung mitwirken, stellt in Schweden, den Niederlanden und Westdeutschland die staatliche Programmierung im wesentlichen eine Programmierung der Wirtschaftspolitik dar. Diese Form der staatsmonopolistischen Planung unterscheidet sich von der französischen „Planifikation“, da sie die Unternehmer primär mit *indirekten* Mitteln beeinflusst und Zwangsmaßnahmen vor allem gegenüber den nichtmonopolistischen Klassen und Schichten anwendet.

Für eine Beurteilung der staatlichen Programmierung muß man wissen, in welcher Weise und in welchem Umfang sie und ihre einzelnen Elemente den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß oder einzelne Teilbereiche beeinflusst, das Wachstum stimuliert, Inflationstendenzen abschwächt, die zyklische Bewegung und den Preis- und Profitmechanismus verändert. Dabei geht es um die Frage, ob mehrere wirtschaftspolitische Ziele gleichzeitig, und wenn ja, bis zu welchem Grade, erreicht werden können; welche Widersprüche zwischen einzelnen Zielen bestehen; welche Auswirkung wirtschaftspolitische Maßnahmen und Instrumente im einzelnen oder in Verbindung mit anderen haben; inwiefern unterschiedliche oder gegensätzliche Klasseninteressen die Zielfestlegung und die Durchführung einer Mittelkombination beeinflussen; inwieweit die Auswirkungen dieser Maßnahmen bekannt oder voraussehbar sind und in welcher Weise sie auf den anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktion einwirken.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf den Unterschied zwischen *staatlicher Regulierung* und *Programmierung* einzugehen.

Der Begriff Regulierung wird in der marxistischen Literatur hauptsächlich in zweifacher Weise benutzt.³ Einmal wird er auf den Funktionsmechanismus überhaupt, also auch auf die *Profitregulierung*, bezogen, zum anderen auf die verschiedenen staatlichen Maßnahmen, die in den vergangenen Jahrzehnten vorwiegend als Einzelmaßnahmen zur Überwindung bestimmter Krisen oder zur Unterstützung von Gruppen der Bourgeoisie oder auch der Großgrundbesitzer durchgeführt wurden. Diese Maßnahmen waren im allgemeinen untereinander nicht koordiniert, höchst selten prognostisch begründet und wirkungsmäßig kaum quantifizierbar. Diese Regulierung war mit zahlreichen negativen Folgen verbunden, zum Beispiel weil die eine Maßnahme die andere aufhob, manche Eingriffe zu spät kamen und quantitativ nicht richtig dosiert vorgenommen wurden. Die imperialistischen Staaten versuchen nun, diese Mängel soweit wie möglich zu überwinden, und sie können das auch in gewissem Umfang. Der Staat versucht, wirtschaftliche Eingriffe prognostisch zu begründen, gegenseitig abzustimmen, um ein Neben- oder Gegeneinander zu vermeiden, sie zeitlich und sachlich richtig zu quantifizieren und ihre Effekte vorauszuberechnen. Darauf läuft u.a. die gesamte Programmierung in den imperialistischen Ländern hinaus. Die Programmierung ist aber nicht nur, wie bereits dargelegt, in ihrem Umfang beschränkt, da sie auf dem monopolistischen Eigentum beruht, sondern alle Widersprüche und Hemmnisse, die bereits bei der Regulierung zutage getreten sind, sind auch für die Programmierung typisch. Auch heute wird zum Beispiel die Koordinierung keineswegs von den objektiven ökonomischen Erfordernissen bestimmt, sondern stellt eine Form des Kampfes verschiedener Gruppen und Klassen dar. Das zeitweilig unterschiedliche Vorgehen der westdeutschen Bundesbank und des Wirtschaftsministeriums in den vergangenen Jahren ist ein Bei-

3 Die bürgerliche Ökonomie nimmt dazu ebenfalls unterschiedliche Standpunkte ein. Fritz Gygi schreibt, zur Planung werde die Wirtschaftspolitik dann, „wenn eine Notwendigkeit erkannt oder eingesehen wird, die Verhaltensweise des Staates in seinem wirtschaftlich relevanten Gebaren insgesamt nach einem ordnungspolitischen Konzept zu einer bewußten und nicht dem Zufall überlassenen Einstellung werden zu lassen. Der Wirtschaftsplanung ist somit zunächst der Gedanke der Koordination der Wirtschaftspolitik eigen, wobei noch offen gelassen werden soll, nach was sich diese Koordination ausrichtet oder auszurichten hat. Die weitere und notwendige Abgrenzung zum Interventionismus kann darin gesehen werden, daß der Interventionismus sich auf Betreiben von interessierten Wirtschaftsgruppen mit der reaktiven Bekämpfung sektoral aufgetretener Schwierigkeiten (z. B. Erhaltungsinterventionen) befaßt. Die Wirtschaftsplanung dagegen ist auf die Vermeidung oder Beseitigung konjunktureller oder struktureller Störungen aus einem gesamtwirtschaftlichen Interesse heraus angelegt. In seinem Beitrag zu dem Thema der Kieler Tagung legte Harald Jürgensen das Hauptgewicht für die Unterscheidung auf die ex-ante Sicht, die für Planung kennzeichnend sei, wogegen die ex-post Korrektur den Interventionismus qualifiziere. Diese Klassierung bedarf mutmaßlich aber doch der Ergänzung danach, ob der gesamtwirtschaftliche Bezug im Vordergrund steht oder ob die sektorale oder regionale Hilfeleistung das Übergewicht hat.“ (Gygi, F., *Rechtsfragen der Wirtschaftsplanung*, in: *Planung II*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1966, S. 114).

spiel von vielen. Ähnliche Erscheinungen gibt es auch heute in jenen Ländern, in denen die staatliche Programmierung seit mehr als zwanzig Jahren existiert. Schon diese Bemerkungen lassen erkennen, daß die staatliche Programmierung im heutigen Kapitalismus widersprüchlich ist und diese Widersprüchlichkeit auch durch eine – theoretisch – noch so „gut“ konzipierte Wirtschaftspolitik nicht überwunden werden kann.

Die Programmierung im Kapitalismus zeugt somit von dem Bemühen, neue Wege in der Wirtschaftspolitik zu gehen und eine neue Qualität zu erreichen. Sie ist der Versuch, die gesellschaftlichen Widersprüche, die im Zuge der Entwicklung der Produktion zur Lösung drängen, unter Beibehaltung der monopolkapitalistischen Grundlagen zu beseitigen und den Produktivkräften durch die staatliche Monopolisierung und eine rationelle Ausnutzung dieser Monopolisierung neue Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen. Das geschieht durch langfristige Orientierungen, Beachtung gesamtwirtschaftlicher Interdependenzen und der Substitutions- und Komplementärbeziehungen zwischen den verschiedenen Teilsystemen der Volkswirtschaft. Eine von antagonistischen Widersprüchen freie Planung, die für den Sozialismus typisch ist, bleibt jedoch unter staatsmonopolistischen Bedingungen ein nicht realisierbares Ziel. Deshalb und aus anderen Gründen ist die *staatsmonopolistische Programmierung auch keine Planung im eigentlichen Sinne des Wortes*, obwohl sie bestimmte Elemente einer gesamtwirtschaftlichen Planung aufweist.

Planen bedeutet bewußtes Ausnutzen der ökonomischen Gesetze durch die Gesellschaft und im Interesse der Gesellschaft, höchstmögliches Entfalten der Produktivkräfte zwecks maximaler Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft. Um eine derartige Planung handelt es sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht. Planen durch die Gesellschaft bedeutet, wie die Klassiker des Marxismus mehrmals zum Ausdruck gebracht haben, bewußte Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch die Menschen und Kontrolle der gesellschaftlichen Lebensbedingungen durch die Menschen.⁴

Das kapitalistische Eigentum schließt eine gesellschaftliche Planung der Produktion aus. Die staatliche Programmierung existiert auf dem staatsmonopolistischen Eigentum, sie nutzt den Monopolprofit als Regulator der Produktion und zeigt, daß sie nur teilweise den objektiven Bedürfnissen der Produktivkräfte entspricht.

Für den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die proportionale Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige eine objektive Notwendigkeit, stellt sich aber auch in ihm „als beständiger Prozeß aus der Disproportionalität dar . . . , indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat.“⁵ Die „naturwüchsige Form“, in der das Gesetz der Proportionalität im Kapitalismus verwirklicht wird, ist durch das Ziel der kapitalistischen Pro-

4 Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 260 ff.

5 Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 267.

duktion bedingt.⁶ Erst in der Produktionsweise, in der das Ziel der Produktion direkt auf den Gebrauchswert, also auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, und nicht auf die Befriedigung der Verwertungsbedürfnisse des Kapitals gerichtet ist, die Produktion einen neuen sozialen Inhalt hat, wird mit der naturwüchsigen Form des Wirkens der ökonomischen Gesetze auch die entfremdete Gestalt des Verhältnisses der Menschen zu den Gesetzen ihres eigenen gesellschaftlichen Handelns überwunden.

Die planmäßige Leitung der gesamten Wirtschaft ist eine wichtige Besonderheit und ein entscheidender Vorzug des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. Sie ist nur möglich auf der Basis der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Erst dann kann die Gesellschaft die Entscheidungen über die grundlegenden Zweig- und Territorialproportionen der Produktion, das Verhältnis von Konsumtion und Akkumulation und die Verteilung der Arbeitskräfte bewußt und zum Nutzen der Gesellschaft treffen.

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit entsprochen, und die Produzenten werden eigentumsmäßig mit den Produktionsmitteln vereinigt. Die Planung ist objektiv notwendig und möglich, wird aber erst in einem komplizierten Prozeß zu einem Instrument rationeller Organisation der Produktion und höchstmöglicher Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit. Im Rahmen der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR geht es darum, die zentrale staatliche Planung mit der eigenverantwortlichen Planungstätigkeit der sozialistischen Warenproduzenten organisch zu verbinden, damit die sozialistische Wirtschaft ihr optimales Wachstum mit minimalen Reibungsverlusten erreichen kann. Die Bestimmung der optimalen Entwicklung unserer Gesellschaft und ihrer Realisierungsmöglichkeiten durch Synchronisation von gesellschaftlichen, betrieblichen und individuellen Interessen ist deshalb ein dringendes Problem. Die Aufgaben des VII. Parteitag, mit geringstmöglichem Aufwand und in historisch kürzestmöglicher Frist die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu schaffen, erfordert die Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Instrumente

Zu den wichtigsten Instrumenten, die in der Programmierungspraxis der kapitalistischen Ländern Verwendung finden, gehören die

- volkswirtschaftliche Gesamtrechnung,
- das Nationalbudget
- die Input-Output-Analyse und
- die ökonomischen Modelle.

Die Entwicklung der Programmierung als Lenkungs- und Kontrollinstrument hat sich in ähnlicher Weise vollzogen wie die Unternehmensplanung. Auf beiden Ebe-

⁶ Vgl. Marx, K., *Grundrisse der politischen Ökonomie*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 314 ff.

nen begann es mit einem systematischen Rückblick auf eine abgelaufene Periode. Im Unternehmen diente dem die Buchführung, in der Volkswirtschaft die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die konsequente Weiterführung derartiger ex-post Analysen war die Ausarbeitung gesamtwirtschaftlicher Prognosen in Gestalt von Nationalbudgets. Die Nationalbudgets wurden schließlich ebenso wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weiter untergliedert, vor allem zur genaueren Analyse der zweigwirtschaftlichen Beziehungen, um strukturelle Veränderungen feststellen und voraussagen zu können. Daraus entwickelten sich dann die Input-Output-Analysen, deren Herausbildung vor allem durch die sozialistische Volkswirtschaftsplanung beeinflusst wurde.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein in den letzten drei Jahrzehnten in den kapitalistischen Ländern entwickeltes und vielfach angewandtes Instrument, mit dessen Hilfe der gesamtwirtschaftliche Reproduktionsprozeß in seinen wechselseitigen Zusammenhängen und Verflechtungen erfaßt und analysiert werden soll, um eine Basis für die staatliche Wirtschaftspolitik zu erhalten. Obwohl dieses Instrument die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft in verzerrter Form zum Ausdruck bringt, bietet es einen tieferen Eindruck in das Wirtschaftsgeschehen eines Landes als die früher üblichen Einzelstatistiken. Da die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bei einer kontinuierlichen Aufstellung über einen längeren Zeitraum die zeitlichen Veränderungen der Wirtschaft erfaßt, stellt sie eine wichtige Grundlage für Voraussagen dar und ermöglicht eine bessere Abstimmung und exaktere Berechnung der Folgen wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Den entscheidenden Anstoß für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gab die große Weltwirtschaftskrise.⁷ Sie führte dazu, daß sich bürgerliche Ökonomen weit intensiver als bis dahin mit Fragen des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und im Zusammenhang damit auch mit der statistischen Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsbeziehungen befaßten. Bis dahin existierten in den kapitalistischen Ländern Nationaleinkommens-, Produktions-, Verbrauchs- und andere Statistiken. Das Ziel der damaligen statistischen Arbeit bestand aber im allgemeinen nicht in der geschlossenen Darstellung des gesamten Wirtschaftskreislaufs. In der Weltwirtschaftskrise zeigte sich, daß diese Statistiken nicht den wirtschaftspolitischen Anforderungen entsprachen. Der Zwang zu staatlichen Eingriffen während und nach der Weltwirtschaftskrise erforderte die Darstellung der wirtschaftlich relevanten Vorgänge und Interdependen-

⁷ Die Entstehung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist wie die Programmierung im Kapitalismus allgemein eine Folge der gewaltigen Vergesellschaftung der Produktivkräfte. Schon Marx wies darauf hin, daß diese Vergesellschaftung zu „einer allgemeinen Buchführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter“ führt. (Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 620). Lenin führte diesen Gedanken weiter als er schrieb: „Ihrem Inhalt nach ist aber diese Verteilung der Produktionsmittel keineswegs ‚allgemein‘, sondern privat, d.h. sie ist den Interessen des großen – in erster Linie des allergrößten, monopolistischen Kapitals angepaßt.“ (Lenin, W. I., Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 220).

zen zwischen den volkswirtschaftlichen Größen in einem System. Mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde dazu ein geeignetes Mittel entwickelt.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung dient einmal der praktischen Tätigkeit der Monopole und ihres Staates; denn die Monopole brauchen konkrete Angaben über die ökonomische Entwicklung und wirtschaftlichen Zusammenhänge, zum anderen der ideologischen Apologetik. Sie soll das ökonomische Geschehen in einer abgelaufenen Periode quantitativ erfassen und den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß „durchsichtig“ machen, um Ansatz, Art und Zeitpunkt der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates näher zu bestimmen und wirkungsvoller durchführen zu können. Das bedeutet, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eine wichtige wirtschaftspolitische Funktion zu erfüllen hat. Sie ist sowohl Grundlage als auch Instrument der Wirtschaftspolitik, denn sie informiert die staatlichen Organe über den Stand und die zeitliche Veränderung der wirtschaftspolitisch relevanten Größen. Von bürgerlicher Seite wird stets betont, daß die zunehmende ökonomische Tätigkeit des Staates eine derartige Grundlage in Form eines systematisch erfaßten Zahlenmaterials erfordert. Durch die Kenntnis der quantitativen Beziehungen ist es außerdem möglich, die Auswirkungen staatlicher Maßnahmen in gewissen Grenzen festzustellen, da in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kein Vorgang isoliert, sondern stets im Hinblick auf seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung betrachtet wird.

Obwohl in den kapitalistischen Ländern der hohe Vergesellschaftungsgrad der Produktion zu einer allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen Buchführung drängt, bildet die antagonistische kapitalistische Wirtschaft eine widerspruchsvolle Basis für eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Einerseits erfordern die Hemmnisse in der Kapitalverwertung bei den miteinander in Konkurrenz liegenden Einzelkapitalen eine gesamtwirtschaftliche Orientierung für ihre Dispositionen, andererseits setzen die Bedingungen der Konkurrenz, wie der Zwang zur Wahrung des Geschäftsgeheimnisses, der statistischen Erfassung des Reproduktionsprozesses gewisse Grenzen.

Die Darstellung der ökonomischen Zusammenhänge erfolgt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf „makroökonomische“ Art, d.h., die vielfältigen Beziehungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft werden nach bestimmten Gesichtspunkten gruppiert, geordnet und schließlich in wenigen überschaubaren Größen erfaßt. Im allgemeinen werden in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwandte Gesamtgrößen auf zweifache Art gebildet. Entweder faßt man alle gleichartigen „Institutionen“, d.h. die Haushalte, Unternehmungen und den Staat, zu je einem „Aggregat“ oder „Sektor“ zusammen, oder man gliedert nach „funktionalen“ Gesichtspunkten und erhält die Gesamtgrößen „Produktion“, „Einkommen“, „Vermögensrechnung“ und „Ausland“ usw. In den einzelnen imperialistischen Staaten werden „Mischsysteme“ benutzt; man verbindet bei der Aggregat- und Sektorenbildung sowohl institutionelle als auch funktionelle Gesichtspunkte.

Von den Darstellungsformen sind besonders die buchhalterische und tabellarische gebräuchlich. Bei der buchhalterischen Darstellung werden die Waren- und Geldbewegungen zwischen den einzelnen Sektoren mit Hilfe eines Kontensystems

nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung erfaßt. Die tabellarische Form weicht im Prinzip nicht von der Erfassung der Transaktionen durch ein Kontensystem ab. In den einzelnen kapitalistischen Staaten werden Darstellungsformen benutzt, die sich eng an das „Standard-System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, das im Jahre 1952 von der OEEC herausgegeben wurde, anlehnen.

Ohne Zweifel ist eine Zusammenfassung der zahllosen Einzelgrößen nach bestimmten Gesichtspunkten notwendig. Die bürgerliche Globalgrößenbildung trägt jedoch einen unwissenschaftlichen Charakter. Während Marx eine eingehende Analyse der kapitalistischen Produktionsweise durchführte und bei der Untersuchung der Ware, des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit und anderen grundlegenden ökonomischen Kategorien die qualitative und quantitative Seite des Problems als dialektische Einheit betrachtete und die gesellschaftlichen Beziehungen dieser Kategorien aufdeckte, verzichteten die bürgerlichen Ökonomen auf eine derartige Analyse. Bei den von ihnen verwandten Kategorien handelt es sich vielfach um höchst allgemeine Kategorien, die scheinbar den konkreten Charakter von Kategorien der kapitalistischen Wirtschaft verloren haben. Das beweisen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland, Schweden und anderen kapitalistischen Ländern sehr deutlich.

Da die bürgerlichen Ökonomen die antagonistische Natur der kapitalistischen Produktion unbeachtet lassen, ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kein wissenschaftliches Instrument zur Analyse des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, und das formal geschlossene System makroökonomischer Größen ist nur mit Einschränkungen ein Abbild der Realität, auch wenn es die großen wirtschaftlichen Ströme und ihre gegenseitige Verflechtung erfaßt. Zahlreiche primärstatistische Angaben, wie Arbeitszeittarife, Kündigungsfristen usw., sind durchaus real. Die Kapitalisten sind aber oft nicht daran interessiert, Angaben über die tatsächliche Lage des Betriebes zu machen. Bei einer schlechten Geschäftslage könnte das Finanz- und Kreditschwierigkeiten nach sich ziehen. Jedes Unternehmen ist bemüht, das Geschäftsgeheimnis hinsichtlich Höhe der Produktion, des Profits, der Investitionen und über die Einführung neuer technischer Verfahren zu wahren, um Konkurrenzvorteile zu erhalten. Die Folge ist, daß sich die staatliche Statistik in derartigen Fällen mit ungenauen Angaben und Schätzungen begnügen muß. Das beeinträchtigt die Zuverlässigkeit der statistischen Angaben in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind im allgemeinen Schätzungen, die auf mehr oder minder umfangreichen Basisstatistiken und anderen Informationen beruhen. Die Genauigkeit der einzelnen Positionen hängt im wesentlichen von der Güte der Basisuntersuchungen ab.⁸

Die Nationalbudgets sind im allgemeinen genauso aufgebaut wie die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nur weniger aufgegliedert und auf die Zukunft, zu-

8 Vgl. Raabe, K.H., Vorausschätzungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (ohne ökonomische Modelle) am Beispiel der Bundesrepublik (West) Deutschland, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Wiesbaden, Heft 1/1967, S. 10.

meist auf das nächste Jahr, bezogen. Sie erfassen hauptsächlich Globalgrößen wie Gesamtprodukt, Investitionen, Verbrauch, Import, Export und Lagerveränderungen. Diese relativ stark aggregierten Prognosen werden heute in vielen kapitalistischen Ländern aufgestellt. In Westdeutschland sind sie, zusammen mit einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Bestandteil des Jahreswirtschaftsberichtes.

Neben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dem Nationalbudget ist vor allem die von dem amerikanischen Ökonomen *Wassily Leontief* begründete und in letzter Zeit ständig weiterentwickelte Input-Output-Analyse als Instrument einer staatlichen Programmierung zu nennen. Mit Hilfe der Input-Output-Analyse wird versucht, die zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen bestehenden Verflechtungen in Form von Liefer- und Empfangsbeziehungen gleichzeitig zu erfassen und im Rahmen eines interdependenten Systems zu bestimmen. Die Austauschbeziehungen werden in Form einer Matrix-Tabelle dargestellt, wobei die Vorspalte die einzelnen Zweige als Lieferanten und die Kopfspalte als Empfänger ausweist. Das so zustandene gekommene System wird als ein Modell simultaner, linearhomogener Produktionsfunktionen aufgefaßt. Indem jeder Input eines Bereichs zu einem Output in Beziehung gesetzt wird, erhält man Quotienten, die den relativen Anteil der einzelnen Zweige am „Ausstoß“ einer bestimmten Branche anzeigt. *Leontief* nahm nun an, daß zwischen den Sektorinputs und dem Sektoroutput ein konstant-proportionales Verhältnis besteht. Er unterstellte, daß die aufgewandte Mengen an Produktionsfaktoren sich immer proportional zur Endproduktmenge verhalten, also die Produktionsfunktionen jeder Ware aus technischen Gründen nur eine ganz bestimmte Faktorenkombination zulassen. Man spricht deshalb auch von *Leontief*-schen Produktionsfunktionen. In dieser Funktion sind alle Faktoren komplementär oder limitational. Ebenso ist Substitution eines Faktors durch einen anderen ausgeschlossen.

Es trifft zu, daß bei vielen Produktionsprozessen die Kombination der einzelnen Elemente für eine gewisse Zeit relativ starr ist; in vielen Fällen werden jedoch einzelne Elemente durch andere ersetzt, so daß die gleiche Endproduktmenge durch verschiedene „Faktorkombinationen“ erreicht wird. Langfristig ändern sich die Produktionsfunktionen vor allem unter dem Einfluß des technischen Fortschritts. Durch die Annahme fixer Produktionskoeffizienten wird aber der technische Fortschritt, der sich in einer Veränderung (zumeist Abnahme) der pro Einheit des Endprodukts benötigten Menge der verschiedenen Produktionselemente zeigt, außer acht gelassen. Fixe Produktionskoeffizienten können ferner nur bei der Erzeugung einer bestimmten Ware oder einer bestimmten Warengruppe angenommen werden. Produziert ein Unternehmen mehrere Waren und ändern sich deren Proportionen, verändern sich auch die Produktionskoeffizienten des gesamten Bereichs. In den weiter ausgebauten Input-output-Systemen nimmt man nicht mehr nur *ein* Produktionsverfahren für jede Wirtschaftsgruppe an, sondern ermöglicht eine Auswahl zwischen mehreren Produktionsverfahren. Das Prinzip der Profitmaximierung entscheidet, welche Verfahren angewandt werden.

Wesentlich an der Input-Output-Analyse ist, daß sie nicht nur die *direkten* Zusammenhänge zwischen Lieferanten und Beziehern erfaßt, sondern auch die indi-

rekten oder induzierten. Für die Stahlproduzenten ist zum Beispiel die Bauwirtschaft ein wichtiger Direktbezieher. Eine Expansion der Bautätigkeit läßt somit immer eine unmittelbare Zunahme des Stahlbedarfs erwarten. Außerdem aber werden auch von anderen Einsatzfaktoren zusätzliche Mengen an Stahl gebraucht, so von Maschinen. Auch die Automobilindustrie ist ein großer Direktabnehmer von Stahl und induziert in erheblichem Ausmaß indirekte Nachfrage.

In der bürgerlichen Literatur unterscheidet man zwischen verschiedenen Input-Output-Systemen. So gibt es ein offenes statisches, ein geschlossenes statisches, ein dynamisches System mit oder ohne Substitution usw.^{9/10} Bei einigen von ihnen zeigt sich die Absicht, den Erfordernissen der staatlichen Wirtschaftspolitik besser zu entsprechen. Andere haben vorwiegend theoretische Bedeutung. Während zum Beispiel das offene statische System Endnachfrage, Lohnsätze, Preise usw. als von außen gegeben annimmt, sollen in einem geschlossenen System alle Größen im Rahmen des Systems bestimmt werden. Damit entfällt die Möglichkeit, jene Größen, für die die Proportionalitätsvoraussetzung nicht zutrifft, von außen einzuführen und außerhalb des Modells zu bestimmen. Da man sich auf diese Weise weiter von der Realität entfernt, hat das geschlossene System im wesentlichen nur theoretische Bedeutung.

Die Beschränktheit der Input-Output-Analyse liegt also einmal darin, daß sie keine oder eine nur geringe Substituierbarkeit zwischen den technischen Prozessen zuläßt. Zum anderen machen die Annahmen über Linearität und Proportionalität oder der zeitlichen Invarianz der Produktionskoeffizienten dieses Instrument zu einem relativ starren System. *Leontief* ist sich dieser Mängel bewußt, glaubt jedoch, daß sich der technische Fortschritt nur sehr langsam durchsetzt, so daß seine „technischen“ Beziehungen als eine ziemlich verlässliche Annäherung an die Wirklichkeit betrachtet werden können.

Eine Reihe anderer Restriktionen der Input-Output-Analyse ergibt sich aus der Verwendung der bereits in Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung untersuchten bürgerlichen Kategorien. Da *Leontief* ebenso wie die anderen bürgerlichen Ökonomen die Arbeitswerttheorie ablehnt und die Produktionsfaktorentheorie zur Erklärung der Reproduktionsbeziehungen heranzieht, gibt es für ihn auch keine Ausbeutung. Der Profit verschwindet damit aber keineswegs, sondern wird, zumindest im offenen statischen System, jeweils bezogen auf den Produktionswert, als fix angenommen. Das widerspricht natürlich in gewisser Hinsicht der quantitativen Gleichheit von Input-Output. Die Folge ist, daß die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft nicht herausgearbeitet wird und letztlich die quantitativen Beziehungen innerhalb der Volkswirtschaft entstellt werden.

Ökonometrische Modelle werden u.a. in den Niederlanden, Schweden, Norwegen, Frankreich und in den USA aufgestellt und für die staatliche Planung und Pro-

9/10 Vgl. Krelle, W., *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Input-Output-Analyse für die Bundesrepublik (West-)Deutschland*, (West-)Berlin, 1959, S. 110.

gnostik verwendet.¹¹ Sie enthalten verschiedene Arten von Variablen, Parameter und Gleichungen. Man unterscheidet zwischen *endogenen* Variablen, also Größen, die modellmäßig erklärt werden, und *exogenen* oder *erklärenden* Variablen, die von außen in das Modell eingeführt werden. Zu den *exogenen* Variablen werden auch jene Größen gezählt, die vom Staat kontrolliert werden und in Anlehnung an *Tinbergen* Instrumente genannt werden. Trotz bestimmter Unterscheidungskriterien ist die Grenze zwischen beiden Arten von Variablen fließend, und es besteht für den Theoretiker und Praktiker ein Ermessungsspielraum bei ihrer Bestimmung.

Neben der Unterscheidung in endogene und exogene Größen ist die Einteilung in *gemeinsam abhängige* und *vorherbestimmte* Variablen wichtig. Die endogenen Variablen ohne „lag“ werden als gemeinsam abhängige und die verzögerten endogenen sowie die exogenen Variablen als vorherbestimmte Variablen bezeichnet.

Wichtige Elemente ökonomischer Modelle sind die Parameter, also Größen, die über eine bestimmte Zeit als konstant angenommen werden, wie z.B. „Grenzneigung zum Konsum“. Die Parameter quantifizieren die Intensität des Einflusses der einzelnen Bestimmungsgrößen auf die jeweils zu erklärende ökonomische Größe und sind im Rahmen der Schätzung und Hypothesenprüfung Hauptgegenstand der Betrachtung.

Die bürgerlichen Ökonomen versuchen, die Bildung ökonomischer Größen sowie die ökonomischen Prozesse mit Hilfe von Gleichungssystemen zu beschreiben, die auf Grund bestimmter Überlegungen formuliert werden, und unterscheiden zwischen folgenden Arten von Grundgleichungen:

1. Definitionsgleichungen, z. B. Volkseinkommen = Konsum + Investitionen, durch die *logisch notwendige* Zusammenhänge ausgedrückt werden sollen.
2. Technische Gleichungen, die sich auf die quantitativen Aspekte des Produktionsprozesses beziehen. Zu ihnen gehören u.a. die Produktionsfunktionen.
3. Verhaltensgleichungen, zu denen die Angebots- und Nachfragefunktionen zählen und in denen, ausgehend von empirischen Analysen und Befragungen, das wirtschaftliche Verhalten der Kapitalisten und Verbraucher erfaßt werden soll.
4. Institutionelle Gleichungen wie Steuerfunktionen, die die Beziehungen zwischen Einkommen, Umsatz oder Lohn auf der einen und den entsprechenden Steuern auf der anderen Seite ausdrücken. Sie erfassen die gesetzlichen Bestimmungen wie Steuer- und Abschreibungssätze, die das Verhalten stark beeinflussen oder bestimmen.

Bei ökonomischen Analysen bilden die Verhaltens- und technischen Gleichungen den Hauptgegenstand der Betrachtung. Die Verhaltensgleichungen sollen das mutmaßliche Verhalten in den verschiedenen Bereichen, Situationen und Zeiträumen erfassen. Mit der Konsumfunktion will man z.B. im Sinne der Keyneschen Theorie zeigen, daß eine Zunahme oder Abnahme der Verbrauchsausgaben von einer Erhöhung oder Verminderung des Einkommens abhängt, wobei im allgemei-

¹¹ Einen guten Überblick über die in der staatlichen Prognose- und Programmierungspraxis verwandten ökonomischen Modelle geben Fox, K.A./Sengupta, J.K./Thorbecke, E., *The theory of quantitative economy*. North-Holland Publishing Co., Amsterdam 1966.

nen nur ein Teil des Einkommenszuwachses verbraucht, der andere dagegen gespart werde.

Bürgerliche Theoretiker versuchen heute, bei ökonomischen Analysen und Prognosen das Konsumverhalten nicht mehr in einer einzigen Funktion zu erfassen, sondern unterscheiden zwischen verschiedenen Einkommensgruppen.

Verhaltensgleichungen wie Konsum- und Investitionsfunktionen gelten als stochastische, auf der Wahrscheinlichkeitstheorie basierende Gleichungen. Es handelt sich dabei um folgendes: Bei einer deterministischen Formulierung der Konsumfunktion eines *i*-ten Haushaltes würde man den Konsum dieses Haushalts ausschließlich in Abhängigkeit von seinem verfügbaren Einkommen erklären, wobei man unterstellt, daß entweder keine anderen Faktoren, die den Verbrauch beeinflussen, existieren, oder daß diese Faktoren konstant bleiben. Eine solche Erklärung kann aber das tatsächliche Konsumverhalten nur annähernd erfassen, da alle übrigen Größen, die den Konsum beeinflussen, aber schwer quantifizierbar sind oder ständig schwanken, wie Mode, Stimmungen usw., in der Konsumfunktion nicht berücksichtigt werden. Diesen zusätzlichen Einflüssen trägt man dadurch Rechnung, indem in die Konsumfunktion eine sogenannte Störvariable als zusätzliche Größe aufgenommen wird. Auf diese Weise werden die Einflüsse aller übrigen Komponenten, die nicht als Bestimmungsfaktoren in der Konsumfunktion auftreten, quantifiziert. In der weiteren Darlegung sieht man die Störvariable als eine Zufallsgröße an, d.h., man folgt einer Wahrscheinlichkeitsverteilung, bei der den verschiedenen Werten, die die Störvariable annehmen kann, bestimmte Wahrscheinlichkeiten zugeordnet sind.

Die bürgerlichen Ökonomen betonen bei der Erklärung dieser Zusammenhänge, daß die Konsumententscheidungen nicht eindeutig bestimmt sind, sondern die Realisierung eines Zufallsprozesses darstellen. Bei einem gegebenen Einkommen kann demnach ein Haushalt verschiedene Konsumententscheidungen treffen, und jede Entscheidung trifft mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ein.

In der bürgerlichen Politischen Ökonomie unterscheidet man zwischen Partial- und Total-, statischen und dynamischen, mikroökonomischen und makroökonomischen Modellen. Das Keynesche Modell zur Analyse der kurzfristigen zyklischen Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft wird als ein statisches makroökonomisches Totalmodell bezeichnet. Es enthält drei Gleichungen der Verhaltensweise (Konsum-, Investitions- und Liquiditätsfunktion) und zwei Gleichgewichtsbedingungen.

Zu den wichtigsten Etappen der ökonomischen Arbeit gehört die Schätzung der Parameter ökonomischer Gleichungen und die Prognose der modellmäßig zu erklärenden Variablen, wobei die punktuelle Parameter- und Prognoseschätzung interdependenter Gleichungssysteme besondere Beachtung findet. Bei der Schätzung geht es darum, von einer Stichprobe auf die unbekannten Werte der Parameter zu schließen. Die sich ergebenden Schätzwerte sind zufallsbedingt, d.h., sie können mehr oder minder stark von den unbekannten Parametern abweichen.

Charakter und Aufgabenstellung bestimmter ökonomischer Modelle werden von der bürgerlichen Wirtschaftstheorie und den wirtschaftspolitischen Zielsetzun-

gen bestimmt. Die bürgerlichen Ökonomen gehen bei der Modellierung ökonomischer Prozesse von der Überlegung aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung von den Entscheidungen der Unternehmer, Verbraucher und der staatlichen Organe bestimmt wird und diese Entscheidungen sich auf im Zeitablauf variierende Quantitäten von Produktion, Konsumtion usw. beziehen. Aufgabe der Theorie sei es, die Veränderungen der verschiedenen ökonomischen Größen und der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen zu erklären.

Da die Wirtschaft ein unübersichtliches Bild zeigt, muß die ökonomische Realität unter Beachtung bestimmter Ziele auf ihre wesentlichen Linien reduziert werden, um ein vereinfachtes und übersichtliches Bild von der Wirklichkeit, d.h. ein Modell, zu erhalten. Ökonometrische Modelle sind also das Produkt eines Selektionsprozesses, Vereinfachungen der Wirklichkeit, die auf der Isolierung des jeweils Wesentlichen beruhen und bestimmte Erkenntnisse vermitteln, zugleich aber Instrumente weiterer Erkenntnis sein sollen; denn durch die Arbeit am Modell sollen neue und noch umfassendere Einsichten gewonnen werden. Was der Modellkonstrukteur nicht beobachten kann, will er am Modell erforschen. Ein ökonometrisches Modell soll schließlich zeigen, welche ökonomischen Folgen sich aus der Veränderung einzelner Größen ergeben. Um etwas vorauszusagen, werden jene Variablen, deren Auswirkungen zu untersuchen sind, oft isoliert.

Die bürgerlichen Ökonomen gehen bei der Konstruktion ökonometrischer Modelle von den Prozessen und Erscheinungen der kapitalistischen Wirklichkeit aus, entstellen sie aber in vielfältiger Weise. Sie gehen primär von den Handlungen der Menschen aus, mißachten aber die Tatsache, daß diese Handlungen *gesetzmäßig* determiniert sind und gerade die Kenntnis dieser Gesetze eine wichtige Voraussetzung für die Aufstellung begründeter Prognosen ist. Die bürgerliche Ökonomie leugnet nicht prinzipiell die Existenz ökonomischer Gesetze, erklärt sie aber unwissenschaftlich. Sie versucht, ihr Wesen auf das Moment der Regelmäßigkeit zu reduzieren und erkennt nicht den objektiven Zusammenhang zwischen subjektivem Verhalten und ökonomischen Gesetzen.

Die Ziel-Mittelkombination und ihre Widersprüche

Ein Element der staatlichen Programmierung, das besonders häufig zur Apologetik des kapitalistischen Wirtschaftssystems verwendet wird und das den antagonistischen Charakter sowie die begrenzte Wirkung der staatlichen Programmierung deutlich hervortreten läßt, ist die *Zielkonzeption*. Die Apologetik besteht darin, daß die bürgerlichen Regierungen wirtschaftspolitische Ziele formulieren, die weder einzeln noch kombiniert kontinuierlich und langfristig realisiert werden können, ihre Durchsetzung aber als möglich bezeichnen. Im Zusammenhang damit werden falsche Vorstellungen über die Stabilität und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus verbreitet. Die Widersprüchlichkeit der staatsmonopolistischen Zielkombinationen folgt aus dem widersprüchlichen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft, den Klassen- und Interessengegensätzen; sie äußert sich in zahlreichen Ziel-

widersprüchen, Ziel-Mittel-Konflikten und Mängeln in den Ergebnissen bei der Zielrealisierung. Die verschiedenen Klasseninteressen schließen im Kapitalismus die Aufstellung gesamtgesellschaftlicher Ziele aus. Soweit „allgemeine“ Ziele wie „Sicherung eines stetigen Wachstums“ formuliert werden, tragen sie entweder propagandistischen Charakter oder die Monopole und verschiedene Gruppen suchen über sie ihre eigenen Absichten durchzusetzen. Von einem Gesamtwillen und einer Zielrealisierung im Interesse aller Menschen kann in der kapitalistischen Klassengesellschaft keine Rede sein. Monopole und Staat versuchen, die Mehrheit des Volkes mit verschiedenen Mitteln des Zwanges und der indirekten Beeinflussung zu einem „zielkonformen“ Verhalten zu veranlassen.

Die Regierungen der imperialistischen Staaten propagieren folgende wirtschaftspolitischen Hauptziele: *optimales ökonomisches Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Zahlungsbilanzgleichgewicht und gerechte Einkommensverteilung*. Neben diesen Zielen gibt es noch andere, z. B. Elastizität der Preise, hohe Investitions- und Sparrate, die mehr als Vor- oder Zwischenziele zu betrachten sind. Das Zuordnungsverhältnis der Ziele spielt in der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik eine große Rolle.

Aus der Tatsache, daß die durch wirtschaftspolitische Maßnahmen angestrebten Ziele ihrerseits als Mittel für andere Ziele aufgefaßt werden können, ergibt sich das Problem des Verhältnisses der Ziele sowie ihrer Beziehungen zueinander. Wenn ein Ziel als Mittel oder Vorziel für ein anderes Ziel dient, so muß ein Wirkungszusammenhang zwischen den beiden Zielen vorhanden sein, der es ermöglicht, daß durch die Verwirklichung des Vorzieles Wirkungen ausgelöst werden, die voraussehbar sind und möglicherweise zur Teilrealisierung anderer Ziele führen. Als Beispiel für das Verhältnis zweier Zielvariablen kann man die Zinssatzsenkung und die Investitionstätigkeit anführen, wobei der Zinssatz das Vorziel darstellt. Wird es durch bestimmte Maßnahmen realisiert, so reagieren die Unternehmer mit einer Änderung ihrer Investitionspolitik, wodurch sich ein anderes Investitionsvolumen ergibt, als es ohne Zinssatzänderung der Fall gewesen wäre. Die auf diese Weise erreichte Regulierung des ökonomischen Geschehens wird durch die jeweiligen Kausal- und Funktionalbeziehungen bestimmt, die zwischen Mitteln und Zielen bestehen.

Natürlich ist die wirtschaftspolitische Realität weit komplizierter als sie durch die Beziehung zwischen einem Vor- und Nachziel erfaßt werden kann. Im allgemeinen bestehen keine eingliedrige Kausalketten, in denen Zielvariable und Mittel eindeutig miteinander verknüpft sind, sondern mehrgliedrige Kausalketten. Es gibt ein ganzes System von Haupt- und Neben-, Vor-, Nach- und Zwischenzielen, die alle irgendwie miteinander verbunden sind und miteinander konkurrieren.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben sowohl erwünschte als auch unerwünschte Haupt- und Nebenwirkungen. Dies sowie die Tatsache, daß zwischen Vor- und Nachzielen oder gleichrangigen Zielen vielfältige Gegensätze bestehen, ist für die Beurteilung der staatlichen Programmierung besonders wichtig. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den verschiedenen Klassen- und Gruppeninteressen. Im heutigen Kapitalismus geht es bei der Zielfixierung nicht einfach um die

Entscheidung, welche Ziele zu realisieren sind, also um die Festlegung einer Rangordnung oder Prioritätsskala, sondern um die Durchsetzung bestimmter Klasseninteressen. Dabei ist im allgemeinen kaum eine absolute Durchsetzung eines Klassen- oder Gruppenzieles zu erwarten. In den meisten Fällen kommt es zu Kompromissen, deren Hauptnutznießer die Monopole sind. Die demokratischen Kräfte haben jedoch bei entsprechender Stärke Einflußmöglichkeiten, um die Ziele ihrer Klassegegner zu verändern. Sie können z. B. durch Kampfkationen darauf wirken, daß die Rüstung zugunsten eines Ausbaus des Bildungswesens eingeschränkt wird und die Subventionen für Monopole verringert werden.

Auch die Zielkonzeption des Staates und einzelner Monopole oder Monopolgruppen stimmen häufig nicht überein, da der Staat die langfristigen Erfordernisse des Systems beachten muß, während die Monopole oft an einer kurzfristigen Kapitalverwertung interessiert sind. Das Monopolkapital bildet auch keine homogene Einheit, sondern besteht aus heterogenen Gruppierungen mit unterschiedlichen Zielen in bestimmten Situationen, so daß Zielkonflikte auftreten können. Obwohl der Staat das Instrument der mächtigsten Finanzgruppen ist, liegt seine Politik nicht von vornherein fest, sondern ist das Ergebnis eines anhaltenden Klassen- und Interessenkampfes. Während bestimmte Kräfte für stabile Preise sind, treiben andere eine Politik der systematischen Preiserhöhung. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielen der imperialistischen Länder ständig Widersprüche auftreten und es keinem Staat gelingt, die angeführten Hauptziele einzeln und kombiniert langfristig zu realisieren. Die bürgerlich Ökonomie spricht in diesem Zusammenhang von „magischem Dreieck“ oder „magischem Fünfeck“, je nachdem, welche Hauptziele und wieviel sie kombiniert. Dabei handelt es sich keineswegs um Magie, sondern um Tatsachen, nämlich um die widerspruchsvolle Entwicklung der kapitalistischen Reproduktion.

Es ist die kapitalistische Realität, wenn in Westdeutschland, Norwegen, Schweden, Frankreich, Großbritannien usw. die Inflation im Jahresdurchschnitt 2-3 Prozent erreicht. Und sogar in der mittelfristigen Finanzplanung, die ja selbst zur Vermeidung der inflationären Tendenzen beitragen soll, ist eine Inflationsrate von 2,6 Prozent vorgesehen. Schon dieses Beispiel erweist, daß staatliche Programmierung auch eine Planung der Preissteigerung zum Inhalt hat. Eine Ursache ist vor allem darin zu sehen, daß im heutigen Kapitalismus die Preise von den Monopolen gebildet und von ihnen als Mittel des Konkurrenzkampfes und zur Ausbeutung der nicht-monopolistischen Schichten genutzt werden.

Im Kapitalismus ist eine gleichzeitige Realisierung der Hauptziele nicht möglich, weil die staatlichen Maßnahmen und der Konkurrenzkampf zu gegensätzlichen Effekten führen. Vollbeschäftigung und Preisstabilität, Zahlungsbilanzgleichgewicht und Wachstum schließen sich häufig gegenseitig aus. Diese Tatsachen kann durch keine noch so rationelle oder „versachlichte“ Wirtschaftspolitik aus der Welt geschafft werden.

Die Verwirklichung eines wirtschaftspolitischen Zieles oder einer Zielkombination ist im staatsmonopolistischen Kapitalismus entscheidend vom Einsatz der wirtschaftspolitischen Mittel abhängig. Welche Mittel im jeweiligen Fall einzusetzen

sind, ergibt sich aus dem Vergleich zwischen der prognostizierten Entwicklung bestimmter ökonomischer Prozesse (Zielsachverhalte) einerseits, „so wie sie sich unter dem Einfluß bereits erfolgter wirtschaftspolitischer Eingriffe ergeben würde, und der erfolgten zielmäßigen Fixierung der gleichen Sachverhalte andererseits.“¹² Art und Ausmaß der Abweichung des prognostizierten Wertes des Zielsachverhaltes von der wirtschaftspolitischen Zielfixierung zeigen Notwendigkeit und Form der Programmierung. Ist zum Beispiel auf Grund der Prognose zu erwarten, daß am Ende des Planzeitraumes die Vollbeschäftigung nicht gesichert ist, werden weitere, möglichst effektive Maßnahmen durchgeführt. Der imperialistische Staat verfügt über verschiedene Mittel und Mittelkombinationen und kennt auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung in gewissem Umfang deren Effektivität und künftige Wirkung.

Manche bürgerlichen Theoretiker gehen bei der Behandlung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch heute noch davon aus, daß die Wirtschaftspolitik eine sich „außerhalb des Wirtschaftens vollziehende Aktivität darstellt.“¹³ Das ist unter staatsmonopolistischen Bedingungen eine völlig falsche These, da der Staat unmittelbar in die Wirtschaft eingreifen muß, um das monopolkapitalistische System existenzfähig zu halten. Der Staat beeinflusst die Kapitalisten durch Veränderung der Steuern, Zinssätze, Abschreibungsmodalitäten und andere „Plandaten“, die vom Unternehmer als gegeben angenommen werden und bei Änderungen bestimmte Reaktionen auslösen. Er bedient sich bei der Realisierung seiner Ziele derartiger Anpassungsreaktionen, indem er die Daten in dem Umfang verändert, wie es ihm unter Beachtung der erwarteten Anpassungsreaktionen zweckmäßig erscheint, weiß aber nie, und darin besteht eine wichtige Beschränktheit staatsmonopolistischer Planung, welchen Umfang die Unternehmerreaktionen erreichen. Wenn die Banken durch Erhöhung des Diskontsatzes die Kreditnachfrage verringern oder über eine Verschärfung der Teilzahlungsbedingungen den Konsumentenkredit und damit die Nachfrage nach bestimmten Waren begrenzen, so können die genannten Folgen nicht mit Sicherheit quantifiziert werden.

Neben den „Plandaten“ werden auch die *Instrumente* der Konzerne, also alle Variablen, die der Unternehmer im wesentlichen selbst bestimmt, auf wirtschaftspolitischem Wege beeinflusst. Obwohl die Unterscheidung zwischen Plandaten und Instrumenten oft Schwierigkeiten bereitet, wird damit sichtbar, daß sich die staatsmonopolistische Regulierung entsprechend der Eigentumsstruktur auf zwei verschiedene „Objekte“ bezieht. Während über die Plandaten eine Veränderung der Instrumente auf dem Wege von Anpassungsreaktionen der Kapitalisten erreicht werden soll, stellt eine Beeinflussung der Instrumente eine *direkte* Einwirkung dar, das heißt, der Staat setzt Preise fest oder bestimmt Menge und Qualität von Erzeugnissen.

12 Ohm, H., *Allgemeine Volkswirtschaftspolitik*. Verlag Walter de Gruyter, (West-)Berlin 1964. S. 70.

13 Ebenda, S. 74.

Die Ziele eines Unternehmens sind Einflußobjekt der staatlichen Programmierung. Im allgemeinen beeinflussen sowohl die direkten als auch die indirekten Maßnahmen die Konzernpolitik.

Zum Instrumentarium der staatlichen Programmierung gehören *qualitative* und *quantitative*, *direkte* und *indirekte* Maßnahmen. Unterscheidungskriterium bei der ersten Gruppe ist die Quantifizierbarkeit der mit der Maßnahme durchgesetzten Veränderung. Ist eine Regulierungswirkung meßbar, spricht man von einem quantitativen, anderenfalls von einem qualitativen Instrument.

Der imperialistische Staat wählt oft aus einer Vielzahl von wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine Maßnahme oder auch eine Kombination von Maßnahmen aus. Er kann zum Beispiel zur Beseitigung einer regionalen Arbeitslosigkeit die Mobilität der Arbeitskräfte erhöhen, neue Betriebe gründen und das Gebiet verkehrsmäßig besser erschließen. Zeigt eine Maßnahme nicht die gewünschte Wirkung, werden andere Instrumente eingesetzt. Der Staat nutzt dabei seine Erfahrungen und beachtet bereits bekannte Einsichten über gesetzmäßige Zusammenhänge.

So können Subventionen und Abschreibungsveränderungen die monopolistische Konkurrenz wesentlich beeinflussen.

Die jüngste wirtschaftspolitische Entwicklung in Westdeutschland und in anderen imperialistischen Ländern beweist, daß zwischen verschiedenen Ministerien und zwischen Regierung und Staatsbank vielfach große Gegensätze bestehen und die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen häufig sehr gering ist. Nicht nur in der Regierungszeit von *Erhard* gab es ernste Konflikte zwischen Regierung und Bundesbank, sondern auch seit Bestehen der großen Koalition. Diese Konflikte bezogen sich Ende 1968 und im ersten Halbjahr 1969 vor allem auf die Bekämpfung der inflationären Entwicklung und den Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse.

Die Regierungen der USA, Westdeutschlands und anderer Länder haben in den letzten Jahren gegen ihr eigenes, offiziell verkündetes Ziel gehandelt und ständig die inflationäre Entwicklung verstärkt. Die wirklichen Nutznießer der Inflation waren die großen Konzerne. Ausdruck dessen sind die zunehmende Verschuldung und die hohen Exportüberschüsse, die zu einer Erhöhung der inländischen Nachfrage führen. Um nun die Gefahr einer zu großen Geldentwertung zu hemmen, hat die westdeutsche Regierung im November 1968 steuerliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhr getroffen, um Preiserhöhungen abzuschwächen. Diese „Ersatzaufwertung“ der DM hat zu steigenden Exportpreisen geführt und ebenso wie die Mieterhöhungen und die Mehrwertsteuer inflationäre Tendenzen ausgelöst. Der angekündigte Effekt wurde nicht erreicht.

Eine Wirkung der antiinflationären staatsmonopolistischen Maßnahmen besteht in der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und aller übrigen nichtmonopolistischen Schichten. Diese müssen die Folgen einer Politik tragen, deren Urheber nicht sie, sondern das Finanzkapital ist. Gerade das aber gilt es zu verhindern. Preisstabilität darf nicht auf Kosten der Bezieher niedriger Einkommen, sondern muß, soweit es im Kapitalismus überhaupt möglich ist, auf Kosten der Bezieher von Monopolprofiten durchgesetzt werden.

Ein wichtiges Problem bei einer Analyse der wirtschaftspolitischen Mittel ist die Feststellung ihrer Eignung und Effektivität. Qualitative wie quantitative, autonome wie nicht-autonome Instrumente werden vor allem unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob mit ihnen ein bestimmtes Ziel erreicht werden kann, sie „zielkonform“ sind. Mit geldpolitischen Maßnahmen kann man zum Beispiel kaum raumpolitische Ziele durchsetzen, wohl aber mittels tarif- oder verkehrspolitischer Maßnahmen.¹⁴

Der Mitteleinsatz hängt auch von bestimmten Zeiten ab, das heißt nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes ist die Durchführung einzelner oder mehrerer Maßnahmen nicht mehr zweckmäßig, weil sie nicht der Konjunkturlage entsprechen. Die wirtschaftspolitischen Instrumente brauchen aber zu ihrer Entfaltung und ebenso zu ihrem Einsatz eine gewisse Zeit. Insbesondere, wenn sie noch juristisch fixiert werden müssen, ist die Vorbereitung und Verabschiedung der Maßnahmen wegen der parlamentarischen Prozedur oft langwierig. Vielfach können potentielle Maßnahmen überhaupt nicht ergriffen werden, weil sie nicht zeitgemäß einsatzfähig sind. Ähnlich ist es, wenn bestimmte Mittel innerhalb des erforderlichen Zeitraumes eingesetzt werden können, ihre *Auswirkungen* aber zu spät zur Geltung kommen. In derartigen Fällen sind die Instrumente aus zeitlichen oder faktischen Gründen nicht zielkonform. Manche Mittel sind auch wirkungsmäßig begrenzt. So kann zum Beispiel der Diskontsatz nur bis zu einem bestimmten Punkt gesenkt werden. Ist dieser Punkt erreicht, ohne daß das angestrebte Ziel realisiert werden konnte, scheidet es aus dem Kreis der Instrumente mit faktischer Zielkonformität aus. Die gleiche Situation liegt vor, wenn zwar der maximale Effekt erreicht wurde, die verbleibenden Möglichkeiten aber zu gering sind, um die notwendigen Wirkungen in der gewünschten Richtung zu zeitigen.

Der imperialistische Staat versucht, die wirtschaftspolitischen Mittel so zu dosieren, daß eine größtmögliche Effizienz erreicht wird. Ein wirtschaftspolitisches Mittel wird überdosiert eingesetzt, wenn die vorgesehene Veränderung des Sachverhalts quantitativ überschritten und unterdosiert, wenn sie unterschritten wird. *Tinbergen* hat vorgeschlagen, das Ausmaß dieser Art der Unter- bzw. Überdosierung eines Instrumentes oder einer Kombination in Form eines Effizienzquotienten zu berechnen. Wird die Zielvariable in dem vom Staat vorgesehenen Ausmaß beeinflußt und verändert, so beläuft sich der Effizienzquotient auf den Wert 1. Alle Werte unter 1 zeigen in der Regel Untererfüllung und damit Unterdosierung des Mitteleinsatzes, alle Werte über 1 entsprechend Übererfüllung und somit Überdosierung.

¹⁴ Die bürgerliche Theorie unterscheidet zudem noch zwischen einer *potentiellen* und *faktischen* Eignung wirtschaftspolitischer Mittel. Den Wirtschaftspolitiker interessiert naturgemäß in erster Linie die faktische Eignung, d.h. die Eignung unter Beachtung der jeweils vorhandenen Bedingungskonstellation. Er kann wirtschaftspolitisch nur handeln, wenn er faktisch geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung seiner Ziele einsetzen kann. Die faktische Eignung eines Instruments hängt also von den tatsächlichen Bedingungen ab. Diese Bedingungen können zahlreich und vielfältig sein.

Schließlich gilt es noch, zwischen generellen und speziellen Maßnahmen, die die gesamte Wirtschaft bzw. bestimmte Teile beeinflussen, zu unterscheiden. Zu den generellen Maßnahmen gehört die Diskontsatzveränderung; zu den speziellen Maßnahmen lokal begrenzte Steuerpräferenzen und gezielte Subventionen.

In der staatlichen Programmierungspraxis werden im allgemeinen verschiedene Instrumente kombiniert, die sich einzeln gegenseitig verstärken, abschwächen oder ergänzen können. Die vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten gestatten es in gewissem Maße, zu langsam wirkende Maßnahmen auszuhebeln. Im Kapitalismus ist „der Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente außerdem immer ein wirtschaftspolitischer Eingriff, der auf psychologische Widerstände von seiten der Wirtschaftssubjekte trifft, die es zu überwinden gilt, soll er von Erfolg begleitet sein.“¹⁵ Außerdem boykottieren die Kapitalisten oft ihnen nicht genehme Maßnahmen oder schwächen sie in ihrer Wirkung ab. Deshalb ist der Staat bemüht, und er kann es auf Grund seiner relativen Selbständigkeit, durch den gleichzeitigen Einsatz verschiedener Instrumente den Widerstand so klein wie möglich zu halten. Auf jeden Fall wird aus dieser Tatsache sichtbar, daß im Kapitalismus die Wirksamkeit einer Regulierungsmaßnahme vor allem von den Profitinteressen der Kapitalisten abhängt. Das beweisen die Ergebnisse der Außenwirtschaftsabsicherungsgesetze vom November 1968.

Die staatsmonopolistischen Maßnahmen sollen nicht nur effektiv, sondern auch systemkonform sein, also die Existenz des Kapitalismus nicht gefährden. Bei der Systemkonformität geht es um das gleiche Problem wie bei der Marktkonformität der Regulierungsmaßnahmen. Nach Röpke gelten alle jene Maßnahmen als marktkonform, die den Preismechanismus und die durch ihn bewirkte „Selbststeuerung“ des Reproduktionsprozesses nicht aufheben, sondern von ihm als Daten assimiliert werden. Als marktinkonform werden demgegenüber alle jene Maßnahmen angesehen, die den Preismechanismus „lahmlegen“ und schließlich den Übergang zur sogenannten Zwangswirtschaft einleiten. Diese Unterscheidung hat ebenso wie Euckens Wirtschaftstypen in der Folgezeit in der bürgerlichen Planungsdebatte eine große Rolle gespielt. Dabei wurden zahlreiche Fragen verzerrt wiedergegeben, und heute empfinden viele bürgerliche Theoretiker die Unterscheidung in marktkonforme und marktinkonforme Maßnahmen als unzureichend, zum Beispiel, weil die Urheber dieser Theorie von der Existenz der freien Konkurrenz ausgehen und zahlreiche staatliche Maßnahmen als nicht mit der Konkurrenz vereinbar ansehen.

Die heutige bürgerliche Politische Ökonomie beschränkt sich nicht mehr auf die Wiederholung der These, daß die kapitalistische Wirtschaft an tiefgreifenden Störungen leidet, die nur durch eine zielbewußte Wachstums-, Investitions- und Beschäftigungspolitik des Staates abgeschwächt werden können, sowie auf eine theoretische Darlegung der Zusammenhänge staatlicher Regulierungsmaßnahmen, sondern bemüht sich – in den Grenzen ihrer klassenmäßig bestimmten Möglichkeiten – um eine Erklärung der funktionalen – und teilweise kausalen – Abhängigkeiten zwischen staatlichen Maßnahmen und ökonomischem Wachstum sowie

um eine Messung der hauptsächlichlichen Wirkungen der Staatstätigkeit. Der bürgerlichen Ökonomie gelingt es jedoch nicht, den Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und Wachstum oder Konjunktur in zufriedenstellender Weise zu erfassen und die wichtigsten Effekte genau zu quantifizieren, obwohl vielfältige Berechnungen über den Einkommens- und Kapazitätseffekt der Investitionen angestellt und die unterschiedlichen Wirkungen von privatkapitalistischen Investitionen und schwach kapazitätswirksamen staatlichen Infrastrukturinvestitionen beachtet werden. In einer Krisenphase ist diese Unterscheidung besonders wichtig, da es darauf ankommt, *beschäftigungs-* und *einkommenspolitische* Effekte zu erzielen, wogegen – kurzfristig betrachtet – der Kapazitätseffekt von untergeordneter Bedeutung ist, da eine Ausweitung der Kapazitäten und damit eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt vermieden werden sollen. Der Einkommenseffekt ergibt sich aus der einkommenswirksamen Investition und der Multiplikatorwirkung.

Berechnung und Voraussage der staatlichen Wachstumseffekte stoßen im Kapitalismus auf große Schwierigkeiten, da sich der Einfluß des Staates auf den Wachstumsprozeß zum großen Teil nicht unmittelbar, sondern mittelbar, über die kapitalistischen Unternehmen vollzieht. Der Staat kann seine Ziele oft nur durch indirekt wirkende Maßnahmen durchsetzen. Er kann dann vielfach nicht mit ausreichender Sicherheit voraussagen, *ob* und *in welchem Umfang* die Unternehmer auf bestimmte Ausgaben, steuer- oder abschreibungspolitische Maßnahmen reagieren. Der imperialistische Staat versucht, eine optimale Kombination der Wachstumsfaktoren zu veranlassen und die Bedingungen für ein rasches Wachstum zu schaffen. Dem stehen jedoch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse entgegen. In einer Wirtschaft, in der die Profitmaximierung das entscheidende Ziel ist und eine Koordination der verschiedenen Teilziele auf Grund der Klassegegensätze nicht möglich ist, kann es keine gesellschaftliche Lenkung und Entwicklung der Wachstumsfaktoren geben, die im Interesse aller Mensch liegt.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht das Wachstum der Wirtschaft schlechthin das entscheidende ökonomische Ziel, sondern das *Wachstum des Kapitals*. Der imperialistische Staat setzt seine Mittel ein, um die Grundlagen der Kapitalverwertung zu erhalten und den Monopolen eine Maximierung ihrer Profite zu ermöglichen. Er kann die Steuern senken oder erhöhen, die Abschreibungssätze variieren, die Kredite verteuern und andere Mittel anwenden, um diese Ziele im Interesse des Finanzkapitals zu erreichen.

Zu den neuesten wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Bonner Staates gehören zweifellos die verschiedenen Formen der Investitionsstimulierung. Westdeutschland hat mit Wirkung vom 1.1.1969 eine „Investitionsprämie“ eingeführt, mit deren Hilfe die Aufteilung des Profits neu geregelt und die Umverteilung der Profitmasse zugunsten der Monopole verstärkt wird. Diese Investitionsprämie hat ihr Vorbild im schwedischen Investitionsfonds und wurde nach längerer Diskussion anstelle einer Aufstockung der Abschreibungssätze in das „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ aufgenommen, weil sich führende westdeutsche Politiker für sie aussprachen. Die Abschreibungs-

15 Ohm, H., a.a.O., S. 96.

sätze dürfen im Konjunkturablauf nicht regelmäßig verändert werden, da sich sonst die Unternehmer darauf einstellen und das Gegenteil von dem erreicht würde, was beabsichtigt ist. Im Aufschwung würden die Unternehmer wegen der zu erwartenden Beseitigung der Abschreibungsvergünstigungen beschleunigt investieren und die Konjunktur weiter anheizen, bei einer Konjunkturabschwächung dagegen würden sie mit ihren Investitionen zurückhalten bis die Abschreibungsvergünstigungen in Kraft treten.

„Der Volkswirt“ erhob Bedenken gegen diese Form der beabsichtigten staatlichen Regulierung der unternehmerischen Investitionstätigkeit,¹⁶ da die staatliche Manipulierung der Abschreibungssätze die langfristige unternehmerische Investitionsplanung erschweren könnte. Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, die „guten Erfahrungen“ zu nutzen, die in Schweden mit dem „Investitionsfonds“ gemacht wurden. Diese Fonds ermöglichen den schwedischen Unternehmen durch beachtliche Steuereinsparungen eine günstige Kapitalverwertung und gelten seit Jahren für manche westdeutschen Unternehmer als Vorbild für eine wirksame staatliche Investitionspolitik. Aus taktischen Gründen wird aber das Profitmotiv beiseite gelassen und der freiwillige Charakter der Investitionsfonds gepriesen. So heißt es im „Volkswirt“:

„Der fundamentale Unterschied zwischen den Investitionsfonds und der Variesierung steuerlicher Abschreibungssätze besteht jedoch in der Freiwilligkeit der schwedischen Investitionsfonds, die das Kernstück des ganzen Systems sind. Die bei uns geplante Variesierung der Abschreibungssätze dagegen hat Zwangscharakter, sie trifft alle Unternehmen ohne Berücksichtigung irgendwelcher betrieblicher Sonderfälle mit gleicher Härte und überläßt der eigenen unternehmerischen Entscheidung keinen Spielraum. Darüber hinaus schafft sie Unsicherheit bei den steuerlichen Daten und kompliziert die naturgemäß langfristig ausgerichtete Investitionsplanung. Das System der freiwilligen Investitionsfonds entspricht den marktwirtschaftlichen Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik viel eher.“¹⁷

Die Investitionsprämie hat gegenüber einer erhöhten Abschreibung den Vorteil, daß die privilegierten Investitionen nicht vom steuerpflichtigen Gewinn, sondern von der Steuerschuld abgezogen werden. Dadurch ist die tatsächliche Steuereinsparung ungleich größer. Gestattet man dem kapitalistischen Unternehmer, einen Teil der Investitionen in Form von Sonderabschreibungen vom steuerpflichtigen Gewinn abzuzweigen, so beträgt die eigentliche Steuereinsparung – eine durchschnittliche Steuerbelastung von 50 Prozent vorausgesetzt – nur die Hälfte der erhöhten Abschreibungssumme. Würde der Kapitalist auf die erhöhte Absetzung verzichten, müßte er diesen Gewinnanteil normal versteuern. Da der Steuersatz beispielsweise bei Kapitalgesellschaften je nach Aufteilung des Profits 51 Prozent bzw.

15 Prozent beträgt, umfaßt die Steuereinsparung nur einen Teil der zusätzlichen Abschreibung.¹⁸

Anders verhält es sich mit der Investitionsprämie. Hier entspricht die Größe der in Anspruch genommenen Investitionsprämie der Summe der Steuereinsparung, so daß dem Unternehmer ein weitaus größerer Teil seines Profits belassen wird. Die Steuereinsparung ist endgültig und kann auch dann ausgenutzt werden, wenn der Handelsbilanzgewinn relativ gering ist und normalerweise keine erhöhte Absetzung gestattet, zumindest nicht ohne Kürzung der ausgeschütteten Profite. Die Steuereinsparung vollzieht sich bei der Investitionsprämie zu Lasten der zentralisierten Profitmasse. Ohne Inanspruchnahme der Investitionsprämie müßte das kapitalistische Unternehmen den entsprechenden Profitteil *vollständig* als Steuer abführen. Die Kapitalisten stehen infolgedessen vor der Alternative, entweder diesen Profitteil individuell zu nutzen oder ihn ganz dem Staat zu überlassen.

Die Investitionsprämie überbietet alle bisherigen staatlichen Steuergeschenke an das Kapital. Ferner geht von ihr im Vergleich zu allen anderen steuerlichen Stimulierungsmitteln ein wesentlich stärkerer Investitionszwang aus, denn der Staat verstärkt seinen Druck auf die Verwendung des Profits zugunsten der Kapitalakkumulation. Es zeugt von der zunehmenden Labilität des staatsmonopolistischen Systems, daß immer stärkere staatliche Stimulierungsmittel erforderlich sind, um die Störungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu überwinden.

Die Einführung der Investitionsprämie leitet eine neue Phase der globalen fiskalischen Zwangskapitalbildung ein. Sie trägt eindeutig Klassencharakter und vergrößert die sozialen Gegensätze.

Ein in der Krise von 1966/67 in Westdeutschland stark propagiertes Instrument war der Investitionshaushalt, der angeblich neue Arbeitsplätze schaffen und die Nachfrage ankurbeln sollte. Der angekündigte Dualeffekt wurde dahingehend erläutert, daß der Investitionshaushalt die Krise überwinden und in der folgenden Aufschwungsphase auf Grund der liquiditätsentziehenden Wirkung der Zinszahlungen zur Sicherung der Preisstabilität beitragen soll. Sozial gesehen richtete sich dieser Eventualhaushalt gegen die Werktätigen; denn er ging einher mit einer Kürzung zahlreicher Sozialausgaben. Die widersprüchliche, den Interessen der Mehrheit des Volkes zuwiderlaufende Wirkung des Eventualhaushalts zeigte sich auch darin, daß auf der einen Seite Staatsaufträge erteilt wurden, um die Nachfrage zu stimulieren, auf der anderen Seite der Konsum gedrosselt wurde. Die Vermehrung der Staatsausgaben erhöhte auch den Verschuldungsgrad und führte zu einer Zunahme der Zirkulationsmittel, wodurch inflationäre Tendenzen ausgelöst wurden.

In den USA spielte während der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts die Steuerpolitik zur Überwindung der Krisenerscheinungen Anfang der sechziger Jahre und zur Stimulierung des Wachstums eine maßgebliche Rolle. Der Wirtschaftsbeirat des Präsidenten *Kennedy* hatte eine Steuersenkung zur Förderung der Investitionstätigkeit des Kapitals vorgeschlagen, stieß damit aber auf heftigen Widerstand einfluß-

¹⁶ Vgl. Investitionsfonds als Stabilisator, in: *Der Volkswirt*, Frankfurt (Main), Heft 36/1966, S. 1810.

¹⁷ Ebenda, S. 1812.

¹⁸ Vgl. Heise, K. H., Eine neue Phase der staatsmonopolistischen Steuerpolitik in Westdeutschland, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, Heft 7/1967, S. 2016.

reicher Wirtschaftspolitiker und -theoretiker. So forderte der ehemalige Berater von *Kennedy* und spätere Botschafter in Indien, *J. K. Galbraith*, weitere Ausgabenerhöhungen zur Lösung wichtiger staatlicher Aufgaben. Andere Politiker hielten eine Steuersenkung als konjunkturellen Stimulus für überflüssig, weil sie der Ansicht waren, die Wirtschaft würde auch ohne sie wieder wachsen. Demgegenüber betonte *W. Heller* als Vorsitzter des Wirtschaftsbeirates, mit einem höheren Wachstum seien mittelfristig auch mehr Steuern zu erwarten, so daß die erforderlichen staatlichen Ausgaben ohne weiteres finanziert werden könnten. *Kennedy* griff diesen Vorschlag schließlich auf und setzte 1962 eine Steuersenkung in Höhe von 14 Mrd. Dollar durch. *Heller* vertritt in seinem Buch „*Das Zeitalter des Ökonomen*“ die Meinung, daß diese Maßnahme die in sie gesetzten ökonomischen Erwartungen erfüllt habe, unmittelbar auf den wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg beruhe und die Stabilität und Wachstumsmöglichkeiten des Kapitals außerordentlich positiv beeinflusst habe.

Ohne Zweifel übte die Steuersenkung einen stimulierenden Einfluß auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß aus und verbesserte vor allem die Kapitalverwertungsbedingungen. Inwieweit sie tatsächlich die von *Heller* und *Okun* angeführten finanz- und beschäftigungspolitischen Effekte erzielte, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Nach einer Prognose von *Okun* aus dem Jahre 1965 soll die Steuersenkung von 1964 eine jährliche Zunahme des Bruttosozialprodukts von 36 Mrd. Dollar induziert haben. Diese Zahl ist offensichtlich zu hoch angesetzt. Außerdem wurde bereits ab 1965 ein großer Teil des Wachstums auf Grund der enormen Preissteigerungen neutralisiert.

Die verschiedenen staatlichen Programmierungsmaßnahmen können besser koordiniert, zeitlich und sachlich entsprechend den objektiven Erfordernissen abgestimmt werden, vermögen aber weder einzeln noch kombiniert den Widerspruch zwischen den aggressiven Zielen der Monopolbourgeoisie und den Möglichkeiten zur Realisierung dieser Ziele und die sozialökonomischen Gegensätze zu überwinden. Gleichgültig, ob die Widersprüche in einer Krise, einer Verlangsamung des Wachstums oder einer Zunahme inflationärer Tendenzen zum Ausdruck kommen, die Maßnahmen untergraben entweder die Sicherheit der Arbeitsplätze und hemmen damit das Wachstum oder beschränken auf Grund von Preissteigerungen die Reallöhne.

Die wirtschaftspolitische Konzeption der imperialistischen Staaten beweist, daß diese entgegen allen anderslautenden Parolen nicht in sich geschlossen ist und die Bewegung der kapitalistischen Widersprüche nicht in der propagierten Weise zu beeinflussen vermag. Der Gegensatz zwischen den verschiedenen Zielen, zwischen Zielen und Mitteln, zwischen den Klassen und Gruppen und zwischen den maßlosen politischen Ansprüchen der Monopolbourgeoisie Westdeutschlands und anderer imperialistischer Länder und den begrenzten ökonomischen Möglichkeiten wird tendenziell verschärft.

R. Oganov/B. Jaroševskij

Moderne Programmierungskonzeptionen

Aus: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija* (Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen), Moskau, 8/1969

Die Anwendung der Kybernetik in der Produktion und in der staatlichen Verwaltung zeitigt viele positive Resultate, so z.B. die Rationalisierung von Entscheidungen, die Erhöhung der Effektivität der Produktionsleitung auf der Basis automatisierter Systeme der Datensammlung und -verarbeitung u.ä. Im Grenzbereich von Gesellschafts- und Naturwissenschaften ist eine wechselseitige Durchdringung der Begriffe, der Ansätze und Methoden zu beobachten; Wissen wird integriert. Bei diesem rasch voranschreitenden Ausmaß und Intensität der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution widerspiegelnden Prozeß der interdependenten Bereicherung der Wissenschaften sind aber auch einige Klippen zu überwinden.

Ein solcher Fehler ist u.E. auch R. Cvyley in seinem interessanten Artikel „Neue Konzeptionen der Planung und Leitung“ (in: *Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen*, Moskau, Heft 11, 1968) unterlaufen. Wenn er zu dem Schluß kommt, daß „die Planung immer mehr zielfunktionalen Charakter annimmt, was auf der Basis der engen Verschmelzung der Funktion der technisch-normativen Prognose mit der Funktion der Planung erreicht wird“¹, so hat R. Cvyley offensichtlich nicht die Planung im Auge, sondern jenen Bereich, den er selbst richtig „Organisation und Leitung der Produktion“ nennt.

In der Tat, wenn die Evolution des Systems der Produktionslenkung auf der Mikroebene (d.h. auf der Ebene des Unternehmens, der Firma oder gar des Großunternehmens) betrachtet werden soll, so ist die Schlußfolgerung über die Tendenz der Zielfunktion richtig. Aber das bezieht sich nur auf jenen Teil der Produktionslenkung, der nicht sonderlich treffend als innerbetriebliche „Planung“ bezeichnet wird. Im volkswirtschaftlichen Rahmen ergibt sich ein wesentlich anderes Bild.

Historischer Exkurs

Die kapitalistische Programmierung als aktive Form der Einwirkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Ökonomie war nach dem zweiten Weltkrieg in Frankreich, in den Niederlanden, in Japan und anderen Ländern zu beobachten. Der Komplex von Programmierungsmaßnahmen umfaßt die Ausarbeitung langfristiger Prognosen, die Bestimmung der Perspektivziele der ökonomischen Entwicklung, die Regulierung der Wirtschaftstätigkeit und die Kontrolle über den staatlichen Sektor.

¹ *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, Moskau, 11/1968, S. 73.

In der Programmierung der entwickelten kapitalistischen Länder werden gewöhnlich Varianten erstellt – eine konjunkturelle und eine strukturelle (oder teilsstrukturelle). Beschränkt sich die erstere (sie ist typisch für die Niederlande) auf die kurzfristige Regulierung der Wirtschaft in Übereinstimmung mit den Markttendenzen, so werden bei der zweiten Variante, die sowohl die mittelfristige als auch die langfristige Programmierung umfaßt, Aufgaben größeren Umfangs gestellt, z. B. Modernisierung der Wirtschaft und Strukturveränderungen.

In der Nachkriegszeit, besonders in den 60er Jahren, war die Programmierung der Wirtschaft auch in den Entwicklungsländern (dort meist als Planung bezeichnet) zu erkennen. Bis in die jüngste Zeit blieb sie im wesentlichen auf die Ausarbeitung langfristiger Ziele beschränkt und wurde nicht durch laufende Programme fundiert. Ungeachtet der Tatsache, daß sie sich in den Formen sehr stark an die der entwickelten kapitalistischen Länder anlehnt, ist ihr Inhalt prinzipiell davon zu unterscheiden. Hier ist sie eine Methode zur forcierten Überwindung der Rückständigkeit. Ist in den entwickelten Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus der soziale Inhalt der Programmierung eindeutig gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet, so trägt die Programmierung (Planung) in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Doppelcharakter: sie kann einerseits Waffe zur Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit sein, andererseits aber zum Instrument des Neokolonialismus werden.

Auch mit der Volkswirtschaftsplanung des Sozialismus sind Inhalt, Aufgaben und Grenzen der Programmierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht zu vergleichen. Aber das Niveau der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern, das Ausmaß der Produktion und ihrer Vergesellschaftung fordern von der staatlichen Programmierung, nach Ansätzen und Methoden zu suchen, die den volkswirtschaftlichen Organismus optimal erfassen, die besten Varianten auswählen und eine Korrektur der ergriffenen Maßnahmen bei veränderten Bedingungen ermöglichen. Solche Methoden überschreiten unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Regel den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und erfordern – in unserer Terminologie gesprochen – optimales Funktionieren der Wirtschaft. Aus diesem Grunde bringen die sowjetischen Ökonomen solchen Ansätzen und Methoden großes Interesse entgegen.

Ein Modell der kybernetischen Technik ist die Methode des sogenannten „planning – programming – budgeting“. Dafür gibt es bisher im Russischen noch kein feststehendes Äquivalent. Die einen nennen es „Planung – Programmierung – Finanzierung“, die anderen „Planung – Programmierung – Ausarbeitung des Budgets“. Unserer Meinung nach wäre die treffendste Bezeichnung „Programm – Budget“.

Bei einem solchen Ansatz ist das Hauptaugenmerk auf die Perspektiven der ökonomischen Entwicklung gerichtet: auf den analytischen Vergleich der Planprojektvarianten; auf die Koordinierung von Plan und Budget sowie auf die Veränderung der traditionellen Budgetstrukturen auf dem staatlichen Sektor, wodurch eine regelmäßige Berechnung des Erfüllungsstandes der erstellten Programme und deren Korrektur möglich wird. Die Programm – Budget – Methode ist in den USA ent-

wickelt und nach einem Experiment im Verteidigungsministerium in den Jahren 1961–1965 jetzt bei den Bundesbehörden eingeführt worden.

Quellen der Programm-Budget-Methode

Die in den Forschungsorganisationen des Verteidigungsministeriums der USA entstandene Programm-Budget-Methode stellt eine Synthese von wissenschaftlichen und praktischen Ergebnissen dar, die in den dreißiger bis fünfziger Jahren auf drei Gebieten erzielt worden sind: beim Vergleich von Planprojektvarianten, bei der Rationalisierung des Budgets, auf dem Gebiet der quantitativen Entscheidungsmethoden sowie der Organisations- und Lenkungsmethoden zur Realisierung der Entscheidungen.

Vergleichsmethoden für Planungsprojektvarianten

In der bürgerlichen ökonomischen Literatur werden die Vergleichsmethoden für Planprojektvarianten unterschiedlich bezeichnet als „Kosten-Gewinn“, „Kosten-Effektivität“, „Investitionsmittelplanung“, „Projektberechnung“, „Systemanalyse“ und „Kosten-Nutzeneffekt“, wodurch die direkten und indirekten Ausgaben für die nähere und fernere Zukunft errechnet werden. Eine solche perspektivistische und umfassende Problemstellung erfordert natürlich verschiedene quantitative ökonomisch-mathematische und statistische Methoden. Aufgaben dieser Art wurden erstmals in den zwanziger Jahren gestellt. Als ein Ingenieurteam der US-Armee mit der Projektierung und Ausführung großer hydrotechnischer und Irrigationsarbeiten beauftragt wurde, mußten der von diesen Projekten zu erwartende Nutzen und die Kosten errechnet werden. In den dreißiger Jahren verstärkte sich das Interesse an dieser Problematik mit der Verwirklichung großer staatlicher Projekte besonders durch die Erschließung des Tennessee-Tales und der damit verbundenen Schaffung hydrotechnischer Objekte.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges änderte sich der Ansatz für die Berechnung der Effektivität von Investitionen und Betriebskosten, die Autoren der Pläne begannen sich nicht für nur den unmittelbaren Effekt solcher Programme zu interessieren, sondern auch für die indirekten Vorzüge, sozusagen für die Gewinne zweiter Ordnung und sogar für die sogenannten unsichtbaren Resultate, d.h. für die Folgen nichtökonomischen Charakters. In den Nachkriegsjahren wurde die Forschung auf diesem Gebiet in den USA wesentlich erweitert. Mit der wachsenden Zahl von Investitionsvorhaben komplizierten sich die Aufgaben der staatlichen Regulierung. Das wurde auch in starkem Maße begünstigt durch die Verbreitung von Methoden der „Operationsforschung“, die während des zweiten Weltkriegs zur Berechnung von Alternativen für Kampfoperationen entstanden und in der Folgezeit auf Zivilobjekte übertragen wurden.

Unter dem Einfluß der Kybernetik, der modernen Organisations- und Steuerungstheorien wurde in den fünfziger Jahren der sogenannte Systemansatz immer populärer. Die Regelsysteme wurden sowohl in ihren inneren Interdependenzen als

auch in der Interdependenz zu äußeren Systemen unter der Bedingung der Unbestimmtheit betrachtet. So begann man in der Nachkriegszeit in der Operationsforschung, die ihrerseits ein Teilgebiet der Kybernetik ist, die ursprünglich bei der Lösung praktischer hydrotechnischer, Irrigations- und Verkehrsprobleme entstandenen Vergleichsmethoden für Planprojekte als Teil eines umfassenden Gebiets der Entscheidungsfindung zu betrachten.

Rationalisierung des Budgets

Die in den dreißiger Jahren unter der Regierung *F. D. Roosevelt* ausgeführten öffentlichen Arbeiten größeren Umfangs erforderten ein Instrumentarium zur effektiven Kontrolle über die öffentlichen Mittel. Das traditionell nach Ressorts erstellte Budget bot keine Möglichkeit, die Grundtendenzen der Investitionen zu erkennen und ihren Beitrag zum Endergebnis des Programms (welches sich als Komplex verbundener Arbeiten verstand) zu ermitteln. Die Praxis diktierte die Notwendigkeit, die Ausgaben nach Funktionen zu unterscheiden, nach Kategorien, die durch ihr Verhältnis zu den Zielen und Resultaten der Politik miteinander verbunden sind.

So wurde die Idee eines Budgetkostenplanes geboren, der in Übereinstimmung mit den Arbeitsprogrammen aufgestellt wurde. Solche Budgets wurden in den Nachkriegsjahren in verschiedenen Bundesministerien eingeführt, wobei sie nicht mehr nach nur einer Kategorie klassifiziert wurden, sondern wobei es sich um ganze Berechnungssysteme handelte. In den fünfziger Jahren wurden die ersten Versuche unternommen, über den Rahmen der Jahresbudgets hinaus langfristige Perspektivbudgets zu erstellen (so wurde z. B. 1956 ein Zehnjahreshaushalt für die Verwaltung der Nationalparks beim Innenministerium erstellt). Im Jahre 1961 arbeiteten das Bundesluftfahrtministerium und das Verteidigungsministerium der USA programmierte Fünfjahresbudgets aus. Die Erfahrungen des letzteren unterschieden sich wesentlich von dem bisher bekannten.

In den 50er–60er Jahren propagierte die UNO in den Entwicklungsländern in großem Umfang die vervollkommenen Methoden zur Erstellung und Erfüllung von Budgets, programmierte Budgetkostenpläne und Kostenpläne für die Realisierung der Budgets.

Organisations- und Steuerungsmethoden

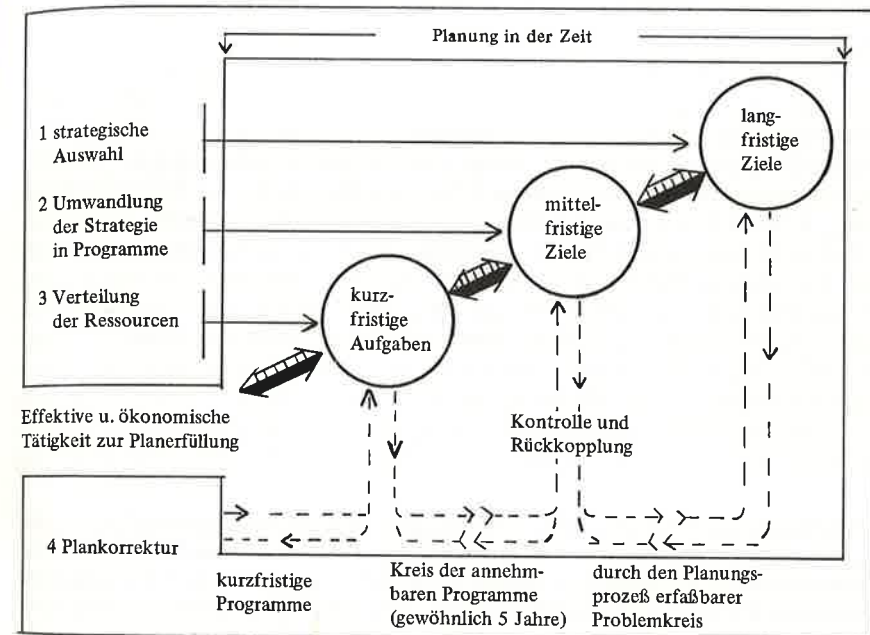
Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Tatsache, daß an der Ausarbeitung und Verwirklichung moderner wirtschaftstechnischer Projekte (Raumfahrt-, Verteidigungs- und Industriekomplexe) eine überdurchschnittlich große Zahl von Personengruppen beteiligt ist, machten den Übergang zur Perspektivplanung (die Schaffung von Großprojekten erstreckt sich über mehrere Jahre, der Trend des wissenschaftlich-technischen Fortschritts muß zwangsläufig auf zehn – zwanzig Jahre vorausgesehen werden) als auch zu speziellen Methoden der Koordinierung der Arbeiten aller an der Ausführung der Projekte beteiligten Organisationen und

Verwaltungsbehörden notwendig. So wurden z. B. in den 50er–60er Jahren in den USA überall Methoden der langfristigen Prognostizierung, der Netzplanung und -steuerung eingeführt, die die Effektivität der Planung erhöhten. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß diese auf die Praxis bezogenen Methoden Bestandteil der modernen organisationstheoretischen Tendenzen sind.

Inhalt der Programm-Budget-Methode

Bevor wir uns dem Schema der komplexen Planung nach der Programm-Budget-Methode (Schema 1) zuwenden, muß auf einige allgemeine Prinzipien eingegangen werden.

SCHEMA 1



Die Planung wird als System betrachtet, das ein bestimmtes Endprodukt ausstößt. Das wichtigste sind von daher die Bestimmung der von der Organisation angestrebten Ziele sowie deren Aufgliederung in mittelfristige Ziele und kurzfristige Aufgaben. Auf diese Weise verläuft die Ausarbeitung des Planes von oben nach unten. Alle Planelemente sind durch ein einziges Kriterium miteinander verbunden,

durch den Beitrag eines jeden Elements zu dem durch die Tätigkeit der gesamten Organisation erzielten Resultat².

Bei einer solchen Fragestellung wird eine analytische Einschätzung der vorgesehenen ökonomischen Maßnahmen notwendig. Wie aus dem Schema abzulesen ist, werden auf jeder Stufe der Planung die besten Varianten ausgewählt. Folglich ist die ständige analytische Prüfung der Alternativen das zweite Prinzip dieser Methode.

Die Forderung nach Übereinstimmung der einzuleitenden Operationen mit den Perspektivzielen verlangt eine effektive Kontrolle über den Prozeß der Programm-erfüllung, d.h. Einführung der erforderlichen Rechnungsführung, Einführung von Koeffizienten und Normativen, die zu jedem beliebigen Zeitpunkt einen Überblick über alle laufenden Arbeiten und den Grad der Erfüllung der gesteckten Perspektivziele gestatten.

Der Vergleich von Planvarianten mit Hilfe der „Systemanalyse“

Im Jahre 1954 hat die Forschungsorganisation des Verteidigungsministeriums der USA „RAND-Corporation“ eine neue Methode zur Bedarfsforschung in der Militärplanung vorgeschlagen, das sogenannte Programm-Budget. Darin waren im wesentlichen schon die Grundelemente jenes Systems enthalten, das im Verteidigungsministerium vor sieben Jahren, 1961, eingeführt worden ist. Die Spezialisten der „RAND-Corporation“ richteten ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Methoden der analytischen Systembewertung („Systemanalyse“). Bekanntlich sind die quantitativen Methoden der Operationsforschung während des zweiten Weltkriegs entstanden, als sich die Wissenschaftler mit Problemen des Verbrauchs begrenzter Reserven (z. B. effektive Bombenstreuung bei einer bestimmten Intensität des Flugabwehrfeuers) befassen mußten. Unter den Bedingungen des Blitzgefechts mit modernsten Waffen hat sich heute der Akzent der Analyse auf die Ergebnisse des alternativen Einsatzes der Reserven verlagert (z. B. von welchem Raketen-träger aus – von dem zu Lande, unter Wasser oder in der Luft – wird die größt-

² Die bürgerlichen Autoren behandeln das Produkt als Leistung, die die Organisation dem Endverbraucher gewährt. Wenn die staatlichen Behörden (z. B. Bildungsministerium, die Ministerien für Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technik, für öffentliche Ordnung und das Verteidigungsministerium) als Organisationen betrachtet werden, so liegt das Interesse der Autoren der Programm-Budget-Methode am Problem der Messung des Produkts auf der Hand. Denn es ist schwierig, die Produktion der Justiz- oder Bildungsbehörden in Wertkategorien darzustellen. Deshalb wird ein anderer Ansatz vorgeschlagen: es werden die von der Behörde dem Verbraucher gebotenen Leistungen bestimmt, d.h. ihr Endprodukt, das nach den entsprechenden Klassifikationen verteilt wird. Auf diese Weise gewinnt man eine Vorstellung von dem Beitrag, den jede Unterabteilung der Behörde bzw. des Ministeriums zum Endprodukt leistet. Die Dienstleistung eines Krankenhauses kann z. B. sowohl als allgemeine Dienstleistung, nämlich 1. Prophylaktik, 2. Diagnose, 3. Therapie, 4. Ausbildung von Kadern, 5. Forschung, wie auch als spezielle wie 1. Chirurgie, 2. Pädiatrie u.ä. betrachtet werden.

mögliche Zerstörung angerichtet). Diese Interessenverlagerung kann verstanden werden als Ausdruck des sich vollziehenden Übergangs von der operativen Steuerung zur Perspektivplanung.

Bei der Ausarbeitung der Perspektivpläne ergeben sich Aufgaben für den Vergleich alternativer Varianten sowohl bei der Schaffung einer differenzierten Planstrategie durch die höheren Planungsorgane, als auch bei der Erstellung von Planvarianten für Investitionen (d.h. bei der Entscheidung über Planprojekte). Die „Systemanalyse“ als Gesamtheit der Methoden zur quantitativen Analyse von Steuerungsaufgaben kann auf beiden Gebieten angewendet werden, wobei auf dem zweiten Sektor das bekannte traditionelle Instrumentarium zur Effektivitätsbestimmung weitgehend verwendet wird, während auf dem ersten überwiegend traditionelle Wirtschaftsplanungsmodelle anzutreffen sind. Gleichzeitig bedient man sich auch neuer Instrumentarien wie z. B. der Simulation auf EDV-Anlagen.

Die Systemanalyse stellt folgende Grundforderungen:

- Systematische Durchsicht: Analyse und Vergleich der alternativen Varianten zur Verwirklichung der in der bevorstehenden Planperiode gesteckten Ziele. Überprüfung nicht nur der vorliegenden, sondern auch Ausarbeitung neuer Varianten (was wichtig, aber sehr kompliziert ist).

- Vergleich der Varianten nach dem errechneten Aufwand (Verbrauch ökonomischer Reserven) und dem Ergebnis (Nutzen für die Verbraucher).

- Vergleich der Varianten für den Zeitraum der mittelfristigen sowie der langfristigen Planung – für fünf, zehn und mehr Jahre.

Da die miteinander zu vergleichenden Varianten auf die Zukunft bezogen sind, ist die Errechnung des Faktors der Unbestimmtheit von außerordentlich großer Bedeutung. Die Elemente der Unbestimmtheit müssen daher im Detail untersucht werden, d.h. daß gerade die Bedeutung der Wertmodelle sorgfältig zu prüfen ist. Da es sich bei den zu analysierenden Problemen um komplexe und komplizierte Bereiche handelt, die zahlreiche, sich wechselseitig beeinflussende veränderliche Größen enthalten, muß vor zu einfachen Lösungen gewarnt werden. Der Vergleich von Strategievarianten ist effektiv nur bei einer Analyse, in der sich qualitative und quantitative Faktoren gegenseitig ergänzen.

Gewöhnlich wird die Systemanalyse bei Investitionsproblemen und bei wissenschaftlichen Arbeiten angewendet, nicht jedoch bei operativen Organisations- und Lenkungsfragen. In der Analyse selbst müssen letztere jedoch unbedingt berücksichtigt werden.

Ein weiteres wichtiges Moment der Analyse ist ihre Rechtzeitigkeit; denn eine gute, aber zu spät gelieferte Analyse bedeutet oft, daß die ganze Arbeit umsonst gewesen ist.

Die amerikanischen Erfahrungen zeigen, daß die Systemanalyse zu lokalen Entscheidungen führt, d.h. zu einer Orientierung einzelner Untersysteme. Auf den höheren Ebenen kommen die Entscheidungen als Kompromisse zwischen den Führungsgremien der Institutionen und auf der Grundlage von Erfahrungswerten zustande. Im Zusammenhang damit wird an der Theorie der optimalen Gruppenauswahl gearbeitet. Für die Wissenschaft ist die Suche nach Optimal-Kriterien für

Entscheidungen auf Systemebene (z. B. im Rahmen der nationalen Planung) ein äußerst schwieriges Problem. Ebenso liegt der gesellschaftliche Aspekt dieses Problems auf der Hand; denn wirklich wissenschaftliche, optimale Entscheidungen kommen in einer antagonistischen Gesellschaft, wo Privatinteressen dem Wohlstand der gesamten Nation entgegenstehen, nicht zustande.

Die Struktur des Plan-Budgets

In einem kapitalistischen Staat kann das Budget kein effektiver Mechanismus für die Verteilung der materiellen und finanziellen Güter sein.

Die Hauptaufgabe des Bundesbudgets der USA besteht darin, die von den Exekutivorganen der Regierung vorgeschlagenen Ausgaben zusammenzufassen. Diese Vorschläge dienen dem Kongreß als Grundlage für die Entscheidung über die Bewilligung der Mittel.

Das ist deswegen problematisch, weil die Arbeitsprogramme für die jeweiligen Behörden oder Ministerien erstellt und eventuell konkurrierende oder sich ergänzende Arbeiten voneinander getrennt behandelt werden.

Ein Mangel des derzeitigen Budgetsystems besteht auch darin, daß das Budget nur für einen kurzen Zeitraum – für insgesamt ein Jahr – beschlossen wird. Die grundlegenden Mängel des Budgets sind: Unvollständigkeit (viele staatliche und halbstaatliche Institutionen verfügen über eigene Finanzpläne und bleiben deshalb aus dem Gesamthaushalt ausgespart), Fehlen von Kriterien für die Auswahl und die Terminplanung der Projekte (über die Ausgaben wird z. B. entschieden ohne Berücksichtigung der Folgen für die Finanz- und Valutastabilität, viele Investitionen werden eingefroren), es fehlen Kennziffern für die Erfüllung auf dem stofflichen Sektor, es überwiegt die Berechnung nach Wertkennziffern.

All diese Erscheinungen lenkten das Interesse der amerikanischen Ökonomen auf die Probleme der Budgetstruktur. Es sollte eine Struktur gefunden werden, die das Gesamtbudget und seine einzelnen Teile mit den Grundzielen des Planes in Übereinstimmung bringt, die Kontrolle über die Realisierung der Projekte ermöglicht und die laufenden Arbeiten auf die vorgegebenen Kosten abstimmt. Die Bemühungen um eine effektivere Plan- und Budgetstruktur profitierten von den während der 30er–50er Jahre entstandenen Problemen der Budgetklassifizierung und der Idee der Steuerung von Organisationen, wobei die Organisationen als Produzenten eines bestimmten Endprodukts verstanden wurden.

Drei Hauptformen solcher Klassifikationen lassen sich unterscheiden: für die Budgetanalyse, für die Budgetplanung, für die Steuerung der Realisierungsprozesse des Budgets und ihre Kontrolle.

Die Klassifikation zur Budgetanalyse gibt die Information an die obersten wirtschaftspolitischen Organe. So läßt sich z. B. mit Hilfe der ökonomischen Klassifikation in jedem Ausgabenbereich der Anteil von Gehältern, von Subsidien, Zahlungen, Material u.ä. ablesen.

Zur Steuerung der Realisierungsprozesse des Budgets und ihrer Kontrolle kann die traditionelle Ressortklassifikation verwendet werden, die eine Kontrolle über die Verteilung der Mittel auf die Behörden und deren Unterabteilungen ermöglicht.

Gewöhnlich ist die Ausführung eines beliebigen Komplexes gleichartiger Arbeiten auf dem staatlichen Sektor auf viele Organisationen verteilt. Deshalb wird folgender Ansatz für die Klassifizierung vorgeschlagen: die auszuführenden Operationen werden nach ihrem Beitrag zum Endprodukt gruppiert, das vom staatlichen Sektor erzeugt wird. Die stärkste Gruppierung ergibt dann die Funktion (Operationen, die auf die Erfüllung der grundlegenden, staatlichen Ziele gerichtet sind, z. B. nationale Verteidigung, ökonomische Leistungen, soziale und kommunale Leistungen). Die Funktion wird in Programme aufgeteilt (das Resultat eines jeden Programms ist ebenfalls Endprodukt), z. B. Programme für das Gesundheitswesen, die Energieversorgung, die Justiz, den Transport. Das Programm besteht aus Unterprogrammen, Projekten (das sind gleichartige Arbeiten, die die Organisationen der mittleren und unteren Ebene für das Endprodukt des Programms ausführen).

Eine solche Klassifizierung gestattet einen Überblick über die Anstrengungen des Staates auf jeder Funktionsebene und schlägt die Brücke vom Plan zum Budget, d.h. es entsteht damit ein System der engen Verflechtung des Perspektivplanes mit dem laufenden Plan.

Gerade diese Seite wird von den UNO-Spezialisten für Haushaltsplanung besonders hervorgehoben: „Zwischen dem Plan und dem Kostenplan zur Realisierung des Budgets gibt es eine gewisse strukturelle Übereinstimmung der Formen und eine Gemeinsamkeit in der Berechnung der Reservennutzung. Der Grundzug des Planes ist die Verwendung der Programme und Projekte als operative Einheiten, die Konzentration auf die Wertbestimmung des physischen Aufwandes im Verhältnis zum Effekt. Das sind auch die Attribute des Kostenplanes für die Realisierung, in dem die Ziele zunächst für die Makroebene erstellt, dann aber auf die operativen Aufgaben der Sozialprogramme, der Projekte und Einzelmaßnahmen aufgeschlüsselt werden. Wie auch im Plan stellen die Kosten den Wert der gelieferten Waren und der Leistungen dar und nicht nur die zu erwartenden nachfolgenden Ausgaben oder Verpflichtungen. Auf diese Weise sind Ziel und Tendenz der Reservennutzung, der zu erwartende Umfang der Arbeiten und ihr Wert sowohl im Plan als auch im Kostenplan für die Realisierung eng miteinander verbunden. Diese Übereinstimmung macht den Kostenplan zu einem Instrument für die Planerfüllung und die Bewertung der Budgetrealisierung. Die bei der Budgetrealisierung gewonnenen Daten aus dem stofflichen wie aus dem Wertbereich können zur nächsten Planüberprüfung oder zur Erstellung neuer Pläne herangezogen werden“³.

Im März 1967 wurde beim Präsidenten der USA eine spezielle Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Struktur des Bundesbudgets geschaffen. Es wurde folgendes Projekt vorgelegt:

³ „A Manual for Programme and Performance Budgeting“. U.N., 1966, S. 2 ff.

Reorganisation des Budgetsystems der USA nach Programmmerkmalen

Programm für nationale Sicherheit	Militärische Operationen des Verteidigungsministeriums
Internationale Programme	State Departement, Agentur für internationale Entwicklung, Nachrichtenagentur der USA, Export-Importbank, Zentralverwaltung für Aufklärung
Programme für nationale Reserven	Verwaltung für Zivilarbeiten beim Verteidigungsministerium, Landwirtschaftsministerium, Innenministerium, Kommission für Wasserläufe, Administration für die Entwicklung der Wasser-, Energie- und Landwirtschaft des Tennessee-Tales
Programme für Bevölkerungsreserven	Ministerium für Gesundheitswesen, Bildung und Sozialfürsorge, Wohnungs- und Städtebauministerium, Behörde für ökonomische Möglichkeiten, Arbeitsministerium, Kriegsveteranenkomitee
Wissenschaftliche, technische und ökonomische Programme	Transport, Handel, regionale Kommissionen, Behörden für Wirtschaftsregulierung, Administration für Kleinunternehmertum, Nationaler Wissenschaftsfond, Nationale Kommission für Aeronautik und Weltraumforschung, Kommission für Atomernergie
Allgemeine Programme für die staatliche Verwaltung	Justiz, Zivileinrichtungen, Postverwaltung, allgemeine Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung, Kreis Kolumbia, gesamtstaatliche Dienstleistungen, Schatzamt

Quelle: „Business Week“, 23. IX. 1967, S. 129

Bei Zugrundelegung einer solchen Struktur können Ausarbeitung und Entscheidung über das Bundesbudget nach dem Programm-Budget-System graphisch dargestellt werden.

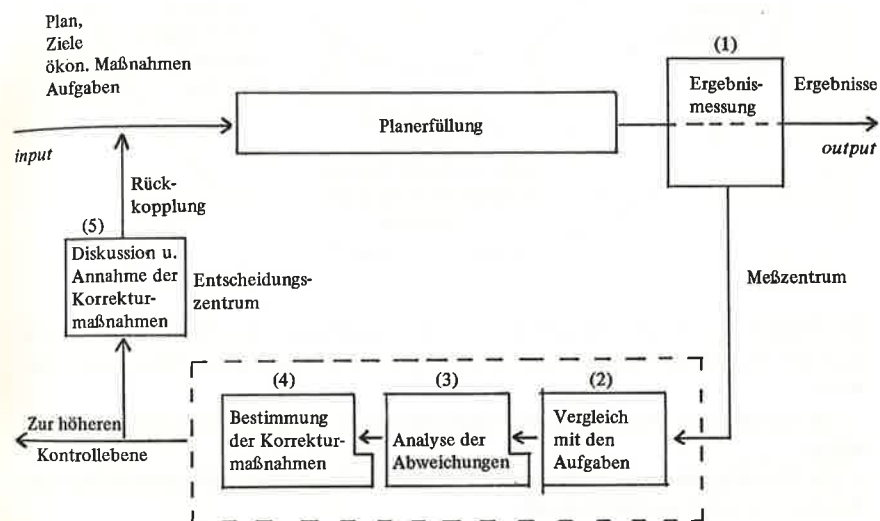
Nach diesem Schema formuliert seitdem jede Behörde im Januar die Ziele und Aufgaben für eine Periode von fünf Jahren. Der Leiter der Behörde (Minister) gibt zu den Problemen im März eine vorläufige Empfehlung heraus. Im April erstellt die Behörde die Fünfjahrespläne und Programme und übergibt sie dem Minister, der diese im Mai-Juni prüfen und Vorschläge zu den Programmen machen muß. Im Juli-August reicht die Budgetverwaltung die Pläne und Programme bei der Regierung zur Vorentscheidung ein. Danach gehen die Vorschläge an die Behörde zurück, wo sie unter Berücksichtigung der Vorschläge des Präsidenten der USA zu den grundlegenden Fragen überarbeitet werden (August-September). Im September

übergeben die Behörden der Budgetverwaltung das vom Minister bestätigte Projekt. Vom Oktober bis Dezember überarbeitet die Bundesverwaltung das Projekt und legt es dem Präsidenten zur Entscheidung vor, in dessen Namen dann das Budget im Kongreß zur gesetzlichen Bestätigung eingebracht wird.

Probleme der Kontrolle

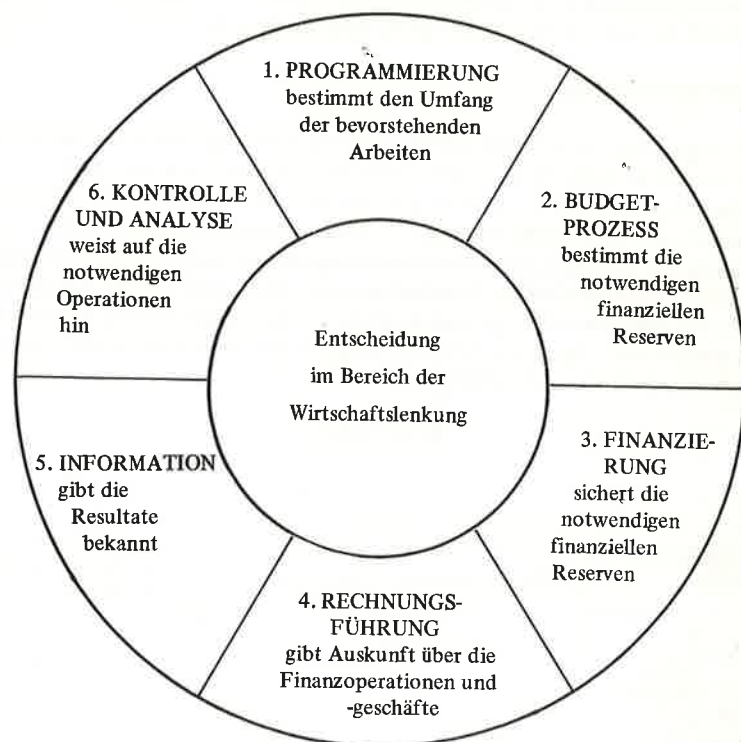
Da bei der Programm-Budget-Methode besonderes Augenmerk auf das Verhältnis der laufenden Arbeiten zu den Perspektiven sowie auf den Prozeß der Ausführung dieser Arbeiten und deren Wert gerichtet wird, ist auch die Kontrolle über die Erfüllung der Perspektivziele wesentlich leichter. Kontrolle bedeutet nicht einfach Feststellung der Tatsache, daß eine Arbeit abgeschlossen bzw. nicht abgeschlossen ist, sondern bedeutet ständige Einschätzung der stofflichen wie der Wertkennziffern, die sich aus dem Arbeitsprozeß in Richtung auf die gesteckten Ziele ergeben. Die allgemeinen Züge des Kontrollsystems für die Planerfüllung nach dem Programm-Budget-Ansatz sind dargestellt.

SCHEMA 2



Bei einem solchen Schema gewinnt die Rechnungsführung wesentlich an Bedeutung. Die Programm-Budget-Methode ist nicht zu trennen von der finanziellen Berechnung der wirtschaftlichen Operationen. Der Komplex der Finanzoperationen wird als ständiger Zyklus betrachtet, der folgende Form hat:

SCHEMA 3



Die Teile 1, 2, 4 und 5 müssen durch eine einheitliche Klassifikation verbunden sein. Im Programm-Budget werden drei Arten der Wertung und Messung angewandt:

- die Wertung der ökonomischen Effektivität (das Verhältnis der Kosten zum Gewinn)
- die Messung der ausgeführten Arbeiten (das Verhältnis des Arbeitsmittelaufwandes zum Aufwand an Arbeitskraft)
- die Bestimmung des Umfangs (Ausstoß) der ausgeführten Arbeiten (Zahl der Dienstleistungseinheiten, die der Verbraucher von der Behörde erhält).

Besonderheiten bei der Erstellung und Realisierung der Programm-Budgets im Verteidigungsministerium der USA

Im Verteidigungsministerium der USA litt die Plan-Budget-Praxis unter denselben Mängeln, die dem gesamten System des Bundesbudgets anhafteten. Die Militärplanung war weder an die Möglichkeiten des Budgets noch an den Bedarf von Budgetassigrierungen gekoppelt. Der Verteidigungsminister hatte keine zuverlässigen Angaben über die Kosten, die aus den Projekten entstanden. Da das Budget für nur ein Jahr aufgestellt wurde, war es unmöglich, die Effektivität der Realisierung von große Zeiträume umfassenden Programmen von der Position der vorhandenen Reserven aus zu ermitteln.

Seit 1961 wird im Verteidigungsministerium der USA nach dem neuen Programm-Budget-System gearbeitet. Seine Grundelemente sind:

1. Erstellung des Programms nach den Zielen, nach der Art der Streitkräfte und nach den Bewaffnungs- und Versorgungssystemen;
2. analytische Gegenüberstellung der alternativen Varianten;
3. ständige Korrektur der in den Fünfjahresplänen festgelegten Struktur der Streitkräfte und der Finanzierung;
4. ständige Überprüfung der Programme und Einfügung von Veränderungen;
5. das System der ständigen Rechenschaftslegung über Planerfüllung und Effektivität des Planes.

Der aus neun Hauptprogrammen bestehende Plan des Ministeriums ist in 800–1 000 Elemente aufgegliedert. Hauptkriterien für die Unterteilung der Programme ist der Beitrag des jeweiligen Elements zum Endprodukt des Gesamtprogramms. Wie bereits erwähnt, gibt es hier jedoch eine Vielzahl strittiger und ungelöster Probleme, was selbst die Schöpfer dieser Methode eingestehen. Man muß nicht nur die stofflichen Produktionsziffern für jedes Programmelement ermitteln, sondern auch die Kosten der Zulieferproduktionen auf diejenigen Objekte aufteilen, welche das Endprodukt ergeben (die amerikanischen Autoren führen eine für die Militärplanung typische Aufgabe an: nach welchen Kriterien werden die Kosten für einen Militärstützpunkt mit zwei oder mehreren Luftwaffengeschwadern auf die einzelnen Geschwader umgelegt?).

Stand früher im Verteidigungsministerium am Anfang die Bestätigung des Budgets, auf dessen Grundlage dann die Programme der einzelnen Behörden ausgearbeitet worden sind, so hat sich nach der Einführung der Programm-Budget-Methode der Prozeß der Budgeterstellung verändert. Jetzt wird mit Hilfe analytischer Methoden zuerst die allgemeine Strategie bestimmt, auf die die materiellen und personellen Reserven dann abgestimmt werden. Das Jahresbudget betrachtet man jetzt als Teil des langfristigen Fünfjahresplanes, der nicht einfach die Summe aus den Plänen der einzelnen Waffengattungen, sondern ein einheitlicher Plan des Ministeriums ist.

Der Übergang vom Jahresbudget zum Fünfjahresprogramm bedeutet nicht, daß das Programm starr und unflexibel wird. Eines der Hauptprinzipien des neuen Sy-

stems ist die ständige Programmkorrektur, ihre Angleichung an die sich ändernden Bedingungen. Diese Erfordernisse brachten zwei interessante Methoden hervor: die Wertkennziffer des TOA und das System von Eingaben zur Programmänderung.

TOA (Total Obligation Authority) ist die Wertkennziffer für den Jahreszuwachs des Programms. Die Strukturveränderungen bewirken eine Budgetkorrektur, wobei das Budget für ein Jahr im voraus bestätigt wird. Um die Strukturveränderungen der Streitkräfte am Budget ablesen zu können, wurde vorgeschlagen, eine Kennziffer für den Gesamtwert des sich aus den programmierten Arbeiten ergebenden Jahreszuwachses einzusetzen, und zwar unabhängig davon, in welchem Jahr die Fonds realisiert bzw. die Assignaten ausgegeben werden. Ein solcher summarischer Koeffizient ermöglicht einen leichteren Übergang vom Programm zum traditionellen Budget.

Die Eingaben, in denen die Veränderung der im Programm vorgegebenen Kosten begründet wird, werden unabhängig vom Budgetzyklus direkt bearbeitet. Erst nach eingehender Prüfung werden die erhobenen Forderungen bestätigt, was die Behörde zur umfassenden und genauen Berechnung der Kosten zwingt. Die Forderungen sind an das Verteidigungsministerium, wo sie geprüft, und an die Abteilung für Systemanalyse zu richten, wo sie genau berechnet und mit den Grundzielen des Gesamtprogramms verglichen werden.

Eine der Besonderheiten der Programm-Budgets des Verteidigungsministeriums besteht in der ständigen monatlichen Überprüfung des Prozesses der Programmerrückmeldung mit Hilfe von Computern. Das lenkt die Aufmerksamkeit der Spezialisten natürlich auf die Systeme der Rechnungsführung, auf die Kennziffern und Normative.

Viele amerikanische Autoren können sich heute schon die Ökonomie der 70er-80er Jahre nicht mehr ohne die Programm-Budget-Methode, die Systemanalyse, die Kostenrechnung und die Effektivitätsberechnung für die Verteilung der Reserven vorstellen.

Die bisher bei der Anwendung dieses Instrumentariums in der Praxis der staatsmonopolistischen Regulierung in den USA gesammelten Erfahrungen gestatten es gegenwärtig noch nicht, verallgemeinernde Schlußfolgerungen zu ziehen. Es steht jedoch fest, daß das Studium der Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung der größten imperialistischen Mächte von den sowjetischen Ökonomen nicht ohne eingehende und kritische Analyse der neuesten Mittel staatsmonopolistischer Regulierung betrieben werden kann.

Reinhold Kowalski/Gerd Maurischat Wesen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Bonner Strukturpolitik

Aus: *Wirtschaftswissenschaften*, Berlin, 1/1968

Ausgehend von den veränderten Reproduktions- und Wachstumsbedingungen des Kapitals und seinen forcierten Expansions- und Aggressionsbestrebungen¹ vollzieht das staatsmonopolistische Regime Westdeutschlands gegenwärtig den Übergang zu einer neuen Etappe der ökonomischen Regulierung, deren Wesen man etwa als staatsmonopolistische Strukturpolitik kennzeichnen kann.

Die staatsmonopolistische Strukturpolitik ist dabei nicht als eine einfache Ergänzung der ökonomischen Regulierungsmaßnahmen um einen neuen Sektor oder um neue Instrumente aufzufassen, sondern als das Bestreben, durch eine längerfristige Koordinierung aller Seiten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bestimmte strukturelle Effekte in der Volkswirtschaft auszulösen, die sich als förderlich für die Realisierung der Pläne der Monopole erweisen. Diese Politik zielt sowohl auf verstärkte Eingriffe des Staates in die Verteilungs- und Verwendungsstruktur des Nationaleinkommens, um die Konsumtion der Bevölkerung zugunsten der Akkumulationskraft der Monopole und des Bonner Staates zurückzudrängen, als auch auf Eingriffe des Staates in die Zweig- und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, um den Monopolen der führenden Zweige maximale Förderung angedeihen zu lassen und den Monopolisierungsprozeß zu beschleunigen.

Nur der Form nach ist die staatsmonopolistische Strukturpolitik dabei mit der Strukturpolitik des sozialistischen Staates gleichzusetzen. Beide Arten der Strukturpolitik haben ihren entscheidenden Ausgangspunkt in der wissenschaftlich-technischen Revolution und speziell in der durch diese hervorgerufenen Notwendigkeit, das Wachstum der Wirtschaft vor allem durch Wandlungen der ökonomischen Struktur zu sichern. Völlig entgegengesetzt aber ist die Zielsetzung der Strukturpolitik in beiden Gesellschaftsordnungen. Während die Strukturpolitik in der DDR das Ziel verfolgt, einen maximalen Zuwachs des Nationaleinkommens herbeizuführen, um die Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft umfassender befriedigen zu können, besteht das Ziel der Bonner Strukturpolitik darin, ein solches Wachstum der Wirtschaft zu sichern, das maximal dem Profit- und Machtzuwachs der Monopole dient. Entsprechend dem völlig anders gearteten Charakter der beiden Gesellschaftssysteme bestehen auch grundlegende Unterschiede in der Effektivität der Strukturpolitik. Die des sozialistischen Staates findet ihre Schranken nur in den Grenzen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit, die durch die Anwendung wis-

¹ Dieser Artikel beruht im wesentlichen auf Teilen eines 1969 im Akademie-Verlag, Berlin, erschienenen Buches über den westdeutschen Imperialismus Ende der 60er Jahre, das vom Deutschen Wirtschaftsinstitut herausgegeben wurde.

senschaftlicher Methoden ständig weiter hinausgeschoben werden, sowie in bestimmten politischen und ökonomischen Gegebenheiten, die es nicht erlauben, ganze Etappen der Entwicklung einfach zu überspringen. Die staatsmonopolistische Strukturpolitik aber stößt neben diesen Schranken zusätzlich auf Grenzen, die durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und durch die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bestehenden Klassengegensätze gezogen sind. Sie ist der Versuch einer relativen, kapitalistisch verzerrten Anpassung an die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergebenden Erfordernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte. Im Vergleich zur Strukturpolitik in der sozialistischen Gesellschaft, in der sich die Produktionsverhältnisse prinzipiell in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Produktivkräfte befinden, ist sie daher eine Strukturpolitik auf niedrigerer Stufe.

Infolge des gegensätzlichen Charakters der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist es völlig fehl am Platze, wenn bürgerliche Theoretiker mit dem Hinweis, in beiden Gesellschaftsordnungen vollzögen sich ähnliche Prozesse, eine zunehmende Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus behaupten. Solche Schlußfolgerungen vernachlässigen – bewußt oder unbewußt – den prinzipiell unterschiedlichen Inhalt der Prozesse. Die sozialistische Strukturpolitik dient den Interessen der Werktätigen, die kapitalistische aber ist deren Interessen diametral entgegengesetzt. Wenn die formale Ähnlichkeit in der kapitalistischen Wirtschaft angewandter Lenkungsmethoden mit in der sozialistischen Wirtschaft angewandten irgend etwas beweist, dann nur die Tatsache, daß der Profit-Markt-Mechanismus heute allein nicht mehr imstande ist, die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse des Monopolprofits zu steuern und daß die Monopolbourgeoisie zur Erhaltung ihres Systems nach Instrumenten greifen muß, die ihrer Form nach weit über die kapitalistische Gesellschaft hinausweisen.

Die Herausbildung der staatsmonopolistischen Strukturpolitik und ihre Wesenszüge

Die staatsmonopolistische Strukturpolitik hat sich in einem längeren Prozeß herausgebildet. Strukturwirksame staatsmonopolistische Eingriffe in den Reproduktionsprozeß sind keine neue Erscheinung im imperialistischen System. Die einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des imperialistischen Staates hatten stets strukturelle Folgen, so z. B. die staatsmonopolistische Zoll-, Steuer- und Subventionspolitik wie schließlich auch das System der Konjunkturpolitik.

Insbesondere ist die Militarisierung der Wirtschaft mit strukturentscheidenden Eingriffen des Staates verbunden; dies konnte bereits während des ersten Weltkrieges in allen imperialistischen Staaten beobachtet werden. Ausgehend von diesen Erfahrungen ergriff das faschistische Hitler-Regime eine ganze Reihe von wirtschaftslenkenden Maßnahmen, die eine seinen aggressiven, verbrecherischen Eroberungsplänen untergeordnete Wirtschaftsstruktur schufen, angefangen von der Kontingentierung rüstungswichtiger Rohstoffe bis zur Zwangsarbeit und zum allgemeinen

Lohnstop. Im Gegensatz zu den strukturellen Wirkungen kurzfristiger Staatseingriffe in die Wirtschaft, z. B. im Rahmen der Konjunkturpolitik, sind die mit der Militarisierung verbundenen strukturellen Eingriffe tiefergehender Natur.

Die kriegs- und rüstungswirtschaftliche Regulierung ist jedoch nur bedingt eine Reaktion auf die objektiven Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, wie die Militarisierung selbst kein unabdingbares Erfordernis des kapitalistischen Reproduktionsprozesses darstellt. Nach dem Ende beider Weltkriege wurden diese Regulierungsmaßnahmen deshalb zunächst wieder eingeschränkt. Andererseits stimulierten jedoch die infolge der Militarisierung gewonnenen Erfahrungen die Monopolbourgeoisie in ihren Bemühungen, mittels staatlicher Interventionen die vielfältigen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zu steuern, um sie in einem dem System erträglichen Rahmen zu halten.

So ist die Restaurationsphase des im zweiten Weltkrieg geschlagenen deutschen Imperialismus durch eine Vielzahl direkt zielender strukturpolitischer Maßnahmen des Bonner Regimes gekennzeichnet. Das Investitionshilfegesetz wurde beispielsweise erlassen, um die ökonomische Macht der Konzerne an Rhein und Ruhr schnell wieder herzustellen. Für deren rasche Akkumulation mußte die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft Opfer bringen. Außer dem Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie wurden auch der Schiffbau, der Flugzeugbau und der Wohnungsbau in den industriellen Zentren mittels besonderer staatlicher Zuwendungen direkt gefördert.

Neben den auf die Herstellung einer bestimmten Zweigstruktur gerichteten Maßnahmen gab es auch solche, die in die allgemeinen Strukturen der Volkswirtschaft eingriffen, z. B. in die Verteilungs- und Verwendungsstruktur des Nationaleinkommens, die auf Kosten der Werktätigen und zugunsten der Monopole verändert werden sollte. So ermöglichte die Steuerpolitik den großen Konzernen eine außerordentlich hohe Selbstfinanzierung ihrer Investitionen. Die staatliche Notenbank inflationierte dosiert das Geld- und Kreditwesen und schuf hiermit wesentliche Voraussetzungen dafür, daß die Konzerne über stetige Preissteigerungen einen wachsenden Anteil an Volkseinkommen an sich ziehen konnten. Die Werktätigen dagegen trugen nicht nur die ganze Last der schleichenden Inflation, sie unterlagen auch einem stark progressiv wirkenden Lohnsteuertarif. Alle diese Maßnahmen bewirkten, daß Westdeutschland – verglichen mit den anderen führenden imperialistischen Staaten – außerordentlich hohe Akkumulationsraten erzielte, während der private Verbrauch relativ niedrig blieb. Obwohl der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Gesamtzahl der westdeutschen Erwerbstätigen stetig wuchs, war die Lohnquote des Volkseinkommens in der gesamten Restaurationsphase nahezu konstant.

Staatsmonopolistische Maßnahmen mit strukturentscheidender Wirkung hatten also einen wesentlichen Anteil an der Restauration der ökonomischen, politischen und militärischen Macht des deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg. Dabei trugen die strukturpolitischen Maßnahmen der Restaurationsphase aber im Grunde genommen noch einen punktuellen Charakter. Sie waren untereinander

nur wenig koordiniert. Jede einzelne Maßnahme zielte mehr oder weniger unabhängig von anderen auf einen eigenständigen Struktureffekt, beispielsweise auf die Überwindung von Kriegsfolgen, auf die Förderung bestimmter expansionswichtiger Industriezweige, auf die allgemeine Erhöhung der Ausbeutung usw.

Die hauptsächlichsten Nutznießer der direkt gezielten Strukturmaßnahmen blieben die Montankonzerne, während die Träger der sich anbahnenden technischen Umwälzung, wie z. B. die Chemiemonopole und die Elektrokonzerne, nur von den allgemeinen Förderungsmaßnahmen profitieren konnten. Die aus dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln resultierenden Widersprüche, die sich unter anderem im unsystematischen Charakter der staatsmonopolistischen Steuerungsversuche widerspiegelten, führten so zu Wachstumsverlusten und Strukturkrisen.

In Zukunft will sich das staatsmonopolistische Bonner Regime nicht mehr mit solchen Belastungen abfinden. Es will planmäßiger in die Strukturwandlungen eingreifen. Dazu sind die bisherigen Methoden der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik, wie sie insbesondere unter der Minister- und Kanzlerschaft *Erhards* entwickelt wurden, aber nur bedingt tauglich. Das wird deutlich, wenn die Zielsetzungen und Instrumente der bisher dominierenden Form staatsmonopolistischer Interventionen in die Wirtschaft, der Konjunkturpolitik, unter dem Aspekt der neuen Reproduktions- und Wachstumsbedingungen des Kapitals untersucht werden.

Die kapitalistische Produktionsweise war niemals in der Lage, ein kontinuierliches, störungsfreies Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Stets verlief die Produktionsentwicklung zyklisch, wobei gesetzmäßig immer wieder hohe Wachstumsverluste infolge zyklischer Überproduktionsraten eintraten. Diese typisch kapitalistische Form der wirtschaftlichen Bewegung wurde bis in die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts hinein von der bürgerlichen Ökonomie als ein völlig „natürlicher“ Zustand betrachtet, der keineswegs regulierender Eingriffe bedürfe. Die tiefgreifenden Auswirkungen und die lange Dauer der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931 hatten aber bei der Bourgeoisie den „Glauben an die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und an die reinigende Wirkung von Konjunkturerbrüchen...nachhaltig erschüttert“². Zyklische Überproduktionskrisen drohten vor allem angesichts der Tatsache, daß bereits ein großes Land aus der Kette der imperialistischen Länder ausgebrochen war, zu einer tödlichen Gefahr für die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu werden. Das staatsmonopolistische System sah sich deshalb gezwungen, stärker in den Wirtschaftsablauf einzugreifen, um zyklische Wirtschaftskrisen möglichst zu vermeiden oder wenigstens abzuschwächen. Zu diesem Zweck wurde ein ganzes wirtschaftspolitisches Instrumentarium geschaffen, an dessen Vervollkommen bis heute gearbeitet wird, ohne daß sich die Labilität des kapitalistischen Systems damit etwa vermindert hätte.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen erstreben einen Gleichgewichtszustand der Wirtschaft, der das plötzliche Auftreten größerer Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage verhindert. Im Rahmen dieser staatsmonopolistischen Maß-

2 K. Klepa, „Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa“. Freiburg i. Br. 1966, S. 32.

nahmen war wirtschaftliches Wachstum kein eigenständig angestrebtes Ziel, es wurde vielmehr als Ergebnis der spontan verlaufenden Wirtschaftsentwicklung betrachtet. Die Wachstumsproblematik hatte zum Zeitpunkt der Herausbildung der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik bei weitem noch nicht ihre heutige gravierende Bedeutung für das imperialistische System.

John Maynard Keynes, einer der theoretischen Begründer der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik, schuf ein „semistationäres Modell“, dessen Gleichgewichtszustand gegeben ist, wenn die Investitionen gleich den Ersparnissen sind. Das Hauptproblem für die staatliche Wirtschaftspolitik ergab sich für *Keynes* aus der Feststellung, daß sich bei wachsendem Einkommen nicht der ganze Zuwachs in zusätzlichen Verbrauch verwandelt, vielmehr ein stetig größer werdender Teil des Einkommens „gespart“ wird. Dadurch aber r. isse das produzierte Angebot die Nachfrage übersteigen. Nach dieser Konzeption ist es Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, den Verbrauch der Ersparnisse zu sichern, wobei es *Keynes* nicht interessiert, auf welche Art dies geschieht. Er machte dies mit seinen Beispielen deutlich:

„Soweit Millionäre ihre Befriedigung darin finden, mächtige Paläste zur Beherbergung ihrer Leiber während ihres Lebens und Pyramiden zur Beherbergung nach dem Tode zu errichten, oder in Bereuung ihrer Sünden Kathedralen erbauen oder Klöster und Missionen beschenken, kann der Tag, an dem die Fülle des Kapitals auf die Fülle der Produktion störend einwirkt, aufgeschoben werden. „Das Graben von Löchern im Erdboden“, bezahlt aus Ersparnissen, wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das reale Einkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren“³.

Selbst den Krieg nennt er in diesem Zusammenhang geeignet, in „hohem Maße“ Güter zu verbrauchen.

Seither wurden natürlich wesentlich differenziertere Gleichgewichtsmodelle und konjunkturpolitische Förderungsmaßnahmen entwickelt. Hier sei nur auf den in allen imperialistischen Staaten angestrebten Gleichgewichtszustand des „magischen Dreiecks“ verwiesen. Charakteristisch aber bleibt dennoch, daß die Konjunkturpolitik sich stets kurzfristig mit der Korrektur gefährdeter oder bereits verletzter Gleichgewichtsverhältnisse befaßt, indem sie durch ihr Instrumentarium der Volkswirtschaft mehr oder weniger globale Impulse erteilt. Die wesentlichste Methode dieser staatsmonopolistischen Interventionen ist die Verbilligung bzw. Verteuerung von Investitionen über den von den staatlichen Notenbanken kontrollierten Inflationsprozeß.

In der Restaurationsphase des deutschen Imperialismus herrschten in Westdeutschland bei relativem Kapitalmangel allgemein günstige Verwertungsbedingungen. Die meisten Investitionen, die produktionsreif wurden, stießen auf einen breiten Markt unbefriedigter Nachfrage. Infolgedessen kam es zu der relativ langanhaltenden Nachkriegskonjunktur. Das wirtschaftliche Wachstum jener Entwicklungs-

3 J. M. Keynes, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Westberlin 1952, S. 184.

phase war jedoch keineswegs gleichmäßig, die Zuwachsraten der Industrieproduktion und des Sozialprodukts nahmen einen eindeutig zyklischen Verlauf mit Hoch- und Tiefpunkten. Die staatsmonopolistische Bonner Konjunkturpolitik reagierte darauf mit „Dämpfungsmaßnahmen“ in Perioden „überhitzter Konjunktur“ und mit „Belebungsspritzen“ in „Regressionsphasen“. Hauptinstrument dieser Politik war der Notenbankmechanismus; das heißt die Manipulierung der Diskontsätze und der Mindestreserven. Dagegen gelang es dem Bonner Regime nicht, eine antizyklische Haushaltspolitik zu betreiben; es versuchte vielmehr, die Aufrüstung und andere expansionswichtige Aufgaben zu finanzieren, ohne die jeweilige konjunkturelle Wirtschaftslage zu berücksichtigen. In der Krise 1966/67 geriet es mit diesem Vorgehen aber in eine tiefe Finanzkrise, aus der es mit neuen Maßnahmen einen Ausweg zu finden trachtete.

In dem Mitte 1967 beschlossenen Stabilisierungsgesetz⁴ sind mit der „Konjunkturausgleichsrücklage“, der gesetzlich sanktionierten inflationären Haushaltsfinanzierung und der variablen Gestaltung der Einkommenssteuersätze neue Möglichkeiten geschaffen worden, um auch fiskalisch auf konjunkturelle Schwankungen reagieren zu können, wobei nicht die Beeinflussung der Konjunktur schlechthin im Mittelpunkt der staatsmonopolistischen Maßnahmen steht, sondern die Abschirmung der Monopolprofite und der Expansionsaufwendungen des Bonner Haushalts vor den Auswirkungen der Konjunkturschwankungen. Gleichzeitig wurden in diesem Gesetz bereits entscheidende Prinzipien für den Übergang zur staatsmonopolistischen Strukturpolitik festgelegt.

Die zyklische Krise der Jahre 1966 und 1967 hatte dem Bonner Regime endgültig klargemacht, daß die durch die wissenschaftlich-technische Revolution besonders verschärften Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses mit den Mitteln einer durch einzelne Strukturmaßnahmen ergänzten allgemeinen Konjunkturpolitik allein nicht zu lösen sind. Die angewandten Förderungsmaßnahmen, wie die Kreditverbilligung oder die Subventionen, beseitigten weder die Kohlenkrise, noch die Rückstände in der Infrastruktur, noch die in Wissenschaft und Forschung. Deshalb entschloß sich die Bonner Regierung zum Übergang zu einem Regulierungssystem, das besser als das alte, vorrangig konjunkturpolitisch orientierte, bei der Realisierung der Expansions- und Aggressionspläne der Monopole funktionieren soll. Wirtschaftsminister Schiller, dessen Partei es dem bis dahin auf den Erhardschen „Neoliberalismus“ festgelegten staatsmonopolistischen Regime in Bonn erst ermöglicht hatte, zu strafferen Formen der Regulierung überzugehen, bezeichnet das neue Regulierungssystem als „Globalsteuerung“.

4 Vgl. „Hintergründe und Ziele des Bonner Stabilisierungsgesetzes“, *DWI-Berichte*, Nr. 2/1967, sowie „Bundestag beschloß Stabilisierungsgesetz“, ebenda, Nr. 5/1967.

Globalsteuerung als Form der staatsmonopolistischen Strukturpolitik

Bei der Schillerschen Globalsteuerung handelt es sich um eine Form der staatsmonopolistischen Strukturpolitik, wenn auch noch nicht um eine solche drastische wie in Frankreich, dessen herrschende Kreise mit der „planification“ das bisher vollständigste und komplexeste Programmierungssystem von allen imperialistischen Ländern anwenden⁵. In dem gegenwärtig laufenden fünften französischen Plan sind beispielsweise die wesentlichen sozialen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Daten, die die Monopole anstreben, für die Periode 1966 bis 1970 festgelegt. Der „Commissariat Général du Plan“ hat in Ergänzung hierzu einen umfassenden „Wirtschafts- und Sozialplan“ erarbeitet, auf dessen Grundlage eine ganze Reihe gezielter staatsmonopolistischer Interventionen in die Volkswirtschaft vorgenommen wird, um die einzelnen Planziele zu erreichen.

In Anlehnung an das französische Beispiel sieht auch die Globalsteuerung vor, mehrjährige Zielprojektionen für einige wichtige volkswirtschaftliche Aggregate (Wachstumsraten, Verteilungs- und Verwendungsstruktur des Nationaleinkommens) zu berechnen und auf dieser Grundlage eine „mittelfristige Finanzplanung“ für den Staatshaushalt einzurichten, die sichern soll, daß der Bonner Staat seine von der Expansionspolitik bestimmten Prioritäten durchsetzen kann. Im Unterschied zur Planifikation sieht die Globalsteuerung aber eine geringere Zahl von direkt gezielten Eingriffen in die Wirtschaft vor, beschränkt sich vielmehr im wesentlichen auf „globale Impulse“, d.h. auf allgemeine wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen. Außerdem beruht die Globalsteuerung nicht wie die Planifikation auf einem alle Ebenen des Staates (Zentrale, Departments, Gemeinden) erfassenden System, sondern ist bisher hauptsächlich auf die Zentralinstanzen beschränkt.

Bei der theoretischen Begründung seiner Konzeption ging Schiller davon aus, daß bei entsprechend hohem Wachstum der Wirtschaft die objektiv notwendigen Strukturprozesse weitgehend spontan über den Profit-Markt-Mechanismus vor sich gehen würden, so daß der Staat sich nur in Ausnahmefällen direkt gezielter Interventionen zu bedienen brauchte.

„Je mehr sich die Rate des wirtschaftlichen Wachstums der optimalen und angemessenen Wachstumsrate annähert, ... um so leichter vollziehen sich sehr viele Strukturwandlungen im marktwirtschaftlichen Prozeß sozusagen von selbst ... Eine konjunkturelle Schwäche – das hat die Erfahrung des letzten und vorletzten Jahres gezeigt – läßt die strukturellen Schwierigkeiten deutlicher hervortreten“⁶.

Die Hauptaufgabe des Staates besteht nach Schiller darin, für günstige Wachstumsbedingungen zu sorgen, indem er hierfür sein politisches und ökonomisches Potential koordiniert einsetzt und den einzelnen Konzernen eine umfassende Orien-

5 Vgl. J. Fabre, „Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Wirtschaftspolitik und Planung“, *„Economie et politique“*, Heft 148/144, 1966, S. 149 ff.

6 „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Bonn, Nr. 10 vom 24.1.1968, S. 71.

tierung für ihre individuellen Entscheidungen gibt. Von einer „planification en detail“ grenzt sich Schiller ab:

„Wir haben mit Bedacht und in Widerspruch zu manchen Forderungen auf eine programmierte Aufgliederung des Sozialprodukts und auf eine detaillierte branchenmäßige Zurechnung der vorhandenen und künftigen Ungleichgewichte verzichtet. Branchen- und Sektorenplanung sollten Ausnahmen bleiben, so bei der Kohle ... Globalsteuerung ... heißt klar und deutlich Absage an den partikularen Interventionismus...“⁷.

Weit gefehlt wäre es allerdings, die Ursachen für die Art und Weise, in der der Bonner Staat an die Entwicklung der staatsmonopolistischen Strukturmonopolistischen Strukturpolitik herangeht, in der theoretischen Ansicht eines Wirtschaftsministers zu erblicken. Diese liegen vielmehr sehr viel tiefer, nämlich in den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes und in der Konstellation der Klassenkräfte in Westdeutschland. Die theoretischen Ansichten eines Schiller konnten nur deshalb Erfolg haben, weil sie diesen Bedingungen am besten entsprechen. Welche Ursachen liegen der derzeitigen Begrenzung der Strukturpolitik auf ein System der Globalsteuerung in Westdeutschland zugrunde? Eine dieser Ursachen besteht im Wettbewerb der beiden Systeme auf deutschem Boden, der die Entwicklung der Klassenkräfte in Westdeutschland in starkem Maße beeinflusst. Über anderthalb Jahrzehnte hinweg wurde der sozialistische Aufbau in der DDR als „kommunistische Zentralverwaltungswirtschaft“ oder als „bürokratische Zwangswirtschaft“ verunglimpft und wurde gegen jede Art von zentraler Planung zu Felde gegangen, der Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft wurde hingegen den „freien Marktkräften“ zugesprochen. Es bedurfte langer Auseinandersetzungen in der westdeutschen Monopolbourgeoisie selbst, ehe die von ihr errichteten ideologischen Barrieren gegen die sich auch in Westdeutschland zeigende Notwendigkeit, eine zentrale Programmierung einzurichten, niedriger waren. Noch kurz vor seinem Sturz als Bundeskanzler verkündete Erhard in einer Debatte vor dem Bundestag:

„Die Diskussion um Planwirtschaft ist, das hoffe ich, bei uns vorüber.“ Jeder, der meine, „daß es in unserer modernen Zeit eben nicht ohne Planung gehe, der vernebelt die politische Landschaft...“⁸.

Eine solche Haltung wird heute selbst von den Vertretern der Monopole als anachronistisch bezeichnet. Dennoch gibt es bei ihnen noch immer Ressentiments gegenüber Planungen auf gesamtstaatlicher Ebene, die in der Meinung zum Ausdruck kommen, man müsse jedes Zuviel an staatlicher Planung vermeiden. Viele der Argumente, die vor nicht allzu langer Zeit mit aller Härte gegen eine gesamtwirtschaftliche Planung überhaupt ins Feld geführt wurden, treten dabei auch heute – wenn auch in milderer Form – auf. Den Grund für diese Haltung kann man einem Artikel entnehmen, den eine „prominente Persönlichkeit der westdeutschen Wirtschaft“, deren Name „aus besonderen Gründen“ nicht genannt wurde, im „Industriekurier“, einem Organ der Monopolpresse, schrieb:

⁷ „Deutscher Bundestag, V. Wahlperiode, 119. Sitzung. Bonn den 9.6.1967“, S. 5971.

⁸ Ebenda, 25. Sitzung. Bonn, den 3.3. 1966, S. 1131.

„Die Projektion, besser Planung oder Vorausplanung genannt, setzt ein bestimmtes Gerüst für die notwendigen Festlegungen, einen Apparat voraus, der in Kürze weit über die sogenannte Projektierung hinaus, nämlich für alle möglichen anderen Dinge, wirksam und maßgebend sein wird“⁹.

Wer erkennt hinter diesen Worten nicht die Furcht der Monopole, daß in der Zukunft antimonopolistische Kräfte von einem zu stark ausgebauten Planungsmechanismus Gebrauch machen könnten, um die Macht der Monopole einzuschränken?

Diese Furcht entspringt der Tatsache, daß die Monopole, um ihre Macht erhalten und ausdehnen zu können, heute in zunehmendem Maße zu Regulierungsinstrumenten Zuflucht nehmen müssen, die ihrer Form nach weit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung hinausweisen und die, mit einem anderen Inhalt erfüllt, tatsächlich für den antimonopolistischen Kampf ausgenutzt werden können.

Ein zweiter Grund, der im Interesse der Monopole eine „planification en detail“ unerwünscht macht, liegt im unmittelbaren Profitstreben der Konzerne begründet. So sehr die staatsmonopolistische Programmierung auch den Klasseninteressen der Monopole entspricht und so sehr die einzelnen Konzerne ihre individuellen Dispositionen eingebettet in den Trend der künftigen, von den objektiven Erfordernissen der Produktivkräfte bestimmten Entwicklungsrichtungen sehen möchten, um so mehr sind sie andererseits daran interessiert, jede sich bietende Marktchance unabhängig von staatlicher Reglementierung nutzen zu können. Der westdeutsche Unternehmerverband warnte auch deshalb vor einer zu stark reglementierenden Wirtschaftspolitik. „Der Unternehmer möchte nicht zum Technokraten werden, und unter Ausnutzung der technischen Möglichkeiten Planziele zu erreichen hat“¹⁰.

In dieser Stellungnahme wird die Begrenztheit aller Versuche zur Entwicklung einer wissenschaftlichen Strukturpolitik im Kapitalismus deutlich. Das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln verhindert, daß sich ein gesellschaftliches Gesamtinteresse als Leitmotiv aller Wirtschaftseinheiten durchsetzen kann, es führt notwendigerweise immer wieder dazu, daß einzelne Konzerne aus einem vom Staat gesetzten Plan ausbrechen, ihren individuellen Profitchancen entsprechend handeln und so die geplanten Strukturen des Reproduktionsprozesses stören sowie Disproportionen und Krisen hervorrufen. Die staatsmonopolistische Strukturpolitik hat die Aufgabe, bestimmte negative Auswirkungen des spontan wirkenden Profit-Markt-Mechanismus auf die ökonomische Entwicklung einzuschränken und einen Ausgleich für die Begrenztheit dieses Mechanismus zu schaffen¹¹. Dabei beruht sie auf diesem Mechanismus selbst und spiegelt dessen ganze Widersprüchlichkeit wider. Sie kann die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben, sondern hebt sie nur auf ein höheres Niveau.

⁹ „Industriekurier“, Düsseldorf, Nr. 27 vom 21.2.1967.

¹⁰ „Jahresbericht 1966/67 des BDI“, Köln, S. 24.

¹¹ Vgl. auch Peter Heß. „Der Kapitalismus und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts“, in: „Wirtschaftswissenschaft“, Heft 6/1967, S. 993 ff.

Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung vermag das für den Kapitalismus ausweglose Dilemma zwischen der infolge der Entwicklung der Produktivkräfte objektiv erforderlichen bewußten Leitung der gesamten Volkswirtschaft durch einen umfassenden zentralen staatlichen Volkswirtschaftsplan und den Interessen der einzelnen Wirtschaftssubjekte zu beseitigen.

Die Schillersche Globalsteuerung trägt den zwei angedeuteten Elementen, die ihrerseits nicht anderes als eine konkrete Widerspiegelung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems sind, weitgehend Rechnung. Sie soll diesen Widersprüchen in dem Rahmen, der den Monopolen gegenwärtig angemessen erscheint, neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dabei stellt sie sozusagen den Beginn, die erste Phase einer staatsmonopolistischen Strukturpolitik in Westdeutschland dar.

Die Hauptinstrumente der Globalsteuerung

Die Hauptinstrumente der Globalsteuerung bestehen einestails aus neuen Institutionen, andernteils auch aus schon länger vorhandenen, die heute in modifizierter Art und Weise eingesetzt werden. Sie lassen sich in vier Komponenten zusammenfassen:

1. *staatliche Rahmenplanung durch Zielprojektionen und Orientierungsdaten.* Grundlage aller einzelnen strukturpolitischen Maßnahmen soll ein von der Bonner Regierung aufgestellter mehrjähriger Rahmenplan sein, der jedes Jahr überprüft und weitergeführt wird. Er enthält die Zielprojektionen, d.h. die vorausberechnete Entwicklung der Hauptaggregate des Nationaleinkommens: dessen Zuwachsraten, dessen Verteilungs- und Verwendungsstruktur, die Preisentwicklung und die Außenwirtschaftsziele. Diese Zielprojektionen werden jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren aufgestellt und jährlich in einem Wirtschaftsbericht der Regierung veröffentlicht.

Ergänzend zu diesen globalen Zielprojektionen soll der Staat künftig auf einzelnen Gebieten, besonders solche, die von strukturellen Wandlungen erfaßt werden, Marktinformationen und Daten über technische und ökonomische Tendenzen erarbeiten und in der amtlichen Statistik sowie in Sonderberichten veröffentlichen.

Weder der Rahmenplan noch die Orientierungsdaten haben dabei den Charakter von direkten staatlich fixierten Normen für die kommende Entwicklung. Gleichwohl spielen sie als Grundlage für Entscheidungen der Monopole und für solche des Staates eine wesentliche Rolle, z. B. in der jeweils verfolgten Investitionspolitik. Soweit sie die Aufstellung von wirtschafts- und sozialpolitischen Programmen beeinflussen, können sie indirekt, trotz ihres formal unverbindlichen Charakters, einen gewissen Einfluß auf den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung nehmen. Krisen- und Stagnationserscheinungen schließen sie im Gegensatz zu den Behauptungen der Apologeten des Monopolkapitals dabei keineswegs aus, da die anarchische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst nicht auszuschließen ist. Die entscheidende Grundlage für die Aufstellung der Zielprojektionen sind die Expansionspläne der Monopole. Diese sehen von vornherein eine Unterordnung des

gesamten ökonomischen Potentials unter ihre Macht vor. Diese einseitige Blickrichtung der staatsmonopolistischen Programmierung bewirkt, daß durch die Zielprojektionen die Grundlagen für neue Konflikte in der ökonomischen und sozialen Entwicklung gelegt werden. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise wird auf diese Art und Weise nicht etwa aufgehoben, sondern durch die programmierende Tätigkeit des imperialistischen Staates noch zusätzlich verschärft;

2. *„konzertierte Aktion“.* Die „konzertierte Aktion“, zu deren Dirigenten sich Wirtschaftsminister Schiller aufgeschwungen hat, ist der Versuch des staatsmonopolistischen Regimes, bereits in die Primärverteilung des Nationaleinkommens einzugreifen und diese zugunsten der Akkumulationskraft der Monopole zu beeinflussen. Durch dieses Instrument soll ein verschärfter Lohndruck ausgeübt und sollen die westdeutschen Gewerkschaften auf ein an den Expansionszielen des Monopolkapitals orientiertes volkswirtschaftliches Denken festgelegt werden. Natürlich wird diese Zielsetzung, die eine weitere Zuspitzung des Klassengegensatzes und damit auch der Konflikte der ökonomischen und sozialen Entwicklung einschließt, nicht offen propagiert. Schiller gibt sich vielmehr alle Mühe, sie durch ein Gerede über eine angeblich angestrebte „soziale Symmetrie“ zu kaschieren. Er gibt vor, das staatsmonopolistische Regime wolle für einen symmetrischen Verlauf der Einkommensentwicklung der Unternehmer auf der einen Seite und der Arbeiter und Angestellten auf der anderen Seite sorgen. Den wahren Klasseninhalt der Schillerschen Wirtschaftspolitik enthüllte ein Organ der Monopolpresse bereits kurz nach dem Amtsantritt der Kiesinger/Strauß-Regierung mit dem frohlockenden Ausruf:

„Die Gewinne der Unternehmer zu steigern, ist die erklärte Absicht der Bundesregierung. Und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist mit von der Partie. Der Sozialdemokrat Schiller forciert als Bundeswirtschaftsminister diese Politik. Das allein ist schon ein historisches Ereignis“¹².

Inzwischen liegen bereits für zwei Jahre die Ergebnisse der „konzertierten Aktion“ vor. Sie weisen aus, daß den Arbeitern und Angestellten der größte Teil der Lasten der Krise 1966/67 aufgebürdet wurde, während die Monopole ihre Profite weiter erhöhen konnten¹³.

Die „konzertierte Aktion“ wurde zwar als Form der staatsmonopolistischen Einkommenspolitik in der Krise geboren, soll nach den Plänen der Bonner Regierung aber nach deren Überwindung nicht aufgegeben werden, sondern eine Hauptsäule zur Verwirklichung der Bonner Wachstumsstrategie darstellen, die ihrem Klasseninhalt nach vornehmlich eine Strategie des Wachstums der Profite und der Macht der Monopole ist.

3. *mittelfristige Finanzplanung*¹⁴. Sie ist neben der „konzertierten Aktion“ das wichtigste Mittel zur Durchsetzung der Strukturpolitik. Das ökonomische Potential

12 „Der Volkswirt“, Frankfurt (Main), vom 24.2. 1967, S. 259.

13 „Der westdeutsche Wirtschaftszyklus in der Phase der ansteigenden Konjunktur“, *DWI-Berichte*, Nr. 9/1968.

14 Zu den Einzelheiten der mittelfristigen Finanzplanung vgl. u.a. H. Meißner/A. Bönisch, „Bonner Politik wider Wachstum und Stabilität“, in: „Einheit“, Heft 1/1968 u. H.-J. Höhne/G. Maurischat, „Das Finanzprogramm der Bonner Expansionspolitik“, in: „Einheit“, Heft 12/1963.

des Staatshaushalts soll durch sie planmäßiger als bisher für die gesellschaftspolitischen Zwecke der Finanzoligarchie eingesetzt werden. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, über die Umverteilung des Nationaleinkommens zu Lasten der Werktätigen die weitere Aggressionsvorbereitung, den im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderlichen Ausbau von Wirtschaft und Forschung sowie der Infrastruktur und andere, für die weitere Ausdehnung der Macht der Monopole wichtige Aufgaben finanziell abzusichern.

Finanzminister *Strauß* bezeichnete die mittelfristige Finanzplanung, die der erste Versuch zur Entwicklung einer längerfristigen, die gesamtwirtschaftlichen Proportionen beeinflussenden staatsmonopolistischen Programmierung in Westdeutschland ist, direkt als eine „sichtbare Herausarbeitung eines in Zahlen gekleideten politischen Gesamtprogramms“¹⁵, womit ihre Rolle im strategischen Konzept des westdeutschen Monopolkapitals umfassend gekennzeichnet ist. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung werden vom Bonner Regime vor allem die Wege beschritten, die über die Umstrukturierung der Einnahmen und Ausgaben des Bonner Haushalts strukturverändernde Eingriffe in den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zum Ziel haben:

- weitere Konzentration der Staatsausgaben auf die expansionswichtigsten Bereiche (Rüstung, Wissenschaft und Forschung) auf Kosten der staatlichen Sozialleistungen und anderer Aufgaben, die vor allem im Interesse der Werktätigen liegen.

- Erhöhung der Steuerlasten der Werktätigen, vor allem durch Ausbau der indirekten Steuern, um mehr Mittel für die Expansions- und Aggressionspläne der Monopole einsetzen zu können.

- Aufstockung der inneren Staatsschulden, um durch Beschleunigung des Inflationstempos den Prozeß der Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole zu forcieren und diesen zusätzliche Mittel für die Realisierung ihrer Pläne zur Verfügung zu stellen.

Bei keinem dieser Wege handelt es sich um etwas Neues, vielmehr sind es die bisher auch angewendeten erprobten Rezepte zur erhöhten Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen. Die mittelfristige Finanzplanung soll der Auspressung der Werktätigen aber durch eine längerfristige Koordinierung der verschiedenen Wege untereinander eine erhöhte Effektivität verleihen. Besonders tiefe Wirkungen sind dabei von der verstärkten Schuldenaufnahme zu erwarten, mit der eine Beschleunigung des Inflationstempos in Westdeutschland verbunden sein wird. Noch als Wirtschaftsminister hatte der nachmalige Bundeskanzler *Erhard* der Bevölkerung das Versprechen gegeben, die Aufrüstung werde im Gegensatz zur Hitlerschen Methode diesmal auf „ehrliche Weise“ finanziert, d.h. durch Steuererhöhungen und andere, nicht inflatorisch wirkende Mittel. Hat sich *Erhard* in Wirklichkeit auch nie an dieses Versprechen gehalten, so gab er sich doch den Anschein, als wolle er im Interesse der Bevölkerung eine zu drastische Beschleunigung des Inflationstempos vermeiden. Die *Kiesinger/Strauß*-Regierung ließ diese Maske fallen und bekennt sich offen zu einer Politik der geplanten Haushaltsdefizite. Eine der Grundlinien ihres

wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses läßt sich in die Formel kleiden; Übergang von der unter ihren Vorgängern betriebenen, mit neoliberalen Phrasen getarnten gemäßigten inflationären Wirtschaftspolitik zu einer offeneren und schärferen Form derselben.

Die Lösung der chronischen Finanzkrise des imperialistischen Staates wird von dieser Wirtschaftspolitik gar nicht mehr als Ziel gestellt. Es soll nur noch ein absoluter Zusammenbruch der Staatsfinanzen vermieden werden. Die Einplanung von Haushaltsdefiziten und die Aufstockung von Staatsschulden werden sogar zu hauptsächlichsten Mitteln der Wirtschaftslenkung. Vorbild für diesen Kurs, an dessen Formung der „Sozialdemokrat“ *Schiller* neben Finanzminister *Strauß* maßgeblichen Anteil hatte, ist die US-amerikanische Wirtschaftspolitik, die seit Jahren einen Kurs des bewußten „deficit spending“ betreibt, d.h. einen Kurs der Wirtschaftsankurbelung durch Öffnung der Inflationsschleusen.

Wie die Entwicklung der USA-Wirtschaft, aber auch die Erfahrungen in Westdeutschland beweisen – es sei nur daran erinnert, daß das besonders hohe Inflationstempo der Jahre 1965/66 einer der Vorboten der zyklischen Krise 1966/67 war –, erhöht der Kurs der Defizitfinanzierung in keiner Weise die Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Selbst wenn sich vorübergehend Scheinerfolge einstellen sollten, gefährdet diese Politik auf lange Sicht noch mehr das wirtschaftliche Wachstum und die soziale Sicherheit als die bisherige. Eine Beschleunigung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Wachstums um den Preis einer kontinuierlichen Beschleunigung der Inflation vermindert die Wachstumsmöglichkeiten der Zukunft. Hierdurch wie auch durch die Beschneidung der Kaufkraft der Werktätigen, die durch die Inflationierung der Währung eintritt, verschärfen sich die sozialen Konflikte;

4. *staatliche Kredit- und Geldpolitik*. Der Notenbankmechanismus gehört zum traditionellen Regulierungsmittel des imperialistischen Staates, vor allem im Rahmen seiner Konjunkturpolitik. Die Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung bleibt auch weiterhin eine Hauptaufgabe der staatlichen Kredit- und Geldpolitik, gleichzeitig wird sie aber bereits teilweise zur Durchsetzung der Prioritäten der staatsmonopolistischen Strukturpolitik eingesetzt. Vorerst geschieht das vor allem über den Staatshaushalt, dem mit dem Stabilisierungsgesetz das Recht eingeräumt wurde, verstärkt Notenbankkredite aufzunehmen. Mit den Eventualhaushalten des Jahres 1967 ist diese Politik in der Krise bereits in Ansätzen praktiziert worden. Die inflationär geschöpften Kredite wurden teilweise nicht einfach als Konjunkturspritzen angewendet, sondern auch schon auf solche Projekte konzentriert, die in der Liste der staatsmonopolistischen Prioritäten Vorrang haben. In der mittelfristigen Finanzplanung wird die staatliche Kreditschöpfung als ständig angewendetes Mittel der Wirtschaftspolitik weiterentwickelt. Ursprünglich war vorgesehen, mit dem Stabilisierungsgesetz auch eine Kreditplafondierung einzuführen. Danach hätte die Notenbank bei zu schnellem Inflationstempo das Kreditvolumen der Banken begrenzen können. In Frankreich und Großbritannien wurde dieses scharf restriktiv wirkende Konjunkturregulativ bereits mehrfach angewendet. In der westdeutschen Finanzoligarchie stieß dieses Vorhaben jedoch auf heftigen Widerstand. Es

15 „Deutscher Bundestag, V. Wahlperiode, 119. Sitzung, Bonn, den 6.9.1967“, S. 5959.

wurde verworfen, weil die Monopole fürchten, ihre Profitchancen könnten zu stark beeinträchtigt werden. Die Bundesbank ist auch im Gegensatz zu Staatsbanken anderer imperialistischer Staaten nicht berechtigt, eine selektive Kreditpolitik durchzuführen, also bestimmten Branchen Kredite zu Vorzugsbedingungen einzuräumen, andere dagegen zu benachteiligen. Es muß aber damit gerechnet werden, daß die westdeutschen Monopole beim Auftreten noch stärkerer Disproportionen in der strukturellen Entwicklung ihre gegenwärtigen Bedenken fallen lassen.

Überhaupt muß man feststellen, daß es fraglich ist, wie lange das westdeutsche staatsmonopolistische Regime an der Globalsteuerung, der ersten Phase einer staatsmonopolistischen Strukturpolitik, festhalten wird. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat gerade erst begonnen, noch sind die dadurch entstehenden Widersprüche nicht voll zu übersehen. Dennoch läßt sich bereits jetzt erkennen, daß beispielsweise die Bonner Energiepolitik spätestens dann, wenn die Atomenergie das gesamte Problem mit potenziertem Wucht auf die Tagesordnung setzt, zu noch strafenderen Regulierungsmaßnahmen übergehen muß. Schon stößt auch ein so bedeutender Produktionszweig wie die Automobilindustrie auf die Schranken des Marktes. In wenigen Jahren kann hier im wesentlichen nur noch für den Ersatz produziert werden. Die sich daraus ergebenden Anpassungsschwierigkeiten dem Konkurrenzkampf allein zu überlassen, wird das Regime kaum riskieren können. Weitere Komplikationen in der strukturellen Entwicklung sind auf dem Sektor des Verkehrswesens (Containerverkehr) und des Bildungswesens vorzusehen. Gleichzeitig beschleunigt sich der Prozeß der Frei- und Umsetzung von Arbeitskräften und muß infolge dieser Entwicklung und der Bestrebungen zur Erhöhung der Ausbeutung mit neuen sozialen Konflikten gerechnet werden. Schließlich ist auch bereits erkennbar, daß das Bonner Regime sich anschickt, in eine neue Phase der Aggressionsvorbereitungen einzutreten, wodurch der Widerspruch zwischen dem begrenzten Leistungsvermögen der westdeutschen Volkswirtschaft und den von den Monopolen an dieses Leistungsvermögen gestellten Anforderungen auch für die nächsten Jahre bestehen bleibt. Aus allen diesen Gründen wird der Zwang weiterwirken, das staatsmonopolistische Regulierungssystem auszubauen und zu vervollkommen. Daher kann als sicher angenommen werden, daß das westdeutsche Monopolkapital in den 70er Jahren zu noch schärferen Formen der Regulierung übergehen wird.

Zur Effektivität der Bonner Strukturpolitik

Die Vertreter des staatsmonopolistischen Regimes, allen voran *Schiller*, behaupten, mit der Globalsteuerung ein Mittel gefunden zu haben, das eine harmonische, die Gleichgewichtsbedingungen der Wirtschaft optimal berücksichtigende Entwicklung gewährleistet, wird es nur richtig gehandhabt. *Schiller* verspricht der Bevölkerung ein Wachstum „nach Maß“, wenn sich alle „Interessengruppen“ in ihren Forderungen an die regierungsamtlichen Empfehlungen halten. Trotz aller Unterschiede in der Gestaltung des gegenwärtigen zum Erhardschen Regulierungsinstrumentarium

schimmert durch diese Parole die alte Erhardsche Maßhaltedeforderung hindurch, die hauptsächlich gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet war. Das ist auch nicht verwunderlich, da der Klasseninhalt der Wirtschaftspolitik der gleiche geblieben ist: die Förderung des Strebens der Monopole nach Maximalprofiten durch eine erhöhte Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen. Genausowenig wie die alten Regulierungsformen kann die neue Etappe der staatsmonopolistischen Regulierung, die in solchen Instrumenten wie Globalsteuerung, mittelfristiger Finanzplanung und „konzertierter Aktion“ zum Ausdruck kommt, infolge ihrer Klassenbegrenztheit das Versprechen erfüllen, ein harmonisches Wachstum zu sichern.

In sozialer Hinsicht würde ein ausgewogenes Wachstum ein solches bedeuten, das allen Schichten der Bevölkerung gleichermaßen zugute kommt. Dies gibt es im Kapitalismus aber nicht. Selbst wenn man unterstellt, es käme der Bonner Wirtschaftspolitik darauf an, Löhne und Gehälter im selben Tempo wie die Profite zu erhöhen, wäre das Ergebnis eine Vertiefung der sozialen Ungerechtigkeit. Die wenigen Monopolherren wären die hauptsächlichsten Nutznießer des Wachstums. Sie könnten ihre Macht weiter festigen und ausdehnen, während die Masse der Bevölkerung verschärft ausgebeutet würde und der wachsenden Macht der Monopole gegenüberstünde. Erhöht sich das Einkommen eines Arbeiters um fünf Prozent, so kann er sich einen etwas höheren Lebensstandard gönnen, wachsen aber die Monopolprofite um den gleichen Prozentsatz, so schlägt sich das in der Erweiterung bestehender oder im Bau neuer Produktionsstätten nieder, wodurch das Feld der Ausbeutung erweitert wird. Zielsetzung und Charakter der staatsmonopolistischen Globalsteuerung zeigen aber, daß dieses Instrument weder dazu gedacht, noch dazu angetan ist, die Klassengegensätze des staatsmonopolistischen Systems auszuschalten, diese beherrschen die Globalsteuerung vielmehr selbst und werden durch sie noch weiter vertieft. Bestenfalls kann dieser oder jener Widerspruch vorübergehend gemildert oder überbrückt werden, wodurch der Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems zeitweilig neuer Spielraum gegeben wird. Gleichzeitig aber werden neue Widersprüche aufgerissen und die Grundlagen für künftige Konflikte gelegt. In die Zielsetzung der staatsmonopolistischen Strukturpolitik ist die Vertiefung der Klassengegensätze eingeschlossen. Hierdurch aber gerät die Verwirklichung der Zielsetzung selbst in Gefahr. Die staatsmonopolistische Strukturpolitik ist den Interessen der Werktätigen diametral entgegengesetzt. Ihre Maßnahmen stoßen daher gesetzmäßig auf deren Widerstand, der – je nach dem Grad, in dem die Arbeiterklasse sich der Schädlichkeit des Kurses der Bonner Politik für sie bewußt wird – in Kampfkationen gegen das staatsmonopolistische Regime umschlägt.

Weitere Grenzen findet die staatsmonopolistische Strukturpolitik in den sich widerstreitenden Bestrebungen des Monopolkapitals selbst. Zwischen den Monopolen gibt es keine einheitliche Auffassung über eine anzustrebende, optimales Wachstum garantierende Wirtschaftsstruktur, jeder Konzern versucht vielmehr, seine eigene Profitmaximierung auf Kosten seiner Konkurrenten und wenn möglich mit Hilfe des Staates durchzusetzen. Als die Kohlenzechen 1958 von der Strukturkrise voll erfaßt wurden, bemühten sie sich zunächst, einen hohen Anteil am westdeutschen Energiemarkt zu erhalten, während die Erdölkonglomerate auf eine schnelle

Beschränkung der Kohleförderung drängten. Den Bergwerksgesellschaften gelang es, stetig wachsende Subventionen aus der Staatskasse zu erhalten, da sie einerseits über einen gewichtigen Einfluß im Staatsapparat verfügten, zum anderen aber, weil die sozialen Folgen ihrer schnellen Ruinierung das ganze imperialistische System gefährden konnten. Die Konzerne in der Textilindustrie, die ebenfalls seit Jahren unter einer chronischen Strukturkrise leiden, konnten keine speziellen, auf ihre Branche gezielten staatlichen Hilfsmaßnahmen erringen; sie verfügen weder über das dafür erforderliche politische Gewicht innerhalb der Finanzoligarchie, noch waren die sozialen Folgen – obwohl auch hier Tausende von Arbeitskräften freigesetzt wurden – für das Gesamtsystem existenzgefährdend.

Widersprüche treten auch in den Beziehungen zwischen dem imperialistischen Staat und einzelnen Monopolen auf, denn das kollektive Interesse der herrschenden Finanzoligarchie, in deren Auftrag der Staat tätig ist, stimmt nicht absolut mit den Zielen der einzelnen Monopole überein. Bereits die staatsmonopolistische Konjunkturpolitik bewegte sich in diesem Widerspruch. Es wurden restriktive kreditpolitische Maßnahmen der Bundesbank immer wieder von einzelnen Monopolen im Interesse ihrer eigenen Profitchancen durch Auslandsgeschäfte durchkreuzt, ohne auf die inländische Währungs- und Preissituation Rücksicht zu nehmen. Diese Erscheinung ist auch gegenwärtig in Frankreich zu beobachten, wo einzelne Konzerne der Kreditbegrenzung, die im Rahmen der staatlichen Pläne für bestimmte Wirtschaftsbereiche festgelegt ist, um deren Expansion zu drosseln, durch internationale Anleihen ausweichen und so die vom Plan beabsichtigte Milderung bestimmter Disproportionen verhindern.

Auch den strukturpolitischen Maßnahmen des imperialistischen Staates handeln einzelne Monopolgruppen ständig zuwider. So hielten sich beispielsweise die Mineralölkonzerne keineswegs an die von Bonn verfügte „freiwillige Selbstbeschränkung“ im Konkurrenzkampf gegen die Kohle.

Hieraus folgt ein weiteres wesentliches Merkmal staatsmonopolistischer Interventionen: Da sie vom Profitstreben als unangefochtenem Leitmotiv der Wirtschaft ausgehen, können die einzelnen Maßnahmen und Pläne nur das Ergebnis des jeweiligen Kräfteverhältnisses zwischen den herrschenden Konzerngruppen sein. J. Fabre schrieb hierzu in Auswertung der Erfahrungen aus der französischen Planifikation:

„Der Plan ist das Instrument einer gegebenen Wirtschaftspolitik. In einer gegebenen Situation verbindet er Ziele und Mittel entsprechend den Bedürfnissen der großen Monopole ... Die im Plan enthaltene Generallinie bringt die allgemeinen Interessen der Gruppen zum Ausdruck, d.h. die zwischen den Gruppen mit unterschiedlichen Strategien unter gegebenen Umständen geschlossenen Kompromisse. Der Plan kann weder die Interessenwidersprüche zwischen den großen Firmen beseitigen, noch den erbitterten Kampf abschwächen, den diese auslösen, noch die tiefwurzelnde elementare Anarchie der Produktion beseitigen“¹⁶.

16 J. Fabre, a.a.O., S. 139 f.

Der internationale Konkurrenzkampf, der sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der westeuropäischen Integration außerordentlich verschärft hat, verschärft noch die in den einzelnen Ländern anzutreffenden Widersprüche. Es stoßen nicht nur im Rahmen eines Landes monopolistische Gruppeninteressen aufeinander, diese verbinden sich vielmehr mit den Expansionsbestrebungen des Monopolkapitals verschiedener Länder. Die weltweite Währungskrise des imperialistischen Systems und die ständigen Widersprüche zwischen den EWG-Staaten beweisen dies hinreichend. Es sei hier auch darauf verwiesen, daß beispielsweise die Bonner Agrar- und Energiepolitik keineswegs von den Bedürfnissen eines optimalen volkswirtschaftlichen Wachstums bestimmt wird, sondern von der Vorherrschaftsstrategie des Monopolkapitals. Das Bonner Regime opfert das Wohl der westdeutschen Kumpel den Profitinteressen der amerikanischen Erdölkonzerne, weil es sich davon eine engere Bindung der USA an ihre aggressiven Expansionsziele verspricht, und das Wohl der westdeutschen Bauern den Interessen des französischen Imperialismus, um von diesem Gegenleistungen in der EWG zu gewinnen.

Alle diese Widersprüche und Konflikte machen es unmöglich, daß der Kapitalismus infolge der Entwicklung neuer Regulierungsinstrumentarien etwa in ein Stadium eines ausgewogenen und harmonischen Wirtschaftswachstums und eines Ausgleichs der sozialen Widersprüche eintritt, eines Wachstums „nach Maß“, wie Schiller es propagiert. Erst nach Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der auf ihm beruhenden Widersprüche verfügt die Gesellschaft über alle unabdingbaren Voraussetzungen für eine wissenschaftliche prognostisch orientierte Strukturpolitik, die sowohl den objektiven Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte entspricht als auch und vor allem den Interessen der Werktätigen, wie sie z. B. vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, definiert wurde:

„Strukturpolitik heißt, ausgehend von prognostischen Erkenntnissen die Kräfte und Mittel auf jene Bereiche der Forschung und Entwicklung sowie der Produktion zu konzentrieren, die den höchstmöglichen Zuwachs an Nationaleinkommen garantieren“¹⁷.

Die mangelnde Effektivität der staatsmonopolistischen Strukturpolitik hinsichtlich eines harmonischen und ausgewogenen Wirtschaftswachstums heißt für die Monopole allerdings nicht, daß diese Politik für sie völlig ineffektiv ist. Die Sicherung einer den erforderlichen Gleichgewichtsbedingungen entsprechenden wirtschaftlichen Entwicklung ist nur in engen Grenzen als Ziel der Politik der Bonner Regierung anzusehen, nämlich nur soweit, wie durch Vermeidung von ökonomischen Katastrophen die Sicherheit des imperialistischen Systems gewährleistet werden soll. Der entscheidende Effektivitätsmaßstab einer Politik ist für die Monopole aber die Frage, in welchem Maße diese Politik die Steigerung der Profite und die Realisierung ihrer Expansionspläne fördert. In dieser Hinsicht ist der neuen Etappe der staatsmonopolistischen Regulierung eine bestimmte Wirksamkeit nicht abzuspren-

17 G. Schürer, „Prognostik und Strukturpolitik“, in: „Einheit“, Heft 12/1967, S. 1467.

chen. Reichten die in der Erhardschen Wirtschaftspolitik angewendeten Methoden aus, um die Restauration der ökonomischen und politischen Macht der Monopole herbeizuführen, so ermöglichen die neuen Methoden der Regulierung den Monopolen von der ökonomischen Seite her den Übergang zur forcierten Verwirklichung ihrer Expansionspläne. Vor allem unterstützen sie dabei den Prozeß der Konzentration der ökonomischen und politischen Macht in den Händen der Finanzoligarchie, mit dessen Forcierung diese gegenwärtig versucht, ihre Potenzen im nationalen Maßstab zusammenzufassen, um von einer Position der Stärke aus die Hegemoniebestrebungen in Westeuropa und die Aggressionsvorbereitungen gegen die DDR und andere sozialistische Länder intensivieren zu können. Die westdeutschen Imperialisten verfolgen eine Strategie, die der westdeutsche Unternehmerverband mit folgenden Worten umriß:

„Ohne eine gesunde Wirtschaftsbasis ist das Gewicht der Bundesrepublik nicht groß genug, um bei der Diskussion weltpolitischer Probleme mit Erfolg in die Waagschale geworfen zu werden. Selbst bei der Verfolgung unserer spezifisch deutschen Anliegen ist die Stimme der Bundesrepublik ohne einen starken ökonomischen Resonanzboden nicht kräftig genug, um gehört zu werden und aufhören zu lassen“¹⁸.

Mit diesen Worten wird der Platz der gegenwärtig angewendeten Wirtschaftsstrategie im Rahmen der auf die Veränderung des Status quo in Europa gerichteten Gesamtstrategie der westdeutschen Monopolbourgeoisie bestimmt; damit wird aber auch die ganze Gefährlichkeit dieser Strategie offenbar. Es handelt sich bei ihr nicht nur um einen verstärkten Angriff der Monopole auf den Lebensstandard und die Rechte der werktätigen Bevölkerung, sondern auch und vor allem um ein Instrument, das zur Verschärfung des internationalen Klassenkampfes gegen den Sozialismus eingesetzt werden soll, um die Vorbereitung einer neuen Attacke gegen den Frieden in Europa. In Anbetracht dieser Lage ist für die westdeutschen Werktätigen, aber auch für die Nachbarn Westdeutschlands höchste Wachsamkeit geboten. Für die westdeutschen Werktätigen kommt es dabei darauf an, das neue Regulierungsinstrumentarium nicht nur als eine neue Technik der Wirtschaftspolitik zu begreifen, sondern als das wirtschaftsstrategische Konzept zur Realisierung der Expansionsstrategie der Monopole, und entsprechend zu handeln, d.h. den Kampf gegen diese Strategie verstärkt zu führen und ihr eine Strategie zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit entgegenzustellen.

18 „Jahresbericht 1967/68 des BDI“. Köln 1968. S. 10.

Kurt Zieschang

Zu den objektiven ökonomischen Triebkräften der wirtschaftspolitischen Konzeption in Westdeutschland

Aus: *Konjunktur und Krise*, Berlin, 4/1968.

Im Heft 4/1966 dieses Bulletins¹ veröffentlichten wir einige Thesen zu der sich im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution herausbildenden neuen Situation für das neue imperialistische System. Wir wollten mit diesen Thesen verdeutlichen, im welchem Maßstab durch die sich durchsetzende Revolutionierung in den Produktionsgrundlagen der gesellschaftlichen Produktion der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Systems zwischen dem Vergesellschaftungsprozeß der Produktion und den privatkapitalistischen Eigentumsbeziehungen in diesem System zugespitzt wird. Wir kamen dabei zu der Schlußfolgerung, daß sich das kapitalistische System an der Schwelle einer neuen Entwicklung der Entfaltung dieses Widerspruchs befindet. Wir versuchten dies mit dem Nachweis zu begründen, daß die Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Auswirkungen der Kapitalanlage und Kapitalverwertung ein Stadium erreicht, in dem sich eine neue Ebene der Einheit zwischen ökonomischen Bedingungen und Erfordernissen und der gesamten Sozial- und Gesellschaftsproblematik, einschließlich der allgemeinen innen- und außenpolitischen Problematik, herausbildet. Aus diesen Gründen wird es in Zukunft für die marxistischen Ökonomen besonders darauf ankommen, alle einzelnen ökonomischen Probleme vorwiegend unter dem Gesichtspunkt dieser „Gesellschaftsproblematik“ zu betrachten. Gleichzeitig schlußfolgerten wir daraus u.a. eine wachsende Bedeutung der Wirtschaftspolitik und versuchten einige dieser bestimmenden Grundzusammenhänge zu formulieren.

Das imperialistische System in Westdeutschland durchlebte seine tiefste Krise seit dem 2. Weltkrieg, die gleichzeitig eine Periode relativ leichten und hohen Wachstums unterbrach und in vielfacher Beziehung neue Wachstumsverhältnisse schuf und einleitete.

Es ist offensichtlich, daß die Ursachen dieser Krise keinesfalls nur einfach aus traditionellen ökonomischen Krisenursachen, wie Disproportionalität, Überproduktion u.ä. erklärt werden können. Ihre Ursachen lagen bereits auch in strukturellen Problemen, die mit der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution entstanden (Umwälzungen in der Produktionsstruktur, zunehmende Bedeutung der Infrastruktur u.ä.), in der Unfähigkeit des Kapitalismus, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Die Ursachen lagen weiterhin in der hieraus entstehenden umfangreichen Sozialproblematik, in ungenügender Wirtschaftsführung und Regulierung und wesentlich auch in den Auswirkungen der innen- und außenpolitischen Krise (wie sie etwa in den ökonomischen Auswirkungen des Haushaltsdilemmas zum Ausdruck kamen), die gleichzeitig von einer

1 Gemeint ist Heft 4/1966 der Zeitschrift „Konjunktur und Krise“.

Regierungskrise begleitet waren. Sehr deutlich wurde durch diese komplexen Krisenursachen bereits die Frage nach dem Leitbild für die zukünftige gesamte Gesellschaftsentwicklung aufgeworfen. Wir verweisen hierauf, weil wir meinen, daß durch diese Krise, die für die zukünftige Entwicklung in vieler Beziehung eine wichtige Rolle spielen wird, bereits sehr offensichtlich wurde, wie komplex die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge heute auftreten und wie ökonomische Zusammenhänge heute nur von diesem Standpunkt betrachtet werden können.

Ein politisches Produkt dieser Krise war die Bildung der „Großen Koalition“. Trotz heftiger Rededuelle zwischen CDU und SPD vor ihrer Bildung lag überraschenderweise bereits kurz nach ihrer Konstituierung ein Regierungsprogramm vor, welches die vollkommene Übereinstimmung zwischen CDU und SPD dokumentierte.

Den größten Teil dieses Programms nahm die Darlegung einer wirtschaftspolitischen Konzeption ein. Bei ihrer Beurteilung erhebt sich die Frage: Entsprechen die Vorstellungen über die Wirtschaftspolitik in diesem Regierungsprogramm und in der seither geübten Praxis einfach den bisherigen Vorstellungen, oder beinhalten sie eine „Neuorientierung“ in dieser Politik? Wird die alte Politik einfach mit einer neuen Regierung fortgesetzt, oder werden andere Wege beschritten?

Man muß diese Frage mit ja und nein beantworten. Mit ja, weil es sich eindeutig nach wie vor um eine ganz auf die ökonomischen und politischen Bedürfnisse des Monopolkapitals zugeschnittene Konzeption handelt. Man darf nicht etwa annehmen, daß durch den Eintritt der bisherigen „Opposition“ in die Regierung auch nur in irgendeiner Form eine Alternative zum bisherigen Hauptinhalt der Wirtschaftspolitik verfolgt wurde und wird. Selbst die wahrlich nicht sehr weitgehenden, in der Vergangenheit von der SPD propagierten Ansichten – etwa die Wohlfahrtspolitik, Eigentumsverteilung u.ä. – finden sich hier nicht. Dies ist zunächst die grundlegende Feststellung bei der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Konzeption der jetzigen Koalition.

Gleichzeitig ist aber unsere Frage auch mit nein zu beantworten: Innerhalb dieser monopolkapitalistischen Orientierung der Wirtschaftspolitik zeichnen sich gleichzeitig „Neuorientierungen“ oder „Neuformierungen“ ab, die unseres Erachtens von erheblicher Bedeutung sind. Deshalb kommt es bei der Beurteilung dieser vorgelegten wirtschaftspolitischen Konzeption – wie übrigens bei der Beurteilung von allen solchen Konzeptionen – nicht nur schlechthin auf die Feststellung ihres monopolistischen Inhalts an, sondern vor allem auf die Bestimmung ihres spezifischen Charakters, auf neue Orientierungen, deren Wesen die mit ihnen verfolgten speziellen Ziele und Ursachen hierfür.

In unserer Literatur wurden in der Vergangenheit bei der Einschätzung wirtschaftspolitischer Probleme die Dinge manchmal etwas vereinfacht. Man stellte diese Problematik etwa so dar, als ob es nur darum ginge, den Monopolen möglichst hohe Profite mit Hilfe des Staates zuzuschancen, klebte oftmals auf die Darlegung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen einfach das Etikett „für den Monopolprofit“, „im Interesse des Monopolkapitalismus“ usw. Lügen die Dinge tatsächlich so einfach für die Imperialisten und ihren Staat, dann müßte man sich die Frage stel-

len: Wenn es nur darauf ankommt, daß der Staat möglichst viel den Monopolen zuschanzt, wieso gibt es dann eine zunehmende Labilität dieses Systems, eine zunehmende Funktionsunfähigkeit seines Mechanismus, wieso verschärfen sich mit seiner Entwicklung alte Widersprüche und entstehen neue ökonomische, soziale und politische Spannungszentren? Wenn die monopolistische Funktion des Staates heute nur darin bestände, den Monopolen ständig die Profite zu erhöhen, dann hätte das Finanzkapital wahrlich viel geringere Sorgen um die Erhaltung seiner Herrschaft, als es tatsächlich hat, und seine Manövrierfähigkeit, auch in der Wirtschaftspolitik, wäre bedeutend größer, als sie tatsächlich ist.

Tatsächlich können wir mit der Entwicklung der kapitalistischen Realitäten verschiedene Etappen mit unterschiedlichen Problemen der Wirtschaftspolitik feststellen. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit einem zunehmenden Einfluß der Wirtschaftspolitik auf den Reproduktionsprozeß wie andererseits dieser immer umfassendere und kompliziertere Probleme vor der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik aufwirft.

Wie schon im Regierungsprogramm erkennbar, finden wir auch in der bisherigen Praxis der Wirtschaftspolitik eine gewisse Umorientierung, auch ein gewisses Umdenken, das heißt, eine gewisse Wende in der Wirtschaftspolitik. Wir meinen, daß dies auch – nicht unwesentlich beeinflusst von der Wirtschaftskrise – bereits Ausdruck für die sich infolge der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution vollziehenden Veränderungen in den Bedingungen ist, unter denen sich heute der Kapitalismus entwickelt. Westdeutschland bildet dabei mit der Entwicklung seiner Wirtschaftspolitik durchaus keinen Spezialfall, sondern geht dabei zumindest mit der Entwicklung in Westeuropa in dieser oder jener Form durchaus konform – allerdings etwas verspätet.

Im folgenden soll es nicht um die Darlegung der einzelnen Seiten und Elemente dieser wirtschaftspolitischen Konzeption gehen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die heute betriebene Wirtschaftspolitik als Gesamtkonzeption in mehr oder weniger vollständiger Form zunächst nur in dem erwähnten Regierungsprogramm enthalten ist. Bei aller Bedeutung von Regierungsprogrammen ist zu beachten, daß sie als Interesseninterpretation eines bestimmten Interessenstandpunktes, dem eine bestimmte Klassenposition zugrunde liegt, die Dinge eben von dieser Position aus darlegen, da sie als für die Öffentlichkeit bestimmte Dokumente keinesfalls die wahren Absichten ganz widerspiegeln, auch viele diplomatische Absichten verfolgen und zumeist eine große Palette von Wünschen und Versprechungen enthalten, deren Übereinstimmung mit der Realität eine ganz andere Frage ist.

Wir wollen im folgenden an einigen Grundfragen der heute betriebenen Wirtschaftspolitik bzw. der Bemühungen um ihre Verwirklichung zeigen, wie in ihnen die sich entwickelnde Verdichtung der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und ihre Zuspitzung zum Ausdruck kommt, welche Grundzusammenhänge heute die Wirtschaftspolitik wesentlich bestimmen; das heißt, wir wollen einen Beitrag zu der Frage leisten, von welchem Standpunkt und in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang die Hauptelemente dieser Politik gesehen werden müssen.

Schon äußerlich unterscheidet sich die jetzige wirtschaftspolitische Konzeption von der bisherigen Theorie und Praxis dieser Politik. Neben einer Reihe „alter“ Prinzipien und Elemente sind in der neuen Konzeption sowohl im einzelnen wie generell eine Reihe neuer Prinzipien, Methoden und Instrumente enthalten, die teilweise bereits angewandt werden bzw. auf deren Durchsetzung sich die Bemühungen der Kiesinger/Strauß-Regierung konzentrieren.

Bei der Beurteilung wirtschaftspolitischer Gesamtkonzeptionen sind es allgemein drei Gesichtspunkte, die zu beachten sind:

1. die Ziele der Wirtschaftspolitik,
2. die Mittel, Methoden und Instrumente der Wirtschaftspolitik,
3. als Generalfrage, die sogenannten „Ordnungsprinzipien“.

Mit diesem von der bürgerlichen Ökonomie geprägten Ausdruck sind alle jene ökonomischen und sozialen Systemfragen gemeint, die aus einer bestimmten Wirtschaftspolitik entstehen bzw. es wird das Problem angesprochen, welche staatlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden müssen, um die gesetzten Ziele zu erreichen, das gesellschaftliche System darauf einzustellen und abzusichern.

Zu den Zielen der Wirtschaftspolitik heißt es in dem erwähnten Regierungsprogramm, in dem die Leitlinien der Wirtschaftspolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung entwickelt wurden:

„... im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum anzustreben.“²

Diese Formulierungen sind aus der allgemeinen herrschenden bürgerlichen Theorie entnommen, finden sich heute in allen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und sind an sich uninteressant. Sie sind den um die zwanziger Jahre entstandenen Theorien vom „magischen Dreieck“ entnommen. Nach diesen Theorien befinden sich die Hauptziele der Wirtschaftspolitik (Vollbeschäftigung, stabile Preise und Außenwirtschaftsgleichgewicht) in einem prinzipiellen Gegensatz zueinander, und die Wirtschaftspolitik hat die Qual der Wahl, sich für eines dieser Ziele zu entscheiden, wobei notwendigerweise die anderen Ziele vernachlässigt werden und sie deshalb gezwungen wird, sich ständig so zu bewegen, daß ein Ausgleich stattfindet. Diese hier nur mit wenigen Worten charakterisierte Auffassung ist ein typisches Produkt der sich zunehmend entwickelnden Instabilität des imperialistischen Systems und des Widerspruchs zwischen der zunehmenden Notwendigkeit der Wirtschaftsregulierung und den privatkapitalistischen Eigentumsgrundlagen der Wirtschaft. Sie ist deshalb ausgezeichnet für wirtschaftspolitische Konzeptionen geeignet, für ihre theoretische Begründung und Propagierung wie für ihre Praxis, weil es sich letztlich immer aus ihr ergibt, daß im Interesse von Stabilität und Wachstum die Einkommen, vor allem die Löhne, reduziert werden müssen bzw. der Verfolgung der wirtschaftspolitischen Ziele in ihrer Bewegung untergeordnet werden müssen. Kollidieren zum Beispiel die Preise mit der Vollbeschäftigungspolitik, so wird es in deren Interesse notwendig sein, die Ursachen der Preissteigerungen (die bis-

² „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Nr. 290/1966, S. 6.

her letztlich immer in den Lohnsteigerungen gefunden wurden) zu bekämpfen. In ähnlicher Weise lassen sich innerhalb des magischen Dreieckszusammenhanges beliebig viele Kombinationen aufstellen, die natürlich für das eigentliche Hauptziel imperialistischer Wirtschaftspolitik hervorragende Begründungen liefern.

Viel interessanter für das Erkennen der Spezifik imperialistischer Wirtschaftspolitik ist die Formulierung des Hauptzieles dieser Politik und die Nuancierung bei der Formulierung der Ziele. Zu ersterem heißt es in der Regierungserklärung, daß dieses Hauptziel zur Zeit – und daran hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern – „optimales Wachstum und Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes“³ heißt.

Ohne näher hierauf einzugehen, sei bemerkt, daß allgemein in den Einschätzungen dieser Wirtschaftspolitik vermerkt wird, daß die neue Konzeption ein „Umschalten“ auf die Wachstumsproblematik bedeutet. Dieses Ziel und die damit zusammenhängenden Fragen (vor allem die eindeutige Erklärung, daß die neue Regierung mit starker Hand und konsequent alles tun wird, um die innen- und außenpolitischen Sicherungen und Garantien für die notwendigen Privatkapitalanlagen und die dazu notwendigen Profite zu schaffen) wurden bisher noch in keiner Regierungserklärung so eindeutig in den Vordergrund gestellt. Tatsächlich bedeutet dies natürlich – und die bisherige Praxis der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition hat dies bestätigt – den Versuch, alle gesellschaftlichen Entwicklungen und Zusammenhänge den Bedürfnissen der erweiterten Reproduktion des Kapitals, also der Profitentwicklung, unterzuordnen, was in der imperialistischen Lesart etwa wie folgt ausgedrückt wird: Jede gesellschaftliche Entwicklung ist von ausreichenden Investitionen abhängig, die wiederum von ausreichenden „Gewinnerwartungen“ abhängig sind. Ihre richtige Sicherung ist deshalb Hauptvoraussetzung der gesamten Gesellschaftsentwicklung, bzw. im Interesse der Gesamtgesellschaft muß die Befriedigung aller ihrer Bedürfnisse diesem „Grundproblem“ der Gesellschaft untergeordnet werden.

Zum zweiten sind hier solche Formulierungen wie „optimales Wachstum“, „angemessenes Wachstum“ und „hohe Beschäftigung“ interessant. Diese Präzisierung des Wachstumsbegriffes ist charakteristisch für die sich neu herausbildende Situation und durchaus auch das Produkt von gesammelten Erfahrungen. So wurde, zum mindesten seit den sechziger Jahren, sehr deutlich, daß sich das Wachstumsklima verändert, der Wachstumsspielraum sich verengt und die Raten des Wachstums sich verlangsamten. Dies ist eine Tendenz, die sich nach unseren Kenntnissen der Zusammenhänge fortsetzen wird. Das ist gleichbedeutend damit, daß sich die Instabilität des Systems erhöht, was auch bedeutet, daß die Auswirkungen zu schnellen Wachstums – wie zum Beispiel die Inflationierung – ebenso wie dessen bedenkenlose Förderung durch die staatliche Wirtschaftspolitik, bedeutend spürbarer auftreten als in der Vergangenheit. Umgekehrt potenziert eine Verlangsamung des Wachstums – und nicht entsprechend konzentriertes Reagieren der staatlichen Wirtschaftspolitik – die Gefahren für ein beschleunigtes Absinken des Wirtschaftswachstums. Auf

³ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, a.a.O., S. 6.

diese Problematik konzentriert sich in den letzten Jahren zunehmend die bürgerliche Ökonomie und die Praxis der imperialistischen Wirtschaftspolitik. Die von uns angeführten Formulierungen aus der Zielprojektierung der gegenwärtigen westdeutschen Wirtschaftspolitik sind Ausdruck hierfür. Anders ausgedrückt kann man sagen, daß damit die Notwendigkeit und Absicht zum Ausdruck gebracht wird, die wirtschaftliche Entwicklung im umfassenderen Sinne staatlich zu regulieren, daß die Sicherung des Wirtschaftswachstums staatliche Regulierungen in größeren Dimensionen als bisher verlangt.

Im Rahmen der staatsmonopolistischen Zielformulierung war es bisher üblich, von Vollbeschäftigung zu sprechen. Der Ausdruck „hohe Beschäftigung“ ist ebenfalls das Produkt der vorstehend erläuterten Situation. Besonders steckt hinter ihm die Auffassung, daß ständige „Vollbeschäftigungspolitik“ bei den sich neu herausbildenden Wachstumsbedingungen viel zu gefährlich ist und den Spielraum, die Manövrierfähigkeit der Wirtschaftspolitik zu sehr einengt. Man kann mit vielen Äußerungen offizieller und halboffizieller staatlicher Verantwortlicher und auch mit verschiedenen praktischen Maßnahmen beweisen, daß heute die Auffassung vorherrscht, daß die Herbeiführung von sinkender oder steigender Beschäftigung ein wesentliches Mittel zur „Stabilisierung“ und zur Entspannung ist.

Ohne entschiedene Ausdehnung des Maßstabes staatlicher Wirtschaftspolitik ist das Wirtschaftswachstum nicht mehr gesichert und diese macht in größerem Maßstab gleichzeitig die Sorge um die Auswirkungen dieser Politik, die „Stabilisierungspolitik“, notwendig. In diesem Sinne sind die Zentralprobleme der Wirtschaftspolitik „Wachstum und Stabilität“ aufzufassen.

Den ganzen Komplex von Erfordernissen, vor denen die imperialistische Wirtschaftspolitik heute steht und auf den sie in dieser oder jener Form reagieren muß, wollen wir hier zunächst mit den Begriffen Zeit, Raum und Organisation erfassen.

Wir versuchten, in dem erwähnten Artikel in Heft 4/1966 von „Konjunktur und Krise“ mit einigen Thesen zu zeigen, wie komplex die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auftreten, in welchem Maßstab sich die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge verdichten und ausdehnen, ebenso wie diese durch die Revolutionierung in den Produktionsgrundlagen bei einer hohen Stufe der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals beständig umgewälzt werden. Allgemein zusammenfassend kann man daraus folgende Schlußfolgerungen für die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik, die in der Tendenz ihre Entwicklung bestimmen werden, ziehen: Die Regulierung des Gesamtprozesses kann immer weniger nur im Rahmen kurzfristiger Profiterwartungen erfolgen. Das kapitalistische Regulierungsprinzip, über die Bewegung der individuellen (bzw. kollektiven) Profite den Gesamtzusammenhang herzustellen, die gesellschaftliche Arbeit für eine effektive erweiterte Reproduktion zu verteilen, reicht auf einer höheren Stufe nicht mehr aus. Die herrschende Kapitalkonzentration, der Umfang und die Auswirkungen des technischen Fortschrittes verlangen zwangsläufig lang- bzw. längerfristige Regulierungen, die in manchem den kurzfristigen Profiterwartungen sogar widersprechen. Hinzu kommt, daß die eine zunehmende Bedeutung erlangenden Bereiche der Infrastruktur, die Rolle der Wissenschaft, die Einführung ihrer Er-

gebnisse in die Produktion, langfristige Gesichtspunkte bei der Anwendung des variablen Kapitals, wie Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte u.ä., eine langfristige Gestaltung verlangen, oftmals auch Verzicht auf kurzfristigen Profit erfordern, Lösungen erfordern, die eigentlich schon außerhalb der Profitprinzipien liegen, nur in Zusammenhängen entwickelt werden können, die teilweise schon über den Bereich und die Möglichkeiten der Herrschaft der Einzel- oder Kollektivkapitalmacht hinausgehen. Ihr Betrieb wird zwar immer unerläßlicher, aber sie können keinesfalls allein durch die Bewegung der Profite reguliert und entwickelt werden. Das Zurückbleiben dieser Bereiche in Westdeutschland, das zu einem ernsthaften Wachstumshindernis wurde, ist wesentlich der ungenügenden Berücksichtigung dieser Zusammenhänge geschuldet. Außerdem stellen ökonomische Schwierigkeiten oder Krisen heute offensichtlich nicht mehr nur vorwiegend bisher übliche konjunkturelle, zyklische Entwicklungen dar, deren Ursachen durch diese überwunden werden können. Zumeist treten hierbei heute auch Faktoren auf, wie Probleme der Produktionsstruktur, der Gestaltung ihres räumlichen und zeitlichen Zusammenhanges, der Infrastruktur, der Anwendung der Wissenschaft, ungenügender Mobilität des Kapitals und der Arbeitskräfte, der Entwicklungsrichtung der Investitionen u. ä. Diese sind bedingt durch die Untauglichkeit der kapitalistischen Produktionsregulierung, bei der hoch vergesellschafteten Produktion die entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge langfristig und prognostisch herzustellen und die Anforderungen des Vergesellschaftungsprozesses auch gegen kurzfristige Profitinteressen zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit, sich mit diesen negativen Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsregulierung zu beschäftigen, ist ebenso eine Triebkraft für die Entwicklung der Wirtschaftspolitik.

Die Berücksichtigung dieser hier kurz erwähnten neuen Erfordernisse ist der auf Kapitalverwertung gerichteten Kapitalanlage an sich fremd. So wie das staatsmonopolistische System an sich schon Ausdruck für die Überlebtheit des imperialistischen Systems ist, wird es unter denselben Vorzeichen jetzt gezwungen, neue Wege der Regulierung zu suchen. Es muß sich mit einer Situation abfinden, die die Anwendung von Methoden verlangt, die schon direkt, auch von der Art der Methoden her (zum Beispiel Planung und Prognose) den Widerspruch der hoch vergesellschafteten Produktion der Gesellschaft und ihrer offensichtlich ganz unsinnigen Unterordnung unter die Kapitalverwertungsinteressen zum Ausdruck bringt. Die vergesellschaftete Produktion kann immer mehr nur das Ergebnis eines gesamtgesellschaftlich organisierten Zusammenhanges sein (und kann dies nur wirklich sein, wenn sie von der Gesellschaft auch angeeignet wird). In diesem Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und der Kapitalverwertungsinteressen besteht nicht nur der Hauptinhalt all der entstehenden neuen langfristigen Regulierungsmethoden, sondern dies ist gleichzeitig die Hauptursache dafür, daß mit ihnen letztlich die Probleme nicht gelöst werden können. Er ist eine grundlegende Ursache dafür, daß die mit mehr oder weniger hoch entwickelter Technik ausgestattete hochproduktive Produktion in den imperialistischen Hauptländern gesamtgesellschaftlich enorme Verluste hinnehmen muß, die gesamtgesellschaftliche Effektivität der Produktion (oftmals ganz im Gegensatz zu der betrieblichen) insgesamt und beson-

ders periodisch nicht den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten entspricht. Dies gehört heute mit zu den wichtigsten Ursachen für den Widerspruch zwischen den realen technischen Möglichkeiten und dem mit ihnen erzielten gesellschaftlichen Fortschritt. Zunehmende Planmäßigkeit und Rationalität in dem Bereich, der der Kapitalmacht eines Kapitals unterliegt und der von dieser beherrscht wird und zunehmende Abhängigkeit von der Regulierung über diesen Kapitalismusbereich hinaus, in einem immer größeren gesellschaftlichen Maßstab, die Abhängigkeit der Gesamtentwicklung wiederum von der Möglichkeit der Durchbrechung der Schranken dieser Kapitalmacht, ist eine weitere Seite dieses Konfliktes, der zunehmendes Gewicht im Gesamtwachstumsprozeß erlangt.

Als objektive Triebkraft für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik unterstützt sie die These, daß so wie sich das imperialistische System mit der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution an der Schwelle einer neuen Entwicklungsetappe seiner Labilität befindet, neue Problemstellungen für die Wirtschaftspolitik und dementsprechend neue Konzeptionen mit neuen Methoden und Instrumenten entstehen müssen. Die aus dieser hier allgemein formulierten umfangreichen Problematik sich ergebenden neuen Spannungszentren, die nur ein konkret historischer Ausdruck für die Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs sind, werden in nächster Zeit unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern. Dies gilt vor allem deshalb, weil das Herangehen an die Erforschung der neuen Formen und Methoden unter diesem Gesichtspunkt uns konkret den Entwicklungsstand der Labilität und des Übergangscharakters des imperialistischen Systems zeigt. Von dieser Position aus ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen für den Kampf gegen das imperialistische System und für die Bemühungen um die Entwicklung des sozialistischen Gesamtsystems und seiner Verteidigung gegen Versuche seiner Verzerrung.

Ohne daß wir näher darauf eingehen müssen (was im Rahmen dieses Artikels nicht möglich ist) läßt sich aus obigem auch die Problematik der beiden anderen von uns genannten Begriffe – Raum und Organisation – ableiten.

Maßstab und Auswirkung der Revolutionierung in den Produktionsgrundlagen machen es immer mehr unmöglich, Kapital einfach wie im traditionellen Kapitalismus oder auch wie in der vorangegangenen Nachkriegsentwicklung anzulegen. Um Kapital überhaupt noch zu verwerten, müssen heute in größerem gesellschaftlichem Maßstab räumliche Probleme gelöst werden, die nicht nur außerhalb des eigentlichen Interesses der Kapitalerwartungen liegen, sondern die auch die Möglichkeiten einer noch so großen Privatkapitalmacht übersteigen. Schlagworte wie Raumordnung und Gestaltung der Wirtschaftsräume, rationale Strukturbereinigung, Verkehrsplanung, Städteplanung u. a. sind Ausdruck für diese neuen Probleme des Gesamtwachstums.

Selbstverständlich wirft dies auf neue Weise das Problem der kapitalistischen Wirtschaftsführung und Wirtschaftsleitung auf. Auch diese wichtige Seite der kapitalistischen Systemproblematik ist bei uns noch wenig erforscht. Ohne daß wir im Rahmen dieses Artikels hierauf näher eingehen können, soll jedoch allgemein hierzu bemerkt werden, daß es sich auch hier nicht bzw. nicht nur um die formale

Seite der verschiedenen Methoden und Instrumente der Lenkung und Leitung der Wirtschaft handelt. Im Grunde genommen kann man auch diese Frage nur erfassen und marxistisch durchleuchten vom Standpunkt des Konfliktes zwischen dem kapitalistischen Eigentum, den aus ihm resultierenden Zielen und Zwecken der Produktion und dem zu ihrer Verwirklichung historisch vorangetriebenen Vergesellschaftungsprozeß der Produktion, der heute Anforderungen stellt, die wir mit einigen Beispielen in den vorangegangenen Ausführungen charakterisieren. Aus diesen wurde bereits offensichtlich, daß ebenso wie allgemein die kapitalistische Eigentumsgrundlage der Produktion Haupthindernis für die tatsächliche Berücksichtigung dieser Anforderungen ist, auch für die immer dringender werdende Lenkung und Leitung und Organisierung dieses Prozesses das Eigentumsproblem das Grundproblem darstellt. Vom Prinzip her kann sich, vereinfacht gesagt, kapitalistische Leitung nur innerhalb folgender Grenzen bewegen: innerhalb des jeweiligen Kapitalismusbereiches wird die Produktion nach höchstmöglicher Profiterzielung organisiert und geleitet, was gleichbedeutend damit ist, daß der notwendige gesellschaftliche Zusammenhang durch Konkurrenz bzw. monopolistische Konkurrenz sich durchsetzt. Auch die Einschaltung des Staates kann sich über die Grundzusammenhänge nicht hinwegsetzen, sondern sie nur mit Mitteln staatlicher Monopolisierung, durch Umverteilung von Nationaleinkommen beeinflussen. Daraus folgt, daß der Gegensatz zwischen Kapitaleigentum und Vergesellschaftung der Produktion heute in vielem eine neue Stufe der Entfaltung dieses Konfliktes erreichen muß. Die Erfordernisse dieser Vergesellschaftung verlangen nach planmäßiger und prognostischer Gestaltung der Produktion. Bei der Komplexität der Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution drängt die gesamtgesellschaftliche Organisierung der ökonomischen und sozialen Zusammenhänge (sowohl makro- wie mikroökonomisch, Global- wie Regionalsteuerung) nach gegen die Privateigentumsinteressen in der Produktion gerichteter zentraler Steuerung und Entscheidung.

Diese „Leitungsproblematik“ entwickelt sich im Kapitalismus als Trennung des Kapitaleigentums von der Kapitalfunktion, die mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus ihre höchste Stufe erreicht. Hier waren Verhältnisse entstanden, unter denen Produktion nur noch kapitalistisch mit monopolistischer Herrschaft und Gewalt betrieben werden konnte. In der Produktion war die gesellschaftlich notwendige Funktion der Kapitaleigentümer schon gänzlich überflüssig. Diese wurde aber bei der rasch voranschreitenden Konzentration der Produktion durch den parallel verlaufenden Prozeß der Zentralisierung des Kapitals von der Finanzoligarchie beherrscht, die das gesellschaftliche Gesamtkapital unter ihrer Verfügungsgewalt hat.

Was sich seither im kapitalistischen System entwickelte, sind nur neue Formen dieses Prozesses, die heute vor allem durch die notwendige Einschaltung des Staates als Monopolisierungsinstrument charakterisiert sind. Staatliche, das heißt gesamtgesellschaftlich wirksame Instrumente der Wirtschaftsführung, bei deren Funktion alles Kapitaleigentum schon keine gesellschaftlich notwendigen Funktionen mehr hat, lassen diesen Konflikt immer mehr objektiv als umfassenden Gesellschaftskonflikt zwischen den Interessen der Beherrscher des gesellschaftlichen Gesamtkapi-

pitals und der weiteren Entwicklung der Gesellschaft erscheinen. Die Beherrscher des Kapitaleigentums wenden diese Instrumente für die staatliche imperialistische Monopolisierung und – eben als staatliche Instrumente – zur Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter dieses Ziel an. Alle neuen und immer umfassender entstehenden Formen der gesamtgesellschaftlichen Steuerung und Regelung der Produktion, zu denen die Beherrscher des gesellschaftlichen Gesamtkapitals notwendigerweise greifen müssen, sind nur Produkt dieses Konfliktes, und ihre Anwendung, ebenso wie ihre Wirksamkeit, wird von diesem Konflikt bestimmt und begrenzt. Vom Standpunkt des Arbeitsprozesses geht es um das Problem der größeren (über die Kapitalmacht eines Kapitals hinausgehenden) gesellschaftlichen Zusammenfassung und Leitung der Produktion, ihrer Organisierung und Planung. Es geht ökonomisch um die Beherrschung eines Prozesses durch das Kapital, der an sich die Potenzen des Privatkapitals übersteigt, sozial um die dazu erforderliche Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche, deren objektive Entwicklungserfordernisse mit irgendwelchen Kapitalfunktionen nichts mehr zu tun haben. Allgemein politisch formuliert handelt es sich um die Lenkung und Leitung der Erhaltung der Kapitalmacht unter den heutigen Bedingungen, die zu einer ökonomischen, sozialen und politischen Machtfrage darüber geworden ist, ob die wissenschaftlich-technische Revolution im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts wirken soll oder diese den Kapitalmachtinteressen untergeordnet werden soll. Es geht darum, ob die in ihr liegenden Möglichkeiten zur Befreiung der Gesellschaft von den ökonomischen Fesseln, zur Reproduktion des Menschen als Persönlichkeit oder als Arbeitskraft für das Kapital erfolgen soll. Alle Fragen der Leitung und Lenkung gesellschaftlicher Prozesse können nur unter diesem Gesichtspunkt behandelt werden.

Offensichtlich werden diese Fragen der Leitung, Lenkung und Steuerung der Produktion zu immer wichtigeren Fragen für die Gesamtentwicklung. Das bedeutet, daß damit gerechnet werden muß, daß diese aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus abgeleitete Problematik auch zu einem die gesellschaftliche Auseinandersetzung bestimmenden Problem werden wird. Im Grunde genommen dreht sich heute die ganze Problematik der Wirtschaftspolitik um dieses Problem. Formulieren wir diese Tendenzen von der unmittelbaren wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung her, dann stehen – wie auch in Diskussion und Praxis der heutigen Wirtschaftspolitik offensichtlich wird – zwei Hauptfragen im Vordergrund: Planung und Stabilisierung. Besser ist es, diese beiden Hauptfragen etwa wie folgt miteinander zu verbinden: einerseits objektiver Zwang zur Planung (im dargelegten Sinne) und andererseits müssen kapitalistische Eigentumsverhältnisse zwangsläufig den Konflikt mit dem kapitalistischen Verteilungsmechanismus der gesellschaftlichen Arbeit, den Preis- und Profitmechanismus und der aus ihm folgenden Rolle der Konkurrenz und der Märkte, durch die und über die im Kapitalismus die gesellschaftlichen Zusammenhänge hergestellt werden, auf einer höheren Stufe reproduzieren. Von der modernen bürgerlichen Ökonomie und auch regierungsoffiziell wird dieses Problem sehr deutlich als Konfliktsituation zwischen Marktwirtschaft und Planung angesprochen.

Man kann sagen, daß all das, was an „Neuorientierung“ in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Konzeption in Westdeutschland vorhanden ist, Ausdruck dieser sich entwickelnden Situation ist. Dabei ist jedoch zu beachten, was in dem erwähnten Artikel in Heft 4/1966 von „*Konjunktur und Krise*“ zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik gesagt wurde. Aus ihnen ergibt sich, daß die heutige wirtschaftspolitische Konzeption – wie alle solche Konzeptionen – nicht etwa ein indirektes Spiegelbild der herrschenden Realität ist oder unbedingt direkt auf diese reagiert. Realität ist der Konflikt, auf den der heutige Kapitalismus in dieser und jener Form reagieren muß – aber durchaus nicht möchte.

Die Hauptfrage ist dabei nicht etwa, wie dies am zweckmäßigsten geschehen kann, sondern wie die erzwungenen neuen Methoden in das kapitalistische System integriert werden können, welche Möglichkeiten das System zu ihrer Berücksichtigung hat, um mit ihnen seine Kapitalmacht zu erhalten und zu stärken. Dies ist in erster Linie eine ökonomische, soziale und politische Machtfrage, die von vielerlei Faktoren abhängig ist (ökonomische Daten, antagonistischer Konflikt zwischen monopolistischen und antimonopolistischen Kräften, Interessenkonflikte, innen- und außenpolitische Möglichkeiten und gesamtpolitische Absichten). Zumeist sind vor allem Krisensituationen, wie dies ja auch bei der Bildung der „Großen Koalition“ der Fall war, der Anstoß dazu, zu versuchen, neue Machtverhältnisse zu konstituieren und zu neuen Methoden überzugehen.

Ohne im Rahmen dieses Artikels den Versuch zu machen, dieses „Neue“ in der wirtschaftspolitischen Konzeption vollständig und systematisch darzustellen, soll nur zur Illustration unserer Feststellung auf einige Hauptaspekte dieser „Neuorientierung“ hingewiesen werden. Neben der Anwendung von bisherigen Methoden der Wachstumsstimulierung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Wirtschaftspolitik nicht mehr einfach als Konjunkturpolitik, als Politik des „antizyklischen Verhaltens“ betrieben werden kann. Sie muß bei den heute vorhandenen Konflikten ebenso als „Struktur- und Wachstumspolitik“ betrieben werden. Offensichtlich sind Aufgaben und Zielstellungen dieser verschiedenen „Politiken“ ganz unterschiedlichen Gesichtspunkten unterworfen. Deshalb ist auch ein beträchtlicher Teil der wirtschaftspolitischen Bemühungen und Auseinandersetzungen durch die Kollisionen, die zwischen den Konjunktur-, Struktur- und Wachstums Gesichtspunkten bei der Einführung bestimmter Maßnahmen entstehen, geprägt.

Verschiedene Planungsmethoden sollen eingeführt werden, wobei makroökonomisch in verschiedener Form das Eingeständnis zutage tritt, daß die heutigen Konflikte längerfristiger Lösungen bedürfen. Besonders aktuell ist dabei der Übergang zur mittelfristigen Finanzplanung. Durch sie wird neben anderem vor allem der Zwang zum jährlichen Finanzausgleich beseitigt und die Bewegung der Staatsfinanzen soll mit ihr besser der ökonomischen Bewegung angepaßt werden, um die Manövrierfähigkeit der Wirtschaftspolitik zu erhöhen. Eventual- und Sonderhaushalte, Kreditierungs- und Umschuldungsmethoden, Variierung der Besteuerung entsprechend der jeweiligen ökonomischen Situation sind u.a. neue Methoden, die Kosten der Investitions- und Wachstumsstimulierung längerfristig auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zur Durchsetzung der

wirtschaftspolitischen Konzeption, man kann sagen, ihr bisher wichtigstes konkretes Ergebnis, war die Annahme eines Gesetzes „zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (auch die Anwendung der o.a. Methoden erfolgt auf dieser gesetzlichen Grundlage). Ohne hier näher auf dieses umfangreiche Problem eingehen zu können, kann man sagen, daß dieses Gesetz eine Art wirtschaftspolitisches Ermächtigungsgesetz ist. Immer wenn die Regierung feststellt, daß Stabilität oder Wachstum gefährdet sind, bietet es die Möglichkeit zur Anwendung einer sehr breiten Palette von Instrumenten und Maßnahmen. Bei seiner Anwendung hat auch in Westdeutschland (wie schon länger in anderen Ländern) ein neuer Gedanke Raum gewonnen: Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht Beschränkung und Einsparung, sondern im Gegenteil zusätzliche staatliche Verschuldung (Nettoverschuldung), Defizitfinanzierung für Investitionen, die staatlichen Mittel hierfür unter langfristigen, auch strukturellen Gesichtspunkten konzentriert einsetzen. Dem liegt auch das Eingeständnis zugrunde, daß die Wirtschaft heute nicht mehr ohne weiteres, von sich aus, aus einer Krise herausfindet und daß die Überwindung von Krisenursachen auch längerfristige Lösungen erfordert. Die Zentralfrage beim Bemühen um die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Konzeption ist jedoch zweifellos die Globalsteuerung, die makroökonomische mittelfristige (das heißt längerfristige) Steuerung nach solchen globalen Größen wie Bruttonationalprodukt, Nationaleinkommen, Produktivität. Das Kernstück dieser Strategie ist dabei die Schillersche „konzertierte Aktion“, das heißt die Unterordnung der „Gruppeninteressen“, in erste Linie der Gewerkschaften, unter das „Gemeinwohl“, unter die Wachstumsbedürfnisse des Kapitals. Deshalb ist es auch eine Hauptfrage, die Gewerkschaften auf Lohnleitlinien festzulegen, weil davon ihr „kostenneutrales Verhalten“ abhängt, welches nach der bürgerlichen Theorie zu den Hauptfragen der Stabilität und des gleichgewichtigen Wachstums gehört. Es ist sicher kein Zufall, daß in der Wirtschaftspolitik *Strauß* am erklärten Haupthebel der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik sitzt, während *Schiller* von der SPD Hauptakteur bei der Durchsetzung der Globalsteuerung der „konzertierten Aktion“ ist. Mit dieser Vorstellung ist vor allem auch der Versuch verbunden, in der konkreten Aktion eine neue Gesellschaftsideologie ins Bewußtsein zu rücken (Unterordnung der „Gruppeninteressen“ unter das „Gemeinwohl“, Vertretung der eigenen Interessen ist gegen das „Gemeinwohl“ gerichtet), bei der zwar bewußt nicht von „formierter Gesellschaft“ gesprochen wird, aber eben die praktischen Schritte zu ihrer Verwirklichung getan werden.

Victor Perlo

Die neue Regierung der USA vor wirtschaftlichen Problemen

Aus: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* Berlin, 4/1969

Die Regierung *Nixon* trat ihre Amtsgeschäfte zu einem Zeitpunkt an, der ein Wendepunkt für die amerikanische Wirtschaft und für die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse ist. Es gibt allen Grund für die Annahme, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Vergleich zu der vorangegangenen Achtjahresperiode verlangsamen und die Arbeitslosigkeit anwachsen wird. Nicht ausgeschlossen ist, daß das Land zugleich mit den Problemen der Inflation und der Steuererhöhung konfrontiert bleibt, auf die die amerikanische Wirtschaft unlängst gestoßen ist. Noch mehr zuspitzen dürften sich die sozialen und ökonomischen Widersprüche sowie die nationalen und Klassenkonflikte.

Hauptmerkmale der staatlichen Regulierung der Wirtschaft

Zur intensiven Regulierung der Wirtschaft bedienen sich in den letzten 20 Jahren die amerikanischen Monopole der Bundesregierung, wobei sie folgende Ziele verfolgen:

- verstärkte Ausbeutung der Arbeiter;
- Vergrößerung der ökonomischen Macht der Monopole und Sicherung des Wachstums der Wirtschaft und damit auch der Monopolprofite;
- Verhütung eines solchen Wachstums der Inflation und der Arbeitslosigkeit, mit dem sich die Arbeiterklasse nicht abfinden kann.

Anhand von Erfahrungen der Kapitalisten auch anderer imperialistischer Länder hat die herrschende Klasse der USA den Mechanismus der ökonomischen Regulierung allmählich vervollkommen. Es gelang ihr, die Amplitude der zyklischen Schwankungen und die Dauer der Rezessionen zu verkürzen. Doch die von ihr angewandte Regulierungsmethode löst die Grundwidersprüche in der Wirtschaft keineswegs, sondern vertieft diese vielmehr. Gelingt es, mit ihrer Hilfe die Grenzen zulässiger Fehler enger zu ziehen, dann wächst die Gefahr ernster Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Insbesondere hebt die staatliche Regulierung den zyklischen Charakter der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nicht auf. Gegenwärtig haben die Vereinigten Staaten offenbar die höchste Phase eines Zyklus erreicht, und infolge der Eskalation des Krieges in Vietnam hält sie an, dauert es viel länger, bis der „normale“ Wendepunkt eintritt. Im weiteren dürfte es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Rezession kommen, die schon in diesem Jahr zu erwarten ist. Da aber die Regierung verschiedenartige politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen kann, ist es für uns schwer, die Tiefe oder die Dauer der Rezession zu bestimmen.

Auch wenn es der herrschenden Klasse bisher gelang, mit Hilfe der staatlichen Regulierung eine ernste Überproduktionskrise zu verhüten, heißt das keineswegs, daß ein Erfolg auch in Zukunft garantiert ist. Im Kapitalismus kann die staatliche Regulierung das Problem der Verhütung der Krise nicht radikal lösen, weil der Charakter der kapitalistischen Produktion selbst dieser Regulierung bestimmte Grenzen setzt. Es ergeben sich zahlreiche Probleme und Widersprüche innerpolitischer und internationaler Natur, und diese komplizieren den Prozeß der Regulierung und erhöhen die Möglichkeit von Fehlern.

Das zeigte sich besonders deutlich im zweiten Halbjahr 1968, als die Regierung eine Politik ausarbeitete, die vorsah, daß das Wachstum der Produktion verzögert, ja zeitweilig zum Stillstand gebracht wird. Doch an Stelle des vorausgesagten Erfolgs dieser Politik kam es in Wirklichkeit zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Hauptmethode der antizyklischen Regulierung der Wirtschaft ist die Vergrößerung der staatlichen Ausgaben. Das führt zu einer Zunahme der Kaufkraft der Massen, die nicht von einem entsprechenden Zuwachs an Produktionskapazität begleitet ist. Bei intensiver Anwendung dieser und anderer Stimulierungsmethoden sinkt die Arbeitslosenzahl, und die Preise steigen schneller. Bei weniger intensiver ökonomischer Stimulierung werden entgegengesetzte Tendenzen wirksam. Bei größerer Dosis von Stimulantia wächst die Gefahr der Inflation und der Finanzkrise. Bei kleinerer Dosis erhöht sich die Gefahr der Überproduktionskrise. Im ersten Falle ist es das übermäßige Ansteigen der Preise und Steuern, welche die Unzufriedenheit der Massen erregt, im zweiten Falle – die übermäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit.

	Summe in Md. Dollar			Zuwachs in Prozent	
	1952	1960	1968	1952-1960	1960-1968
Ausgaben der Bundesregierung	66,0	91,3	183,0	38	100
Ausgaben der Regierungen der Bundesstaaten und der örtlichen Organe	25,3	49,6	103,0	96	108
Gesamtsumme der staatlichen Ausgaben, die Bundeshilfe für die Staaten und die ört- lichen Organe ausgenommen	88,7	134,4	268,0	52	99
Nationales Bruttoprodukt	345	504	861	52	99
Anteil des gesamten staatlichen Ausgaben am nationalen Bruttoprodukt (in Prozent)	25,7	26,7	31,1		

In den letzten 16 Jahren hielten sich die Demokraten an die Politik der verstärkten staatlichen Regulierung, die zur Inflation führt. Die Politik der Republikaner hingegen war die schwächere staatliche Regulierung, was ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl zur Folge hat. Im Laufe der letzten 60 Jahre beobachten wir in der Geschichte des amerikanischen Imperialismus ein analoges Bild: zunehmende Inflation unter den Demokraten und wachsende Arbeitslosigkeit unter den Republikanern.

In der vorhergehenden Tabelle wird das Wachstum der staatlichen Ausgaben in den letzten acht Jahren, unter einer Regulierung der Demokraten, mit der vorangegangenen Achtjahresperiode verglichen, als die Republikaner an der Macht waren.

Rüstungsausgaben und Kampf für ein Friedensbudget

Die Imperialisten der USA machen kein Hehl aus ihren Absichten, die Politik der Interventionen im Ausland fortzusetzen, ihre alten Positionen zu behaupten und dort, wo das nur möglich ist, neue zu erringen.

Die herrschenden Kreise verkünden laut vernehmlich ihr Bestreben, das riesige Militärbudget aufrechtzuerhalten. Die Rüstungsfirmen haben im voraus einen starken politischen Druck organisiert, um gleich nach Beendigung des Krieges in Vietnam eine rasche Erweiterung der Programme für die Waffenproduktion durchzusetzen. Militaristische Kreise sind bemüht, jegliche Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Reduzierung oder Einschränkung der Rüstungen zu vereiteln.

Das Budget für das Finanzjahr 1970 sieht eine geringe Erhöhung der militärischen Ausgaben vor, obgleich eine Kürzung der Ausgaben für den Krieg in Vietnam vorgesehen ist. Die Ausgaben für andere militärische Programme, besonders solche für die Produktion neuer Raketen und den Bau atomgetriebener Schiffe, erhöhen sich um 4 Md. Dollar und übersteigen damit die geplante Kürzung der Ausgaben in Vietnam.

Insgesamt besteht die Perspektive, daß die militärischen Ausgaben nach Beendigung des Krieges in Vietnam nur eine kurze Zeit auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben, dann werden sie erneut anwachsen. Sollten die amerikanischen Imperialisten ihr taktisches Ziel – die „allmähliche“ Einstellung des Krieges in Vietnam bei gleichzeitigem Verbleiben von Hunderttausenden US-Soldaten in diesem Lande – erreichen, so ist lediglich ein Absinken des Wachstumstempos der militärischen Ausgaben zu erwarten.

Es gibt jedoch im politischen Leben der USA in den letzten Jahren eine neue Erscheinung, die zu Hoffnungen berechtigt. Erstmals nach Beginn des kalten Krieges entstand eine starke Bewegung für eine Kürzung der militärischen Ausgaben, die auf die herrschenden Kreise einen bestimmten Druck ausübt. Die Bewegung der Friedenskämpfer muß diese Kampagne verstärken.

Der Kampf für eine Kürzung des Militärbudgets muß natürlich verbunden werden mit dem Kampf für den Abschluß des Abrüstungsabkommens mit der UdSSR und mit einer Kampagne für die Ausarbeitung friedlicher Wirtschaftsprogramme,

die einen höheren Beschäftigungsgrad sichern sollen als die Programme der Waffenproduktion. Die Massen begreifen, daß die Losung „Kanonen und Butter“ ein Betrug ist, daß das aufgeblähte Militärbudget die Befriedigung ihrer dringenden Bedürfnisse behindert. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, die Massen um ein solches Programm zur Verbesserung der Lage der Werktätigen zusammenzuschließen, das sich auf den Kampf gegen das Militärbudget gründet.

Arbeitslosigkeit und Kampf für Arbeitsplätze

Als sich die Republikaner an der Macht befanden, erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 3 Prozent im Jahre 1952 auf 5,5 Prozent im Jahre 1960, während sie unter den Demokraten erneut bis auf 3,6 Prozent im Jahre 1968 absank. Doch in den acht Jahren der republikanischen Regierung erhöhte sich der Preisindex für Konsumgüter um 11,4 Prozent, während er in den acht Jahren der demokratischen Regierung um 17,6 Prozent anstieg.

Die Probleme der Inflation werden, wie bereits gesagt, immer komplizierter, und das zwingt die herrschenden Kreise, das Fortschreiten der Inflation zu verzögern und die Arbeitslosigkeit anwachsen zu lassen. Das Hauptmotiv hierbei ist natürlich das Bestreben, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verstärken. Im Kampf gegen eine Begrenzung des Lohnwachstums und für die Festlegung einer alljährlichen Lohnerhöhung, wie sie diese seit längerer Zeit nicht mehr erreicht hatten, erzielten die Arbeiter Erfolge, die unter den Kapitalisten starke Unruhe auslösten. Deshalb hoffen die Unternehmer, durch eine verstärkte Konkurrenz unter den Arbeitern und mit Hilfe einer arbeiterfeindlichen Gesetzgebung den Arbeitern eine geringere Rate für die jährliche Lohnerhöhung aufzwingen zu können.

Das Hauptmittel zur Erhöhung der Arbeitslosenzahl wird in der Verzögerung des Wachstums der staatlichen Ausgaben bestehen. Das wäre auch dann zu erwarten gewesen, wenn die Demokraten an der Macht geblieben wären. Doch unter der Regierung *Nixon* wird dieser Prozeß viel reibungsloser verlaufen und auf weniger Hindernisse stoßen, die sich aus den Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse ergeben.

Die gegenwärtige Regierung versucht jedoch, diese Politik vorsichtiger durchzuführen, um wirtschaftliche Rezessionen von der Art, wie es sie in den acht Jahren der Regierung *Eisenhower* dreimal gab, zu vermeiden. Sie versucht ferner, die unausbleibliche Zuspitzung des Kampfes der am stärksten ausgebeuteten Arbeiter zu mildern, die heute streitbarer gestimmt sind als vor acht Jahren.

Neben der Vergrößerung der Ausgaben für militärische Zwecke werden auch die Ausgaben für einige andere Posten automatisch anwachsen. Dazu gehören Beihilfen für Kriegsveteranen, Zinsendienst, Pachtzahlungen und Ausgaben für die Sozialversicherung. Doch die Regierung *Nixon* versucht das Anwachsen der Ausgaben für soziale Zwecke zu hemmen. Diese Ausgaben werden zu einem beträchtlichen Teil bestritten aus der Hilfe der Bundesregierung für die Staaten und die örtlichen Organe, deren Summe von 2,6 Md. Dollar im Jahr 1952 auf 6,5 Md. Dollar im Jahre

1960 und 18,4 Md. Dollar im Jahre 1968 gestiegen ist. Diese Hilfe wird vor allem für soziale Leistungen, den Straßenbau, das Bildungs- und Gesundheitswesen verwendet. Ein beträchtlicher Teil landet natürlich in den Taschen der Besitzer von Slums, zweifelhafter Lieferanten usw. Gerade dieser Posten des Bundeshaushalts ist das Hauptziel der Angriffe jener, die über „Betrügereien unter dem Vorwand sozialer Leistungen“ zetern und gegenüber Negern die Peitsche dem Zuckerbrot vorziehen.

Die Vergrößerung dieses Ausgabenpostens bedeutet keineswegs eine Verbesserung der sozialen Leistungen. Sie wurden *erzwungen* durch die zunehmende Unfähigkeit der Bundesstaaten und der örtlichen Organe, die wachsenden sozialen Leistungen zu finanzieren. Die Mittel für soziale Zwecke reichen nicht aus, und das führt zum Abbau sozialer Leistungen sowie Beihilfen für Arme und Arbeitslose.

Gleichzeitig anwachsen wird die Arbeitslosenquote, die in den kommenden zwei Jahren 5 Prozent übersteigen dürfte. Der Kampf für Arbeitsplätze und gegen die Arbeitslosigkeit, der in den letzten vier Jahren nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse gestanden hat, wird erneut erstrangige Bedeutung erlangen. Er wird verschmelzen mit dem zunehmenden Kampf der Neger, Indianer und Amerikaner spanischer Herkunft für angemessene Bildungsmöglichkeiten, für die Unterstützung der Hungernden, für die Versorgung mit Wohnraum usw.

Die Regierung *Nixon* wird versuchen, eine Zuspitzung des Kampfes der Werktätigen durch ein differenziertes Herangehen an die Lösung der Probleme zu verhüten. Die herrschende Klasse und die Regierung versprechen, die Beschäftigung in den Negergettos zu sichern und die Entwicklung des „schwarzen Kapitalismus“ zu fördern, und hoffen mit diesen Versprechungen, die Negerarbeiter davon zu überzeugen zu können, daß den Fragen ihrer Beschäftigung besondere Beachtung entgegengebracht wird. Sollte jedoch die Arbeitslosenquote 5 Prozent übersteigen, so dürfte die Zahl der entlassenen Negerarbeiter um ein vielfaches größer sein als die der Neger, die im Zuge von Sonderprogrammen einen Arbeitsplatz erhalten.

Monopolpreise und wachsende Steuern

Der Krieg in Korea hatte eine Erhöhung des Preisindex für Konsumgüter um 12 Prozent zur Folge. Nach diesem Krieg hielt er sich zwei Jahre lang auf dem gleichen Niveau und begann dann wieder zu steigen. Durch den Krieg in Vietnam erhöhte sich der Preisindex für Konsumgüter bereits um 14 Prozent. Ökonomen, die die Interessen der herrschenden Klasse vertreten, sagen ein jährliches Anwachsen des Preisindex um 2-3 Prozent voraus, ja, sie erklären dieses Wachstum sogar für erwünscht. Das tatsächliche Anwachsen der Lebenshaltungskosten ist natürlich stets um vieles höher als das des offiziellen Preisindex.

Die Arbeiterklasse empfindet die Last der hohen Preise, vor allem der für Massenbedarfsgüter, sehr schmerzlich. Die Preise für Nahrungsmittel, die Kosten der medizinischen Betreuung und die Wohnungsmieten steigen rasch.

Die Hauptursache verbirgt sich nicht in der so oft angeführten „Lohn-Preis-Spirale“, sondern in der zunehmenden Macht der Monopole, in der Verbesserung ihrer Organisation. Das trifft besonders auf die Monopole zu, die in ihren Händen den Verkauf von Nahrungsmitteln und Treibstoffen konzentriert haben. Da es an Ärzten und Krankenhäusern mangelt, sind die Geschäftemacher in Medizin und die Großkapitalisten, denen die Krankenhäuser gehören, die Herren der Lage. Ebenfalls zu Herren der Lage werden die Hausbesitzer auf Grund des Mangels an Baugrundstücken. Dieser Mangel wird ständig größer durch die Inanspruchnahme von Bodenstücken für den Bau von Straßen, Regierungseinrichtungen, militärischen Objekten usw. sowie durch die wachsende Disproportion zwischen dem vorhandenen Wohnungsfonds und der Familienzahl.

Das Wirken dieser Faktoren läßt im Laufe der Zeit nicht nach. Man sollte sich deshalb nicht wundern, wenn der Preisindex auch nach Beendigung des Krieges in Vietnam weiterhin, wie bis in die jüngste Zeit hinein, um 4-5 Prozent jährlich steigen wird.

Der Anteil der von der Arbeiterklasse der USA heute aufzubringenden Steuern ist im Vergleich zu den Einkünften größer denn je, und er wächst von Jahr zu Jahr rasch an. Eine Erleichterung der Steuerlast ist für die nächste Zeit nicht vorgesehen. Ab 1. Januar dieses Jahres wurden die Steuern für den Sozialversicherungsfonds erhöht. Beibehalten wird offenbar der 10prozentige Kriegszuschlag zur Einkommensteuer. Die von den Arbeitern aufzubringenden Steuern wachsen faktisch von Jahr zu Jahr auch noch deshalb, weil die Steuervergünstigungen durch die Inflation entwertet werden.

Im Finanzjahr 1965, als die finanziellen Folgen des Krieges in Vietnam noch nicht spürbar waren, beliefen sich die von den Arbeiterlöhnen einbehaltenen Bundessteuern auf 45,5 Md. Dollar. Im Finanzjahr 1970 werden sie sich auf 96 Md. Dollar belaufen, d.h. innerhalb von fünf Jahren um 111 Prozent anwachsen!

Nixons Berater sprechen von einer weiteren Erhöhung der Steuern, um „den Dollar zu retten“ und eine „Finanzdisziplin“ durchzusetzen. Gleichzeitig bereiten sie den Boden für neue Steuervergünstigungen für die Monopole unter dem Vorwand, ihnen Anreize für die Entwicklung des Business in Gethobezirken bieten zu müssen. Im Jahre 1969 dürfte es wohl kaum zu ernststen Veränderungen im Steuersystem kommen, aber im Jahre 1970 sind Versuche möglich, einen noch größeren Teil der Steuerlast auf die Schultern der Arbeiter zu verlagern. Die Steuern der Bundesstaaten und die örtlichen Steuern für die Werktätigen wachsen alljährlich um 10 Prozent.

Bisher flackerte der Kampf der Massen gegen die Preissteigerung nur periodisch auf und nahm die Form des Boykotts bestimmter Gruppen von Geschäften an. Die Gewerkschaftsvereinigung AFL/CIO nimmt gewöhnlich keine schlechten, wenn auch bescheidenen Programme des Kampfes für die Veränderung der Besteuerung an, aber sie beschränkt sich allein auf Verhandlungen auf höchster Ebene, die gewöhnlich zu nichts führen. Mehr noch, die Führung der AFL/CIO gab in den letzten Jahren die Interessen der Werktätigen preis, indem sie sich gegen eine Beschränkung der Besteuerung wandte unter dem Vorwand, die Kriegshandlungen der USA in Vietnam unterstützen zu müssen.

In den Vereinigten Staaten greifen die Proteste gegen Monopolpreise und Steuererhöhung um sich, und das schafft eine Grundlage für die Organisation eines wirksamen Massenkampfes. Doch bislang strebten die Arbeiter im wesentlichen danach, alljährlich einer Erhöhung der Löhne zu erkämpfen und auf diese Weise das in Form von Steuern Verlorene auszugleichen. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit werden jedoch ihre Positionen beim Abschluß der Tarifverträge schwächer. Das Großkapital hat bereits die Offensive gegen die Rechte der Gewerkschaften begonnen. Ferner droht die Gefahr, daß – getarnt durch das Gerede von der Notwendigkeit der Sondermaßnahmen zur „Rettung des Dollars“ – ein Gesetz über den Lohnstopp angenommen wird.

Die wirtschaftliche Lage der Neger und der Freiheitskampf

In der nachfolgenden Tabelle werden Daten des amerikanischen Statistischen Büros über das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Familieneinkommen der Weißen und der Neger angeführt.

Jahre	Durchschnittl. Familieneinkommen der Neger zum Familieneinkommen der Weißen (in Prozent)	Jahre	Durchschnittl. Familieneinkommen der Neger zum Familieneinkommen der Weißen (in Prozent)
1945	56	1964	56
1949	51	1965	55
1952	57	1966	60
1956	53	1967	62
1963	53		

Der angeführte Prozentsatz wächst, wenn es in Kriegsperioden an Arbeitskräften mangelt. Der größte Zuwachs im Vergleich zur Vorkriegsperiode war bei den relativen mittleren Familieneinkommen der Neger während des zweiten Weltkrieges zu beobachten. Doch nach jedem Krieg sinkt dieser Prozentsatz wieder ab. Während des Krieges in Korea erhöhte er sich um 6 Prozent und etwa in gleicher Weise während des Krieges in Vietnam.

Dabei müssen wir die Verfälschung der offiziellen Daten berücksichtigen, mit deren Hilfe die herrschende Klasse die Lage in ein günstigeres Licht rücken möchte, um den Kampf der Massen zu verhüten. Dennoch ist eine (wenn auch bescheidene) Tendenz zur Verbesserung der relativen wirtschaftlichen Lage der Neger im Laufe des letzten Jahrzehnts zu verzeichnen, was ein Ergebnis ihres Kampfes war. Doch die absolute Verbesserung war unbedeutend.

Jetzt, da wir in eine Periode wachsender Arbeitslosigkeit eintreten, wird sich die „natürliche“ Tendenz zur Einbuße eines Teils der Errungenschaften verstärken. Doch gleichzeitig verstärkt und verbreitert sich die Front des Kampfes für die Erhaltung und Erweiterung der ökonomischen Errungenschaften. In diesem Kampf

werden Forderungen nach garantiertem Mindesteinkommen, nach Schaffung von Voraussetzungen für die Negerarbeiter, eine Berufsausbildung und auch eine höher bezahlte Arbeit zu erhalten, nach Beseitigung jeglicher Diskriminierung bei der Einstellung und beim Eintritt in die Gewerkschaft, nach Senkung der Preise und Mieten in den Negergettos erhoben. Die Hauptaufgabe besteht darin, diese Forderungen mit denjenigen zu verbinden, die den Interessen der gesamten Arbeiterklasse entsprechen: Erleichterung der Steuerlast, Senkung der Monopolpreise, Sicherung der Vollbeschäftigung usw.

Internationale ökonomische Probleme

Auf dem Gebiet der außenwirtschaftlichen Beziehungen stößt der amerikanische Imperialismus auf besonders heftige Widersprüche.

Es zeichnet sich die Tendenz ab, daß der USA-Imperialismus nicht nur im ökonomischen Wettbewerb mit den sozialistischen Ländern, sondern auch im Kampf gegen seine imperialistischen Rivalen Positionen einbüßt.

Der augenfälligste Beweis für das Gesagte ist die Dollarkrise. In Schwierigkeiten geriet der Dollar erstmalig im Jahre 1959, unter der Regierung *Eisenhower-Nixon*. Seitdem wurden die Positionen des Dollars immer schwächer, und schließlich entstand im vergangenen Jahr die äußerst akute Situation, als jeden Augenblick eine schwere Finanzkrise drohte.

Ebensowenig wie die britischen Imperialisten haben die Imperialisten der USA auch nur die geringste Hoffnung, ein reales Gleichgewicht der Zahlungsbilanz herstellen zu können. Die Situation hat sich während des Krieges in Vietnam, seitdem die USA im Grunde kein Aktivsaldo der Handelsbilanz mehr ausweisen können, außerordentlich verschärft.

Es vollzieht sich ein rascher Prozeß der Unterminierung der dominierenden Stellung des Dollars im internationalen Finanzsystem. Die europäischen Hauptländer wandeln ihre Dollarvorräte in Gold oder in spezielle abwertungssichere Dollarguthaben um. Die Imperialisten europäischer Länder und Japans leisten aus offensichtlich politischen Erwägungen heraus Hilfe, um die Positionen des Dollars zu stützen, aber nur gegen wirtschaftliche Zugeständnisse, die in letzter Instanz die Positionen des Dollars noch mehr untergraben.

Die Imperialisten der USA unternehmen verzweifelte Versuche, die Abwertung des Dollars zu verhüten. Neben den „Prestige“-erwägungen und den Perspektiven des ökonomischen Krieges gegen die Sowjetunion verfolgen sie ihre besonderen Ziele. Die größten amerikanischen Banken besitzen 20 Md. Dollar in den ausländischen Zweigstellen und üben auf diese Weise starken Einfluß auf das internationale Währungssystem aus. Eine Abwertung des Dollars würde diesen Einfluß beeinträchtigen sowie einen beträchtlichen Teil der amerikanischen Auslandsdepositen in Eurodollar entwerten. Eine Abwertung würde ferner den Ankauf ausländischer Betriebe durch amerikanische Gesellschaften erschweren, und den Imperialisten der USA würde es schwerer fallen, Politiker zu korrumpieren und ganze Armeen und Stützpunkte in den anderen Ländern en gros einzukaufen.

Doch trotz aller Anstrengungen der USA-Imperialisten dürfte es bereits in nicht ferner Zukunft zu einer Abwertung des Dollars in Relation zu Gold kommen. Symptomatisch ist, daß die nächsten Finanzberater *Nixons* offen einen „gleitenden“ Dollarkurs in Relation zur Währung anderer Länder unterstützen. Die Versuche, den Dollarpreis auf dem freien Markt bis auf 35 Dollar je Unze zu drücken, schlugen fehl, und das System zweier Goldpreise dürfte sich wohl kaum lange halten.

Durch die Verschlechterung der Handelsbilanz der USA verschärfen sich die ökonomischen Widersprüche zwischen den Imperialisten der USA und denen anderer Länder. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Achse Bonn–Washington verändert sich, und Bonn wird immer dringlicher versuchen, den Ton anzugeben. Fast während der gesamten 60er Jahre wuchs die Wirtschaft der USA schneller als die der EWG-Länder. Jetzt kann sich die Lage ändern. Europäische Monopole versuchen, sich jener Positionen in der Wirtschaft zu bemächtigen, die früher von den amerikanischen Imperialisten besetzt waren.

Besondere Beziehungen entstanden zwischen den Imperialisten Japans und der USA. Der japanische Imperialismus ist die ökonomische, politische und militärische Hauptstütze der Aggression des amerikanischen Imperialismus in Asien. Im Austausch dagegen erhielten die japanischen Imperialisten Zutritt zur Ausbeutung der Märkte, der Ressourcen und Arbeitskräfte in Asien. Doch die Entwicklung der Ereignisse wird unweigerlich dahin führen, daß Japan sich des Löwenanteils der imperialistischen Besitzungen in diesem Teil der Welt bemächtigen wird. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten der USA und Japans verschärfen sich auch deshalb, weil die japanischen Monopole sich den Versuchen der amerikanischen Monopole, japanische Unternehmen aufzukaufen, beharrlich widersetzen und japanische Waren immer mehr den Markt den Vereinigten Staaten überschwemmen.

Gegenwärtig können wir nicht mit Gewißheit behaupten, daß die Rivalität zwischen den Imperialisten der USA und Japans bald Oberhand gewinnen wird über ihr Streben zur Zusammenarbeit. Wir können nur von einer relativen Verstärkung der Rivalität zwischen ihnen sprechen. Ein wichtiger Faktor ist der Widerstand der japanischen Arbeiterklasse und der breiten Masse der Werktätigen gegen die Pläne des japanisch-amerikanischen Imperialismus. Jetzt wird die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern der USA und Japans in ihrem Kampf gegen die Monopole immer offensichtlicher.

In vielen Ländern wurden die internationalen finanziellen Komplikationen als Haupthebel zur Durchsetzung von Programmen strikter Sparsamkeit genutzt, die die Ausbeutung der Arbeit noch mehr verstärken. Der 1968 eingeführte Zuschlag zur Einkommensteuer ist ein Beispiel dafür, wie dieses Manöver von den amerikanischen Monopolen vollzogen wurde. Es ist zu erwarten, daß die Regierung Nixon von den Werktätigen noch größere Opfer verlangen wird. Deshalb müssen die fortschrittlichen Kräfte unverzüglich den Massenwiderstand organisieren und die Initiative für ein Volksprogramm und die Bewegung zur Regelung der Dollarkrise ergreifen.

Die von dem amerikanischen Gewerkschaftsführer *Walter Reuther* betriebene Politik internationaler Gewerkschaftsaktionen gegen die internationalen Monopole

ist im Prinzip richtig. Aber sie ist in der Praxis wirkungslos, weil *Reuther* es ablehnt, mit dem allgemeinen außenpolitischen Kurs des amerikanischen Imperialismus und dem Antikommunismus zu brechen.

Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit des amerikanischen Volkes mit der Außen- und Innenpolitik der USA-Imperialisten ergeben sich neue Möglichkeiten, um immer größere Abteilungen der Gewerkschaftsbewegung für die Politik der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen.

A. Schapiro/O. Bogdanow

Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft

Methodologie und Praxis der Wirtschaftsprognose

Dieser Artikel erschien erstmals in *Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnoenija* (Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen), Moskau, Hefte 5 und 6, 1967. Er wurde in *Konjunktur und Krise*, Berlin, 1/1968 deutsch veröffentlicht. Die vorliegende Fassung ist mit der in *Konjunktur und Krise* veröffentlichten Übersetzung identisch.

Grundprinzipien einer Methodologie der Prognosetätigkeit

Die Wirtschaftswissenschaftler vieler kapitalistischer Länder mühen sich bereits seit einigen Jahren mit einer Methodologie der Wirtschaftsprognose ab. Es werden verschiedene ökonometrische Modelle aufgestellt, Verflechtungsbilanzen ausgearbeitet und die bei weitem nicht „naivsten“ empirischen und Extrapolationsmethoden vervollkommen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß alle diese Versuche bisher nicht die gewünschten Ergebnisse erbracht haben. Das hängt in erster Linie mit der Kompliziertheit des modernen Wirtschaftsmechanismus und des Wirtschaftsapparates der entwickelten kapitalistischen Länder sowie damit zusammen, daß ungeachtet der Elemente der Planmäßigkeit und der staatlichen Regulierung die kapitalistische Wirtschaft spontan und anarchisch bleibt.

Es gibt Ökonomen, die sogar der Ansicht sind, daß für die kapitalistische Wirtschaft überhaupt keine Prognosen gestellt werden können, daß sie purer Unsinn seien. Wir vertreten eine solche Meinung nicht und stehen auf dem Standpunkt, daß die kapitalistische Wirtschaft die Möglichkeit von Prognosen nicht ausschließt, wenn diese auf der gründlichen Kenntnis und einer genauen Analyse der realen Wirklichkeit und der wichtigsten ökonomischen Tendenzen basieren. Die marxistischen Ökonomen stehen vor der äußerst aktuellen Aufgabe, auf der Grundlage einer Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie von der kapitalistischen Reproduktion unter den gegenwärtigen Bedingungen eine wissenschaftliche Methodologie für die Prognose der kapitalistischen Wirtschaft auszuarbeiten. Dabei können sie die Methoden der statistischen Extrapolation, die dynamischen makroökonomischen und Zweigmodelle ausnutzen und müssen die Methoden für die Aufstellung von Verflechtungsbilanzen vervollkommen. Unsere Ökonomen haben in dieser Richtung bisher nur die ersten Schritte unternommen und nur die grundsätzlichen methodologischen Prinzipien für die Lösung dieses Problems vorgesehen.

Vorrangig ist die Haltung zu zwei Fragen zu bestimmen.

1. Welches Prinzip muß der Prognose zugrunde liegen, wovon ist bei der Prognose auszugehen, welche Faktoren beeinflussen den ökonomischen Prozeß und seine künftige Entwicklung entscheidend?
2. Wie muß die Methode der Wirtschaftsprognose und wie müssen die entsprechenden Instrumente beschaffen sein?

Die meisten Wirtschaftsprognosen, die in den USA ausgearbeitet werden, gehen von den sogenannten Produktionsfunktionen aus. Das amerikanische Produktionsvolumen für den bevorstehenden Zeitabschnitt wird auf der Grundlage der Zuwachsrate der Bevölkerung, der Arbeitskräfte und der Arbeitsproduktivität, der vorhandenen Rohstoff- und Energieressourcen und ihrer Entwicklungstendenzen, der vorhandenen Produktionskapazitäten und der Prognosen für ihre Erweiterung berechnet. Es wird angenommen, daß aus der Gesamtheit aller dieser Bedingungen oder Faktoren der Produktion in der Perspektive quantitative Angaben über das Bruttonationalprodukt, das Nationaleinkommen, das Volumen der Industrieproduktion, das wirtschaftliche Wachstumstempo und andere makroökonomische Kennziffern gewonnen werden können. N. Caldor unterstreicht beispielsweise, daß „in einer wachsenden Wirtschaft das allgemeine Produktionsniveau zu jeder Zeit durch die vorhandenen Ressourcen und nicht durch die tatsächliche Nachfrage begrenzt wird“.¹

Das anschaulichste Beispiel für die Verwendung der Produktionsfunktionen ist die Prognose des Forschungsinstitutes von Stanford für die Jahre 1965 bis 1980. Dies ist eine der detailliertesten langfristigen makroökonomischen Prognosen über die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Bei den Forschern aus Stanford ruft die Antwort auf die Frage, wovon man beim Aufbau eines Modells des ökonomischen Wachstums ausgehen muß (ob von den Elementen der Endnachfrage oder von den Produktionsfaktoren), keinerlei Zweifel hervor. Sie erklären vorbehaltlos, daß beim ökonomischen Wachstum die Produktionsfaktoren die dominierende Rolle spielen, d.h. das Vorhandensein von Ressourcen zu jedem gegebenen Augenblick. Die Nachfrage, so behaupten die Hauptautoren der Prognose, P. Balester und E. Winrick, beeinflußt natürlich das Wachstumstempo der Produktion, doch sie wirkt sich hauptsächlich auf die laufende Konjunktur, nicht aber auf die perspektivische Entwicklung aus. Die langfristige Prognose dagegen muß auf den Veränderungen der Arbeitskräfte, des Kapitals und der Produktivität basieren.²

Das Stanfordische Ausgangsmodell für das ökonomische Wachstum sieht folgendermaßen aus:

$$Q = F(K, L, t);$$

dabei sind

Q = Produktionsvolumen

K = Kapital

L = Arbeit

t = technischer Fortschritt

Über eine Reihe von Zwischenoperationen wird die Gleichung für den Produktionszuwachs im Prognosezeitraum abgeleitet:

1 Zitiert nach: *Basic Economic Projections*, Nr. 3: United States Gross National Product 1965-1980, Stanford Research Institute, Menlo Park (California), 1963, S. 2.

2 Ebenda, S. 2-3.

$$\frac{\Delta Q}{Q} = \frac{\Delta A}{A} + w_K \frac{\Delta K}{K} + w_L \frac{\Delta L}{L};$$

dabei bedeuten

A = Produktivität und

W = Anteil von Kapital und Arbeit (w_K, w_L) am Zuwachs des Bruttosozialprodukts.

Folglich wird nach dieser Gleichung die Zuwachsrate der Produktion aus den Zuwachsraten der Produktivität, des Kapitals und der Arbeit berechnet, die nach ihrem Anteil am Zuwachs des Bruttonationalprodukts gewichtet werden.

Nach den Berechnungen des amerikanischen Ökonomen R. Solow entfielen ungefähr 87 % des Zuwachses des Bruttonationalproduktes im Zeitraum von 1929 bis 1949 auf den technischen Fortschritt und nur 13 % auf den Zuwachs von Kapital und Arbeit.³ Nach Ansicht von E. Denison kann man allein den Arbeitskräften u.a. infolge des steigenden Bildungsniveaus, der abnehmenden Arbeitszeit, der Veränderungen in der Altersstruktur rund 27 % des Zuwachses des Bruttonationalprodukts im Zeitraum 1929 bis 1957 zuschreiben.⁴ Die Autoren der Stanford-Prognose folgen R. Solow; denn sie sind der Ansicht, daß E. Denison eine Reihe solcher qualitativer Momente in die Untersuchung einbezieht, die bei dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis nicht quantitativ analysiert werden können.

Die Endform des Modells für die Berechnung des Bruttonationalprodukts der USA für ein beliebiges Jahr, wie es vom Stanford Research Institute verwendet wird, sieht folgendermaßen aus⁵:

$$Q_t = \frac{w_L \frac{L_t}{L_{t-1}} + w_K + \frac{\Delta A}{A}}{\frac{1}{Q_{t-1}} - s \cdot w_K \frac{1}{K_{t-1}}}$$

Dabei bedeutet

s = die Sparrate, wie sie von der traditionellen bürgerlichen Wachstumstheorie verwendet wird, als $\frac{L_t}{Q_t}$, wobei L_t die reinen Investitionen sind.

Die Ermittlung der Parameter für das Modell bezüglich der Bevölkerung, der Arbeitskräfte, des Beschäftigungsgrades und der geleisteten Arbeitsstunden ist für die Ökonomen aus Stanford nicht die Hauptschwierigkeit. Wesentlich schlechter steht es bei ihnen um die Berechnung der künftigen Akkumulationsrate, des Einflusses des technischen Fortschritts, der spezifischen Wirkung jedes Wachstumsfaktors des Bruttonationalprodukts. Ebenso schwierig ist die Untersuchung des Anteils der

3 Ebenda S. 6.

4 Edward F. Denison, *The Sources of Economic Growth in the US and the Alternative before US*, New York 1962, S. 41.

5 Basic Economic Projection, Nr. 3, a.a.O., S. 12.

lebendigen und der vergegenständlichten Arbeit am Produktionszuwachs. Diese Parameter wurden für die nächsten fünfzehn Jahre durch Extrapolation und Durchschnittsbildung ohne Veränderung der Koeffizienten aus den Angaben der Jahre 1947 bis 1961 berechnet. Ein solches Herangehen senkt den Wert des Stanford-Modells als Prognoseinstrument beträchtlich.

Der Hauptmangel in der Konzeption von den Produktionsfunktionen besteht darin, daß sie den verschiedenen Produktionsfaktoren eine gleichberechtigte Rolle bei der Schaffung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts einräumt und damit die tatsächliche Natur der ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus entstellt. Die Arbeit ist die einzige Quelle des Neuwerts und das Gesamtprodukt bei weitem nicht die einfache Summe seiner einzelnen Bestandteile, die angeblich von jedem Faktor gesondert produziert werden.⁶ Wenn man die Konzeption der Produktionsfunktionen von der vulgären, bürgerlich-apologetischen Fragestellung, von der Theorie der „Anrechnung“ befreit, dann kann man ihren mathematischen Apparat in gewissem Grade bei der Wirtschaftsprognose verwenden. Er kann insbesondere verwendet werden bei der Ermittlung der funktionalen Abhängigkeit zwischen der Dynamik des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und anderer makroökonomischer Kennziffern des Reproduktionsprozesses wie der Kapitalergiebigkeit, der Kapitalausstattung und der Arbeitsproduktivität.

In Wirklichkeit besteht zwischen dem Produktionsvolumen einerseits und dem Arbeitsaufwand, dem Kapitalaufwand und dem Tempo des technischen Fortschritts andererseits zweifellos eine bestimmte Beziehung. Es versteht sich von selbst, daß der Umfang des zu prognostizierenden gesellschaftlichen Gesamtprodukts von der Zahl der Arbeitskräfte, der geleisteten Arbeiter-Stunden und der künftigen Arbeitsproduktivität abhängen muß. Man kann auch eine Prognose des gesellschaftlichen Gesamtprodukts aufstellen, indem man von der Berechnung des Produktionsvolumens der verschiedenen Zweige der materiellen Produktion ausgeht. Dabei sind die Produktionskapazitäten zu berücksichtigen. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise ist ein solches Herangehen jedoch von begrenzter und untergeordneter Bedeutung.

Die kapitalistische Wirtschaft kann über die erforderlichen Faktoren der Produktion – Arbeitskräfte, Maschinen, Roh- und Brennstoffe sowie Energie – verfügen, und trotzdem kann sich die Gesellschaft außerstande sehen, die Faktoren vollständig in Bewegung zu bringen. Mehr noch, in einzelnen Perioden steigt die kapitalistische Produktion ungeachtet eines Überschusses dieser Faktoren nicht an, sondern sie sinkt ab.

Von den Bedingungen des Marktes zu abstrahieren und die Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Produktion für diesen oder jenen Zeitabschnitt zu bestimm-

6 Bezüglich einer eingehenden Kritik der Produktionsfunktionen vgl. L. Alter, *Methodologische Probleme der Theorie des ökon. Wachstums, Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen*, Moskau 1966, Heft 12, S. 80-85, und I. Osadtschaja, *Neoklassische Wachstumstheorie in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen*, Moskau 1967, Heft 3, S. 25-28.

men, indem man nur die vorhandenen Ressourcen und die Hypothesen von ihrer Zunahme in Rechnung stellt, das bedeutet, einen unverzeihlichen Fehler zu begehen; denn die Grenzen der Produktion werden im Kapitalismus vom Markt bestimmt und dessen Rahmen letzten Endes von dem verhältnismäßig schmalen Verbrauch der Werktätigen. Nicht die technischen Produktionsfaktoren, sondern die relative Enge des Marktes und andere Widersprüche, die dem Kapitalismus innewohnen, begrenzen den Produktionszuwachs. Nach unserer Ansicht muß man daher bei der Ermittlung der Perspektiven für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft vor allem von einer Einschätzung der gesamten Endnachfrage ausgehen.

Die Begrenztheit der Produktionsfunktionen als eine Methode der Wirtschaftsprognose wird heute praktisch von einer Reihe bürgerlicher Prognosefachleute anerkannt, die die Forschungen auf der Grundlage der Produktionsfunktionen immer mehr durch Analysen der perspektivischen Entwicklung des Marktes ergänzen. Das stimmt völlig mit dem Umschwung überein, der sich in der bürgerlichen politischen Ökonomie in Richtung einer neuen theoretischen Grundlage vollzieht, der sogenannten neoklassischen Synthese. Ihr liegt der Versuch zugrunde, die Gleichgewichtsbedingungen zwischen dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt und seinen Realisierungsmöglichkeiten zu bestimmen. Nach P. Samuelson ist $NRR = C + I + G$, oder das nationale Nettoprodukt ist gleich der Summe der Ausgaben für die Konsumtion, der reinen Privatinvestitionen und der staatlichen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen.⁷

Die Produktionsfunktionen, verbunden mit einer Einschätzung der Elemente der Endnachfrage werden von der Nationalen Planungsassoziation in einer Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung der USA bis 1970, von der Corporation „Resources für die Zukunft“ in einer Prognose bis zum Jahr 2000 sowie in dem ökonomischen Jahresmodell der Michigan-Universität verwendet, das von D. Suits ausgearbeitet wurde. So wird beispielsweise in einer 3-Varianten-Prognose der Nationalen Planungsassoziation über das Bruttonationalprodukt, das auf der Grundlage von Annahmen über das künftige Volumen der Ressourcen errechnet wurde, durch eine Analyse der Elemente der Endnachfrage korrigiert. Das sind der persönliche Konsum, die privaten Investitionen für Produktionsgebäude und Ausrüstungen, die Veränderung der Vorräte, der Wohnungsbau, die Ausgaben der Bundesregierung, der einzelnen Staaten und der Stadtverwaltungen für Waren und Dienstleistungen sowie der Außenhandelsaldo.⁸

Der Versuch, in der Perspektive nicht nur den Zuwachs der Produktionsmöglichkeiten, sondern auch der Marktpotenzen zu berücksichtigen, ist auch für die umständliche Arbeit „*Die Ressourcen der USA in der Zukunft*“ charakteristisch. Sie enthält eine allgemeine Prognose über den Zustand der amerikanischen Wirtschaft in den kommenden 40 Jahren. Das Bruttonationalprodukt der USA wird in dieser Prognose nach drei Verfahren errechnet. Das erste beruht auf den perspek-

7 P. Samuelson, *Wirtschaft*, Moskau 1964, S. 282.

8 *Long-Range Projections for Economic Growth. The American Economy in 1970*, National Planning Association, Washington 1959, S. 44-66.

tivischen Einschätzungen über den Zuwachs der Arbeitskräfteressourcen und der jahresdurchschnittlichen Leistung pro Beschäftigten. Das zweite Verfahren basiert auf einer Prognose über den Umfang der individuellen Konsumtion, der privaten Investitionen, der staatlichen Ausgaben und des Nettoexportes als der Elemente der Endnachfrage. Das dritte Verfahren gründet sich auf Berechnungen der Bestandteile des Bruttonationalprodukts: des Produktionsvolumens für lang- und kurzlebige Waren, des Bauwesens und der Dienstleistungen.

Für die Ermittlung des künftigen Entwicklungstempos der amerikanischen Wirtschaft messen die Autoren der Prognose dem Realisierungsproblem erstrangige Bedeutung bei. Selbst den Beschäftigungsgrad und die Zuwachsrates der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität setzen sie in Abhängigkeit vom künftigen Niveau der Marktnachfrage.⁹ Die Prognose berücksichtigt die unbestreitbare Tatsache, daß eine unzureichende zahlungskräftige Nachfrage die Entwicklung der Produktivkräfte und des Produktionszuwachses in den USA einschränkt.

Die von der Corporation „Ressourcen für die Zukunft“ ausgearbeitete Prognose ist im Vergleich zu den Prognosen, die auf den fälschlich behandelten Produktionsfunktionen beruhen, zweifellos ein Fortschritt. Jedoch wird die Bedeutung des dabei verwendeten, an sich nützlichen methodologischen Herangehens durch eine vulgäre Interpretation der Faktoren, die das Aufnahmevermögen des Marktes bestimmen, abgewertet. So wird beispielsweise der Zuwachs der zahlungsfähigen Nachfrage in dieser Untersuchung der Zunahme der Bevölkerung gleichgesetzt. Ein solches Herangehen, so stellt A. A. Arsumanjan in seiner Einleitung zur russischen Übersetzung der „Ressourcen der USA für die Zukunft“ fest, „wäre in gewissem Grade richtig, wenn man es nicht auf die kapitalistische Produktionsweise anwenden würde, von dessen Wesen die Autoren abstrahieren. Außerdem ist die kapitalistische Produktion eine Produktion um der Produktion willen. Die Konsumtion der Volksmassen, der Arbeiterklasse wird im Kapitalismus nicht direkt oder indirekt vom Niveau der Arbeitsproduktivität bestimmt, sondern sie ist in das Prokrustesbett des Wertes der Arbeitskraft hineingezwängt.“¹⁰

Ein realistischeres Herangehen an die perspektivische Einschätzung des Umfangs der individuellen Konsumtion findet man in den Arbeiten des amerikanischen Ökonomen C. Almon.¹¹ Bei der Prognose des individuellen Konsums geht er in seinem dynamischen Mehrsektorenmodell nicht nur von dem voraussichtlichen Zuwachs der Bevölkerung und der Arbeitskräfte aus, sondern er berücksichtigt auch die Dynamik des Reallohns. So bestimmt Almon den Vektor der Endnachfrage (F) als Funktion der Zeit (t) und des Reallohnes (w):

$$F = F(t, w)$$

9 G. G. Landsberg, L. L. Fishman, G. L. Fisher, *Die Ressourcen in der Zukunft*, Moskau 1965, Bd. 1, S. 99, russ.

10 Ebenda, S. 9.

11 Clopper Almon, *Numerical Solution of a Modified Leontief Dynamic System for Consistent Forecasting or Indicative Planning*, *Econometrica* 1963, Nr. 4, S. 666.

Doch eine solche Problemstellung ist in den Arbeiten der amerikanischen Ökonomen eher die Ausnahme als die Regel. In ihnen wird insgesamt der individuelle Konsum als Faktor, der die Grenze der kapitalistischen Produktion bestimmt, mißachtet. Am deutlichsten tritt das in der Prognose des Rates der nationalen Industriekonferenz zutage. In ihr wird der Umfang des individuellen Konsums durch eine mechanische Subtraktion vom Wert des Bruttonationalprodukts bestimmt, der anhand der Produktionsfaktoren, der voraussichtlichen Summe der privaten Investitionen und der Regierungsausgaben für Waren und Dienstleistungen errechnet wurde.¹² Eine wissenschaftlich begründete Wirtschaftsprognose erfordert kein eng quantitatives Herangehen – insbesondere wenn man von Produktionsfunktionen ausgeht –, sondern eine breite sozialökonomische Analyse. Sie kann nicht von einer bestimmten historischen Produktionsweise abstrahieren, sondern muß sich auf eine gleichzeitige, wechselseitig verbundene Analyse der Entwicklungsperspektiven sowohl der Produktivkräfte als auch der Produktionsverhältnisse, der sozialen und Klassenstruktur der Gesellschaft und ihrer Veränderungen stützen. Theoretische Grundlage für eine wissenschaftliche Prognose kann nur die marxistisch-leninistische Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft und der Produktion sein.

Methoden und Verfahren der Prognosetätigkeit

Die in den USA aufgestellten Wirtschaftsprognosen werden nach den Methoden in zwei Typen untergliedert: 1. Die statistische Extrapolation, der Aufbau empirischer dynamischer Reihen der zu prognostizierenden Kennziffern und die Bewertung der wahrscheinlichen künftigen Tendenzen unter Verwendung von Experteneinschätzungen und Firmenumfragen; 2. ökonomisch-mathematische Modelle, die mehr oder weniger komplizierte funktionelle Abhängigkeiten zwischen den ökonomischen Parametern ausdrücken.

Die Mathematisierung der ökonomischen Analysen findet ihren Ausdruck in der immer stärkeren Verwendung aller möglichen ökonometrischen Modelle bei der Aufstellung von Prognosen – makroökonomischer Aggregatsmodelle unterschiedlichen Schwierigkeitsgrades, Modelle, die die wichtigsten Bestandteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts umfassen und dynamische Mehrsektorenmodelle, darunter Verflechtungsbilanzen, die es ermöglichen, Wechselbeziehungen zwischen Dutzenden, Hunderten, ja Tausenden von Produktionszweigen und Tätigkeitsbereichen zu ermitteln.

Die ökonometrischen Modelle widerspiegeln in gewissem Maße den Ablauf der Wirtschaftsprozesse in der Vergangenheit, sind jedoch schlecht für Prognosen über die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft geeignet, insbesondere für einen längeren Zeitraum. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die ökonomisch-mathematischen Modelle in den USA hauptsächlich für kurzfristige Prognosen angewendet

12 Vgl. *Economic Potentials of the United States in the Next Decade*, National Industrial Conference Board, Inc. New York 1965, S. 14.

det werden, und die langfristigen Prognosemodelle, wenn wir von dem oben angeführten Stanford-Modell und einigen anderen absehen, gerade erst erarbeitet werden. Solche Modelle werden gegenwärtig insbesondere von einer Ökonomen-Gruppe unter Leitung von R. Solow und G. Tobin sowie vom Komitee für Wirtschaftswachstum aufgestellt. Zu ihm gehören Vertreter des Büros für Arbeitsstatistik des Ministeriums für Arbeit, der ökonomischen Abteilung des Handelsministeriums, des Budgetbüros und des Rates der Wirtschaftskonsultanten beim Präsidenten.¹³

Wichtig dabei ist, daß die Qualität der Modelle und der Genauigkeitsgrad der von ihnen widerspiegelten ökonomischen Prozesse im wesentlichen vom Umfang der Informationen abhängen. Wenn in die Modelle, die für die Erklärung vergangener ökonomischer Prozesse aufgebaut wurden, ein solider Umfang an Informationen aufgenommen wurde und auch eine große Anzahl exogener Veränderlicher, die die Bewegung der von ihnen abhängigen endogenen Veränderlichen ziemlich vollständig widerspiegeln, dann ist in diesen Modellen, die für Prognosezwecke aufgestellt werden, nur ein solcher Informationsumfang enthalten, der zur Zeit der Ausarbeitung des Modells vorhanden ist. Darum ermitteln und widerspiegeln die ökonometrischen Modelle mit weitaus geringerem Genauigkeitsgrad die ökonomischen Beziehungen der Zukunft und haben jetzt nur begrenzte Aussagekraft.

Als Beispiel für die Anwendung ökonometrischer Modelle bei einer Wirtschaftsprognose in den USA kann man das Modell einer Prognose für ein Jahr anführen, das im Jahre 1953 von D. Suits an der Michigan-Universität auf der Grundlage des bekannten Modells von Klein-Goldberg erarbeitet wurde. Da dieses Modell keine positiven Ergebnisse bringt, wurde es mehrmals überarbeitet und die Anzahl der linearen Gleichungen, aus denen es besteht wurde im Jahre 1965 von 32 auf 68 erhöht. Nachstehend werden die wichtigsten Gleichungen des Mehrfaktorenaggregatmodells von D. Suits aufgeführt.¹⁴

A. GESAMTNACHFRAGE

1. Konsumtion

Ausgaben für neue und den Unterhalt vorhandener Kraftwagen:

$$\Delta A = 0,206 \Delta(Y - X_u - X_1 - X_2) - 2,14 NR_{-1} + 0,473 S_{cr-1} + 0,148 \Delta L_{-1} + 8,58$$

Der Zuwachs der Konsumausgaben für neue und zu unterhaltende Kraftwagen (ΔA) hängt ab von dem Zuwachs des Reineinkommens (Y), abzüglich der Einkünfte

13 Gerhard Colm, *Economic Planning in the United States*, Weltwirtschaftliches Archiv, Hamburg 1964, Heft 1, S. 46.

14 Daniel B. Suits, *Forecasting an Analysis with an Econometric Model*, *The American Economic Review*, March 1962, pp. 104-132; ders., *Econometric Model of the U.S. Economy*, Compiles by Research Seminar in Quantitative Economics, The University of Michigan; ders., *Forecasting and Analysis with an Econometric Model of the U.S. Economy*, A Paper Presented Before the First World Congress of the Econometric Society, 10. IX. 1965.

te aus der Arbeitslosenunterstützung (X_u), den Altersrenten (X_1) und sonstigen sozialen Zahlungen der Bundesregierung und der Staaten (X_2) sowie von den Neu-registrierungen von Kraftwagen (NR_{-1}), der Zahl der verschrotteten Kraftwagen (S_{cr}) und vom Zuwachs der flüssigen Mittel bei dem Konsumenten am Ende des vorangegangenen Jahres (ΔL_{-1}).

Ausgaben für andere langlebige Waren:

$$\Delta OD = 0,020 \Delta Y - 0,010 \Delta Y_{-1} + 0,412 \Delta OD_{-1} - 0,037 \Delta P_{od} + 0,053$$

Nach dieser Gleichung sind die Ausgaben für langlebige Waren (außer Kraftwagen und Möbel = F_n) (ΔOD) vom Zuwachs des Reineinkommens, den vorhandenen langlebigen Waren (D_{-1}) und den Preisveränderungen für diese Waren abhängig.

Ausgaben für Lebensmittel und Getränke:

$$\Delta FB = 0,135 \Delta Y + 0,061 \Delta Y_{-1} - 0,202 \Delta P_{fb} - 0,589$$

Analog wurden die Gleichungen für den Zuwachs der Ausgaben für Benzin (GA), Kleidung und Schuhe (CS) und andere kurzlebige Waren aufgestellt.

Ausgaben für Transportleistungen:

$$\Delta TS = 0,022 \Delta Y - 0,202 (NR_{-1} - S_{cr-1}) - 0,051 \Delta P_{ts} + 0,419$$

Nach dem gleichen Prinzip wurde auch die Gleichung für den Zuwachs der Ausgaben für kommunale und andere Dienstleistungen (HO, HSR, OS) aufgestellt.

2. Bruttoinvestitionen

Investitionen für Ausrüstungen:

$$\Delta PDE = 0,138 \Delta C_{w-1} - 7,072 \Delta r_{-1} + 1,125$$

Der Zuwachs der Investitionen für Ausrüstungen (ΔPDE) wird aus dem Zuwachs ihres Auslastungsgrades (C_{w-1}) und dem Zuwachs des durchschnittlichen Zinssatzes im vorangegangenen Jahr abgeleitet ($r-1$).

Ausgaben für den Wohnungsbau:

$$\Delta H = 0,1072 \Delta HS + 0,0244 \Delta HS_{-1} + 0,3263$$

Der Zuwachs der Ausgaben für den Wohnungsbau (ΔH) hängt von der Anzahl der begonnenen Wohnungsbauten im Prognosezeitraum (ΔHS) und im vergangenen Zeitraum (ΔHS_{-1}) ab.

3. Im privaten Sektor geschaffenes Bruttonationalprodukt

$$\Delta G^x = \Delta A + F_n + \Delta OD + \Delta(CS + FB + GA + OND) + \Delta(HO + HSR + TS + OS) \\ + \Delta PE + \Delta H + \Delta FI + [(IND - FI) + AI + (ID - AI)] + \Delta(S_g + NS_g) \\ + \Delta F - \Delta R$$

Den Zuwachs des Bruttonationalprodukts, der im privaten Sektor geschaffen wurde (ΔG^x), erhält man aus der Summe des Zuwachses seiner einzelnen Bestandteile, einschließlich der Veränderungen in den Vorräten der Landwirtschaft (FI), den Vorräten an kurzlebigen (IND) und langlebigen Waren (ID), den von den Händlern nicht verkauften Kraftwagen (AI) sowie den staatlichen Ankäufen von privaten Dienstleistungen (S_g), den staatlichen Ankäufen von Waren und Dienstleistungen aus dem privaten Sektor (NS_g) und dem reinen Export ($\Delta F - \Delta R$).

B. EINKOMMEN UND BESCHÄFTIGUNG

Arbeitskräfte:

$$\Delta LF = 0,5 \Delta N^x - 0,35 \Delta U$$

Der Arbeitskräftezuwachs (ΔLF) wird aus der Differenz zwischen dem Zuwachs der arbeitsfähigen Bevölkerung ab 14 Jahren (ΔN^x) und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit (ΔU) ermittelt.

Reineinkommen der Bevölkerung:

$$\Delta Y = \Delta W + \Delta W_g + \Delta W_x + \Delta(PY - CP) + \Delta D_{iv} + \Delta ig + \Delta X_u + \Delta X_1 + \Delta X_2 + \Delta X_{gi} \\ - \Delta T_{fy} - \Delta T_{sy} - \Delta T_{eg} - \Delta T_{op} - \Delta SI_e - \Delta SI_{e2} - \Delta SI_{e3} - \Delta SI_{e4} + \Delta T_{ref}$$

Der Zuwachs des Reineinkommens der Bevölkerung (ΔY) ist gleich der Summe des Zuwachses des Lohnfonds, einschließlich des Lohnes für Angestellte und Arbeiter des Staates (ΔW_g) und anderer Einkommen (ΔW_x). Hinzu kommen: nichtkorporative Einkünfte aus dem Eigentum ($PY - CP$), Dividenden (ΔD_{iv}), Zinszahlungen für Staatsanleihen (Δig), soziale Zahlungen (ΔX_u , ΔX_1 , ΔX_2 , ΔX_{gi} - Auszahlungen von Versicherungsgeldern für Armeeangehörige). Davon sind abzuziehen: der Zuwachs der Bundes- und Staatseinnahmen aus Einkommensteuern (ΔT_{fy}) und (ΔT_{sy}), die Steuern für unbewegliches Eigentum und Schenkungen (T_{eg}) und andere Steuern der Bevölkerung (ΔT_{op}), die individuellen Versicherungszahlungen (ΔSI_e , ΔSI_{e2} , ΔSI_{e3} , ΔSI_{e4}), vermindert um Steuerrückvergütungen (ΔT_{ref}).

Die letzte Gruppe von Gleichungen des Michigan-Modells dient der Berechnung der verschiedenen Steuern und Regierungszahlungen für Sozialversicherungsprogramme.

Auch die Aufnahme neuer Gleichungen und die Durchsicht der Regressionskoeffizienten können die Hauptmängel des insgesamt relativ einfachen Modells von D. Suits nicht beseitigen. Sein erster Mangel besteht in der Ungenauigkeit der Korrelationskoeffizienten zwischen den Veränderlichen, die im Modell Verwendung fanden. Zwar werden diese Koeffizienten von Zeit zu Zeit überprüft. Aber sie werden auf der Grundlage von Informationen errechnet, die nur die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigen, und sie werden entweder für die Zukunft extrapoliert oder als Unveränderliche angenommen. Dadurch verliert das Modell in vieler Hinsicht seinen dynamischen Charakter und wird im Grunde statisch: denn die Koeffizienten widerspiegeln nicht die vielen Faktoren, die mit der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution und neuer Instrumente der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft auftreten. Dieser Mangel gilt nicht nur für das Modell von D. Suits, sondern auch für die meisten anderen ökonometrischen Prognosemodelle. Außerdem ziehen selbst kleine Fehler in den Koeffizienten, wie bei der Überprüfung solcher Modelle festgestellt wurde, schwerwiegende Verzerrungen in den Ausgangsdaten nach sich. Der Leiter der Abteilung für Ökonometrie an der Universität Princetown, O. Morgenstern, stellte fest, daß sich bei einer Veränderung der Koeffizienten in dem kleinen Modell von L. Klein um 8-10 % die Ausgangsdaten um 20-40 % verändern.¹⁵

Ein weiterer wesentlicher Mangel des Modells von D. Suits, der ebenfalls die Zuverlässigkeit der darauf begründeten Prognosen verringert, besteht darin, daß das Gesamtmodell als Ganzes eine Sammlung von schwach miteinander verbundenen Einzelgleichungen darstellt, obwohl viele einzelne Korrelationsgleichungen mehr oder weniger genau die funktionalen Abhängigkeiten widerspiegeln. So enthält das Modell eine große Zahl von Gleichungen, die die Elemente der Konsumentennachfrage bestimmen. Bei der Aufstellung der Prognose werden sie jedoch überhaupt nicht berücksichtigt, so beispielsweise bei der Prognose über die Investitionen für Industrieausrüstungen, deren Zuwachs nur vom Auslastungsgrad der Ausrüstungen und vom Zinssatz abhängig sein soll, jedoch nicht mit den perspektivischen Marktschwankungen in Verbindung gebracht wird. Damit bietet das Modell kein vollständiges Bild von der Volkswirtschaftsstruktur eines Landes.

Dieser Mangel wurde in den Verflechtungsmodellen in gewissem Maße überwunden. Sie beruhen auf einer Verbindung der makroökonomischen Aggregatmodelle mit den Verflechtungsbilanzen („input – output“-Bilanztabellen). Das Mehrsektorenverflechtungsmodell bietet die Möglichkeit, ein bilanziertes Bild der Volkswirtschaft aufzustellen, die einzelnen synthetischen und Zweigziffern zu einem einheitlichen, wechselseitig verbundenen System zusammenzufassen und die quantitativen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Bestandteilen des gesellschaftlichen Brutto- und Endprodukts durch Koeffizienten des direkten und vollen Aufwands zu ermitteln, die für die Produktion der einzelnen Erzeugnisse und Dienstleistungen erforderlich sind. Dadurch wird es möglich, bei einer vorgegebenen Grö-

¹⁵ „Planung oder Planwirtschaft“, Tübingen 1964, S. 121.

ße des Endprodukts dieses oder jenes Zweiges den Produktionsumfang aller angrenzenden Zweige zu bestimmen.

Die vom Ökonomischen Forschungszentrum an der Harvard-Universität unter der Leitung von V. Leontief ausgearbeitete Verflechtungsbilanz ist vor allem ein Instrument für die ökonomische Analyse. Sie begünstigt die Auswahl der effektivsten Struktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und trägt zur Ermittlung von Disproportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen bei. Davon zeugt auch die praktische Anwendung solcher Bilanzen in den USA, die in den vergangenen Jahren hauptsächlich auf der Grundlage von Zensusangaben aufgestellt wurden. Außerdem erarbeitete die Nationale Planungsassoziation auf der Grundlage der Strukturanalyse „input – output“ seit 1960 entsprechend einem Vertrag mit der Regierung ein Modell für den Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft im Falle einer Atomkatastrophe unter der Bezeichnung PARM-Program Analysis for Resource Management.¹⁶

Das Harvard-Modell allein liefert keine Lösung der zentralen Aufgabe der Wirtschaftsprognose: wie groß wird der Umfang des gesellschaftlichen Endprodukts nach diesem oder jenem Zeitabschnitt sein. Diese Kennziffer wird in der Regel willkürlich ausgewählt, und wir haben es somit dem Wesen nach mit einem abstrakten Schema des ökonomischen Gleichgewichts zu tun, das an kein bestimmtes Datum und keine bestimmte Zeit gebunden ist. Folglich erhält man die wichtigste Prognosekennziffer unabhängig von der Bilanztafel, die nur den Umfang und die Struktur des gesellschaftlichen Bruttoprodukts bei einer voluntaristisch vorgegebenen Größe der Endnachfrage ausweist.

Die verwundbarste Stelle bei der Aufstellung von Prognosen auf der Grundlage der Verflechtungsbilanz sind die Matrizen der technologischen Koeffizienten. Die meisten dieser Koeffizienten sind, wie die experimentelle Überprüfung bewiesen hat, nicht stabil und müssen mit den neuen Produktionsbedingungen und mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Prognosezeitraum in Übereinstimmung gebracht werden. Je größer dieser Zeitraum ist, um so weniger sind diese Koeffizienten zuverlässig.

„Die schnell aufeinanderfolgenden revolutionären Verschiebungen in der Elektronik, der Plastikproduktion und der Laserherstellung werden gegenwärtig in den Vereinigten Staaten als etwas Selbstverständliches behandelt“, schreibt die amerikanische Ökonomin Anne Carter. „Diese Situation läßt die Versuchung aufkommen, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß zwischen der gestrigen und der heutigen Ökonomie, wie auch zwischen der heutigen und der morgigen Ökonomie sehr wenig gemeinsames bestünde.“¹⁷ Die quantitative Analyse der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf das Wirtschaftswachstum ist überhaupt eine sehr schwierige Aufgabe bei der Prognose. Besonders schwierig bzw. sogar unlösbar ist sie bei einer Prognose für die kapitalistische Wirtschaft. Denn die Monopole halten die in ihren La-

boratorien entwickelten neuesten technologischen Prozesse und die Vorbereitungen für die Produktion neuer Erzeugnisse streng geheim. In einigen Fällen werden sogar bekannte Erfindungen gar nicht in die Produktion überführt.

Die Aufstellung von Verflechtungsbilanzen mit Hilfe entweder von unveränderten oder extrapolierten technologischen Koeffizienten hat sich ganz offensichtlich nicht bewährt. Darum haben einzelne amerikanische Ökonomen Versuche unternommen, diese Koeffizienten für die Zukunft unter Berücksichtigung der Fortschritte bei der technischen Entwicklung zu berechnen. Zu dieser Arbeit werden Konsultationsfirmen wie beispielsweise die „Arthur D. Little“ herangezogen. So ersetzt A. Carter die Matrix der Aufwandskoeffizienten in dem offenen dynamischen Modell von Leontief, die die „fixierte Technologie“ widerspiegelt. Das heißt, sie ersetzt die Durchschnittskoeffizienten aller technologischen Prozesse, die zu dem gegebenen Augenblick in diesem oder jenem Zweig angewendet werden, durch eine Matrix der Grenz- oder „inkriminierten“ Koeffizienten, die auf der Grundlage der neuesten und folglich, nach ihrer Meinung, der besten Technik, die es gegenwärtig gibt, erzielt wurden.¹⁸ Doch auch diese Methode zeitigt für eine Wirtschaftsprognose nicht die gewünschten Ergebnisse, da selbst die beste Technik von heute nach einer gewissen Zeit veraltet und damit auch die „inkriminierten“ Koeffizienten.

Die Koeffizienten der Kapitalintensität und andere technologische Koeffizienten bringen sowohl im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft als auch innerhalb der einzelnen Zweige durchaus nicht nur die technischen, sondern auch die gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse zum Ausdruck: der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, die organische Zusammensetzung des Kapitals, die Proportionen zwischen den Preisen für die verschiedenen untereinander austauschbaren Rohstoffarten, für die Energie und die Fertigerzeugnisse. Indem in den Verflechtungsbilanzen diese oder jene Koeffizienten angenommen werden, wobei von der Proportionalität zwischen Aufwand und Produktionsumfang sowie zwischen Produktionskapazitäten und Produktionsausstoß ausgegangen wird, ignoriert man die Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion. So werden bestimmte, nicht nur technische, sondern auch gesellschaftliche Produktionsbedingungen postuliert, die sich zweifellos verändern werden.

Die erste langfristige Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung in den USA bis 1975 wurde von C. Almon aufgestellt. Er verknüpfte das makroökonomische Modell mit der Verflechtungsbilanz. Um das dynamische Harvard-System („input-output“) den Prognosezwecken anzupassen, nahm er an ihm fünf wesentliche Änderungen vor. Erstens werden die technologischen Koeffizienten nicht als konstant angenommen, sondern für die Perspektive nach einem linearen Trend errechnet. Zweitens wird die Konsumentennachfrage sowohl durch die Bevölkerungszahl als auch durch das Niveau des Realeinkommens bestimmt. Dabei werden die Regierungsausgaben und der Bevölkerungszuwachs als exogene Veränderliche angesehen. Drittens wird die gegenseitige Austauschbarkeit von Arbeit und Kapital in jedem

¹⁶ Gerhard Colm, a.a.O., S. 52.

¹⁷ Anne P. Carter, *Changes in the Structure of the American Economy, 1947-1958*, Harvard Economic Research Project, 15.X.1965, S. 1.

¹⁸ Anne P. Carter, *Incremental Flow Coefficients for a Dynamic Input-Output Model with Changing Technology*. Harvard Economic Research Project, 1965.

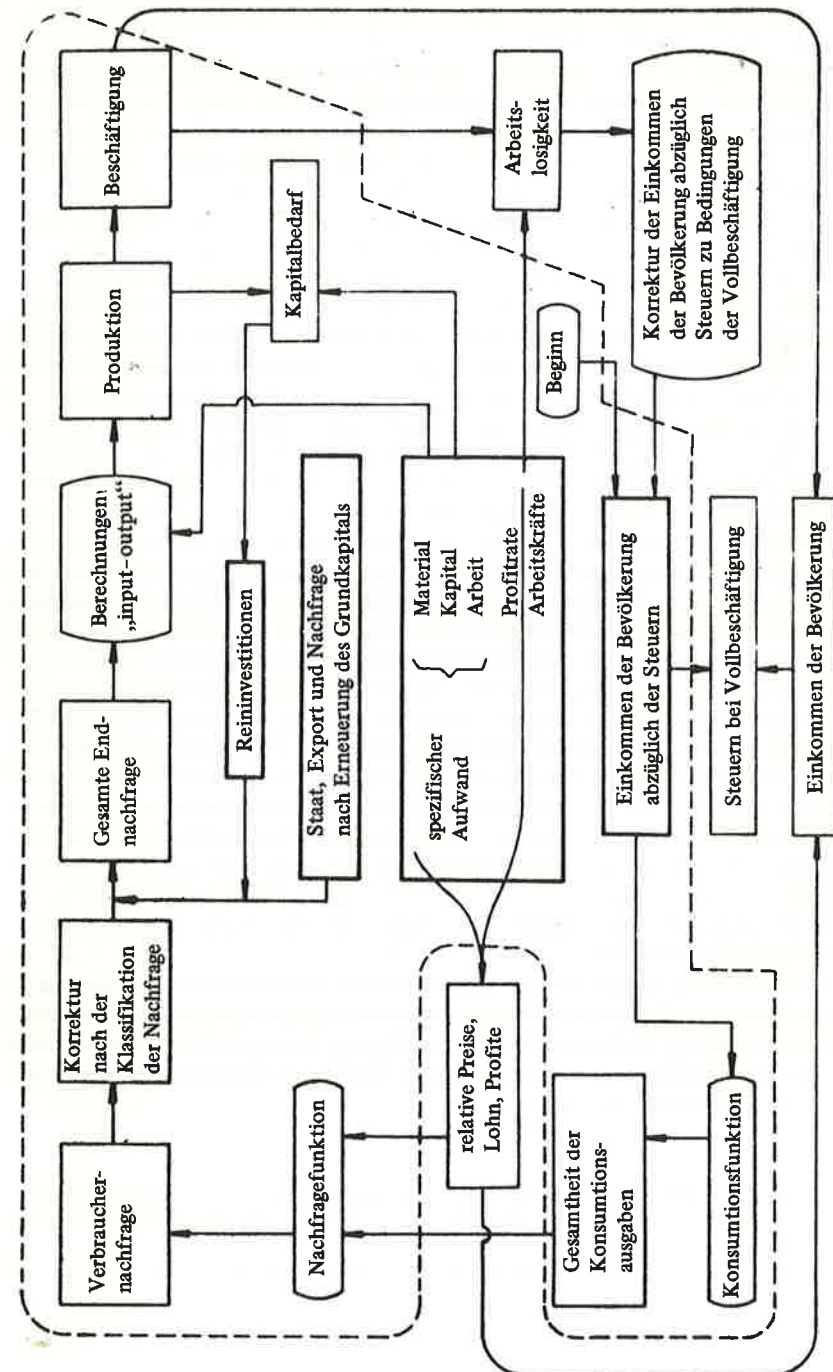
Zweig nach der Cobb-Douglas-Funktion errechnet. Viertens wird das Investitionsvolumen nicht nur als vom Produktionszuwachs abhängig behandelt, sondern auch davon, in welchem Maße das Kapital die Arbeit je nach der Steigerung des Lohnes und des Nutzeffektes des neuen Kapitals verdrängt. Dabei wird in einigen Fällen auch die Zeitspanne zwischen der Durchführung der Investitionen und der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten berücksichtigt. Schließlich fünftens: die Lohnerhöhung wird so korrigiert, daß die dadurch hervorgerufene Zunahme der Nachfrage dafür ausreicht, um das Produktionsvolumen auf einem Niveau zu halten, das eine Vollbeschäftigung sichert.¹⁹

Die Methode von C. Almon besteht in folgendem. Nachdem er die Struktur der Konsumtionsausgaben pro Dollar zusätzlichen Einkommens, die staatlichen Ausgaben und den Saldo des Außenhandels, die Koeffizienten der Kapitalintensität, der Materialintensität und der Arbeitsintensität der Produktion bestimmt hat, die erforderlich ist, um den neu entstandenen Bedarf zu decken, errechnet er den Umfang und die Wertstruktur des Bruttonationalprodukts. Bei den verschiedenen Prognoseelementen werden dazu auch Experteneinschätzungen sowie ökonometrische Modelle und auch die Methode der statistischen Extrapolation verwendet. Wie die Prognose nach der Methode von Almon aufgestellt wird, veranschaulicht das auf der Seite 109 dargestellte Schema.

Das Modell von C. Almon ist unter den Modellen, die gegenwärtig in den USA für die langfristige Wirtschaftsprognose zur Anwendung kommen, am meisten ernstzunehmen. Es enthält Elemente eines realistischen Herangehens an die Ermittlung der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den einzelnen Zweigen der materiellen und nichtmateriellen Produktion. Wenn man es von den Kategorien der „Grenzprodukte“ und der „Produktionsfunktionen“ freimachen würde, die auf der „Theorie der Anrechnung“ beruhen, es ferner befreien würde von den Konzeptionen der „Vollbeschäftigung“, „der sinkenden Ergiebigkeit“ und von anderen Postulaten der bürgerlichen politischen Ökonomie, wenn in den Koeffizienten der Kapitalintensität, des direkten und vollen Aufwandes die Dynamik berücksichtigt werden würde, so könnte dieses Modell im Prinzip bei der Prognose über die amerikanische Wirtschaft von Nutzen sein.

Ohne Zweifel ist die breite Anwendung ökonomischer Prognosen ein Fortschritt. Die wissenschaftlichen Prognosen müssen sich zweifellos ökonomisch-mathematischer Verfahren bedienen, die es ermöglichen, den komplizierten ökonomischen Prozessen ein quantitatives Maß zu geben, in mathematischer Sprache den Einflußgrad dieser oder jener Faktoren und Tendenzen zu formulieren und die Ergebnisse der Wechselwirkung zu berechnen. Die ökonometrischen Modelle ermöglichen es, bestimmte Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Produktivkräfte zu ermitteln, die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Seiten der gesellschaftlichen Produktion anschaulich darzustellen und die Proportionen in der Entwicklung der Zweige zu berechnen, die sich in der Wirtschaft eines jeden Landes herausbilden.

¹⁹ Clopper Almon, a.a.O., S. 665.



Die Anwendung der Ökonometrie hebt die quantitative Analyse in der Wirtschaftsprognose auf eine höhere Stufe.

Trotzdem sind die Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung so kompliziert, auf sie wirken so viele verschiedene Faktoren, darunter politische, ideologische und internationale, daß sie bis jetzt noch kein einziges ökonometrisches Modell erfassen kann, so vollkommen es vom Standpunkt der Mathematik aus auch sein mag²⁰.

Das Bestreben, komplizierte ökonomische Prozesse mathematisch zu formulieren, führt zu einer gewissen Vereinfachung, Systematisierung und manchmal sogar zu einer Entstellung des tatsächlichen Charakters der Prozesse, die in der kapitalistischen Wirtschaft ablaufen. Keines der gegenwärtig vorhandenen ökonometrischen Modelle berücksichtigt in ausreichendem Maße die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion, die Widersprüche zwischen den äußeren Formen und Beziehungen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer inneren Struktur, die Widersprüche „zwischen der scheinbaren und wirklichen Bewegung des Systems...“²¹

Die Unvollkommenheit der statistischen Ausgangsinformationen und in der Hauptsache das Nichtverstehen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten für die Entwicklung des Kapitalismus haben sich unvermeidlich auf die Ergebnisse der Wirtschaftsprognosen in den USA ausgewirkt. Die langjährigen Erfahrungen und die experimentelle Überprüfung vieler Modelle haben gezeigt, daß die amerikanischen bürgerlichen Ökonomen mit ihrer Hilfe nicht in der Lage waren, auf diesem Gebiet spürbare Erfolge zu erringen. Erfolglos sind bisher sowohl die Elementarmodelle, die nicht mehr als zehn Veränderliche umfassen, als auch die umfangreichen Modelle, die aus vielen Dutzenden von Veränderlichen, aus einigen Hundert Gleichungen bestehen. Die Fehler in den Prognosen, die auf dieser Grundlage erarbeitet wurden, übersteigen häufig die Fehler der sogenannten „naiven“ Extrapolationsprognosen. Von einer ganzen Reihe langfristiger Prognosen für die Entwicklung der USA-Wirtschaft, die in den 50er Jahren von amerikanischen Ökonomen ausgearbeitet und von uns analysiert wurden, hat die Prognose der Vereinigten ökonomischen Kommission des Kongresses der USA, die nach einer reinen Extrapolationsmethode aufgestellt wurde, die im Jahre 1965 tatsächlich entstandene Lage am besten widergespiegelt. Folglich sind also sogar die einfachsten Methoden der statistischen Extrapolation manchmal nicht schlechter, sondern besser als komplizierte ökonomisch-mathematische Verfahren.

Das alles bedeutet selbstverständlich nicht, daß die ökonomisch-mathematische Modellierung bei der Wirtschaftsprognose keine Perspektiven hätte. Die Vervollkommenung dieser Methode auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Reproduktionstheorie ist eines der wichtigsten Probleme, die gegenwärtig von sowjetischen Ökonomen zu lösen sind.

20 Clopper Almon, Progress Toward a Consistent Forecast of the American Economy in 1970. A Paper Presented at the Conference on National Economic Planning, University of Pittsburgh, 24/25. März 1964, S. 17.

21 K. Marx/F. Engels, Werke Band 26, Teil II, Dietz Verlag Berlin 1967, S. 163.

Unter diesen Bedingungen bleibt nach unserer Ansicht neben der Modellierung die Methode der wissenschaftlichen Extrapolation nach wie vor ein gewichtiges Werkzeug der Wirtschaftsprognose über die Entwicklung des Kapitalismus. Man kann nicht mit der Meinung von J. Duesenberry und L. Klein übereinstimmen, daß nur die ökonometrischen Modelle einer Vervollkommenung bedürfen, während die Extrapolationsmethoden kaum noch weiter verbesserungsfähig seien.²²

Wenn es auch keine streng wissenschaftliche Methode ist, so hat sie sich aber doch in hohem Maße bewährt. Die Erfahrungen der Vergangenheit zu beachten, bedeutet in der Praxis eine Berücksichtigung des Wirkens der objektiven Gesetze des Kapitalismus. Die Praxis zeigt, daß die Autoren der Prognosen dann, wenn sie von den Zuwachsraten der makroökonomischen und der Zweigkennziffern für einen streng umrissenen vergangenen Zeitraum ausgehen und die früheren Kennziffern mit den Korrekturen für die Zukunft extrapolieren, bessere Ergebnisse erzielen als dort, wo sie sich von den Erfahrungen der Vergangenheit lösen und das Bild einer krisenlosen, „blühenden“ bürgerlichen Gesellschaft zeichnen.

Die wissenschaftliche Methode der Extrapolation setzt eine tiefgründige qualitative ökonomische Analyse, die Erforschung des Marktes und seiner Perspektiven, einen Vergleich mit den Entwicklungstendenzen der Wirtschaft des Landes in der Vergangenheit über einen längeren Zeitabschnitt voraus. Dabei ist der durchschnittliche Jahreszuwachs des gesellschaftlichen Gesamtprodukts oder des Nationaleinkommens bzw. des Umfangs der Industrieproduktion im vorangegangenen ökonomischen Zyklus, oder noch besser im Durchschnitt mehrerer Zyklen, zugrunde zu legen. Bei dieser Analyse sollen zeitweilige und zufällige Umstände in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion ausgeschlossen und die Bedingungen berücksichtigt werden, die sich in der Zukunft eröffnen oder erschlossen werden können. Das ist die Methode der Extrapolation, aber nicht die einfache statistische Extrapolation, zu der die bürgerlichen Prognosefachleute häufig Zuflucht nehmen, sondern die Extrapolation mit bestimmten, oft wesentlichen Berichtigungen früherer Entwicklungsraten. Die so gewonnenen Ergebnisse sind anhand der Zweig- und Strukturprognosen zu korrigieren, die mit Hilfe von Verflechtungsbilanzen aufgestellt wurden.

Die Richtigkeit der Wirtschaftsprognose wird entscheidend von der Genauigkeit der ökonomischen Analyse, von der Tiefe des Eindringens in das Wesen der auftretenden oder sich abzeichnenden Erscheinungen und deren qualitativer Erforschung bestimmt. Nur die folgerichtige marxistische Methodologie, die der Prognose zugrunde gelegt wird, kann es ermöglichen, die wahrscheinlichsten Tendenzen, Zuwachsraten und Besonderheiten der bevorstehenden ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder zu bestimmen.

22 Vgl. The Brookings Quarterly Econometric Model of the United States, a.a.O., S. 14.

Die Wirtschaft der USA in den Jahren von 1970–1980 nach den Berechnungen bürgerlicher Ökonomen

Die Prognosen, die in den USA ausgearbeitet werden, stellen sich in der Regel nicht das Ziel, die wirtschaftlichen Parameter der Zukunft, den tatsächlichen Umfang und die Struktur der amerikanischen Wirtschaft im bevorstehenden Zeitraum genau zu bestimmen. Ihre Aufgabe ist es nur, die allgemeinen Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einzuschätzen und die Probleme vorherzusehen, die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik erforderlich machen.

Die meisten amerikanischen Prognosen gehen von der Annahme aus, daß es in den bevorstehenden zwei Jahrzehnten keinen „großen Krieg“ geben wird, aber starke Spannungen in den internationalen Beziehungen erhalten bleiben. Sie setzen weiter voraus, daß lokale Kriege mit direkter oder indirekter Beteiligung der USA geführt werden und ein bedeutender Teil des Nationaleinkommens für Kriegszwecke verausgabt wird. Es wird ferner angenommen, daß die wirtschaftliche Lage der USA in den Hauptzügen unverändert bleibt, obwohl die Prognose des National Industrial Conference Board zeitweilige Konjunkturrückgänge in anderen Ländern nicht ausschließt, was sich negativ auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten auswirken kann.

Die amerikanischen Ökonomen gehen davon aus, daß im bevorstehenden Zeitraum ein schnelles Wirtschaftswachstum der USA sehr wahrscheinlich ist. Infolgedessen wird der Arbeitskräftzuwachs und die Arbeitslosigkeit gering sein. Weiter seien zu erwarten: große Investitionen und ein hoher persönlicher Konsum, eine bedeutende Erneuerung und Erweiterung des Grundkapitals und eine wachsende Arbeitsproduktivität. Diese Ökonomen nehmen an, daß die Tätigkeit im Rahmen der staatlichen Programme erweitert wird, insbesondere die intensive Suche nach einer Politik, die das Bildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte erhöht und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden hilft. Gleichzeitig schließt die Prognose des Verlages McGraw-Hill nicht aus, daß im Unterschied zu der Hochkonjunktur der letzten Jahre in dem bevorstehenden Zeitraum zyklische Schwankungen in der amerikanischen Wirtschaft zu erwarten sind, obwohl diese Rückgänge kaum lange anhalten und stark sein werden.

In Tabelle 1 werden acht langfristige Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung der USA angeführt, die von amerikanischen Institutionen der Wirtschaftsforschung und einzelnen Ökonomen aufgestellt wurden. Mit Ausnahme der Prognose von Prof. J. Kendrick wurden sie alle detailliert ausgearbeitet und vermitteln eine allgemeine Vorstellung davon, wie sich die amerikanischen Ökonomen die zukünftige Wirtschaftsentwicklung ihres Landes vorstellen.

Wenn wir die Prognose der Kommission des Präsidenten für Rohstoffressourcen, die 1951 aufgestellt wurde und sich als völlig unzutreffend erwies, außer acht lassen, so schwanken die späteren Prognosen, wobei wir von den aus drei Varianten bestehenden nur die mittleren Kennziffern berücksichtigen, wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, bei dem Bruttonationalprodukt von 3,5 bis 4,5 % und bei dem Umfang der Industrieproduktion von 4,3 bis 5,1 %.

Tabelle 1

Prognosen über das wirtschaftliche Entwicklungstempo der USA im Jahresdurchschnitt (Angaben in %)

Verfasser der Prognose	Prognose-Zeitraum	Bruttonationalprodukt	Industrieproduktion	Arbeitsproduktivität
Kommission des Präsidenten für Rohstoffressourcen	1950-1975	2,8	—	2,5
National Industrial Conference Board	1964-1975	4,35	5,1	2,85
National Planning Association	1964-1975	niedrig -3,4 mittel -4,1 hoch -4,6	4,7	2,65
Prof. J. Kendrick	1965-1975	4,3	—	3,2
Vereinigte Wirtschaftskommission des Kongresses	1966-1975	4-4,5	—	3-3,3
Corporation „Resources of the Future“	1960-1980	niedrig -3,3 mittel -3,8 hoch -4,7	3,2 4,3 5,3	2,4-2,8
Stanford Research Institute	1965-1980	3,5	—	—
McGraw-Hill Department of Economics	1965-1980	4,1	4,5	2,75

Quellen: Resources for Freedom, Volume II, The Outlook for Key Commodities, A Report to the President by the President's Materials Policy Commission, Washington 1952; Economic Potentials of the United States in the Next Decade, National Industrial Conference Board, Inc. New York 1965; National Economic Projections to 1975/76, National Economic Projections Series — Report Nr. 65-2, National Planning Association, Washington 1965; John. W. Kendrick, Why Stocks Remain Attractive for the Long-Term, in: The Commercial and Financial Chronicle vom 16. IX. 1965; Business Week, 11. II. 1967; G. G. Landsberg, L. L. Fishman, Dz. L. Fisher, Die Ressourcen der USA in der Zukunft, Moskau 1965, russ.; Basic Economic Projections, Nr. 3; United States Gross National Product 1965-1980, Stanford Research Institute, Menlo Park (California) 1963; The American Economy, Prospects for Growth Through 1980, McGraw-Hill Department of Economics, September 1965.

Tabelle 2
Prognosen über das Bruttonationalprodukt der USA
(in Md. Dollar, zu Preisen von 1964)

	Brutto- national- produkt	Regierungs- ausgaben	Privat- investitionen	Verbraucher- ausgaben
1970 McGraw-Hill	812,4	164,5	121,1	521,4
National Planning Association	798,8	157,7	122,8	510,6
Resources of the Future	788,6	175,6	125,8	483,2
Stanford Research Institute	754,6	—	—	—
Vereinigte Wirtschaftskommission des Kongresses	827,6-838,6	155,2-156,1	136,2-139,1	527,9-535,2
1975 McGraw-Hill	992,1	201,9	145,0	638,2
National Planning Association	969,6	185,2	154,5	620,9
Stanford Research Institute	898,5	—	—	—
National Industrial Conference Board	1001,6	196,7	151,1	644,3
Kommission des Präsidenten für Rohstoffressourcen	751,1	145,3	91,7	527,6
Prof. J. Kendrick	986,0	—	—	—
Vereinigte Wirtschaftskommission des Kongresses	1007,3-1045,4	178,1-181,2	178,8-197,7	637,5-655,1
1980 McGraw-Hill	1201,3	245,7	172,0	775,6
Resources of the Future	1115,5	265,6	176,5	690,0
Stanford Research Institute	1071,7	—	—	—

Quellen: siehe Tabelle 1

Trotz der Unterschiede im methodologischen Herangehen und im mathematischen Apparat sind in allen diesen Prognosen die Größe der Bevölkerung und die Zahl der Arbeitskräfte, der Beschäftigungsgrad, die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden und die Arbeitsproduktivität die entscheidenden Parameter. Wenn das Wachstum der Arbeitsproduktivität oder des Produktionsvolumens pro Beschäftigten mit 2,5 bis 3,3 % angenommen und dabei der technische Fortschritt sowie die Erfahrungen des vorhergehenden Zeitraumes berücksichtigt werden, so stellen die bürgerlichen Ökonomen bei der Berechnung der Beschäftigungsgrades eine apologetische Prognose. Sie lassen sich davon leiten, daß durch die staatliche Politik die Arbeitslosigkeit auf einem Stand von 4 bis 4,5 % aller Arbeitskräfte gehalten werden kann. Jedoch gelingt das, wie die Erfahrungen zeigen, nur in den günstigsten Jahren der Phase des zyklischen Aufstiegs. Diese Phase wird nicht ewig dauern. Die wissenschaftlich-technische Revolution, insbesondere die weitere Automatisierung der Produktion, wird bei dem wachsenden Zustrom von Arbeitskräften auf dem Arbeitskräftemarkt im kapitalistischen Amerika unvermeidlich die Arbeitslosigkeit erhöhen. Die wahrscheinliche Höhe der Arbeitslosigkeit wurde auch in früheren amerikanischen Prognosen zu niedrig angesetzt. So sagten die Vereinigte Wirtschaftskommission des Kongresses und das Stanford-Research Institute für den Zeitraum von 1956-1965 eine Arbeitslosigkeit von 4 % voraus.²³ Indessen betrug sie 1960 nach offiziellen Angaben 5,5 % und 1965 4,6 %.

Die amerikanischen Ökonomen erhöhen unbegründet den für die Zukunft wahrscheinlichen Zuwachs an beschäftigten Arbeitskräften, da sie den Widerspruch zwischen der zahlungsfähigen Nachfrage und der möglichen Produktionssteigerung ebenso wie die anderen Antagonismen des Kapitalismus ignorieren. Sie berücksichtigen nicht, daß der Beschäftigungsgrad weitgehend eine Funktion der Nachfrage ist. Deshalb kann man z. B. nicht den Prognosen des National Industrial Conference Board und der National Planning Association zustimmen, daß der Beschäftigungsgrad im Zeitraum von 1964-1975 im Durchschnitt 1,6 bis 1,9 % jährlich steigen wird, denn sie übersteigen den Trend der gesamten Nachkriegsentwicklung beträchtlich (1,2 % von 1948-1964 und 0,9 % von 1960-1964).²⁴ Das ist eine der Methoden, mit der die wirtschaftlichen Perspektiven der USA beschönigt werden.

Insgesamt erscheinen die angeführten amerikanischen Prognosen etwas überhöht. Man kann annehmen, daß die untersten Grenzen dieser Prognosen am realsten sind, oder daß die mittleren Werte für die potentielle wirtschaftliche Entwicklung der USA die oberen Grenzen darstellen.

23 Potential Economic Growth of the United States During the Next Decade, Materials Prepared for the Joint Committee on the Economic Report by the Committee Staff, Washington 1954, S. 19; Bonnar Brown and M. Janet Hansen, Production Trends in the United States Through 1975, Stanford Research Institute, Menlo Park (California) 1957, S. 9.

24 Economic Potentials of the United States in the Next Decade, National Industrial Conference Board, Inc., New York 1965, p. 8; National Economic Projections to 1975/76, p. 35.

Wirtschaftsperspektiven der USA in den Jahren 1966-1970

Die Bestimmung der Entwicklungsperspektiven für die Wirtschaft der kapitalistischen Welt insgesamt und insbesondere für die führenden kapitalistischen Länder, insbesondere der USA, ist notwendig, um erstens den weiteren Verlauf des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen der UdSSR und den USA, richtig zu bewerten und zu untersuchen, welche Veränderungen sich im Kräfteverhältnis der beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme in der Zukunft ergeben werden. Das hat eine erstrangige Bedeutung für die Entfaltung des weltweiten revolutionären Prozesses, denn den entscheidenden Einfluß auf die internationale Revolution übt ein Land, in dem der Sozialismus gesiegt hat, wie W. I. Lenin lehrte, durch seinen wirtschaftlichen Aufbau aus.

Eine wissenschaftlich begründete Prognose über die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist zweitens die Voraussetzung für die Wahl der richtigen Außenwirtschaftspolitik durch die Sowjetunion unter den Bedingungen der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung, der Erweiterung der Handels- und anderer Wirtschaftsverbindungen mit den kapitalistischen Staaten.

Drittens erfordert die Aufgabe, in den entwickelten kapitalistischen Ländern Perspektivprogramme des Kampfes für eine demokratische Alternative gegenüber dem staatsmonopolistischen Kapitalismus auszuarbeiten, marxistische Einschätzungen über die künftigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Einschätzung über die Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft im Zeitraum von 1966-1970, die vom Sektor Wirtschaftsprognose des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ausgearbeitet wurde, geht aus von:

- dem erreichten Volumen und dem technischen Niveau der materiellen Produktion;
- dem durchschnittlichen jährlichen Wachstumstempo der Wirtschaft im vergangenen Zeitraum;
- der Analyse der Marktverhältnisse und ihrer Entwicklungstendenzen;
- der Struktur der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und ihren Entwicklungsperspektiven;
- dem Akkumulationsvolumen, der Reproduktions- und technologischen Struktur der Investitionen.

Wir gehen ferner von den Perspektiven der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Systemen, von hohen Rüstungsausgaben der USA, der unvermeidlichen zyklischen Entwicklung der amerikanischen Produktion auch in der Zukunft aus, womit bürgerliche Prognostiker nicht rechnen.

Schließlich wurden von uns auch die früheren Erfahrungen bei der Wirtschaftsprognose berücksichtigt. Die Prognose über die Wirtschaftsentwicklung der USA für 1959-1965, die 1958 vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen ausgearbeitet wurde, enthielt die im wesentlichen richtige qualitative Analyse der Marktverhältnisse. Sie ging davon aus, daß die amerikanische Wirtschaft in diesem Zeitraum wachsen und nicht stagnieren wird. Es darf nicht vergessen wer-

den, daß diese Position damals ein Fortschritt war, denn die perspektivischen Vergleiche der wirtschaftlichen Kennziffern zwischen der UdSSR und den USA erfolgten damals in der Regel unter der Voraussetzung eines unveränderlichen Niveaus der amerikanischen Produktion.

Um die künftigen Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft bestimmen zu können, ist vor allem notwendig, die Besonderheiten und die Charakterzüge der gegenwärtigen Wirtschaftslage des Landes zu analysieren.

Die amerikanische Wirtschaft befindet sich gegenwärtig bekanntlich noch in der Phase eines zyklischen Aufschwungs. Wenn wir die zwei letzten Zyklen betrachten und berücksichtigen, daß der jetzige Zyklus noch nicht abgeschlossen ist, so erhöhte sich das Wachstumstempo der Industrieproduktion der USA von 4,4 % in den Jahren 1948 bis 1957 auf 5 % in den Jahren 1957 bis 1966. Die Vereinigten Staaten, für die in den ersten fünfzehn Nachkriegsjahren ein niedriges Wachstumstempo der Produktion kennzeichnend war, haben in den letzten fünf bis sechs Jahren äußerst hohe Kennziffern erreicht, welche die „Blütezeit“ in den zwanziger Jahren in den Schatten stellen und das Wachstumstempo der Wirtschaft der meisten anderen kapitalistischen Ländern übertreffen. Der gegenwärtige zyklische Aufschwung in den USA, der nur durch die Krise von 1960-1961 unterbrochen wurde, ist der intensivste und längste seit dem II. Weltkrieg.

Welches sind die Faktoren, die in den letzten Jahren in den USA die Erweiterung des Marktes und den Produktionsanstieg bewirkten?

Vor allem ist das der technische Fortschritt durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die bereits wesentliche Verschiebungen in der Industriezweigstruktur der amerikanischen Wirtschaft hervorrief und weiter hervorruft. Das findet seinen Ausdruck in der Entstehung neuer, progressiver Zweige der materiellen Produktion, einer vollkommen neuen Technik, einer neuen industriellen Rohstoffbasis, der Produktion vieler neuer Erzeugnisse und der Erschließung neuer Energiequellen. All das erhöhte gewaltig den Bedarf an einer Erneuerung und Erweiterung des Anlagekapitals auf der Basis der neusten Technik.

Weiterhin spielte die staatsmonopolistische Regulierung der Wirtschaft bei der Entfaltung der gegenwärtigen Aufschwungsphase eine günstige Rolle. Der Staat unternahm eine Reihe neuer Schritte, die die Investitionen stimulieren und die Konsumtionsnachfrage erhöhen. Für Betriebe, die Neuinvestitionen realisieren, wurden zusätzliche Steuervergünstigungen gewährt. Die Vorschriften für eine beschleunigte Amortisation des Grundkapitals wurden liberalisiert, die Profitsteuern der Unternehmen und die Einkommensteuern der Bevölkerung wurden gesenkt. Mit der Eskalation der Aggression in Vietnam sind die staatlichen Rüstungsaufträge und -einkäufe stark angestiegen. Die Regierung der USA konzentrierte in ihren Händen starke Finanzhebel für das Wirtschaftsleben. Durch den Haushaltsmechanismus verteilt sie gegenwärtig etwa 1/3 des Nationaleinkommens des Landes um, und der Anteil der staatlichen Käufe von Waren und Dienstleistungen übersteigt 1/5 des Bruttonationalprodukts.

Schließlich führten die Veränderungen in der Produktion zu wesentlichen Verschiebungen in der Struktur des Konsumbedarfs. Der Anstieg der Produktivität er-

möglichte, den nichtproduktiven Bereich zu vergrößern und dadurch die Grenzen sowohl des Bedarfs als auch der Produktion zu erweitern. Die Erhöhung der Verbrauchernachfrage in den USA war unmittelbar verbunden mit den Streikkämpfen der Arbeiterklasse sowie mit einem Anstieg der Verbraucherkredite und einer Senkung der Einkommensteuern.

Man darf die Tatsache nicht überschätzen, daß sich die Wirtschaft der USA bereits einige Jahre mit einem hohen Tempo entwickelt und auch den zyklischen Charakter der kapitalistischen Produktion nicht vergessen. Man darf sich nicht durch diese für den gegenwärtigen Zeitraum außergewöhnlich lange und intensive Phase des industriellen Aufschwungs verblenden lassen. Danach sind Krise und Konjunkturrückgang unvermeidlich.

Tatsächlich war auch früher in einzelnen Jahren oder sogar Perioden der Nachkriegsgeschichte des amerikanischen Imperialismus ein äußerst hohes Wachstumstempo zu beobachten. So stieg die Industrieproduktion in den USA 1955 nach der Wirtschaftskrise um etwa 12 % und 1959, ebenfalls nach der Krise, um 13 % an. 1950 bis 1953 betrug der Zuwachs 8,7 %. Dennoch betrug das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der USA in dem Zyklus von 1948 bis 1957 insgesamt nur etwa 4,4 %. Es ist nichts Außergewöhnliches, daß sich die amerikanische Produktion 1965 um 8,5 % erhöhte, 1966 etwa um den gleichen Prozentsatz und im Zeitraum von 1961-1966 um 7,3 %. Es wäre überhaupt falsch, auf der Grundlage des hohen Wachstumstemplos nach 1961 zu denken, die Wirtschaft der USA hätte insgesamt das niedrige Wachstumstempo überwunden und in ihrem Mechanismus sei ein qualitativer Umschwung erfolgt.

Es gibt allen Grund anzunehmen, daß das allgemeine Wachstumstempo der amerikanischen Wirtschaft in dem bevorstehenden Zeitraum offensichtlich etwas niedriger sein wird als von 1961-1966 und sogar niedriger als in dem gesamten Zyklus der 1957 begann. Worauf gründet sich die Annahme einer Verlangsamung des Tempos? Vor allem darauf, daß sich am Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre die Wirkung einer Reihe von Faktoren abschwächen wird, die die schnelle wirtschaftliche Entwicklung der USA in den letzten Jahren bewirkten.

Selbstverständlich wird eine Reihe von Faktoren, die das relativ hohe Entwicklungstempo der amerikanischen Wirtschaft bedingten, auch im bevorstehenden Zeitraum ihre Kraft behalten. So wird die wissenschaftlich-technische Revolution die Investitionen und die Produktion wie bisher stimulieren. Für die Erweiterung des Marktes wird das zu erwartende Steigen des persönlichen Verbrauchs eine Rolle spielen, obwohl es insgesamt durch die staatsmonopolistische Politik des Angriffs auf die Arbeitslöhne und andere Einnahmen der Bevölkerung aufgehalten wird. Die zunehmende internationale Arbeitsteilung, der Anstieg der Spezialisierung und Kooperation der Produktion werden auch weiterhin das Volumen des Welthandels erhöhen und die Außenmärkte für die USA erweitern. Die staatlichen Käufe und Aufträge, besonders für die Rüstung, werden weiterhin hoch bleiben. Jedoch die Intensität der Wirkung dieser Faktoren auf die Wirtschaft wird sich offensichtlich etwas verringern.

Gegenwärtig wird die Erneuerung des Grundkapitals in der Industrie der USA abgeschlossen, der „Boom“ der Investitionen versiegt.

Der Anstieg der Investitionen war in den letzten Jahren in bedeutendem Maße mit der fortgesetzten Strukturänderung der Industrieproduktion zugunsten zukunftsreicher Industriezweige, mit dem Erscheinen neuer Erzeugnisse und der dadurch bedingten Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Industriezweigen verbunden. 1964 und 1965 stiegen die Investitionen in die amerikanische Industrie jährlich um 17 bzw. 20 %, und der Umfang der Bruttoinvestitionen nach einem Sechsjahreszeitraum der „erstarrten Investitionen“ überstieg schließlich den höchsten Stand, der 1957 erreicht wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß sich in dem nächsten überschaubaren Zeitraum die Investitionen mit demselben Tempo erhöhen werden. Dem werden sowohl die relative Enge des Marktes als auch die finanziellen Möglichkeiten der Unternehmen im Wege stehen. Nach den vorhandenen Schätzungen wird 1967 der Zuwachs der privaten Investitionen 6,5 bis 7 % im Vergleich zu 14 % 1966 betragen.²⁵

Bei der Prognose des Wachstumstemplos der Investitionen wurde der widersprüchliche Charakter des Entwicklungsprozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus berücksichtigt. Einerseits erhöht der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, die Ausnutzung des Anlagekapitals, senkt die Kapitalintensität der Produktion. Damit limitiert sie die Erweiterung der genutzten Grundmittel. Andererseits ziehen die Errungenschaften der fortschrittlichen Wissenschaft und Technik unvermeidlich eine gewaltige Erhöhung des Bedarfs der Gesellschaft an einer Erneuerung und Erweiterung des Anlagekapitals nach sich. Dadurch kann sich die Dynamik sowohl der Investitionen als auch des Koeffizienten „Kapital-Erzeugnis“, die einen Wechsel in den Stadien und im Intensitätsgrad des technischen Fortschritts in einem bestimmten Zeitabschnitt widerspiegelt, in der Regel nicht mit einer kontinuierlich ansteigenden Kurve entwickeln. Sie besitzt einen impulsiven, wellenartig-zyklischen Charakter, wobei die Schwingungsamplitude weitgehend von der Entwicklung des Wirtschaftszyklus, von den Erscheinungsformen der allgemeinen Labilität der kapitalistischen Wirtschaft abhängt.

Bis 1962 vollzog sich ein Prozeß der Senkung der spezifischen Investitionen. Ein großer Teil des angelegten Kapitals wurde nicht für die Erweiterung der Produktionskapazitäten, sondern vorrangig für die Modernisierung der Ausrüstungen verwendet. Danach blieb zum ersten Mal seit langer Zeit sogar das hohe Tempo des Produktionszuwachses hinter dem Wachstumstempo des Kapitals zurück. Das große Ausmaß des Industriebaus erhöhte schnell die Produktionskapazitäten, erweiterte das Anlagekapital bedeutend, veränderte erneut die Struktur der Investitionen auf Kosten der Ausgaben für Rekonstruktion und Modernisierung.

Ferner wurde auch bei der Prognose der Investitionen berücksichtigt, daß die Kapazitäten der amerikanischen Industrie gegenwärtig zu insgesamt 90 % ausgelastet

²⁵ Business Week, 26.XI. 1966, p. 37; The Investment Outlook 1967, Bankers Trust Company, New York 1967, p. 2.

sind, was etwa dem optimalen Ausnutzungsgrad des Anlagekapitals entspricht. Folglich sind die überschüssigen Kapazitäten zu gering, um die Produktionsinvestitionen wesentlich verringern zu können. Trotzdem verteuerten die Regierungsbehörden 1965 und 1966 die Kredite und veränderten die Steuervergünstigungen, was sich auf das Wachstumstempo der Investitionen ebenfalls ungünstig auswirken wird.

Es ist anzunehmen, daß durch die Wechselwirkung dieser Faktoren die Investitionen mit einem etwas langsameren Tempo ansteigen werden als die Industrieproduktion. Das Wachstumstempo der Bruttoinvestitionen wird im Jahresdurchschnitt in dem nächsten Jahr fünf nach unserer Einschätzung 3,0 bis 3,5 % betragen (im Vergleich zu 4,8 % im Zeitraum von 1960-1965), oder es wird unter dem voraussichtlichen durchschnittlichen Jahreszuwachs der Industrieproduktion liegen. (Vgl. Tabelle 3 auf Seite xx.)

Von 1963-1965 blieben die Staatsausgaben der USA etwa auf dem gleichen Niveau, in der Hauptsache infolge einer gewissen Beschränkung der Rüstungsausgaben. In letzter Zeit wachsen die Rüstungsausgaben schnell an. Sie werden im Finanzjahr 1967/68 70 Md. Dollar übersteigen. Dieses Ansteigen der Ausgaben, die mit dem aggressiven außenpolitischen Kurs der USA im Zusammenhang stehen, wird von einer Kürzung der Aufwendungen für verschiedene soziale Programme begleitet und hat bereits jetzt zu einem Fiasko der Doktrin von der „great society“ geführt, die von der Regierung marktschreierisch deklariert wurde. Das gleicht in bedeutendem Maße die Wirkung der höheren Rüstungsausgaben auf die gesamte Endnachfrage aus. Obwohl die Regierungsmaßnahmen zur Regulierung der Wirtschaft und die wissenschaftlich-technische Revolution die wirtschaftliche Entwicklung begünstigen werden, erscheint doch unter diesen Bedingungen eine Senkung ihres Entwicklungstempos unvermeidlich.

Bereits jetzt zeigen sich in den USA immer mehr Symptome, die von einer langsamen Verschlechterung der Wirtschaftskonjunktur zeugen. Der langwährende Aufschwung rief eine Reihe negativer Erscheinungen hervor und verschärfte die Widersprüche in der amerikanischen Wirtschaft.

Die Inflation verschärfte sich, das Geld- und Kreditsystem wurde überspannt. Mit dem langwierigen Krieg in Vietnam entstanden in der Wirtschaft der USA Disproportionen, Kupfer, Molybdän und andere Metalle sowie Werkstoffe wurden knapp, der Bedarf an Arbeitskräften im Präzisionsmaschinenbau und in einer Reihe anderer Industriezweige konnte nicht gedeckt werden. Der Krieg entzog der Reserve an qualifizierten Arbeitskräften bis zu 400 000 junge Amerikaner. Die Preise für Lebensmittel, Stahl und viele andere Waren sind gestiegen. 1966 wurden sie Schwierigkeiten in einzelnen Zweigen der amerikanischen Wirtschaft, insbesondere in der Kraftfahrzeugindustrie, besonders offensichtlich. Ihre Produktion sank im Vergleich zu 1965 um 7 %. Bei den Händlern häuften sich gewaltige Bestände nicht verkaufter Kraftfahrzeuge. Der Wohnungsbau ist der niedrigste in den letzten Jahren. Eine der Kennziffern für die wachsende wirtschaftliche Labilität sind die starken Kursstürze für Aktien vieler Großunternehmen an der Börse und das erneut angestiegene Defizit der Zahlungsbilanz. Insgesamt wurde der Produktionsanstieg 1966 fast ausschließlich im ersten Halbjahr erzielt, und in der zweiten Hälfte des

Tabelle 3
Umfang der Investitionen (in Md. Dollar, zu Preisen von 1965)

	1960	1965	Durchschnittlicher Jahreszuwachs von 1965-1970 (in %)	1970
Gesamtumfang der Investitionen	82,5	119,4	3,0 – 3,5	138 – 142
darunter:				
in die Industrie	21,2	30,7	3,25 – 3,8	36 – 37
in die Landwirtschaft	3,3	5,0	7,8	etwa 7
in den städtischen Wohnungsbau	21,7	27,2	3,7 – 5,0	33 – 35

Berechnet nach: Survey of Current Business, 1960-1966; The Handbook of Basic Economic Statistics, 1960-1965; Statistical Abstract of the United States, 1960-1965; Business Statistics, 1960-1965.

Jahres verlangsamte sich das Wachstumstempo der Industrieproduktion erheblich. Im Januar-Februar 1967 sank die Produktion, und im März-April stagnierte sie.

Wenn man die veränderte Wirkung der einzelnen Faktoren berücksichtigt, kann man folgendes annehmen:

1. Der durchschnittliche Jahreszuwachs des Bruttonationalprodukts der USA wird von 1966-1970 auf 3,3-3,7 % gegenüber 4,25 % in den Jahren 1961-1965 sinken (1948-1953 = 5 %, 1953-1957 = 2,1 %). Dabei steigt das Bruttonationalprodukt der USA bis 1970 auf das 1,5-fache gegenüber dem Stand von 1960 und wird (zu Preisen von 1966) etwa 810 Md. Dollar betragen im Vergleich zu 681 Md. Dollar 1965 und 542 Md. Dollar 1960.

2. Der durchschnittliche Jahreszuwachs des Nationaleinkommens wird in diesem Zeitraum auf 3 bis 3,5 % gegenüber 3,9 % in 1961-1965 sinken. In diesem Falle wird das Nationaleinkommen der USA 1970 (zu Preisen von 1965) 465-477 Md. Dollar im Vergleich zu 401 Md. Dollar 1965 und 331 Md. Dollar 1960 betragen.²⁶ Das Nationaleinkommen könnte, angenommen das entstandene stabile Verhältnis zwischen Konsumtionsfonds (83 %) und Akkumulationsfonds (17 %) verändert sich nicht, folgendermaßen aufgeteilt werden (in Md. Dollar, zu Preisen von 1965):

²⁶ Mit einer Korrektur der Doppelzählungen in Höhe von 20 % der Angaben aus der offiziellen USA-Statistik. Die Verschiedenheit im Wachstumstempo des Bruttonationalprodukts und des Nationaleinkommens ist dadurch bedingt, daß im Nationalprodukt die Dienstleistungen, die doppelt so schnell wachsen wie die Warenproduktion, und die Amortisationsfonds, die sich auch in schnellerem Tempo erhöhen, berücksichtigt werden.

	1965	1970
Akkumulationsfonds	68	80-83
Konsumtionsfonds	333	385-394

3. Der mittlere Jahreszuwachs der Industrieproduktion wird von 1966-1970 auf 3,5 bis 4,5 % sinken. Diese Prognose berücksichtigt erstens die historischen Entwicklungstendenzen der USA-Produktion. Eine Analyse über die zyklische Entwicklung der amerikanischen Industrie seit 1872 zeigt, daß das Wachstumstempo der Industrieproduktion in einem Zyklus im Durchschnitt in den Grenzen von 4,2-5,2 % schwankte. Ausgenommen davon sind der Zyklus von 1913-1920, der durch den ersten Weltkrieg unterbrochen wurde, und der Zyklus von 1929-1937, der wegen seiner Spezifik nicht als typisch angesehen werden kann.

Diese Prognose berücksichtigt zweitens das Eintreten einer wahrscheinlich nicht sehr tiefen und verhältnismäßig kurzen Krise in den USA in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Das Eintreten dieser Krise kann durch die Entwicklung der militärischen Lage beschleunigt werden, wie das die Krise von 1953/54 lehrt. Die Kapitäne der amerikanischen Wirtschaft müssen zwischen Scylla und Charybdis lavieren, zwischen der Fortsetzung der Aggression in Vietnam mit der sie begleitenden Inflation einerseits und der Gefahr einer Wirtschaftskrise andererseits. Die Wahlkampagne 1968 läßt den Bundesbehörden wenig Zeit für die Wahl dieser oder jener Alternative.

Es ist kaum anzunehmen, daß die bevorstehende Wirtschaftskrise zu einem andauernden Produktionsrückgang oder zu einer anhaltenden Stagnation führen wird. Die Nachkriegserfahrungen zeigen, daß die Monopolbourgeoisie die politischen Folgen einer tiefen Krise fürchtet und alle Maßnahmen ergreift, um ihr Eintreten zu verhindern oder ihren Verlauf zu mildern. Die Modifizierung des Zyklus und die Veränderung des zyklischen Mechanismus nach dem II. Weltkrieg sind mit der staatsmonopolistischen Entartung der gesamten Struktur des Kapitalismus verbunden. Die Möglichkeiten für ein aktives Eingreifen des Staates in den Lauf des Wirtschaftsprozesses sind gewachsen. Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die wissenschaftlich-technische Revolution starke Veränderungen in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft hervorgerufen hat: das Wachstum der neuen Zweige, die gegen zyklische Produktionsschwankungen beständiger sind, und die Erhöhung des Anteils des unproduktiven Bereichs, dessen Entwicklung in Krisenzeiten den Produktionsabfall im Bereich der materiellen Produktion zum Teil ausgleicht. Es ist kaum zu erwarten, daß die bevorstehende Krise ihrem Charakter, ihrer Tiefe und Dauer nach sich wesentlich von den vorangegangenen vier Wirtschaftskrisen unterscheiden wird, die die amerikanische Wirtschaft nach dem Kriege durchgemacht hat. All das gestattet anzunehmen, daß die Wirtschaftskrise oder der Rückgang das Wachstumstempo sinken werden, obwohl sie ein merkliches Wachstum der Industriepro-

duktion und des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in den USA im Prognosezeitraum nicht verhindern können.

Die wachsenden Forschungsarbeiten und der beschleunigte technische Fortschritt werden im Prognosezeitraum eine weitere Veränderung der volkswirtschaftlichen Struktur der USA zugunsten perspektivreicher Zweige und Erzeugnisse sichern. Wie früher wird sich die Industrialisierung des Bauwesens und anderer Wirtschaftszweige fortsetzen. Sowohl in der Industriezweigstruktur als auch in der Struktur innerhalb der Industriezweige werden sich wesentliche Verschiebungen ergeben. Merklich wird sich der Charakter der Produktion in den alten Zweigen verändern, ihre Konkurrenzfähigkeit wird wachsen. Die höhere Effektivität der Produktion wird in vielen, darunter auch in den traditionellen Produktionszweigen wahrscheinlich ihren konkreten Niederschlag in einer Senkung der Kapitalintensität, der Fondsintensität und der Materialintensität der Produktion finden. Dazu werden auch die Ausweitung kontinuierlicher Produktionsprozesse, die Vollmechanisierung und Automatisierung einzelner Betriebe und Werke, die weitere Mechanisierung des Dienstleistungsbereichs und anderer Zweige der Volkswirtschaft, die weitere Entwicklung von Spezialisierung und Kooperation, neue Organisationsformen in der Produktion, ein relatives Sinken der unvollendeten Produktion und die Anwendung ausländischer Patente beitragen.

In den Nachkriegsjahren hat sich der technische Fortschritt auf fast alle Zweige der Industrieproduktion der USA ausgedehnt, wodurch es in den meisten Zweigen zu grundlegenden Veränderungen kam. Die natürlichen Rohstoffe werden in immer größerem Umfang durch synthetische Rohstoffe ersetzt. Sie werden komplex ausgenutzt. Der Bedarf an veredelten Rohstoffen und Halbfabrikaten und die Chemisierung der Industrie wachsen ständig. Die Abmessungen der Maschinen und Ausrüstungen je nach Leistungseinheit verringern sich. Die rohstoffverarbeitenden Zweige wachsen schneller als die rohstoffliefernden Zweige. Der Außenhandel orientiert sich auf die Einfuhr von Rohstoffen, deren Produktion mit großen Kapitalinvestitionen und häufig mit einer langfristigen Stilllegung gewaltiger Mittel verbunden ist. In der nächsten Periode ist in allen Hauptindustriebranchen eine weitere Zunahme der progressiven technisch-ökonomischen Tendenzen zu erwarten.

Im Prognosezeitraum werden kaum starke Veränderungen im Verhältnis der Gruppen A und B in der Industrie eintreten. Es ist zu erwarten, daß die früheren Proportionen zwischen ihnen fast erhalten bleiben, d.h. der Anteil der Gruppe B an der Industrieproduktion weiterhin etwa 35 % betragen wird.

In Tabelle 4 wird eine Prognose über die Produktion der wichtigsten Waren in den USA gegeben, die vom Sektor Wirtschaftsprognose des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen erarbeitet wurde.

Unsere Prognose erhebt nicht den Anspruch auf absolute Genauigkeit, und sie kann das auch nicht tun. Die Entwicklung der internationalen Lage, die Veränderungen in der politischen Situation, in der Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung, die wissenschaftlichen und technischen Entdeckungen, deren Folgen man gegenwärtig nicht voraussehen kann, all das zusammengekommen kann den Verlauf des Wirtschaftsprozesses berichtigen.

Besonders bedeutsam ist die richtige Einschätzung der außenwirtschaftlichen Faktoren – die Entwicklung des Weltmarktes, der internationalen Währungssituation, der Kapitalbewegungen usw. Obwohl die Wirtschaft der USA vom Außenmarkt nicht so stark abhängig ist, übt doch die Außenwirtschaft auch in den USA einen wesentlichen Einfluß auf das wirtschaftliche Wachstum aus. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Prognosen über die Weltwirtschaft auszuarbeiten, die alle Länder der kapitalistischen Welt und die Verbindungen zwischen ihnen erfassen. Die Organisation der Vereinten Nationen²⁷, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Generalvertrag für Tarife und Handel (GATT) und einige andere internationale Einrichtungen, die in den letzten Jahren bei der Aufstellung von Weltwirtschaftsprognosen eine große Aktivität entfalteten, haben bisher auf diesem Gebiet keinen Erfolg erzielt. Aber ohne eine wissenschaftlich begründete Weltwirtschaftsprognose müssen die Prognosen für einzelne kapitalistische Länder ungenau bleiben.

Die Vervollkommenheit der Methodologie für langfristige Wirtschaftsprognosen und insbesondere eingehende Analysen über die perspektivischen Veränderungen der wichtigsten Elemente der Endnachfrage erfordern ebenfalls, die Methodologie für kurzfristige Prognosen zu verbessern. Gleichzeitig ermöglicht das die wissenschaftliche Voraussicht von Krisen, des angenäherten Zeitpunktes für den Phasenwechsel eines Wirtschaftszyklus, der Beendigung des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Eintritts einer Überproduktionskrise. Ebenso sind die Triebkräfte jeder zyklischen Phase genauer zu untersuchen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Ausarbeitung einer Mehrvariantenprognose. In ihr können verschiedene politische Situationen und Krisen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen, Veränderungen in der Richtung und im Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts usw. berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, die Prognosen ständig zu vervollkommen, und eine kontinuierliche prognostische Arbeit zu leisten.

Die Analyse des Zustandes, der Tendenzen und der Entwicklungsperspektiven der amerikanischen Wirtschaft zeigt, daß die bevorstehende Periode den Vereinigten Staaten ein langsames ökonomisches Wachstumstempo und wahrscheinlich auch eine zeitweilige Stagnation oder Unterbrechung in der Entwicklung der Reproduktionsprozesse bringen wird. Gleichzeitig offenbaren der durch die Beschlüsse des XXIII. Parteitag der KPdSU geplante weitere Aufschwung der Volkswirtschaft der UdSSR, die wachsende Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, das Wachstum des Volkswohlstandes in noch größerem Maße die Vorzüge der sozialistischen Organisation des gesellschaftlichen Lebens und werden zu neuen Erfolgen des Sozialismus im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, zu einer weiteren Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus führen.

²⁷ Vgl. z. B. Studies in Long-Term Economic Projections for the World Economy, United Nations, New York 1964.

Tabelle 4
Prognose über die Produktion ausgewählter Erzeugnisse in den USA (Naturalkennziffern)

	Maßeinheit	1965	1970 (Prognose) (1965 = 100 %)	Zuwachs 1970	Durchschnittl. Jahreszuwachs 1966-1970 (%)
1	2	3	4	5	6
Elektroenergie (Bruttoerzeugung)	Md. kWh	1220	1550- 1600	127-131	4,9-5,5
Erdöl	Mill. t	385 ¹	423- 430	110-112	1,9-2,3
Gas	Md. m ³	456	524- 542	115-119	2,8-3,5
Kohle (umgerechnet auf Steinkohle, ohne Abzüge für die Anreicherung)	Mill. t	475	533- 553	112-116	2,3-3,0
Roheisen	"	80,5	82- 88	102-109	0,8-1,8
Stahl	"	122	125- 130	103-107	0,6-1,4
Mineraldünger (umgerechnet a. Wirkstoffe)	"	10,6	12	110	1,95
Plaste u. Kunstharze	1000 t	5216	7400- 7700	141-147	7,0-8,0
Chemiefasern	"	1474	1700- 1900	115-129	2,8-5,2
Werkzeugmaschinen	1000 St.	183	185- 195	101-106	0,2-1,2
Schmiedepressen	"	66,1	72- 77	106-113	1,2-2,5
Kraftfahrzeuge darunter:	"	11052	11800-12000	107-109	1,4-1,8
LKW	"	1752 ²	1700- 1800 ²	97-103	(-0,6)-(+0,6)
PKW	"	9304	9500-10200	102-110	0,4-1,9
Traktoren	"	270 ³	250- 270 ³	94-102	(-1,2)-(+0,4)
Pappe	Mill. t	18,8	21- 23	112-122	2,3-4,0
Papier	"	17,2	20- 22	121-133	3,9-5,9
Zement	"	65	70- 75	111-119	2,1-3,5
Baumwollstoffe	Md. lfdm	8,5	8,7	102	0,4
Wollstoffe	Md. m ²	0,36	0,37	102	0,4
Lederschuhe	Mill. Paar	630	690- 700	109-111	1,75-2,1
Fleisch (Schlachtmasse einschl. Geflügel, Speck u. Fleischwaren)	Mill. t	20,8	26,1- 26,5	128-130	5,1-5,4
Fischfang, Walfang,					

1	2	3	4	5	6
Meerestiere, Meeresprodukte	"	2,2	2,2	0,0	0,0
Milch	Mill. t	57,6 ⁴	61,9 ⁴	106	1,2
Tierische Fette	1000 t	655,0 ⁵	660,0 ⁵	0,01	0,0
Pflanzliche Fette	Mill. t	3,56	3,9	110	1,9
Zucker	"	4,6 ⁶	4,4 ⁶	90	-2
Rundfunkempfänger	Mill. St.	24,1	23-25	95-104	(-1,0)-(+0,8)
Fernsehempfänger	"	11,0	12-13	109-118	1,7-3,4
Haushaltskühlschränke	"	4,9	6- 6,5	122-133	4,1-5,9

1 Die Eigenförderung sicherte 1965 etwa 70 % des Landesbedarfs an Erdölprodukten

2 Einschließlich Autobusse

3 Ohne Traktoren für den Gartenbau

4 Nur Kuhmilch

5 Nur Butter

6 Nur Eigenproduktion, ohne Importe, die etwa 2/3 des Bedarfs ausmachen.

Lola Zahn

Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung

Aus: *Konjunktur und Krise*, Berlin 3/1968

Anderthalb Jahrzehnte lang vollzog sich in der Bundesrepublik die den ökonomischen Reproduktionsprozeß regulierende staatsmonopolistische Tätigkeit in Form wirtschafts- und finanzpolitischer Einzelmaßnahmen mit deshalb oft konträren Wirkungen, weil sie ebenso auf die Förderung dynamischer Wachstumsindustrien und progressiver Strukturveränderungen wie auf die Konservierung lebensunfähiger Zweige und überlebter Strukturen gerichtet waren. Das Nachbarland Frankreich hingegen hatte schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der sogenannten Planifikation, d.h. mit der staatsmonopolistischen Programmierung der Wirtschaftsentwicklung begonnen. Als in Westdeutschland die „freie“ oder „soziale“ Marktwirtschaft mit ihren punktuellen staatsmonopolistischen Eingriffen Anfang der sechziger Jahre in eine Sackgasse zu führen drohte, setzte dort eine ausgiebige Diskussion über das Thema „Plan oder/und Markt“ ein. Die französische Planifikation und der IV. Plan (1962–1965) der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Frankreichs rückten in den Vordergrund polemischer Auseinandersetzungen. Es blieb keineswegs bei wirtschaftstheoretischen Diskussionen. 1965 wurde das erste Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenrates vorgelegt, das eine Vorausschau für ein Jahr enthielt und seitdem alljährlich erarbeitet wird. Fünfjahresprojektionen von 1967 bis 1971 werden für Wirtschaft und für Finanzplanung in den beiden zuständigen Bundesministerien erarbeitet. Die vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium schon 1956 erhobene Forderung nach Vorlage eines Wirtschaftsprogramms in Form eines Nationalbudgets ist 1968 erfüllt worden. In diesem Jahr legte die Regierung die Grundlinien der Wirtschaftspolitik in einem Jahreswirtschaftsbericht vor. Mittelfristige Wirtschaftspolitik, mehrjährige Finanzplanung, konzertierte Aktion, Globalsteuerung, Einheit von Stabilität und Wachstum – so umschreibt sich die Hinwendung der Bonner Regierung zu einer langfristig und einheitlich konzipierten, systematisch und konsequent verfolgten Wirtschaftspolitik. Die große französische Zeitung „*Le Monde*“ charakterisierte den Beschluß der westdeutschen Regierung auf Vorlage eines Jahreswirtschaftsberichtes als Beginn einer „neuen Etappe in der Geschichte der (west)deutschen Wirtschaft in Richtung auf eine gewiß vorsichtige Planifikation, die aber nichtsdestoweniger das Wirtschaftssystem Westdeutschlands den französischen oder englischen Modellen annähert.“ (Roland Delcour, in: *Le Monde* vom 12.4.1967)

Im Zusammenhang und in Wechselwirkung mit der Abzeichnung erster Ansätze der Programmierung in Westdeutschland, stehen die seit 1964 festzustellenden Fortschritte in der allmählichen Herausbildung einer supranationalen staatsmonopolistischen Programmierung im Rahmen der EWG. Im März 1967 wurde das erste

Programm für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik, ein Jahr darauf das zweite korrigierte Programm und die erste Konjunkturprognose für die EWG vorgelegt. Je näher der Termin (1. Juli 1968) für den völligen Abbau der inneren Zollgrenzen und die gleichzeitige Anwendung des EWG-Außenzolls durch alle EWG-Staaten heranrückte, um so größer wurde ihre Bereitschaft, ihre (programmierten oder nichtprogrammierten) Wirtschaftspolitiken miteinander abzustimmen, sich dadurch vor Überraschungen und Störungen durch Aktionen der „Partner“ im Konkurrenzkampf zu schützen und sich in ihrer Außenwirtschaftspolitik gegenüber Drittländern möglichst einheitlich zu orientieren.

Die durch die westeuropäische Integration institutionell geförderte Internationalisierung der Wirtschaft hat dazu beigetragen, Bedingungen zu schaffen, die die Wirtschaften Frankreichs und der Bundesrepublik zu einer gemeinsamen Programmierung im Rahmen der EWG treiben.

Die Programmierung drängt sich in nationalem und internationalem Rahmen vor allem aus zwei Gründen auf:

Erstens erfordert die Strukturproblematik in den entwickelten Industrieländern immer dringlicher Lösungen, die ihrer Natur nach langfristig sind. Angesichts der komplexen Verflechtung der nationalen Infrastrukturen, müssen diese in internationaler Abstimmung erfolgen. Und selbst die internationale Abstimmung der Verkehrs-, Energie-, Wissenschaftspolitik usw. kann nicht isoliert vorgenommen werden, sondern bedarf eines einheitlichen Bezugssystems.

Zweitens setzt die Beseitigung der EWG-Zollgrenzen jedes EWG-Land stärker den Einwirkungen der Wirtschaft des anderen Landes, insbesondere seiner Exportexpansion, aus, sie es auf Grund seiner wachsenden Konkurrenzfähigkeit, sei es infolge der von ihm unternommenen Kompensation zyklischer Konjunkturrückgänge. Daher erfordert die Programmierung Frankreichs unbedingt eine mit ihr abgestimmte Programmierung der anderen EWG-Staaten, ein Verlangen, das durch die westdeutsche Krise von 1966/67 verstärkt wurde. So fand auf Initiative Frankreichs am 31. Oktober 1967 die erste Konferenz der EWG-Wissenschaftsminister in Luxemburg statt, auf der ein französischer Entwurf über Prinzipien einer gemeinsamen Wissenschaftspolitik und der Errichtung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsunternehmen zur Diskussion stand und einer Kommission zur weiteren Stellungnahme überwiesen wurde. Umgekehrt sucht auch Westdeutschland, sich seit 1964 im Rahmen der EWG vor der 1962/63 bedrohlich gewordenen inflationistischen Entwicklung Frankreichs durch eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik, zunächst im konjunktur-, währungs- und finanzpolitischen Bereich zu schützen.

Zum Wesen und zu einigen Widersprüchen der Planifikation in Frankreich

Die durch die wissenschaftlich-technische Revolution vorangetriebene Vergesellschaftung der Produktion hat zur Herausbildung der ökonomischen Funktion des Monopolstaates geführt. Sie besteht darin, die ökonomischen – und durch sie vermittelt – die natürlichen und technischen, sozialen und politischen Bedingungen

so zu verändern, daß auch bei wachsender Verflechtung der Wirtschaftsbereiche, der Produktionszweige, von Wissenschaft, Technik und Produktion, von langfristiger Prognose und Entscheidung einerseits und kurzfristiger operativer Tätigkeit andererseits, den Erfordernissen sowohl eines schnellen Wachstums des Kapitalminimums und der Unternehmensdimension, als auch der Marktvereinheitlichung und -vergrößerung sowie der sich wandelnden materiell-technischen und ökonomischen Strukturen usw. soweit Rechnung getragen wird, als die erweiterte Reproduktion des Kapitals unbedingt erfordert. Durch Aufrechterhaltung und Verbesserung der monopolistischen Verwertungsbedingungen des Kapitals sollen ökonomische und soziale Störungen der Reproduktion vermieden und die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus weiterhin gewährleistet werden.

Wenn dem so ist, so fragt es sich, warum der französische Staat seine ökonomische Funktion schon seit 20 Jahren in Form staatsmonopolistischer Programmierung ausübt, während die Bundesrepublik erst jetzt zu solchen Formen der Regulierung greift.

Dieser Unterschied hat historisch-ökonomische Wurzeln und erklärt sich aus der besonderen technisch-ökonomischen Rückständigkeit des französischen Kapitalismus. Frankreichs Imperialismus war bis zum zweiten Weltkrieg ein kolonialer Wucherimperialismus, der auf der Ausbeutung kolonialer Rohstoffquellen und auf dem Export wenig bearbeiteter Waren beruhte. Die Leichtindustrie wurde vorrangig vor der Schwerindustrie entwickelt, um Konsumgüter des Luxus- und Massenbedarfs für Frankreich, dessen Bourgeoisie reichliche Kolonialprofite aus Übersee und aus den Balkanländern herauszog, zu erzeugen. Daraus ergab sich die niedrige organische Zusammensetzung des französischen Kapitals, der niedrige Stand der Ausrüstung beider Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion mit schweren Produktionsmitteln, der relativ geringe Grad der Konzentration der Produktion und das niedrige Niveau der Produktivität je Arbeitsstunde.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges erhoben die französischen Werktätigen die Forderung nach einer Planung der französischen Wirtschaft. Die Sowjetunion, welche die Hauptlast des Krieges trug, hatte durch ihren entscheidenden Anteil am Sieg über die faschistischen Aggressoren den allen sichtbaren Beweis der Leistungskraft und Lebensfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft erbracht. Die Planung der Wirtschaft – so bekundet auch einer ihrer bürgerlichen Wegbereiter in Frankreich, *Jean Fourastié* – „wurde von den Parteien der Linken und den Gewerkschaften nicht nur akzeptiert, sondern gewünscht“.¹

Die Aufstellung von Fünfjahresplänen vollzog sich in der Weise, daß ein großer Apparat von Statistikern, Ökonomen und naturwissenschaftlich-technischen Spezialisten sowie von Sachbearbeitern geschaffen wurde, der als sogenannte Technokratie als neutral ausgegeben wird und die Aufgabe hat, Informations- und Orientierungsgrundlagen sowohl für die globalen wirtschaftspolitischen und einzelnen ökonomischen Entscheidungen des Staates als auch für die unternehmenspolitischen und operativen Entscheidungen der Monopolunternehmen und anderer Wirt-

¹ Karl Albrecht, *Planifikateure beim Werk*. Econ Verlag, Düsseldorf-Wien 1964, S. 39

schaftsteilnehmer zu erarbeiten. Durch das Zusammenwirken der politischen Entscheidungsgewalt der Monopole und ihres Staates mit einem mit wissenschaftlichen Methoden operierenden Apparat der Informationsgewinnung und -verarbeitung entsteht ein globalstrategischer Rahmen mit Orientierungsrichtlinien für Einzelentscheidungen über Produktion, Investition, Marktverhalten usw. Auf diese Weise soll ein möglichst hoher Grad der Entscheidungskordinierung des relativ bedeutenden staatlichen und des privatwirtschaftlichen Sektors, sowie innerhalb beider Sektoren, erreicht werden.

Die französische Planifikation wird als *indikative Planung* bezeichnet. Sie legt keine verbindlichen Planaufgaben fest, sondern orientiert die Wirtschaft auf jene Generallinie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, auf die sich die verschiedenen Monopolgruppen geeinigt haben. Sie enthält also einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Strategien der Monopolgruppen und ist darauf gerichtet, widerstreitende Interessen möglichst unwirksam zu machen und plankonforme Unternehmerentscheidungen hervorzurufen. Dabei spielt eine große Rolle, daß der französische Staat in größerem Umfang als Unternehmer und als Investor, vor allem aber als mächtigster Finanzier der Wirtschaft unmittelbar in den Reproduktionsprozeß eingreift und plankonform regulierend wirken kann.

In Frankreich ist der Staat mit 10 Prozent am Umsatz und mit 33,5 Prozent an den Investitionen beteiligt. Die Vergleichszahlen für Westdeutschland sind 7,2 und 18,1 Prozent.² Dazu kommt die indirekte Staatseinwirkung auf die Wirtschaft durch die Umverteilung von Einkommen auf dem Wege der Steuer-, Subventions-, Zoll- und sonstigen Finanzpolitik.

So sucht der Staat durch seine in Verbindung mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausgeübte eigene Wirtschaftsaktivität auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß in Richtung der im Plan niedergelegten quantitativen und qualitativen Ziele wie der Sicherung einer bestimmten Wachstumsrate des Nettosozialprodukts und seiner Verwendungen, bestimmter Strukturveränderungen, der Stabilität des Geldwertes, der Preise und Löhne usw. zu wirken.

Die großen wirtschaftspolitischen Richtlinien werden zwischen Regierung und staatlichen Beratungsorganen, in denen Monopolvertreter mitwirken, fixiert. Ausgangspunkt und zentrale Variable des Richtlinienprogramms ist die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im fünfjährigen Planungszeitraum. Die großen wirtschaftspolitischen Richtlinien werden mit prognostischen Untersuchungen staatlicher und halbstaatlicher Institutionen konfrontiert. Das Generalkommissariat für den Plan ist eine Art Ministerium mit koordinierenden Funktionen. Bei ihm sind Modernisierungskommissionen für bestimmte Produktionsbereiche und viele Industriezweige sowie Kommissionen für Querschnittsprobleme und -aufgaben wie Gesamtwirtschaft und Finanzen, Arbeitskräfte, Arbeitsproduktivität, Regionalgestaltung, Wissenschaft und Technik gebildet worden. Die Kommissionen setzen sich hauptsächlich aus Unternehmervertretern und Staatsfunktionären und zum geringsten Teil aus Gewerkschaftsvertretern zusammen. 1963 machten die 281 Ge-

werkschafter weniger als ein Zehntel der 3 138 Mitglieder der 27 Kommissionen, davon 5 Querschnittskommissionen aus.

Von Anbeginn sollte die Planifikation Entscheidendes zur Wiederherstellung und Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft leisten. Dabei hatten die eigentlichen Initiatoren der französischen Pläne, die Werktätigen Frankreichs, ganz andere Vorstellungen von der Planifikation und wurden in ihren Erwartungen schwer getäuscht, weil die im Laufe der Entwicklung immer mächtiger werdende Monopolbourgeoisie mit Hilfe des Planes oder besser des Programmierungsmechanismus allgemeine Zielsetzungen ihren spezifischen Interessen unterordnete und ihre eigenen Anliegen immer stärker durchsetzte. Das eigentliche Ziel aller Pläne war im Grunde genommen die Konzentration der Produktion in einer geringen Zahl kapital- und leistungsstarker Monopolunternehmen, die Entwicklung eines modernen Wirtschaftspotentials in diesen Unternehmen und die Anpassung der nationalen produktionstechnischen wie ökonomisch-materiellen, d.h. monopolkapitalistischen Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und des verschärften Konkurrenzkampfes. Dieses Hauptziel der staatsmonopolistischen Programmierung: die Stärkung der Monopolmacht wird erst im gegenwärtig laufenden V. Plan offen zum Ausdruck gebracht, jedoch auch in diesem Plan keineswegs als Hauptziel formuliert, sondern rangiert unter vielen anderen ihm tatsächlich untergeordneten Zielen. Es wird noch zu zeigen sein, daß auch die Formulierung dieses Zieles zweideutig bleibt, die Mittel zu seiner Verwirklichung nicht genau bestimmt werden und seine Realisierung sich weitgehend außerhalb des eigentlichen „Planungs“apparates vollzieht.

Bei der Forcierung der weiteren Konzentration der Monopolproduktion, d.h. der Förderung der Mehrwertproduktion und Akkumulation zugunsten der Macht der Monopole, handelt es sich um das für die staatsmonopolistische Programmierung richtunggebende und bestimmende Systemziel. Diesem Systemziel dienen die verschiedenen Planziele in den aufeinanderfolgenden Planzeiträumen. Zu diesen Zielen gehören außer ökonomischen aber auch gewisse soziale Ziele, wie sozialer Wohnungsbau und umfassendere und erweiterte Bildung, soweit sie objektiv für die Reproduktion des Kapitals notwendig wird. Aber diese, die sogenannten kollektiven Ausrüstungen und sozialen Investitionen betreffenden Ziele, nehmen schon im Plan selber einen zweitrangigen Platz ein und wurden so ungenügend realisiert, daß das Problem der sozialen Infrastruktur in Frankreich katastrophale Ausmaße annahm.

Selbstverständlich hat sich die Planifikation in den zwanzig Jahren ihres Bestehens sehr erheblich gewandelt.³ Zunächst in dem Sinne, daß sie immer umfassen-

² Die Zeit, Hamburg, 1968, Nr. 23

³ Vgl. außer Karl Albrecht (Anmerkung 1): François Perroux, *Frankreichs Wirtschaftsprojektion. Der IV. Plan 1962-1965*. Aus dem Französischen (1962), Berlin-Verlag 1964; Pierre Bauchet, *French Economic Planning*. Aus dem Französischen (1962), New York 1964; Bernard Cazes, *Prinzipien und Methoden der französischen Planung*, in: Wege ins neue Jahrtausend, Wettkampf der Planungen in Ost und West, herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt, Desch-Verlag, München, Wien, Basel 1964. Siehe ferner: Karlheinz Kleps, *Langfristige Wirtschaftspolitik in West-*

dere Ziele hinsichtlich der Nutzung und Entwicklung der begrenzten nationalen Ressourcen erhielt, ihre Methoden und ihr Instrumentarium erweitert und vervollkommen wurden, gleichzeitig aber in dem Sinne, daß der Plan viel direkter zu einem Instrument der Herstellung geeigneter Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals und zu einem integrierenden Element eines funktionsfähig gehaltenen Marktes für Waren, Kapital und Dienstleistungen gemacht wurde.

Der erste Plan (1947 bis 1953) richtete sich auf den Wiederaufbau von sechs grundlegenden Zweigen der Wirtschaft, nämlich auf die Produktion von Energie (Kohle und Elektrizität), Grundstoffen (Eisen/Stahl und Zement), auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen und auf den Verkehr; Investitionsmaßnahmen dienten der Modernisierung dieses „Grundlagensektors“, der Beseitigung von Engpässen, der Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit der Hebung des im Kriege abgesunkenen Lebensstandards und der Verbesserung der vernachlässigten Wohnungsbedingungen und kommunalen Einrichtungen.

Der zweite Plan (1954 bis 1957) enthielt grundlegende Operationen für die Gesamtwirtschaft zwecks Kostensenkung, Produktivitätssteigerung, Exportfähigkeit, wobei das Gewicht mehr auf die Verarbeitungsindustrien verlagert wurde; er enthielt erstmalig auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gestützte globale Wachstumsziele.

Der dritte Plan (1958 bis 1961) enthielt „dringende Aufgaben“, zu denen die Wiederherstellung der durch forciertes Wachstum gefährdeten Zahlungsbilanz und Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung gehörten. Wie schon im zweiten Plan sollte auch mit Hilfe des dritten Planes die Produktivitätssteigerung (und ein Produktionswachstum von 20 Prozent) durch Unternehmensmodernisierung und -spezialisierung, Verbesserung der Ausbildung, Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik erreicht werden. Die verstärkte Industrialisierung und eine harmonischere Regionalentwicklung wurden angestrebt; letztere ist aber bis heute in keiner Weise erreicht worden, da nicht die Entwicklungsbedürfnisse der ländlichen oder städtischen Bevölkerung der ökonomisch schwach entwickelten, strukturell rückständigen Gebiete bestimmend sind, sondern vielmehr das Interesse der Chemie- und Stahlmonopole an der Ausbeutung neuer Rohstoffgebiete und an der durch einen höheren Verarbeitungsgrad der Rohstoffe zu erreichenden Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt. So nutzten die Monopolunternehmen staatliche Finanzhilfen, die regionaler Entwicklungsplanung dienen sollten, wie Industriesiedlungsprämien, Steuerprivilegien usw. in ihrem Profitinteresse aus, ohne daß das Ziel einer ausgeglicheneren Regionalstruktur etwa erreicht worden wäre (wie z.B.: Entballung der Pariser Region, Entwicklung des Südwestens: Le Lacq, Aquitaine, Verwandlung der Bretagne aus einem Notstandsgebiet in eine lebensfähige Provinz usw.).

Aus den gleichen Gründen war die französische Regierung unfähig, das mit dem Regionalproblem eng zusammenhängende landwirtschaftliche Problem Frankreichs,

europa, Verlag Rombach, Freiburg i. B. 1966, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 5, herausgegeben von Prof. Dr. Egon Tuchtfeldt, 524 S.

das Problem einer aufgesplitterten, auf rückständige Bearbeitungsmethoden angewiesenen Landwirtschaft und ihrer oft untragbaren Entfernungen zu den städtischen Märkten zu lösen.

Zu den dringenden Aufgaben des dritten Planes gehörten die Wiederherstellung der Zahlungsbilanz und Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung; sie wurden nicht erreicht, und das geplante Produktionswachstum wurde mit 6 Monaten Verzögerung erreicht.

Auch der vierte von 1962 bis 1965 reichende Plan setzte Wachstumsziele für das Bruttosozialprodukt und für die Hauptzweige fest, zu denen nunmehr auch das Fernmeldewesen, der Handel und die Dienstleistungen gehörten, denen ebenfalls Modernisierungsaufgaben gestellt wurden. Die ungelösten Probleme der Sicherung des regionalen Gleichgewichts, des sozialen Ausgleichs durch Sozialinvestitionen und einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz waren Bestandteil auch dieses Plans, ohne daß es gelungen wäre, diese Probleme – im Gegensatz zu den Problemen der Produktions- und Produktivitätsentwicklung – zu lösen.

Die ersten beiden Fünfjahrpläne des Wiederaufbaus und Ausbaus der Wirtschaft hatten eine größere operative Wirkung als die späteren Pläne. Der dritte Plan wurde offiziell 1957/58 und der vierte Plan im Herbst 1963 faktisch außer Kraft gesetzt, um durch Maßnahmen zur Währungsstabilisierung Frankreich aus seiner schwierigen inneren und äußeren Lage herauszubringen. Die forcierte Erreichung der gesetzten Wachstumsziele hatte inflationistisch gewirkt und zu einem ständigen Preisauftrieb, zu Lohnkämpfen der Werktätigen und zu defizitären Haushalten und Zahlungsbilanzen geführt. Ad hoc ergriffene wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten der finanziellen und sozialen Instabilität begegnen und Störungen des Gleichgewichts zwischen der Gebrauchswert- und der Wertseite der gesellschaftlichen Reproduktion abschwächen und – unter Verzicht auf die geplanten Wachstumsziele – einen einigermaßen normalen Fortgang der kapitalistischen Reproduktion sichern. Immer wieder trat die aus dem Systemziel resultierende methodologische Schwäche der Programmierung hervor, die auf quantitative Ziele für die materielle Produktion orientierte, ohne damit die Planung des Nationaleinkommens und seiner Verteilung verbinden zu können. Daher wird von den Anhängern der staatsmonopolistischen Programmierung gefordert, die Einkommenspolitik, worunter vor allem die Lohnpolitik verstanden wird, in die Planifikation einzubeziehen und die materielle und finanzielle Seite des Wirtschaftsprozesses schon im Plan in Übereinstimmung zu bringen.

Mit dem V. Plan (1966 bis 1970) versucht die französische Monopoulbourgeoisie, aus den bisherigen Erfahrungen mit der Planifikation Schlußfolgerungen zu ziehen; sie versucht, den Plan als staatsmonopolistisches Regulierungsinstrument noch besser als zuvor ihren spezifischen Bedürfnissen anzupassen und die gesamte Wirtschaftstätigkeit noch stärker und direkter unter den Einfluß der von ihr – mit staatlichen Mitteln konzipierten und ausgeführten – Wirtschaftspolitik zu bringen. Spezialistengruppen werden noch stärker von jeglicher wirtschaftspolitischer Entscheidungstätigkeit ferngehalten. Dem Wortlaut des V. Planes zufolge soll der Plan zweierlei sein:

Erstens „eine Marktstudie auf nationaler Ebene als kohärentes Bezugssystem für alle, die auf Prognosen beruhende wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen haben.“ Die im Plan enthaltenen normativen Ziele sollen nunmehr grundsätzlich nur für den Staat bindend sein. Eine eigentliche Planung soll also nur für den öffentlichen Sektor gelten, in dem die Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen und vor allem das staatsmonopolistische Finanz- und Kreditsystem konzentriert sind.

Zweitens „die Definition einer kurzfristigen Wirtschaftspolitik. Er enthält insbesondere Empfehlungen für die Umwandlung der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Unternehmen im Hinblick auf ihre Modernisierung, ihre Konzentration und gegebenenfalls ihre Umstellung.“ „Des weiteren wird der Plan ausdrücklich in den Dienst der „Wiederherstellung des Marktes für bestimmte Produkte und Dienstleistungen“ gestellt.⁴

Pierre Bauchet, ein sehr bekannter französischer Autor einer Geschichte der französischen Planifikation nannte sie sehr treffend eine „Art Regulierung der Marktregulierung“.⁵ In der Tat versucht die Planifikation nicht den Prozeß der kapitalistischen Reproduktion, sondern nur die Bedingungen dieses Reproduktionsprozesses zu regulieren.

Die staatsmonopolistische Programmierung soll nämlich der Vergesellschaftung der Produktion durch eine einheitlich konzipierte, formalisierte Wirtschaftspolitik Rechnung tragen und dabei den Marktmechanismus korrigieren. Auch die staatliche Investitionsplanung und die Festlegung allgemeiner Wachstumsziele werden den Bedürfnissen der kurzfristigen Wirtschaftspolitik unterworfen. Bestimmte Alarmsignale für das Überschreiten festgelegter Kennziffern und zulässiger Schwankungsbreiten wichtiger ökonomischer Größen sollen kurzfristige Maßnahmen der Geldstabilisierung oder Wachstumsverlangsamung, d.h. wirtschaftspolitische Plankorrekturen veranlassen. Damit gilt das Primat der kurzfristigen Wirtschaftspolitik gegenüber den im Plan festgelegten mittelfristigen Zielen. Eine längst geübte Praxis wird nunmehr im Plan selber sanktioniert.

Konkret gesehen bedeutet das etwa: dieser oder jener im Plan festgelegte Schul- oder Krankenhausneubau unterbleibt, weil „ein grundlegendes Planziel“ wie die angestrebte internationale Konkurrenzfähigkeit für gefährdet gehalten wird. Dabei sieht der Plan von vornherein für die Wachstumsrate des industriellen Bruttoendprodukts 5,3 Prozent, jedoch nur 3,5 Prozent des Bevölkerungsverbrauchs vor. Der individuelle Verbrauch soll planmäßig von 1964 bis 1970 um 66 Prozent auf 64,4 Prozent des Gesamtverbrauchs zurückgehen. Dazu kommt eine von den Planern vorausgeschätzte Erhöhung der Arbeitslosenzahl von 400 000 Ende 1967 auf 600 000 in zwei Jahren. So wird der kurzfristigen Wirtschaftspolitik im Plan selbst

4 5^e Plan de Développement économique et social, 1966-1970. Numéro 1278, Loi numéro 65-1001 du 30 novembre 1965, 2 Bde., Bd. I, S. 21-23

5 Pierre Bauchet, Une nouvelle planification, in: *Revue économique*, März 1966, S. 161-178, S. 163

die Möglichkeit eingeräumt, das schon sehr bescheidene Ziel der Verbrauchssteigerung der Bevölkerung zugunsten der produktiven Investitionen außer Kraft zu setzen.

Bürgerliche Ökonomen bezeichnen diese von den Monopolen durchgesetzten Veränderungen als eine „gewisse Deprogrammierung“ der Planifikation.⁶

Planifikation und Monopolkonzentration in Frankreich

Die Modernisierung, Konzentration und Umstellung der kapitalistischen Unternehmen ist das Hauptziel des V. Planes.⁷ Erst auf S. 68 des Planwerkes heißt es, Ziel des V. Planes sei,

„die Gründung oder, wenn vorhanden, die Stärkung einer kleinen Zahl von Unternehmen oder Gruppen von internationaler Reichweite, die fähig sind, ausländischen Gruppen in Bereichen, wo Konkurrenz besteht, standzuhalten.“⁸

An der gleichen Stelle werden einige Kennzeichen für das „Unternehmen internationaler Klasse“⁹ angeführt: technische Autonomie, eine bestimmte Dimension der Produktions- und Vertriebsseinheiten, Vielseitigkeit und Gleichgewicht verschiedener Kundenkreise und verschiedener geographischer Märkte, Kraftreserven, um auf das Auftreten eines neuen Erzeugnisses schnell zu reagieren usw.

Nach dem Wortlaut des Planes bleibt offen, ob es sich bei der Unternehmensstärkung und -gründung hauptsächlich um staatliche oder um privatmonopolistische Unternehmen handeln soll. Tatsächlich geht es darum, daß der Staat die Privatmonopolkonzentration stärker forcieren soll. Zu eben diesem Zweck sieht der V. Plan vor, die Selbstfinanzierung der Unternehmen zu erhöhen, das Bankensystem zu reorganisieren und die volle Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes wiederherzustellen. Bezüglich der Schaffung mächtiger Unternehmen von internationaler Geltung heißt es nur, daß sie „das Gerüst der künftigen französischen Industrie bilden“, und daß ein „Hauptziel des Planes ist, diese Bewegung anzuregen und zu beschleunigen“.¹⁰

Um die Bedeutung des Konzentrationsproblems für Frankreich richtig einzuschätzen, muß man auf die immer noch vorhandene starke Aufsplitterung der Produktion in fast allen Zweigen hinweisen. Die Vielzahl selbst großer Unternehmen in einem Zweig bedeutet, daß ein neu gegründetes Unternehmen, eine neue Technologie oder ein neues Produkt das vorhandene Kräfteverhältnis zerstören, den ab-

6 Ebenda, S. 174 und 177

7 Vgl. G. Thomas, Le V. Plan. Perspectives, Conséquences, in *Economie et Politique*, Nr. 151, März 1967

8 Vgl. Anmerkung 4

9 Vgl. dazu: Bureau d'Informations et de Prévisions Economiques (B. I. P. E.). Les entreprises de classe internationale, eine im Auftrag der D.G.R.S.T. (siehe Anmerkung 19) durchgeführte Analyse der „Wachstumsfaktoren der großen amerikanischen Unternehmen“. Paris, Oktober 1966, 2 Bände

10 Ebenda, S. 69

geschwächten Konkurrenzkampf wieder aufleben lassen und zu Überinvestitionen führen kann.¹¹

Durch die Schaffung von wenigen Monopolunternehmen internationaler Klasse in den strukturbestimmenden Zweigen würden ökonomische Entscheidungen sicher erkennbarer und eher vorhersehbar werden. Denn diese Unternehmen sind hauptsächlich an der Entscheidung über die Hauptziele des Planes beteiligt und üben den Haupteinfluß auf die kurzfristige Wirtschaftspolitik aus. Durch ihre „plankonformen“ Einzelentscheidungen bestimmen sie die Entscheidung ihrer zahlreichen Zulieferanten und der von derartigen Entscheidungen durch Kettenreaktion beeinflussten Entscheidungen zahlreicher anderer Unternehmer. Eine auf diese Art erhöhte Wirksamkeit der staatsmonopolistischen Programmierung würde ihren gewaltigen sozialen Konfliktstoff zweifellos noch vergrößern.

Die von der Französischen Kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse Frankreichs kämpft gegen die Konzentration der Macht der Monopole, für die Durchsetzung der Mitbestimmung der Werk tätigen und setzt sich das Ziel, umgekehrt wie der V. Plan es fordert, die Entscheidungsgewalt der Monopole einzuschränken und zu begrenzen. Mit Recht konnte sich die FKP auf den zweideutigen Wortlaut des Planes berufen, als sie dem Land Ende 1967 einen Gesetzentwurf für die schrittweise Nationalisierung der Schlüsselpositionen der französischen Wirtschaft vorlegte¹² (Geschäftsbanken, Rüstungsindustrie, Flugzeugindustrie und Luftverkehrsgesellschaften, Elektronik, Chemie- und Erdölindustrie, Stahl- und Automobilindustrie werden für die Nationalisierung vorgesehen). Die FKP machte geltend, daß nur durch die Nationalisierung sowohl die Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie erhöht wie die Interessen des Volkes wahrgenommen werden können.

Die französischen Monopole hatten, als sie ihr Hauptziel vorsichtig im V. Plan formulierten, einen anderen Weg vor Augen. Die Steigerung der Ausbeutung durch Erhöhung der Arbeitsintensität und des Arbeitstempos hat offensichtlich die physische und moralische Grenze der Werk tätigen erreicht. Nunmehr läßt sich die Konkurrenzfähigkeit nur durch technischen Fortschritt sichern. Deshalb ist die Konzentration und auch die Schaffung national führender, international operierender Unternehmen objektiv notwendig. Die Monopolbourgeoisie konnte es sich angesichts des Widerstandes des Volkes gegen ihren Machtzuwachs nicht erlauben, ihr im Plan vague umrissenes Konzentrationsziel nach Zweigen, Maßnahmen, Finanzierungs Mitteln usw. zu konkretisieren. In Gesprächen mit Ökonomen in halbstaatlichen und staatlichen Informations- und Analyseinstituten in Paris konnte ich feststellen, daß die Konzentration als Schwerpunkt der Planifikation außerhalb des V. wirtschaftlichen Entwicklungsplanes Frankreichs zwischen Staat und Monopolen programmiert wird. Dafür zwei Beispiele:

11 André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*. Aus dem Französischen, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1967, S. 181

12 Démocratie, Nationalisations, Progrès, in: *Economie et Politique*, Paris, Nr. 159, Oktober 1967

Mit Hilfe des sogenannten *Plan Calcul* soll eine von französischem Kapital beherrschte elektronische Industrie neu geschaffen werden. Bekanntlich wurde die in Frankreich bestehende Elektronik — durch den Verkauf der Compagnie Bull an General Electric — völlig amerikanisiert. In Frankreich wird die Produktion der Mikromodulechnik und der Computer zweiter Generation zu 95 Prozent und der sonstigen Computer zu 80 Prozent von amerikanischen Monopolen beherrscht. Wer wie IBM und General Electric die bestausgerüsteten Rechenzentren im Lande besitzt, ist über die französische Wirtschaft und Verwaltung informiert, vermag als Lieferant Druck auf die Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtindustrie auszuüben und kann auf die Entwicklung von Wissenschaft und Technik einwirken. Der *Plan Calcul* stellt einen Vertragsabschluß zwischen Staat und drei französischen Monopolgruppen dar. Die Monopole verpflichten sich, drei Betriebe bzw. Abteilungen zu einem Großunternehmen der Computerindustrie zu vereinigen und drei festgelegte Typen zu entwickeln und zu fertigen. Der Staat verpflichtet sich, staatliche Hilfe in Höhe von 440 Millionen Franken zu leisten und für 250 Millionen Franken Anleihegarantien zu übernehmen.

Das Bankinstitut Banque de France et des Pays Bas hatte seinerzeit die Transaktion Bull, d.h. den Ausverkauf des letzten französischen elektronischen Großunternehmens an die USA abgewickelt; die gleiche Bankengruppe erhielt jetzt den Auftrag, am Aufbau einer nationalen Computerindustrie finanziell mitzuwirken.¹³

Ein so lukratives Geschäft wie den *Plan Calcul* haben nun die französischen Stahlindustriellen ihrerseits dem Staat vorgeschlagen. Zwischen der Unternehmerorganisation, dem *Syndicat Professionnel de la Sidérurgie*, und dem Staat wurde schließlich ein sogenannter *Plan Professionnel*, d.h. ein Plan der Profession vereinbart. Unter diesem unverfänglichen neutralen Titel verbirgt sich ein Rahmenvertrag, durch den die Stahlindustriellen sich zu Fusionen und Stillegungen von Betrieben verpflichten, während der Staat sich verpflichtet, ihnen von 1966 bis 1970 7 Milliarden Franken für Kapitalerneuerungen und Neuanlagen zur Verfügung zu stellen. Über diese ungeheure Summe aus dem Staatshaushalt verfügen die Stahlindustriellen ohne Mitwirkung des Parlaments und der Gremien des V. Planes. Es ist so, daß selbst leitende Mitarbeiter der staatlichen Planungs- und Koordinierungsorgane keine Einzelheiten dieses Fusions- und Finanzierungsplanes der Stahlindustrie kennen. Dabei haben sie aber die Aufgabe, Prognosen der weiteren Entwicklung zu erarbeiten. Welche Betriebe stillgelegt werden sollen, welche sozialen und regionalen Maßnahmen dementsprechend zu planen wären — alles das bleibt sowohl denen, die damit dienstlich zu tun haben wie auch den betroffenen Werk tätigen völlig unbekannt.

So fallen die wichtigsten Entscheidungen hinter dicht verschlossenen Türen. Bezüglich der vom Staat vermittelten Unternehmensfusionen spricht das Volk ironisch von einem „Heiratsbüro“ beim Industrieministerium. Auf die mit der Planifikation verbundene Publizität wird weitgehend verzichtet. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß die kapitalistische „Planung“ der Wirtschaft antidemokratisch

13 Ebenda, S. 21 und 23 (siehe auch Anmerkung 18)

ist: sie nutzt die gesellschaftliche Funktion der Planung in formalisierter und dadurch verzerrter Form, d.h. in Widerspruch zu ihrem gesellschaftlichen Inhalt aus.

Während 1968 mehr als 100 Unternehmen Massenstein erzeugten, haben die Fusionspläne von Regierung und Stahlgewaltigen dazu geführt, daß sich heute zwei Monopolunternehmen Produktion und Markt teilen: im Norden der Mammutkonzern USINOR-Lorraine/Escaut und im Osten die Fusionsgruppe Wendel-SIDELOR-Mosellane de Sidérurgie. Sie produzieren 80 Prozent des Massenstein in Frankreich. Auch in anderen Zweigen hat die staatlich geförderte Fusion bestehender Monopolunternehmen zu allmächtigen Monopolgebilden große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Fusionen entwickelte sich im Zuge des V. Planes im Vergleich zu vorher wie folgt:¹⁴

1959	400 Fusionen
1966	1 400 "
1967	2 000 "

Die französische Regierung machte erfolgreiche Anstrengungen, staatliche und private Erdölunternehmen zu einem Unternehmen zusammenzufassen. Sie veranlaßte und unterstützte den Zusammenschluß der drei großen Monopolgruppen Ugine, Kuhlmann und Société de Produits azotés zu einem einzigen chemischen Konzern. Solche Fusionen werden auch innerhalb des staatlichen Unternehmenssektors vollzogen, um ihn den Monopolinteressen besser nutzbar zu machen. So entstand z.B. ein staatliches Kali- und Stickstoffunternehmen, das nunmehr ein Fünftel der französischen Düngemittelproduktion auf sich vereinigt. Investitions-, Diskont- und Depositenbanken werden durch Fusionen zu wirksameren Instrumenten von Konzentrations-, Modernisierungs- und Umstellungsprozessen in Richtung auf die Schaffung von Monopolunternehmen „internationaler Klasse“ gemacht.

Wenn Frankreichs größtes Unternehmen unter 100 führenden der Welt 1967 noch auf Platz 88 lag und unter den zehn führenden Unternehmen Westeuropas nicht zu finden war, so beginnt sich diese Situation bereits zu ändern. Im Jahre 1966 hatte Frankreich erst 2 Unternehmen mit einem Umsatz von über einer Milliarde Dollar, während es 1967 bereits 3 Unternehmen dieser Größenklasse waren, in denen man die gewünschten „Unternehmen internationaler Reichweite“ sehen kann. Unter den 27 nichtamerikanischen Unternehmen dieser Größenklasse wies Westdeutschland im Jahre 1966 ebenso wie unter den 32 Unternehmen im Jahre 1967 die gleiche Zahl von 12 Unternehmen auf.¹⁵ Parallel dazu vertauschte Frankreich seinen sechsten Rang hinsichtlich des Bruttosozialprodukts je Einwohner mit dem fünften Rang der Bundesrepublik und seinen vierten Rang im Außenhandelsvolumen je Einwohner mit dem dritten Rang Westdeutschlands.¹⁶

14 Frankreich im Fusionsfieber, in: *Die Wirtschaft* (A), 1968, Nr. 17

15 Jean-Jacques Servan-Schreiber, *Le défi américain* (Die amerikanische Herausforderung). Editions Denoël, Paris 1967, S. 64; Die größten Industrieunternehmen der westlichen Welt, in: *Wirtschaft und Wettbewerb*, (18) 1968, 3, S. 189-196

16 Aus der Rede Karl Schillers in der Bundestagsitzung vom 14.2.1968. Grundlinien der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Jahreswirtschaftsbericht 1968 vor dem Bundestag. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 1968, Nr. 24, S. 192

Da die Fusionsbewegung in den USA im Jahre 1967 ihren Höchststand seit 30 Jahren erreichte, hat sich der amerikanische Vorsprung hinsichtlich der Bildung größter Unternehmen weiter vergrößert. Die Zahl der eine Milliarde Dollar Umsatz übersteigenden Unternehmen erhöhte sich von 60 im Jahre 1966 auf 80 im Jahre 1967.¹⁷

Den Rückstand Frankreichs gegenüber den USA zeigen folgende Angaben aus dem Jahre 1967.¹⁸

Die zehn größten Gesellschaften in Frankreich und in den USA
(nach der Zahl der Beschäftigten, nach Umsatz und Profit)

	Beschäftigte	Umsatz in Mill. Dollar	Profite
Frankreich	600 000	8 600	200
USA	2 300 000	80 600	6 000

Die Gesellschaften der USA haben mit der vierfachen Beschäftigtenzahl einen zehnfachen Umsatz und einen dreißigfachen Profit im Vergleich zu den zehn ersten Unternehmen Frankreichs erzielt. Während ihr Umsatz pro Beschäftigten doppelt so hoch ist, erreicht ihr Profit dank der von den amerikanischen Monopolunternehmen internationaler Klasse auf Grund ihrer Dimension und Beweglichkeit angewandten Globalstrategie das Achtfache des in den größten französischen Monopolunternehmen erzielten Profits.

Angesichts dieser immer noch vorhandenen Unterlegenheit des französischen Monopolkapitals gegenüber dem USA-Imperialismus wehrt sich die französische Regierung dagegen, daß in Frankreich eindringendes USA-Kapital neue Machtpositionen erobert. Befinden sich doch schon nicht weniger als 50 der tausend wichtigsten französischen Unternehmen unter amerikanischer Kontrolle. Der französische Imperialismus versucht seinerseits, die spezifische, finanzielle und industrielle Macht der großen Monopolgesellschaften, die jedes Land beherrschen und sich auf internationaler Stufe ausdehnen, von der Basis Frankreich aus zu entwickeln und so die ihm durch seine gegenwärtige Kapitalakkumulationskraft gesetzten Grenzen zu übersteigen.

17 Wie Anmerkung 15

18 Henri Jourdain, Sur quelques développements actuels de l'impérialisme, in: *Economie et Politique*, Nr. 162, Januar 1968, S. 23

Der antidemokratische Charakter der Planifikation und ihre gesellschaftliche Effektivität

Die Monopole wollen dem Ziel der Sicherung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit alles unterordnen, sehen sich heute aber der mächtigen Front aller Werktätigen, die oft die Unterstützung der kleinen, von vielen Sorgen geplagten Geschäftsleute haben, gegenübergestellt. Die Studenten und ein Teil der Professoren führen den Kampf für eine auf allen Stufen des Bildungswesen längst fällige Bildungsreform; die Arbeiter haben erfolgreich gegen Reallohnsenkungen durch Preisauftrieb und Währungsverfall gekämpft. Statt des geplanten Abbaus der Sozialversicherung fordern sie kollektive Ausrüstungen, welche die Lebensgrundlagen der Volksmassen sichern helfen: ausreichenden und gesünderen Wohnraum, bessere Verkehrsverbindungen, Bildung für alle, Einrichtungen des Gesundheitsschutzes, für Sport und Erholung, Anlagen und Maßnahmen zum Schutz vor der Verseuchung der Erde, Wasser und Luft im Zuge der weiteren Technisierung. Viele Wissenschaftler stellen sich – zögernd noch und zaghaft – an die Seite der kämpfenden Arbeiter und Studenten. Sie wollen die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der Gesellschaft und nicht im Profitinteresse einiger Macht- und Entscheidungscliquen entwickeln helfen, sie wollen sie voll ausschöpfen, statt eng markt- und profitorientiert zu forschen und wissenschaftliche Ergebnisse einzusetzen.

Die mit der Erlangung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen aller Art befaßten Spezialisten – in Rundfunk und Fernsehen, in Presse und Wirtschaftsinformation – wollen die Möglichkeit haben, der Wahrheit den Vorrang vor der interessengebundenen Entstellung, Falsch- und Desinformation zu geben, zu der die beabsichtige Einführung der Geschäftsreklame der großen Unternehmen sie noch stärker zu zwingen droht.

Am Beispiel der Prognose läßt sich der Widerspruch zwischen den Interessen der Werktätigen und monopolistisch geprägten Geschäftsinteressen gut erläutern. Grundsätzlich muß jede Prognosetätigkeit von der Einschätzung der wissenschaftlich-technischen Entwicklungsrichtungen und von den industriellen Anwendungsmöglichkeiten der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik ausgehen. Die Prognose staatlicher und halbstaatlicher Institutionen in Frankreich ist jedoch nicht auf die Erkenntnis zukünftiger allgemeiner gesellschaftlicher Bedürfnisse gerichtet, sondern soll erkunden, welche neuen Produkte und Verfahren zu neuen Märkten führen und Strukturveränderungen auf alten Märkten hervorrufen können.

Bei der prognostischen Konsumtionsforschung z.B. wird nur gefragt, wie sich die neu zu erwartende Kaufkraft verschiedener Einkommensgruppen voraussichtlich auf die Entwicklung der verschiedenen Märkte auswirken wird. Eine Frage lautet z.B.: welche Medikamente werden 1975 in welchem Umfang abzusetzen sein, nicht aber: wie kann dieser oder jener Krankheit durch umfangreiche Prophylaxe entgegengewirkt werden und der Anteil der Ausgaben für Pillen am Familienbudget verringert werden. Objekt der Prognose ist nicht die Entwicklung der Familiengesundheit, sondern der Märkte der pharmazeutischen Industrie. Die Prognosetätigkeit ist also weitgehend (natürlich nicht ausschließlich) dem Verwer-

tungsziel des kapitalistischen Systems untergeordnet. Schon die Wahl eines nur mittelfristigen Prognosezeitraums von fünf Jahren begünstigt eine enge, weil markt- und profitorientierte prognostische Fragestellung.

Das alles schließt nicht aus, daß die staatlichen Infrastrukturausgaben für Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Verkehrsanlagen, Wohnungs- und Städtebau, Regionalgestaltung usw. eine wachsende Rolle spielen werden und insofern die staatsmonopolistische Programmierung hier einen sehr realen Ansatzpunkt für den Kampf der werktätigen Klassen und Schichten für die Entwicklung der in Frankreich so stark vernachlässigten Kollektiv- und Sozialausrüstungen bietet.

Der antidemokratische Charakter der Planifikation äußert sich in der Unterordnung des investitionsgeplanten öffentlichen Sektors unter die durch die staatliche Wirtschaftspolitik treibhausartig geförderte Monopolmacht, in der unternehmenen Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes und des Marktes überhaupt, in der außerhalb des Entwicklungsplans und jeglicher öffentlicher Kontrolle betriebenen staatlichen Fusionsförderung. Antidemokratisch ist schließlich die militärische Zielsetzung der französischen Regierung mit ihrer *force de frappe* und der Forcierung der militärwichtigen Forschungen. Sie verschlingt große finanzielle Mittel, die gesellschaftlich produktiv zu verwenden gewesen wären; sie hat wesentlich zu den Währungs- und Zahlungsbilanzkrisen der Vergangenheit beigetragen; sie verhindert eine ausreichende informatorische Grundlegung der Planung.

Die militaristische Zielsetzung der Monopolregierung steht einer wirklichen Prognose im Wege. Zwei Drittel der gesamten Forschung hat militärischen Charakter und ist der Koordinierung durch den zentralen staatlichen Forschungsrat, die dem Ministerpräsidenten unterstellte Allgemeine Delegation für wissenschaftliche und technische Forschung¹⁹ entzogen. Der Delegation unterstehen hauptsächlich die 15 Prozent aller Finanzausgaben beanspruchende Grundlagenforschung, so daß sie insgesamt nur 16 bis 18 Prozent aller Forschungsausgaben lenkt. Die Wissenschaft und Technik weitgehend bestimmenden Zweige der sogenannten Großforschung: Atom-, Raum- und Luftfahrtindustrie stehen außerhalb des V. Planes. Einengende militärtechnische Zielsetzungen hemmen die Weiterentwicklung z. B. der Atomforschung für die zivile Energieversorgung oder die industrielle Weiterentwicklung der Elektronik.

Auf dem Gebiet der Forschung, auf dem der Staat zwei Drittel aller Mittel bewilligt, fehlen also infolge der militaristischen Ausrichtung und Geheimhaltung der Forschung solide Grundlagen für die Planung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Das wirkt sich auf die perspektivische Planung anderer Bereiche negativ aus. In Frankreich wird daran gearbeitet, für 1985 eine interindustrielle Verflechtungsbilanz auf der Grundlage der 1985 zu verwendenden neuen und alten Materialien zu erarbeiten. Einstweilen aber fehlen breitere Vorstellungen über Produkte und Verfahren von morgen. So erarbeitete man, um ein Beispiel zu nennen, den Plan für Arbeitskräfte bis 1970 im wesentlichen auf Grund der Extrapolation der bis 1965 wirksamen Tendenzen und ohne prognostische Einschätzung

19 Déléation Générale à la Recherche scientifique et technique

der in der Struktur der Qualifizierung der Arbeitskräfte erfolgenden Veränderungen.

Bei aller Vervollkommnung der technischen Planmethoden fehlen der staatsmonopolistischen Programmierung infolge ihres begrenzten Horizontes richtige Erkenntnisse der entscheidenden ökonomischen Kategorien und Zusammenhänge, d.h. der in der Gesellschaft wirksamen Entwicklungsgesetze und der den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß regulierenden ökonomischen Gesetze. Das widerspiegelt eine Feststellung, die der Leiter einer Kommission für die Entwicklung langfristiger Prognosen im Nationalen Statistischen Amt (INSEE) über besonders dringliche Probleme der Planifikation machte. An ihrer Spitze stehen:

1. die Herstellung der Beziehungen zwischen Planzielen und Maßnahmen zu ihrer Realisierung;
2. die Herstellung der Verbindung zwischen den Fünfjahresplanperioden betreffenden staatlichen Entscheidungen und den Entscheidungen des Staates für jedes Jahr, d.h. zwischen Entwicklungsplan und jährlichem Nationalbudget.

Wenn man die Planifikation in ihrer Wirksamkeit als Instrument und Methode der staatsmonopolistischen Regulierung einschätzen will, so ist zunächst davon auszugehen, daß sie mit der sozialistischen Planung der Volkswirtschaft trotz gewisser gemeinsamer statistisch-mathematischer Methoden überhaupt nicht auf eine Linie zu stellen ist. Es handelt sich nicht um die planmäßige Gestaltung des Nationalen Reproduktionsprozesses, sondern lediglich um die Beeinflussung der Gesamtheit seiner Bedingungen, damit er als kapitalistischer Prozeß vonstatten gehen kann. Insofern ist der Plan und der Prozeß seiner Erarbeitung

1. ein Instrument der Information und Orientierung und damit Grundlage staatsmonopolistischer Entscheidungsfindung und unternehmerischer Operationen;
2. ein Instrument der im „Dialog“ von Staats- und Monopolvertretern gewonnenen Wirtschaftspolitik des Monopolstaates und ihrer Durchsetzung mittels des gezielten Einsatzes der staatlichen Wirtschaftsmacht im Interesse der Monopole.

Wir sahen schon, daß die ökonomische und die finanzielle globale Regulierung der Volkswirtschaft in Widerspruch zueinander geraten, da die Wachstumsziele des Planes und die im spontanen Reproduktionsprozeß entstehenden Proportionen in Konflikt geraten und der spontane, durch den Preis- und Profitmechanismus beeinflusste Prozeß die „Planung“ über den Haufen wirft.

In dem Maße, da aber die auf eine bestimmte Investitions- und Wachstumsrate gerichtete staatliche Wirtschaftspolitik die innere und äußere Finanzstabilität gefährdet und Stabilisierungsmaßnahmen notwendig macht, wird der Plan als Entscheidungsgrundlage für die Dispositionen der Unternehmer, für Maßnahmen staatlicher Stellen usw. mit Unsicherheitsfaktoren belastet, die seine Bedeutung als Informationsgrundlage und Marktorientierung erheblich mindern oder zerstören.²⁰

Die Planifikation ist mit großer Unsicherheit behaftet, weil sie überhaupt nicht alle Bereiche und Prozesse der Wirtschaft erfaßt:

Erstens bezieht sie gesellschaftliche Teilsysteme wie die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die soziale Entwicklung, die Regionalplanung usw. nur in geringem Umfang bzw. mit geringer Effektivität ein;

zweitens entwickeln sich selbst wichtige, nämlich monopolistisch stark beherrschte Industriezweige wie die Mineralölindustrie, die Automobilindustrie und andere weitgehend außerhalb der Planifikation;

drittens entziehen sich vorläufig die Außenbeziehungen, insbesondere die internationale Kapitalbewegung und die Tätigkeit marktbeherrschender ausländischer Unternehmen internationaler Klasse in hohem Maße der staatlichen Einwirkung;

viertens behindert der auf ministeriellen Vorrechten und erstarrten Traditionen beruhende Partikularismus der staatlichen Ämter die zwischministerielle Koordination, insbesondere zwischen Finanz- und technischen Ministerien, so daß selbst Investitionsvorhaben des staatlichen Sektors, insbesondere im sozialen und regionalplanerischen Bereich häufig genug unterbleiben; die Verstärkung der direkten Organe des Planes andererseits hat die parlamentarische Kontrolle geschwächt und die Einwirkungsmöglichkeiten der mächtigsten Wirtschaftsgruppen verstärkt;

fünftens fehlt eine präzise Abgrenzung zwischen dem Entscheidungs- und Wirkungsbereich der regulierenden Staatsorgane z.B. hinsichtlich der Preispolitik und dem über den Markt ausgeübten Spielraum der Unternehmertätigkeit, so daß zyklische Schwankungen wenig beherrscht werden²¹;

sechstens hindern mangelnde Informationsbereitschaft der Privatunternehmer, die das Geschäftsgeheimnis vor der Konkurrenz wahren müssen, aber auch mangelnde Informationsfähigkeit die Vervollkommnung der Planifikation im Sinne einer Verbindung von Menge- und Wertrechnung. Die Verbesserung der Information wird durch die intensive Propagierung moderner Management-Methoden mit ihrer Kostenrechnung, Marktforschung, langfristiger Produktions- und Investitionsplanung angestrebt;

siebtens und keineswegs letztes steht die unzureichende Kenntnis der Einkommensverteilung und -verwendung einer wirklichen Planung entgegen, da der Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts im Klassenkampf, nicht aber in den Modernisierungskommissionen oder anderen Plangremien stattfindet und der staatlichen Kontrolle, Voraussicht und Bestimmung weitgehend entzogen ist.

Die Monopolbourgeoisie verwandelte das seiner Natur nach gesellschaftliche Instrument der volkswirtschaftlichen Planung, der ökonomischen Regulierung des

21 Günter Hedtkamp, *Planifikation in Frankreich. Grundlagen, Technik und Erfahrungen*, FIW-Schriftenreihe, H. 31. Köln-Berlin-Bonn-München 1966, äußert sich zu der bis 1961 sehr umfangreichen, seither auf Agrarprodukte, Stahl, Aluminium, Zement, Energie- und Transportleistungen beschränkten Preiskontrolle wie folgt: „Der Bereich dieser Kontrollen ist begrenzt durch die Marktfakten, die innepolitische Machtkonstellation, die Handlungsfähigkeit nach außen (Montanunion), die Finanzierungsmöglichkeiten der betreffenden Industrie oder die Möglichkeiten des Staates, niedrige Preise aus Haushaltsmitteln zu stützen. Vor allem aber gibt es keine aus der Planung sich ableitenden Kriterien für eine optimale Preisbildung. Die als Preisstop verstandene Preispolitik ist ein primitives, nur kurzfristig wirksames Mittel zur Unterdrückung der Inflationssymptome, aber kein Instrument planmäßiger Wirtschaftspolitik.“ S. 160 f.

20 Karl Albrecht, a.a.O., VII. *Die Planifikation in der französischen Diskussion*. S. 229-251

gesellschaftlichen Gesamtsystems, in ein spezifisch staatsmonopolistisches Instrument zur einheitlicheren, konsequenteren, d.h. programmierten Durchsetzung ihrer Interessen. Dabei verstand sie es wohl, die Planifikation mit dem üblichen staatlichen Instrumentarium zur Regulierung der Reproduktionsbedingungen geschickt zu verbinden, ohne daß die Teilsysteme innerhalb des Gesellschaftssystems in langfristiger Perspektive von ihr zu entwickeln wären. Daher treten auch in der Ausübung der ökonomischen Teilfunktionen des Monopolstaates: staatlicher Unternehmerfunktion, Funktion der Einkommensumverteilung und juristisch-administrativer Regulierungsfunktion Unstimmigkeiten aller Art ein, obwohl die Planifikation gerade die Einheit der Ökonomie und Politik im Kapitalismus sichern soll.

Der Planifikation fehlt – zumindest bisher – der Ziel-Mittel-Zusammenhang und die zeitlich differenzierte Abstimmung, wonach lang- oder mittelfristige Ziele in Etappen, d.h. kurzfristig zu verwirklichen wären, während von einer Gesellschaftsprognose trotz Futurologen und anderer „Zukunftsforscher“ überhaupt keine Rede sein kann.

Die spezifische Funktion der staatsmonopolistischen Planifikation bedingt, daß die Planerarbeitung unter großem Redeaufwand erfolgt, das Planwerk (seit dem V. Plan!) vom Parlament angenommen und publiziert wird, aber die Berichterstattung über das Maß der Verwirklichung der einzelnen Planziele im grundsätzlich spontan verlaufenden Wirtschaftsprozess keine große Rolle spielt.

Die „indikative Planung“ erfolgt nach der trial-and-error-Methode – so kennzeichnete sie der bedeutende französische Ökonom *François Perroux*, der sich mit ihr immer wieder kritisch auseinandergesetzt hat.²²

22 *François Perroux*, a.a.O., S. 157

Jean Launay

Die Bedeutung des gegenwärtigen französischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹

Aus: *économie et politique*, Paris Nr. 170, September 1968

Das französische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weist gegenüber den in anderen kapitalistischen Ländern üblichen Verfahren einige Besonderheiten vor allem hinsichtlich der Definition der Produktion auf². Eine Beurteilung des französischen Systems läuft deshalb Gefahr, ein verzerrtes Bild zu geben. Die Unterschiede scheinen mir jedoch kein Hindernis für das Verständnis des Gesamtproblems zu sein. Darunter verstehe ich das Auffinden der Widersprüche, deren Lösung Aufgabe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre, sowie die Darlegung der ihr durch die Wirtschaftspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesetzten Grenzen.

Mein Ziel ist es, vom wirtschaftstheoretischen Standpunkt aus zu fragen, ob die Erarbeitung eines Modells der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Frankreich die mit dem Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbundenen Veränderungen widerspiegelt, und ob dieses Modell die objektiv notwendige Entwicklung der Produktivkräfte sichtbar macht; aber auch, inwieweit das Modell unvermeidlich die Züge der herrschenden Produktionsverhältnisse trägt.

Die Versuchung, in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur einen Aspekt zu berücksichtigen, ist groß; ich meine damit die Gesamtsicht, die die wirtschaftliche Realität global erfaßt. Im übrigen liegen die Möglichkeiten der technokratischen Ideologie gerade in den sich in den kapitalistischen Ländern immer mehr verstärkenden Auswirkungen des gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Durch diese Einseitigkeit der Darstellung werden Begriffe und Begriffsbeziehungen als wissenschaftlich angenommen, die sich aus der monopolistischen Praxis ergeben. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die rein technische, auf die Praxis gerichtete Einstellung – wie sie sich in der Betonung der Ausschließlichkeit statistischer Tatsachen ausdrückt und im Abrücken von allem, was geringschätzig Philosophie genannt wird – gerade die zwangsläufige Übernahme der ökonomischen Ideologie der Monopole beweist.

Da man sich weigert, theoretische Fragen zu erörtern, äußert man sich paradoxerweise auch nicht zu solchen ökonomischen Theorien, die an den Hochschulen

1 Beitrag zu der internationalen Tagung „Auswirkungen der wiss.-techn. Revolution auf die moderne Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Kapitalismus und Sozialismus“, veranstaltet von C. E. R. M., „*Démocratie Nouvelle*“, „*économie et politique*“, und „*La Nouvelle Critique*“, 11.–12. Mai 1968.

2 Vgl. den Aufsatz des Autors im Sonderheft März-April 1968 der Zeitschrift „*économie et politique*“, Marx 1968: Gedanken zur Produktionsmessung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

gelehrt werden, und die – seien sie nun bedeutungslos oder sinnvoll – für die Praxis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nichts zu bieten haben. Die Anhänger der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind in der Theorie stumm. Dieses selbst auferlegte Schweigen macht die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung deshalb auch zu einem zweideutigen Verfahren. Der Schleier der Zweideutigkeit muß zerrissen werden, aber diese Aufgabe übersteigt – davon bin ich, ohne zu bescheiden zu sein, überzeugt – bei weitem den Rahmen dieser Darlegungen.

Ich möchte zwei Punkte behandeln. In einem ersten Teil soll versucht werden zu begründen, daß die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein notwendiges Instrument des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist. In diesem Sinne und darauf bezogen, widerspiegelt die Bilanzierung die Strukturen des Systems, d.h. sie ist Ausdruck seiner Widersprüche.

In einem zweiten Teil wollen wir zeigen, wie die Erfassung der Wirklichkeit, zu deren Veränderung die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung doch beiträgt, durch den begrifflichen Ausgangsrahmen erschwert wird. Das alles sollte dann zur Einsicht in die Notwendigkeit der theoretischen Vertiefung dieser Probleme führen, damit das jetzige französische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und seine wirkliche Grundlage, der staatsmonopolistische Kapitalismus, überwunden werden können.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, ihre Notwendigkeit und ihre Widersprüche

Ein notwendiges Mittel

Die Technik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickelte sich in dem Maß, wie der monopolistische Staat seine Eingriffe in die Gesamtwirtschaft verstärkte. Die Bilanzierung diente anfänglich nur dazu, in groben Zügen Angebot und Nachfrage einander gegenüberzustellen und so gewisse Ungleichmäßigkeiten aufzudecken. Aber diese Methode erlaubte nur eine sehr begrenzte Wirtschaftspolitik. Die notwendige Stillegung eines Teils des gesellschaftlichen Kapitals und die Übertragung der Verwaltung eines bedeutenden Teils dieses Kapitals auf den Staat empfahl die Ausarbeitung eines Meß- und Kontrollinstruments für die wichtigsten Wertbewegungen. Herstellung und Realisierung des Produkts laufen in steigendem Maß über den Staatsapparat, ob er nun als Warenverbraucher (Militärausgaben) oder als (direkter oder indirekter) Investitionsträger auftritt.

Auch der Verkauf des Wertes der Arbeitskraft unterliegt dem aktiven Druck des Staates, da zumindest in Frankreich ein beträchtlicher Teil dieses Wertes vergesellschaftet ist. Die Zirkulation des Kapitals und die Kapitalreproduktion erfolgen deshalb in einer Form, die mehr und mehr durch das Eingreifen der öffentlichen Hand – das jedoch ganz im Rahmen der durch die Monopole beherrschten Produktionsverhältnisse bleibt – gekennzeichnet ist. Der Staat als Vertreter der Monopole

kann deshalb keine Entnahmen oder Ausgaben vornehmen, ohne daß diese Maßnahmen die Profitzuwachsrate der Monopole erhöhen.

Um diesen Anforderungen auch tatsächlich zu entsprechen, hat die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die engen Vorstellungen von Ökonomen wie *Dugué de Bourneville* oder *Solson* verlassen, denen sich das Problem der Realisation des Wertes nicht stellte, da sie das Einkommen als Produktionsindex betrachteten und daher jeder Produktion ein Einkommen zum Erwerb des Produzierten entsprechen mußte. Außerdem war ihr ökonomisches Modell ein Wettbewerbsmodell, das den Staat als nicht entscheidend für die Realisierung des Profits ansah. Ihre statistischen Arbeiten erstreckten sich deshalb nur auf die Schätzung der verteilten Einkommen. Die heutige französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung basiert jedoch auf dem Begriff des hinzugefügten Werts (*valeur ajoutée*). Der hinzugefügte Wert (*valeur ajoutée*), definiert als Produktion zu Marktpreisen (ohne Berücksichtigung der Zwischenverbraucher), erscheint auf dem Konto „Produktionsunternehmen“ (*entreprises*). Daraus erfolgt der Zufluß auf die Konten „Private Haushalte“, „Verwaltung“ und „Ausland“. Per Saldo bildet sich das fixe Bruttokapital.

Diese Konzeption unterscheidet sich durch die Behandlung der Verwaltungen und der Finanzinstitutionen von der Konzeption des Produkts, wie sie in der staatlichen Bilanzierung der angelsächsischen Länder angewandt wird.

Die relativ verspätete Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich kann möglicherweise dafür eine Erklärung geben. Erst ab 1950 hat man sich ja in Frankreich ernsthaft darum bemüht, Buchführungssysteme zur globalen Darstellung der Volkswirtschaft zu studieren, während die ersten diesbezüglichen Arbeiten des *National Bureau of Economic Research* bis ins Jahr 1920 zurückreichen. So läßt sich das praktische Argument der französischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Begründung für die unterschiedliche Definition der Produktion begreifen, daß nämlich nach ihrer Auffassung die Wirksamkeit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sich nur auf kurze Zeiträume erstrecken dürfe. Heute jedoch, wo sich der monopolistische Staat der Durchführung gewaltiger struktureller Veränderungen nicht nur auf der Unternehmensebene, sondern auch im Bereich der Staatsverwaltung gegenüberstellt, stellt sich die Frage einer Neudefinition des Bereichs der Produktion. Auf diesen Punkt kommen wir im zweiten Teil zurück.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß gegenwärtig diese Verfahrensweise, auch wenn sie sich durchgesetzt hat und damit der Beweis für die Notwendigkeit erbracht ist, ein photographisches Abbild, eine abstrakte Wiedergabe gewisser Elemente der Bewegung des gesellschaftlichen Kapitals zu haben, und wenn sie auch wissenschaftliches Material liefert, sie in ihrer begrifflichen Konzeption nichtsdestoweniger die Züge des Systems trägt, das sie beschreibt.

Nachdem wir skizziert haben, inwieweit die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein wissenschaftliches Instrument ist, soll nun untersucht werden, inwieweit der wissenschaftliche Charakter durch den Untersuchungsgegenstand beschränkt wird.

Ein begrenztes Mittel

Die Unvollkommenheit der ermittelten Zahlen wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht verschwiegen; man sucht diese Unvollkommenheit jedoch hauptsächlich auf dem Felde der Ermittlung statistischer Daten und nicht auf dem Gebiet der Theorie. Es besteht aber ein Zusammenhang zwischen den konzeptionellen und den statistischen Mängeln.

Die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist im wesentlichen ein Werkzeug, das der Erfassung der Wert-Realisierung dient, und das auf der Identität von globaler Produktion und der Summe aus produktiver Konsumtion und individueller Konsumtion beruht. Die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unterscheidet sich vielleicht deshalb vom keynesianischen Modell, weil die analysierten Bewegungen nicht Beziehungen zwischen Funktionen, sondern zwischen Agentien sind, was nicht hindert, daß das Hauptproblem der Bilanzierung die Realisierung ist. Die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung beschreibt die bilanzierungsfähigen Gleichgewichtszustände nicht im Augenblick der Schaffung des Wertes. Zweifellos stellt die Darstellung des zwischen den Industrien erfolgenden Austausches eine interessante Annäherung an diesen Vorgang dar, aber das ist ungenügend, und zwar aus zwei Gründen.

Der Vorgang der Produktion wird in einer technischen Form erfaßt, die illusorisch ist. Die Beziehung Industriezweig – Produkt erlaubt scheinbar die Berechnung der technischen Koeffizienten. Tatsächlich aber hängt die Schätzung der Werte der Zwischenkonsumtion nicht nur von einer ganzen Kenntnis der Mengen ab, sondern auch von dem bei der Wertberechnung angewandten Preissystem. Das Preissystem unterliegt jedoch den der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Verzerrungen, die durch die Monopolstruktur noch verstärkt werden. Daraus folgt, daß die technischen Koeffizienten weit mehr Rentabilitätskoeffizienten des Kapitals sind, und daß der hinzugefügte Wert eines Industriezweiges nicht den tatsächlichen Aufwand an Neuwert in diesem Zweig widerspiegelt. Der Begriff des Industriezweiges müßte, um anwendbar zu sein, durch Zeitstudien über den tatsächlichen Arbeitsaufwand für die Produktion dieses Zweiges ergänzt werden. Weiter müßte dazu die Analyse der Produktion von Unternehmensbereichen kommen, und dort, wo der Unternehmensbereich nur unvollkommen die monopolkapitalistische Struktur erfaßt, müßte die Analyse durch Kontenerfassung der wichtigsten Finanzgruppen vertieft werden.

Eine Bilanzierung, ausgedrückt in fließenden Begriffen erlaubt nur ein oberflächliches Verständnis der ökonomischen Bewegung. Der hinzugefügte Wert (*valeur ajoutée*), den die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung benutzt, entspricht der Brutto-Wertschöpfung. Der heutige Schätzwert für Abschreibungen ist vollkommen willkürlich. Der netto hinzugefügte Wert wird darüber hinaus nicht verwandt.

Trotzdem besteht dafür ein wachsendes Bedürfnis. Zu gern würde man die Abschreibungen kennen und, daraus folgend, auch den der Wertbewegung zugrundeliegenden Bestand an fixem Kapital. Das bleiben jedoch Wünsche; die Mängel in der Theorie werden zu statistischen Mängeln.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein Fortschritt bei der Abschätzung bestimmter Größen, besonders des globalen Profits. Jedoch stellt die Art der Erhebung, die Saldorechnung, die Frage nach der Qualität des statistischen Ausgangsmaterials zur Produktionsschätzung. Das verwendete statistische Material wird erstellt und aufbereitet durch die Wirtschaftsverbände, und das I.N.S.E.E.³ hat kaum eine Möglichkeit der Kontrolle. Dazu kommt, daß die Abschätzung des fixen Kapitals und die Kenntnis der Finanzgruppen-Konten, vorsichtig ausgedrückt, äußerst schwierig ist. Die Kapitalisten verweigern diese Information, und was sie an Informationen geben, erfolgt mit solchen Vorsichtsmaßnahmen, wodurch die Erstellung eines allgemeinen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verhindert werden soll, mit dessen Hilfe ein Verständnis nicht nur der Wertrealisierung, sondern zugleich auch der Wertschöpfung möglich wäre.

Die theoretischen und statistischen Mängel bedingen einander, sie vereinigen sich und bremsen die Entwicklung dieser Technik sogar in dem selbstgesteckten Rahmen. Aber ganze Gebiete der wirtschaftlichen Realität, so alle Ausgaben für Forschung, Bildung, Gesundheitswesen usw. werden nicht erfaßt.

Nachdem dargelegt wurde, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ihren Untersuchungsgegenstand, nämlich den hinzugefügten Wert (*valeur ajoutée*), nur unter einem Aspekt sieht, soll untersucht werden, weshalb dieses Konzept allein nicht genügt, um die Entwicklungsrichtung der heutigen Produktivkräfte zu erfassen.

Der unzureichende Untersuchungsbereich der französischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die Entwicklung der Produktivkräfte und das Phänomen der Überakkumulations-Entwertung des Kapitals. Sein Einfluß auf das Kontenmodell.

Die öffentlichen Ausgaben im staatsmonopolistischen Kapitalismus bestehen nicht nur aus repressiven Ausgaben, sondern auch aus Ausgaben, von denen man sich einen direkten Einfluß auf die Produktion erwartet. Die Entwicklung dieser Art Einflußnahme auf die Wirtschaft verändert nicht grundlegend die Natur des Staates, wie sie von den Marxisten, besonders von *Lenin*, analysiert wurde. Aber diese staatliche Intervention ist eine Tatsache, und man muß sie überall, auch bei der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigen. Meiner Meinung nach müßte ein Großteil der Staatsausgaben nicht unter dem Gesichtspunkt einer Finalkonsumtion, sondern als Ausgabe von konstantem Kapital analysiert werden. Ob es sich nun um Ausgaben auf dem Gebiet des Gesundheitswesens oder z. B. der Bildung handelt, liegt ihre Wirkung in der Erhöhung der Produktivität der Arbeit und entspricht damit einer Investition. Als solche sind alle Ausgaben, die den Lohnzahlungen oder der Errichtung von Bauten usw. entsprechen, konstantes Kapital,

³ Institut National de la Statistique et des Études Économiques (Franz. öffentl. Körperschaft für Statistik und Wirtschaftsstudien)

das seinen Wert durch die Anwendung konkreter Arbeit auf das Produkt überträgt, dessen Qualität gerade diese Ausgaben verändert haben.

Zieht man also in Betracht, daß ein Teil der Staatsausgaben, einschließlich bestimmter Lohnzahlungen, der Bildung von konstantem Kapital entspricht (es wäre auch wünschenswert, diese Analyse für andere Arten von Ausgaben, besonders z. B. des zusätzlichen Kapitals auf dem Gebiet des Handelssektors durchzuführen), so ergibt sich daraus ein besseres Verständnis des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Verbindung, die zwischen der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kapitals und der Entwicklung dieser Stufe des Kapitalismus besteht. Bezogen auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, und zwar in dem Maße, wie der Wert der Arbeitskraft der Abschreibung dieses Kapitals dient, erscheint es notwendig, diese Abschreibung sichtbar zu machen, um so zu einer richtigen Einschätzung des Wertes im Vergleich zur neuen gesellschaftlichen Arbeit zu gelangen. Die in den angelsächsischen Ländern vorgeschlagene Lösung, deren Anwalt in Frankreich besonders *Marczewski* ist, und die darin besteht, alle Verwaltungskosten als Entsprechung einer produktiven Arbeit anzusehen, muß aus zwei Gründen kritisiert werden.

Die Theorie beruht nicht auf einer Analyse des Staates: Ausgaben für Polizei und Bildung werden z. B. gleichgesetzt⁴.

Andererseits beruht ihre Werttheorie nur auf dem Arbeitsnutzen. Eine Arbeit ist produktiv, weil sie nützlich ist, während doch die Bestimmung der produktiven Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise sich aus dem Verhältnis von Arbeit und Produktionskapital ergibt. Handelt es sich bei dieser Arbeit aber um Dienstleistungen, so ist sie nicht produktiv. Diese Arbeit kann nicht mehr übertragen, als an Wert vorhanden ist, wozu noch kommt, daß dies auf dem Umweg über die Einschaltung der Arbeitskraft in die Produktionssphäre geschieht. Für *Marczewski* gibt es keine Diskussion über den Wert, er wird von ihm durch Addition bewiesen, ohne daß er sich über den Zusammenhang dieser Rechnung, über ihre innere Logik Gedanken macht. *Marczewskis* Problematik ist rein quantitativ. In seinem Vorgehen spiegeln sich in gewisser Beziehung die Veränderungen des heutigen Kapitalismus wieder, jedoch auf der Grundlage einer verzerrenden Theorie, die nicht zu berücksichtigen vermag, was das Instrument selbst zur Entwicklung beiträgt.

Der Weg zur Überwindung der heutigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führt jedoch nicht nur über die Wiederherstellung des Wertes als Entsprechung eines konstanten Kapitals.

Wert und Reichtum

Der Kapitalismus erfaßt den Reichtum nur als Wert. Äußerstenfalls wird die Wertschöpfung von der Schaffung des Bedürfnisses begleitet, die aus diesem Wert

⁴ Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß verschiedene amerikanische Arbeiten über das Bildungswesen, die Forschung usw. (d.h. alles, was sich auf die Analyse des „Rests“ bezieht) die ursprüngliche Richtung der angelsächsischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugunsten einer differenzierteren Betrachtung der Staatsausgaben in ihrem Verhältnis zur Produktion modifizieren.

einen Reichtum macht. Meiner Ansicht nach muß ein System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung außer seiner Hauptaufgabe, der Messung des geschaffenen oder verteilten Wertes, in einer Warengesellschaft, in der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht mehr dominieren, auch den Übergang zu einer Produktionsweise sicherstellen, deren Zweck die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse ist.

Dies bedingt natürlich eine bessere Kenntnis der tatsächlichen Ausgaben, gemessen am Zeitaufwand der gesellschaftlichen Arbeit, und das Studium der Arbeitsproduktivität von einem von der Rentabilität des Kapitals völlig verschiedenen Blickpunkt aus. In dem Maße wie das, was nichtmarxistische Ökonomen Kapital nennen, nicht mehr oder immer weniger die Rolle des Kapitals spielt, sondern die eines Mittlers zwischen Natur und Mensch, wird es notwendig, die beschreibende Bilanzierung durch das Studium der Produktionsfunktionen zu ergänzen, die zu einem gegebenen Zeitpunkt zu einem bestimmten Ergebnis geführt haben. In diesem Sinne könnte vielleicht eine Integrierung der formalen Forschungen nichtmarxistischer Ökonomen auf diesem Gebiet in die Konzeption einer demokratischen oder sozialistischen Gesellschaft erfolgen. Außerdem, und zwar nur vom Gesichtspunkt der Bilanzierung, erschien es dann angebracht, die Verwendung des ökonomischen Überschusses nach Kriterien zu beschreiben, die an die gesellschaftlichen Ziele gebunden sind. Die Entwicklung der Produktivkräfte und besonders die des Produzenten, dessen Rolle im eigentlichen Produktionsprozeß zusehens wichtiger wird, setzt nicht nur einen Wertumlauf in Bewegung; sie berührt auch den Menschen in seiner Eigenschaft als Staatsbürger.

Diese Funktion eines besonderen Typus der Produktion kann durch die kapitalistische Produktionsweise nicht erfaßt werden, deren Reichtum sich nur an der auf die Produktion verwendeten Zeit mißt, während ausgehend von einem zweifellos noch nicht erreichten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, zu dem wir uns den Übergang aber vorstellen können, der gesellschaftliche Reichtum an der nicht in der Produktion verbrachten Zeit gemessen werden kann.

Das französische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt in der Beschreibung der globalen ökonomischen Faktoren einen wichtigen Fortschritt dar. Aber es handelt sich um eine begrenzte Beschreibung, zunächst was seinen Rahmen, dann auch was die Erfassung der Wirklichkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft.

Die Vergesellschaftung der Produktion in der kapitalistischen Warenproduktion führt dazu, daß eine Annäherung bestimmter Techniken stattfindet, die in kapitalistischen und in sozialistischen Ländern angewandt werden. Es handelt sich aber nur um eine formale Annäherung, denn eine Methode kann nicht von einem auf ein anderes System übertragen werden, ohne daß die Struktur dieser Methode überdacht wird. Das französische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beantwortet nur teilweise die Frage, die sie offen gar nicht stellt, die Frage nämlich: was ist Produktion?

Eugenio Peggio

Die kapitalistische Reorganisation in Italien

Aus: *bollettino CESPE*, Rom/März 1969

Auch in diesem Jahr hat man – nach einigen Ergebnissen des kürzlich veröffentlichten Berichtes über die ökonomische Situation – eine sehr bescheidene Entwicklung der Investitionen registriert, während das Niveau der Beschäftigung stark unter dem von 1963, vor der Krise, geblieben ist. Fünf Jahre sind nunmehr vergangen, seitdem die italienische Wirtschaft in ihre erste Krise der Nachkriegszeit geraten ist. Diese hat eine grundlegende Veränderung der Tendenzen des wirtschaftlichen Wachstums aufgezeigt und es ist notwendig, die Bilanz dieser fünf Jahre zu ziehen, um festzustellen, in welchem Maße der Prozeß der kapitalistischen Reorganisation fortgeschritten ist. Dieser Prozeß ist durch Fusionen und Konzentrationen, durch Modernisierungen und Rationalisierungen in den Strukturen der Unternehmen charakterisiert, er hat zur Entlassung einer bemerkenswerten Zahl von Beschäftigten – sowohl in der Landwirtschaft, als auch in mittleren und kleinen Industrien – geführt. Bei den mittleren und kleinen Industrien handelt es sich dabei um Sektoren, die bei der Einführung neuer Produktionstechniken stagnierten (Textilien, Lebensmittel, Elektromechanik, Wohnungsbau usw.).

Eine Untersuchung, die nicht bei den konjunkturellen Daten über die Investitionen und über die Beschäftigung stehenbleibt, sondern die versucht, zu ermitteln, welche strukturellen Veränderungen diesen Daten zugrundeliegen, steht notwendig auch vor der Forderung, zu erklären, welcher Art die Bedingungen sind, die – ausgehend von 1965 – den Wiederbeginn des Wachstums des Nationaleinkommens, sowie des Konsums möglich gemacht haben – und zwar in Rhythmen, die verschieden sind von denen, die in den Perioden der stärksten ökonomischen Expansion unseres Landes registriert wurden. Mit anderen Worten: Es handelt sich darum, den scheinbaren Kontrast zu erklären, der einerseits zwischen einem gleichbleibenden oder rückläufigen Stand der Investitionen und der Beschäftigung, andererseits zwischen dem erhöhten Anwachsen des Nationaleinkommens gerade zum Zeitpunkt dieses Fünfjahresplans, besteht.

Bekanntlich besitzt die neue, sich ab 1963 in der italienischen Wirtschaft abzeichnende Phase, eine ihrer bedeutenden Komponenten in der Dynamik der Löhne und Gehälter während der vorangegangenen Periode 1961–1963. Das Anwachsen der Löhne in dieser Periode hatte die Entwicklung der Profite in eine Krise geführt, die ihrerseits eine Reaktion beschleunigte, die sich in einer Intensivierung und Rationalisierung der industriellen Struktur ausdrückte. Dies erlaubte, den Arbeitseinsatz durch Vereinheitlichung der Produkte zu reduzieren und in adäquatem Maße die Produktivität zu vergrößern. Es ermöglichte dann die Wiederherstellung der Profitspannen und auch die Wiedererlangung der internationalen Wettbe-

werbsfähigkeit, und es gestattete auch die Wiedergewinnung eines Mehrwertes im Waren- und Dienstleistungsverkehr.

Der Prozeß, den wir als kapitalistische Reorganisation definierten, war vor allem mit einem Druck auf Gelder und Kredite eingeleitet worden, der dahin zielte, die inflationistischen Antriebe zu eliminieren, die infolge der monopolistischen Preispolitik, der Verzerrungen und der Viskosität der ökonomischen Struktur entstanden waren. Die Inflation hatte eine doppelte Komponente: einerseits die Dynamik der Löhne und Gehälter, die sich in den fortgeschrittensten Sektoren der Industrie im Gleichklang mit den Rhythmen des Produktionswachstums bewegt hatte; sie schritt fort und dehnte sich auf die zurückgebliebenen Sektoren (die wesentlich auf dem breiten Einsatz von Arbeitskräften bei niedrigen Löhnen beruhen) bis hin zu den Zulieferungsbetrieben und der Landwirtschaft aus. Dies führte zu einem Bruch des Gleichgewichts zwischen Löhnen und Produktivität und führte auf Seiten der Produktionskosten zu inflationären Erscheinungen. Andererseits fand eine Expansion der öffentlichen Ausgaben statt, die nicht in spezifische und selektive Bestimmungen gegliedert war (Industrialisierung des Mezzogiorno, Reform der agrarischen- und Marktstrukturen, Beitrag zu einem größeren Kapitalzufluß zu diesen Strukturen). Dies hatte eine Inflation der Nachfrage nach Konsumgütern – besonders Lebensmitteln – zur Folge, welche die Inadäquatheit des Angebotes – besonders von Seiten der Landwirtschaft – offensichtlich werden ließ. So kam es zu einem starken Defizit, das durch die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln, besonders von Fleischwaren, verursacht wurde.

Die Politik des Druckes auf Gelder und Kredite, begleitet von Maßnahmen zur Stützung der Profite (strenge Überprüfung der Steuerlasten, steuerliche Erleichterungen für Fusionen und Konzentrationen, Exportermäßigungen usw.) begünstigte einerseits die Prozesse der Modernisierung, Rationalisierung und Konzentration. Andererseits – durch die Sperrung von Investitionen an die Unternehmen mit staatlicher Beteiligung und für öffentliche Ausgaben – bedeutete sie einen Lieferungsstopp von Hilfsmitteln für die Industrialisierung des Mezzogiorno und für die Entwicklung der Landwirtschaft; sie führte zur weiteren Verengung der Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Die deflationistische Politik war also dazu bestimmt, den Prozeß der kapitalistischen Intensivierung der wirtschaftlichen Basis zu unterstützen (Rationalisierung, Einführung neuer Techniken auf den Gebieten der mittleren und kleinen Industrie, Entlassung von Arbeitskräften, größeres Kapital für Einrichtungen, Produktionszuwachs), und sie sah die weitere Berücksichtigung von weiten Zonen des Mezzogiorno und großer Teile der bäuerlichen Landwirtschaft vor.

Dieser Prozeß widerspiegelt sich im Stand und in den Investitionen, sowie in der Beschäftigungsstruktur. Bereits 1964–65 wirkten sich der Druck der internen Nachfrage, die Kürzungen der gezahlten Löhne, die Entlassungen, die Verkürzung der Arbeitszeit und die damit verbundene Intensivierung der Ausbeutung aus. All dies verursachte eine Verschiebung in Richtung auf die Exporte, auf die Bestimmung der zusätzlich produzierten Hilfsmittel und auf das Sinken der Investitionen. Die folgenden Daten (Tabelle 1) sind übrigens Angaben, die im letzten Bericht der

Banca d'Italia veröffentlicht wurden. Aus ihnen ergibt sich, daß 1964–65 98 % bzw. 87 % der zusätzlichen Nachfrage von den Exporten absorbiert wurden, während die *Einsätze im Inneren* sich – in den zwei betrachteten Jahren – gerade durch das Sinken der Investitionen auf 2,1 % bzw. auf 13 % verringerten.

Tabelle 1
Zusätzliche Nachfrage beim Preisstand 1963
(prozentuale Zusammenstellung)

	Durchschnitt					
	1959–62	1963	1964	1965	1966	1967
Verbrauch	48,7	69,1	111,1	56,2	52,5	54,6
Investitionen	28,3	18,9	–109,0	–43,2	14,8	28,8
Nachfrage im Inneren	77,0	88,0	2,1	13,0	67,3	83,4
Exporte	23,0	12,0	97,9	87,0	32,7	16,6

Quelle: Bericht der Banca d'Italia, 1967

Diese Rolle, welche den Exporten in dieser Periode zukam, hat sich auch in den folgenden Jahren erhalten. Die Zuwachsrhythmen der Verkäufe ins Ausland – die deutlich höher waren als die der Importe – zeigen, mit welcher „Flexibilität“ die kapitalistische Industrie – dank der deflationistischen Politik der Regierung und der spezifischen Maßnahmen zur Sicherung der Profite – sich Spielräume wiederherstellen und erweitern konnte. Die Banca d'Italia berichtet an dieser Stelle von noch einer solchen Maßnahme einer solchen Flexibilität! Sie unterstreicht, daß in den zwei Jahren – zwischen dem 2. Trimester 1964 und dem 2. Trimester 1966 (einschließlich, – die italienischen Exporte in einem jährlichen Rhythmus von 22 % gewachsen sind (mehr als doppelt im Vergleich zu dem der Weltnachfrage). Dagegen hat sich das Anwachsen der Nachfrage im Inneren um 0,8 % reduziert und das Verhältnis zwischen den italienischen Exportpreisen und den internationalen Preisen verringerte sich infolge des Rückgangs der italienischen Preise und der Zunahme der internationalen Preise um 6,7 %. Eine den Spielräumen adäquate Maßnahme – während einer Periode, die fälschlich als Phase der Inflation und Expansion angesehen wurde, jedoch eine Deflation war – hatte zur Folge, daß zwischen Anfang 1956 und Ende 1967 das Verhältnis zwischen den italienischen Exportpreisen und den internationalen Preisen sich um 17,7 % verringerte.

Die in dieser Periode erfolgten Produktionszunahmen haben eine doppelte Ursache: einmal die Investitionen der vorausgegangenen expansiven Phase (Wachsen der Produktionskapazitäten, Stufenwirtschaft, wachsende Leistungen); zum anderen die intensiven Investitionen der Jahre nach 1963, die dahin abzielten, die Betriebsstrukturen zu rationalisieren und die Kapitaldotierungen durch Arbeit zu vergrößern. Die neue Phase des Vertiefens der Kapitalstruktur hatte die Möglichkeit

gezeigt, einen größeren Wachstumsrhythmus der Profile mit einem vergleichsweise niedrigen Investitionsniveau und einer merklich gedrosselten Beschäftigung von Arbeitskräften zu erzielen. Die zusätzlichen Investitionen wurden in großem Maße aus den Amortisationen finanziert, während die Netto-Investitionen sich stark abschwächten. Das bedeutet mit anderen Worten: die Wiederherstellung des Profitspielraumes einerseits und die Verminderung der Netto-Investitionen andererseits haben die Einwirkung der Selbstfinanzierung auf die Quellen der Bedarfsdeckung auf ein höheres Niveau gehoben. Gleichzeitig hat sich die Bildung von Ersparnissen und Spareinlagen als prozentuale Quote des Nettoeinkommens, bis auf einige Schwankungen, über eine lange Periode hin konstant gehalten. Daraus leitete man die Möglichkeit ab, ein größeres Kapitalvolumen für die Investitionen im Ausland zu bestimmen.

Diese Entwicklungen können in statistischen Belegen verfolgt werden, die sich auf die Daten des letzten Berichtes der Banca d'Italia berufen (entstanden 1968 auf der Basis einer ersten Untersuchung der Zahlen des allgemeinen Berichtes über die wirtschaftliche Situation).

Die Tabelle 2, in der man die Einteilung der Investitionen für Verwertungssektoren sieht, zeigt, wie – noch 1968 – die unmittelbar produktiven Investitionen in der Landwirtschaft, in der Industrie und im „tertiären Sektor“ (kalkuliert zu den Preisen von 1963) unter dem erreichten Niveau von 1963 lagen. Die sozialen Investitionen (Erziehung, Wohnungen, Gesundheitswesen, Transport und Kommunikation, öffentliche Arbeiten) dagegen haben sich nach dem Rückgang von 1964–65, seit 1967 wieder aufwärts entwickelt.

Tabelle 2
Brutto-Investitionen für Sektoren der Verwertung
(Milliarden Lire, 1963)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Unmittelbar produktive Investitionen	4.218	3.446	3.023	3.232	3.667	3.880
Landwirtschaft	497	446	477	506	541	–
Industrie	2.496	1.994	1.580	1.736	1.951	–
andere Sektoren	1.225	1.006	966	990	1.175	–
soziale Investitionen	2.932	3.240	3.101	3.098	3.302	3.610
Wohnungen	2.162	2.292	2.149	2.122	2.209	2.472
andere Sektoren	770	948	952	976	1.093	1.138
Fixe (ständige) Brutto-Investitionen	7.150	6.686	6.124	6.330	6.969	7.490

Die Tabelle 3 zeigt die letzten Schätzungselemente. Hier kann man vergleichen, daß die Brutto-Investitionen als Gesamtvolumen bereits 1967 den Stand von 1963

erreichen. Dies ist wesentlich den Investitionen im Bauwesen zuzuschreiben, während für Anlagen und Maschinenausrüstungen das Niveau noch merklich unter dem vor der Krise bleibt. — Die Tabelle 4 zeigt ein komplexes Bild der Investitionen in den Jahren 1959–63 und 1964–68. Man sieht, daß in der Periode, die der Krise folgte, — global — mehr investiert wurde, als in den fünf Jahren, die der Krise vorausgegangen waren (33.300 Milliarden gegenüber 29.854). Aber auch aus diesen Daten ergibt sich, daß, während die Investitionen in Bauten und Transportmittel größer sind als die der Jahre 1959–1963, jene in Anlagen und Maschinenausrüstungen um etwa 600 Milliarden darunter bleiben.

Tabelle 3
Brutto-Investitionen für öffentliche Aufgaben
(in Milliarden Lire, 1963)

	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bauten	3.991	4.080	3.912	3.926	4.170	4.540
Wohnungen	2.162	2.292	2.149	2.122	2.209	2.472
nicht zum Wohnen bestimmte Gebäude	180	1.078	1.040	1.060	1.130	1.238
öffentliche Arbeiten	649	710	723	744	831	830
Anlage und Maschinen ausrüstungen	2.256	1.828	1.497	1.676	1.911	1.958
Transportmittel	903	778	715	728	888	992
Fixe Brutto-Investitionen	7.150	6.686	6.124	6.330	6.969	7.490
Wechsel des Inventars	336	194	225	400	515	226
Brutto-Investitionen	7.496	6.880	6.349	6.730	7.484	7.716

Tabelle 4
Investitionen für öffentliche Aufgaben
(in Milliarden Lire 1963)

	1959-63	1964-68
Bauten	17.083	20.628
Wohnungen	8.807	11.244
nicht zum Wohnen bestimmte Gebäude	5.042	5.546
öffentliche Arbeiten	3.234	3.838
Anlagen u. Maschinenausrüstungen	9.501	8.870
Transportmittel	3.270	4.101
Fixe Brutto-Investitionen	29.854	33.599
Brutto-Investitionen	31.710	35.159

Die Tabellen 5 und 6 schließlich zeigen in Bezug auf das Nationaleigentum eine einschneidende Verringerung der fixen Investitionen sowohl in ihrer Gesamtheit, als auch — und noch mehr — bei Anlagen und Transportmitteln. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß, während die Netto-Investitionen — in Bezug auf das Nationaleinkommen — eine wesentliche Verringerung aufweisen (10 — 11 % in der Periode 1965–68, gegenüber ca. 15 % in der Zeit von 1957–64), sich die nationalen Netto-Spareinlagen dagegen über eine lange Periode hin auf gleicher Höhe halten. Diese Diskrepanz spiegelt sich in der wachsenden Wirkung der Netto-Exporte von Geldmitteln, die in den letzten vier Jahren mit ca. 5.000 Milliarden Lire gleichgeblieben sind, wider. Wie bereits erwähnt, ist dieser wachsende Kapitalexport in großem Maße Ausdruck der wachsenden Integration der italienischen Industrie- und Finanzgruppen in die internationalen Märkte. Eine Integration, die sich sowohl in der Gründung von *holdings* der italienischen Gruppen im Ausland als auch in direkten Investitionen, sowie im Erwerb von Beteiligungen und der Subskription von Aktien auf dem Markt des „Eurodollars“, ausdrückt.

Wenn man jetzt die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur prüft, kann man nachweisen, wie die neuen Investitionen — mittels Rationalisierung, größere Kapitaldotierungen für Einrichtungen und Intensivierung der Ausbeutung — es ermöglicht haben, eine beachtliche Zahl an Arbeitskräften in gewissen Sektoren zu entlassen, bzw. beachtliche Produktionszunahmen bei gleichbleibender Zahl der Beschäftigten zu erreichen.

Die Tabellen 7, 8 und 9 zeigen ein komplexes Bild der Dichte, der Schwankungen und der Zusammensetzung der Beschäftigung. Wenn man als Bezugsdaten den Januar 1964 (Höhepunkt der Beschäftigung in der Industrie); und den Januar 1969 annimmt, kann man folgende Betrachtungen anstellen:

a) Die Gesamtbeschäftigung hat sich um 904 000 Einheiten verringert. Jedoch betrifft dieser Rückgang wesentlich die Landwirtschaft (– 1.013.000 Einheiten). Dagegen weist sie in der Industrie einen Rückgang von – 70.000 auf und im „tertiären Sektor“ ist ein beständiger Zuwachs (+ 179.000) zu verzeichnen.

b) Der Rückgang der Beschäftigung hat fast ausschließlich die selbständigen Arbeitskräfte und die Hilfskräfte betroffen (Bauern, Handwerker, Kaufleute); dagegen hat die Beschäftigung von Unselbständigen zugenommen — sowohl in der Industrie (+ 57.000 Einheiten) und (+ 128.000). Lediglich in der Landwirtschaft nahm sie ab (– 179.000).

c) Infolge dieser Entwicklungen hat die Bedeutung der Beschäftigung von Unselbständigen — in Bezug auf die Gesamtbeschäftigung — zugenommen (von 64,7 % im Jahre 1963 auf 67,9 % im Jahre 1969) und es ist eine ausgeglichene Verteilung auf die Sektoren festzustellen. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft hat sich von 27 % auf 21 % der Gesamtheit verringert; dagegen ist sie in der Industrie von 40,7 % auf 42,8 % und im „tertiären Sektor“ von 32,3 % auf 36,2 % gestiegen.

Tabelle 5
Fixe Brutto-Investitionen
 (prozentual zum Brutto-Nationaleinkommen)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Fixe Brutto-Investitionen	22,1	22,8	23,3	23,7	21,8	18,9	18,4	19,1	19,6
Fixe Brutto-Investitionen ohne Wohnungen	16,2	16,8	16,6	16,5	14,1	12,1	12,2	13,0	13,3
Anlagen und Transportmittel	9,9	10,5	10,3	10,5	8,0	6,4	6,6	7,2	7,6

Tabelle 6
Investitionen und Spareinlagen
 (prozentual zum Brutto-Nationaleinkommen)

	1951-56	1957-62	1963-64	1965	1966	1967	1968
Brutto-Investitionen	20,4	23,3	23,6	19,6	19,6	20,6	19,8
Netto-Investitionen	11,2	14,5	14,9	10,8	10,8	11,9	11,0
Saldo der laufenden Trans- aktionen mit dem Ausland	-1,0	1,3	-0,1	3,9	3,5	2,6	4,0
Nationale Netto- Spareinlagen	10,2	15,8	14,8	14,7	14,3	14,5	15,0

Tabelle 7

Beschäftigung
 (in Tausend)

Unselbständige (Abhängige)					Selbständige u. Gehilfen (Hilfskräfte)				Gesamtheit der Beschäftigten				% Unselbständigkeit von der Gesamtheit der Beschäftigten
Jahre	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	
1959	1.662	5.693	4.052	11.407	5.185	1.483	2.094	8.762	6.487	7.176	6.146	20.169	56,6
1960	1.733	5.949	4.138	11.820	4.834	1.439	2.043	8.316	6.527	7.388	6.181	20.136	58,7
1961	1.702	6.208	4.328	12.148	4.505	1.438	2.081	8.024	6.207	7.646	6.319	20.172	60,2
1962	1.752	6.449	4.249	12.450	4.058	1.361	2.181	7.500	5.810	7.810	6.330	19.950	62,4
1963	1.701	6.667	4.334	12.702	3.594	1.319	2.015	6.928	5.295	7.986	6.349	19.630	64,7
1964	1.535	6.612	4.473	12.620	3.432	1.384	2.145	6.961	4.967	7.996	6.618	19.581	64,5
1965	1.525	6.369	4.405	12.299	3.431	1.359	2.110	6.900	4.956	7.728	6.515	19.199	64,1
1966	1.435	6.283	4.448	12.166	3.225	1.338	2.155	6.718	4.660	7.621	6.603	18.884	64,4
1967	1.424	6.460	4.549	12.433	3.132	1.322	2.220	6.674	4.556	7.782	6.769	19.107	65,1
1968	1.357	6.540	4.669	12.566	2.890	1.350	2.263	6.503	4.247	7.890	6.932	19.069	65,9
1968 (Jan.)	1.290	6.378	4.702	12.370	2.784	1.344	2.315	6.443	4.074	7.722	7.027	18.813	65,8
1969 (Jan.)	1.345	6.577	4.619	12.641	2.560	1.288	2.120	5.968	3.905	7.965	6.739	18.609	67,9

Tabelle 8

Veränderungen in der Beschäftigungsdauer
(in Tausend)

Zeitraum	Unselbständige				Selbständige u. Gehilfen				Gesamtheit der Beschäftigten			
	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt
1969-63 (Januar)	- 296	+ 188	+ 362	+ 254	- 937	- 68	+ 114	- 891	- 1.233	+ 120	+ 476 ¹⁾	- 637
1969-64 (Januar)	- 179	+ 57	+ 128	+ 6	- 834	- 127	+ 51	- 910	- 1.013	- 70	+ 179	- 904
1969-66 (Januar)	- 20	+ 599	+ 136	+ 715	- 599	- 35	- 6	- 640	- 619	+ 564	+ 130	+ 75
1969-68 (Januar)	+ 55	+ 299	- 83	+ 271	- 224	- 56	- 195	- 475	- 169	+ 243	- 278	- 204

Tabelle 9

Prozentuale Zusammensetzung der Beschäftigten

Jahre	Unselbständige				Selbständige und Hilfskräfte				Gesamtheit der Beschäftigten			
	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt	Land- wirt- schaft	Indu- strie	andere Berufe	Gesamt
1959	14,6	49,9	35,5	100,0	59,2	16,9	23,9	100,0	33,9	35,6	30,5	100,0
1961	14,0	51,1	34,9	100,0	56,2	17,9	25,9	100,0	30,8	37,9	31,3	100,0
1963	13,4	52,5	34,1	100,0	51,9	19,0	29,1	100,0	27,0	40,7	32,3	100,0
1968	10,8	52,0	37,2	100,0	34,8	20,8	44,4	100,0	22,3	41,3	36,4	100,0
1969	10,6	52,8	36,6	100,0	42,9	21,6	35,5	100,0	21,0	42,8	36,2	100,0

(Januar)

Hieraus wird ersichtlich, daß sich die Kapazität zur Aufnahme von Arbeitskräften in der italienischen Wirtschaft verringert – diese Tatsache zeigt sich besonders in der Landwirtschaft und bei den Selbständigen. Die Rückgänge in der Beschäftigung machen einmal den Druck vermittelt der verschleierte Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung deutlich, während in Bezug auf die Beschäftigung von Arbeitskräften – mit einer gleichmäßigeren Verteilung auf die einzelnen Sektoren – die Stabilität zugenommen hat. Dies ergibt sich aus der Verschiebung der entsprechenden Quoten zugunsten der Industrie und des „tertiären Sektors“. Neuerdings nun scheint sich dieser Prozeß der Entlassung von unterbeschäftigten Arbeitskräften auf den „tertiären Sektor“ auszudehnen. Die Tatsache, daß sich zwischen dem Januar 1969 und dem Januar 1968 in diesem Sektor die Beschäftigung um ca. 280.000 Einheiten verringert hat, scheint dies anzudeuten.

Der Prozeß der kapitalistischen Reorganisation zeigt eine Beschleunigung in Bezug auf die Dynamik der Löhne, er hat neue Richtungen der Investitionspolitik und grundlegende Änderungen der Beschäftigungsstruktur entwickelt. Er stellt eine fortgeschrittenere Phase in der Politik der monopolistischen Gruppen dar, die diesen Prozeß dirigieren und die auf vielerlei Weise versuchen, die Wirtschaftspolitik der Regierung in ihn zu integrieren. Wie man sieht, entfaltet dieser Prozeß auch die Widersprüche unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung auf einer höheren Ebene. In diesen Widersprüchen entwickelt sich – als äußerst wichtige Komponente – die Bewegung, die ihre Rechte und Reformen fordert. Sie geht von den Fabriken aus und erfaßt die gesamte Gesellschaft. Von den Fortschritten dieser Bewegung hängt letzten Endes die Möglichkeit ab, neue, fortschrittlichere Wendungen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes zu erreichen.

Anhang

Die theoretischen Standpunkte einflußreicher bürgerlicher westdeutscher Ökonomen zu Grundproblemen der staatsmonopolistischen Programmierung

Nachfolgender Beitrag ist ein Originalbeitrag der Redaktion für die vorliegende Ausgabe des „Marxismus-Digest“. Er soll einen Überblick über wichtige Positionen westdeutscher bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler zu der in dieser Ausgabe behandelten Problematik vermitteln. Am Ende des Beitrages sind einige wichtige Veröffentlichungen der letzten Jahre sowohl von bürgerlichen Ökonomen und Wirtschaftspolitikern als auch von marxistischen Wissenschaftlern zur Thematik aufgeführt.

Überblick

In den ersten 60er Jahren mehrten sich in der BRD die Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen Ökonomen und Politikern um Probleme der staatsmonopolistischen Programmierung. Es gibt zwar bis heute noch kein umfassendes Werk von westdeutschen Autoren über diese Problematik – etwa der „Industriegesellschaft“ von Galbraith („Die moderne Industriegesellschaft“, München-Zürich 1968) vergleichbar – aber in einer Reihe von Konferenzen haben viele westdeutsche Wissenschaftler von Rang und Namen ihre Auffassungen zur „Planung in der Marktwirtschaft“ oder der „neuen Rolle des Staates in der Wirtschaft“ dargelegt. Solche Veranstaltungen trugen nicht rein akademischen Charakter, sie waren die ideologische Vorbereitung der Nach-Erhard-Periode, der Schillerschen Globalsteuerung, die praktisch den Übergang zur strafferen staatsmonopolistischen volkswirtschaftlichen Planung – Rahmenplanung – vollzog. Mit der Globalsteuerung wurde versucht, die ad-hoc-Intervention der imperialistischen Wirtschaftspolitik in ein auf ein quantifizierbares Ziel gerichtetes System zu bringen, also Wachstums- und Strukturpolitik zu betreiben.

Die Mehrzahl der westdeutschen bürgerlichen Ökonomen geht davon aus, daß volkswirtschaftliches Wachstum, als reale Vermehrung des Nationaleinkommens (Güter- und Dienstleistungen) verstanden, ein unabdingbares politisches Gesetz sei, insbesondere im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, und daß ein kontinuierliches und optimales Wachstum (die Allokation der Produktionsfaktoren) nicht durch die „freien Marktkräfte“ zu erreichen sei. Die Entscheidungen der Kapitaleigentümer über Produktion und Investitionen müßten mittels staatlicher Zielprojektionen – Rahmenplanung – und wirtschaftspolitischen Maßnahmen – Wirtschaftssteuerung – beeinflußt und auf ein bestimmtes Wachstum des Sozialprodukts gelenkt werden. Diese Grundhaltung wird deutlich in einer Veranstaltung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ zum Thema: „Planung

in der freien Marktwirtschaft“. Im Jahre 1964 leitete der bekannte Wachstumstheoretiker Prof. G. Bombach (Basel) diese Diskussion, an der sich neben prominenten Wissenschaftlern, wie zum Beispiel Prof. W. Krelle und Dr. R. Krenzel (Westberlin), auch einflußreiche Politiker und Publizisten beteiligten wie Rüdiger Altmann, Fischer-Menshausen, Günther Friedrich. Das einführende Referat hielt Prof. Edgar Salin. Das Referat und die Diskussionsbeiträge wurden veröffentlicht in: Bergedorfer Protokolle, Planung in der freien Marktwirtschaft, Bdn 7, Hamburg-Westberlin 1964 (alle im Folgenden angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese Quelle).

Die Hauptthesen Salins in seinem Referat.

– Eine „freie Marktwirtschaft“ – „wie sie dem Modell entspricht“ – „hat es nie gegeben und kann es nie geben“. (S. 10)

– Es gäbe Gebiete, auf denen Planung „unerlässlich“ sei. In Westdeutschland sei man in Planungsfragen im Rückstand aus „Angst, eine Maßnahme zu ergreifen, die jemand als nicht marktkonform bezeichnen würde“. (S. 11)

– Die heutige Technik verlange aber bereits eine Planung im „übernationalen oder vielleicht besser im internationalen Raum“. (S. 12)

– Planung müsse vor allem in der Raumpolitik und im Verkehrswesen betrieben werden. Hier gelte es im internationalen Maßstab Gebiete zu erschließen, Eisenbahnen und Luftverkehrsgesellschaften einer europäischen Zentrale zu unterstellen, zentrale Radarorganisationen usw. zu schaffen.

– Die Energieerzeugung und Verwendung müsse planmäßig erfolgen.

– Auch die „Industrieplanung sei in einem ganz anderen Rahmen“ nötig. Die größten europäischen Konzerne seien zu klein, um „die gewaltigen Mittel bereitzustellen, welche die Forschung benötigt“. (S. 19)

– Kartellvereinbarungen zwischen den Konzernen seien heute „sinnlos, wenn man sich hierbei nicht auch zu einer zweckmäßigen Produktionsaufteilung zusammenfindet“. Innerhalb der EWG sollte die Produktion der größten Industrien, zum Beispiel die Erzeugung von Autos, Kühlschränken, Waschmaschinen, „planmäßig erfaßt und ökonomisch aufgegliedert werden“. (S. 19/20)

– „Internationale Planung, sicher nicht als Richtlinie für alle, sicher nicht als Zwangsmaßnahme“ sei „unerlässlich auf dem ganzen Kontinent, wenn Europa überhaupt überstehen soll.“ (S. 21)

In der Diskussion werden die Widersprüche und sozialen Konflikte deutlich, die sich für das imperialistische System mit dem Übergang zur staatsmonopolistischen Programmierung ergeben. Erstes und wichtigstes Problem ist dabei: Welchen Charakter haben die Pläne, und wie weit greifen sie in das Eigentum an den Produktionsmitteln ein? „Spannungsverhältnis zwischen Planung und Freiheit“ (S. 26). Nicht weniger wichtig ist das Problem: Wie stehen die Gewerkschaften zu den Plänen? Dazu Prof. Krelle: „Es ist doch aber vernünftiger, sich gleich bei der Aufstellung des Planes mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden ins Benehmen zu setzen, um eine solidere Grundlage dafür zu bekommen“. (S. 23).

Deutlich wird auch bereits, daß die Planung solcher Bereiche, die ausschließlich oder zum größten Teil, reine Staatsaufgaben sind, wie zum Beispiel die Infrastruktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen, anders zu handhaben sei, als in sol-

chen Bereichen, die vorwiegend vom Privatkapital beherrscht werden, wie zum Beispiel die Industrieproduktion, der Handel, die Dienstleistungen, das Kreditwesen usw. (imperative Planung der Staatsaufgaben, indikative Planung der Privatwirtschaft).

Einen gewissen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen um die staatsmonopolistische Programmierung mit einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1966. Hier fanden sich viele namhafte Ökonomen und Politiker zusammen, um zum Thema: „Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute“ zu diskutieren. Auf dieser Veranstaltung wurden sechs Grundsatzerferate von führenden Nationalökonomern und Betriebswirten gehalten. Die bereits in den vorangegangenen Veranstaltungen (z. B. List-Gesellschaft, Bergedorfer Gespräche) entwickelten Standpunkte werden hier theoretisch vertieft und von den verschiedensten Aspekten der bürgerlichen Ökonomie her dargestellt. Referate und Diskussionsbeiträge sind veröffentlicht in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 45, Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Gesellschaft von heute. Westberlin 1967. (Alle im Folgenden angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese Quelle)

In seiner Begrüßungsrede umriß Prof. Dr. E. Schneider, Kiel, die zu behandelnde Problematik als ein Thema, das „an die Grundfragen der Wirtschaftspolitik unserer Zeit rührt“. (S. 3) Seine Hauptgedanken dazu:

– „Die Zeit des Laissez faire ist vorüber“. Niemand bestreitet heute mehr, daß der Staat Aufgaben in der Wirtschaftslenkung habe. „Aber die Auffassungen darüber, in welchem Ausmaße der Staat an der Lösung des Problems der Allokation der Ressourcen beteiligt werden soll, gehen weit auseinander“. (S. 3)

– In der kapitalistischen Wirtschaft könne der Staat nicht unmittelbar planend in den privaten Sektor eingreifen, ohne „die Wirtschaftsordnung selbst zu ändern“. (S. 4)

– Hohe Beschäftigung, stabile Preise, gleichgewichtiges Wachstum und ausgeglichene Zahlungsbilanz seien erreichbar, wenn die vorhandenen Möglichkeiten quantitativ aufgedeckt und zur Grundlage der staatlichen Wirtschaftspolitik gemacht werden. Der Staat könne auf die Planung seiner Aufgaben „imperativ für den staatlichen Sektor und indikativ für den privaten Sektor nicht verzichten“. (S. 5)

Im Folgenden werden die Hauptgedanken des Referats von Prof. Helmuth Arndt, Westberlin, zum Thema: „Die Planung als Problem der Marktwirtschaft“ dargelegt. Arndt, Staatssekretär bei Schiller, gilt als Vertreter einer strafferen Wachstums- und Strukturpolitik.

– Die private Planung der Unternehmen sei „problematisch“,

1. weil die Marktwirtschaft nicht die volkswirtschaftlich zweckmäßige Grundstruktur, d.h. die Infrastruktur, das Bildungswesen, die Raumordnung usw. produziere.

2. weil der Konkurrenzkampf nicht immer „Leistungswettbewerb“ sei. Es könnten auch Profite auf Kosten anderer erzielt werden, z. B. durch Unterlassen von Investitionen für die Reinerhaltung der Umwelt, durch Steuerhinterziehung oder

„Wettbewerb um Subventionen“; durch Ausnutzen von Macht („der Stärkere kann den Schwächeren ausbeuten“). Schließlich schalte die Monopolisierung den Markt aus: „Wo das Gewinnstreben die Unternehmer veranlaßt, Monopole zu errichten, verliert der Markt seine Funktion, die Pläne privater Wirtschaftler zu koordinieren“ (S. 17 f.)

3. weil der Marktmechanismus keineswegs „reibungslos“ auf Störungen reagiere. Das Profitstreben der einzelnen Unternehmen sei oft gegen die Erfordernisse der längerfristigen Entwicklung der gesamten Wirtschaft gerichtet. Oft übersehen einzelne Konzerne auch nicht die Marktsituation (Fehleinschätzung). Krisen seien dann die Folge.

4. weil selbst ein „in jeder Hinsicht funktionierender Marktmechanismus das Auftreten makroökonomischer Störungen nicht verhindern kann.“ Weder ausreichende Geldzirkulation noch Vollbeschäftigung seien über den freien Markt zu erreichen. (S. 21)

5. weil Planung der sozialen Sicherheit notwendig sei. Dies gelte insbesondere für Erwerbsunfähige (S. 21).

– Aus diesen fünf Gründen müsse der Staat zentral planend in die Wirtschaft eingreifen. Diese Planung sei jedoch „subsidiär“, gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft indikativ und nur „in Grenzfällen“ (Hungersnot) imperativ.

– Die zentrale staatliche Planung sei ebenfalls „problematisch“, weil:

1. die verschiedenen Arten der Planung nicht oder nicht genügend aufeinander abgestimmt seien:

2. sich die zuständigen staatlichen Instanzen in der Diagnose irrten oder sich in der Wahl der Mittel vergriffen;

3. Kollisionen vorliegen oder auf „übergeordnete Gesichtspunkte“, z. B. politische Probleme, Rücksicht zu nehmen sei;

4. staatliche Planungen interessengebunden oder auf Sonderinteressen ausgerichtet sein könnten (Lobbyismus) (S. 24).

– Ergebnis der Analyse sei ein „ernstes Dilemma“: Die Marktwirtschaft funktioniere nicht ohne staatliche Planung, aber der Staat sei „nicht oder noch nicht“ für diese Aufgabe geeignet (S. 35).

– „Je besser die Planung in der Marktwirtschaft ist – die private und die staatliche –, desto weniger Planung ist notwendig.“ (S. 36)

Als Anhang zum Referat ist ein ausführliches Verzeichnis einschlägiger Literatur veröffentlicht.

Veröffentlichungen zum Problem der staatsmonopolistischen Programmierung

„Langfristige Programmierung innerhalb der Marktwirtschaft“. Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 10, Westberlin, 1963.

„Planung in der Marktwirtschaft“, Vorträge auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Liberalen Weltunion im Dezember 1963, Stuttgart, 1964.

„Planung ohne Planwirtschaft“. Herausgegeben von A. Plitzko, Vorträge einer Veranstaltung der List-Gesellschaft e. V., Band 34, Basel-Tübingen, 1964 (Vorträge von Prof. Bombach, Prof. Giersch, Prof. Krelle, Prof. Salin).

„Planung in der freien Marktwirtschaft“. (Bergedorfer Gesprächskreis) Bergedorfer Protokolle, Band 7, Hamburg-Westberlin, 1964.

„Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa“. Von K. Klepa, Freiburg/Brsg., „Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute“. Herausgegeben von Prof. E. Schneider in Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 45, Westberlin, 1964.

„Das Zeitalter des Ökonomen“ von W. W. Heller, Tübingen, 1968.

„Die strukturpolitischen Grundsätze der Bundesregierung“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 10 vom 24. 1. 1968.

Wichtige marxistische Titel zum Thema der staatsmonopolistischen Programmierung

Andexel, R. „Staatsfinanzen, Rüstung, Krise, Krieg“, Akademie-Verlag, Berlin, 1968

Bönisch, A. „Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus“, Verlag Die Wirtschaft, Berlin, 1969

Gündel, R./Henninger, H./Heß, P./Zieschang, K. „Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, Akademie-Verlag, Berlin 1967

Heise, K. H. „Profitbesteuerung und Regulierung der Kapitalakkumulation. Grundlagen, Funktionen und Auswirkungen der Kapitalbesteuerung, eines wichtigen Elements des staatsmonopolistischen Regulierungssystems“, in: DWI-Forschungshefte 3/1968, Berlin

Hemberger, H./Maier, L./Petrak, H./Reinhold, O./Schwank, K.-H. „Imperialismus heute“, 5. Auflage, Dietz Verlag, Berlin, 1968

Klein, D. „Wirtschaftsprogrammierung in der EWG“, Dietz-Verlag Berlin, 1965

Kowalski, R. „*Staat – Monopole – Wirtschaftsregulierung. Charakter und Ziele der wirtschaftspolitischen Konzeption der Kiesinger/Strauß-Regierung*“, DWI-Forschungshefte, 1/1969, Berlin

„*Spätkapitalismus ohne Perspektive. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre*“. Herausgegeben vom DWI, Berlin, Akademie-Verlag, Berlin, 1969

„*Le Capitalisme monopoliste d'etat*“. Protokoll einer internationalen Konferenz über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, veranstaltet von der Redaktion der Zeitschrift „*économie et politique, revue marxiste d'économie*“, 2 Bände, Paris, 1966

Heft 2 des Marxismus-Digest zum Thema „Neokolonialismus“ wird u.a. folgende Beiträge enthalten:

Ali Yata
Der Neokolonialismus in Afrika

Hartmut Schilling
Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus

G. Liebscher
Zur neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Imperialismus in den Gegenwart

E. Modrzinskaja
Ideologische Grundlagen des Neokolonialismus

M. Lawritchenko
Wer ist für die ökonomische Rückständigkeit der „dritten Welt“ verantwortlich?

Jean Marcell
Die neokolonialistische Strategie des französischen Imperialismus

Tran Duc Thao/Nguyen Van Ba
Ursachen und Genesis der militärischen Niederlage der USA in Vietnam

SOZIALISTISCHE POLITIK

Abonnement DM 12.- bzw. 8.-
DM 3.-

INHALT 1-69 – 4-69 u.a. (80 – 104 – 96 – 136 Seiten)

Elmar Altwater Die Krise der europäischen Währungen	Ossip K. Flechtheim Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik
Peter Hess Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht	Eric Hobsbawm Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung
Hubertus Hüppauf Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz	Bernd Rabehl Rätedemokratie in der industrialisierten Gesellschaft
Sebastian Herkommer Zur Politisierung technischer Intelligenz	Bernhard Blanke Thesen zur Faschismus-Diskussion
Helmut Reichelt Anmerkungen zur Marx'schen Werttheorie und deren Interpretationen bei Werner Hofmann	Bassam Tibi Zum Verhältnis von Militär und Nationalismus am Beispiel der arabischen Länder
Wolfgang Müller Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie	Sozialistische Organisation Israels Das Palästina-Problem
Renate Damus Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx	Wolfgang Schöller Tupamaro in Uruguay – Guerilla im Apparat
Claus Rolshausen Technik und Wissenschaft als Ideologie	Alex Schubert Zur Rolle und Entwicklung der KP in Kuba

Anfang Februar 1970 erscheint Nr. 5 mit ca. 100 Seiten

INHALT: Marx.Geldtheorie	Lateinamerika
Krisentheorie bei Marx	Indische Linke
Septemberstreiks	Bourgeoisie in Syrien
Berufslage d. Ingenieure	Imperialismus u. 'Dritte Welt'
Sozialstaatstheorie	Dialektik der Wertform
Konjunkturdaten	

Redaktion, Werbung und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel.: 76902341
Postscheckkonto Berlin-West 62010

Einzelheft DM 3,-; Jahresabonnement incl. Porto DM 12,-; ermäßigtes Abonnement DM 8,- (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Nachweis). Abonnementlieferungen nur direkt über die Redaktion.



Politische Ökonomie

Geschichte und Kritik

-
- | | |
|--------------------------|---|
| G. A. Feldman | Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens
Aus dem Russischen und mit einem Vorwort von O. Kratsch
128 Seiten, Snolin 12,— DM, Leinen 18,— DM |
| Elmar Altvater | Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität
Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus
214 Seiten, Snolin 18,— DM, Leinen 26,— DM |
| Elmar Altvater | Die Weltwährungskrise
144 Seiten mit 24 Tabellen, Snolin 9,— DM |
| Joseph M. Gillman | Prosperität in der Krise
312 Seiten, Snolin 15,— DM, Leinen 22,— DM |
| Eugen Varga | Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen
Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater
450 Seiten, Snolin 25,— DM, Leinen 35,— DM |
| Rudolf Hilferding | Das Finanzkapital
Eingeleitet von Eduard März
516 Seiten, Snolin 29,— DM, Leinen 38,— DM |
| Ernest Mandel | Die deutsche Wirtschaftskrise
Lehren der Rezession 1966/67
56 Seiten, kartoniert 3 DM
provokativ |
-

Europäische Verlagsanstalt

Der Bankier und die Macht.

Hermann Josef Abs in der deutschen Politik

von Eberhard Czichon
330 Seiten, glanzkartoniert, DM 14. —

Als einflußreichster Sprecher der Großbanken und Großindustrie hat Hermann Josef Abs die westdeutsche Nachkriegspolitik entscheidend mitbestimmt. Weniger bekannt als sein Einfluß auf die Regierungspolitik seit 1949 ist indessen die Rolle, die er bis 1945 gespielt hat. Spezielle diese seine Tätigkeit untersucht die neue Arbeit des jungen Historikers Eberhard Czichon. Sie entstand auf der Grundlage der Auswertung von 20 000 Seiten Akten der Deutschen Bank, die in den feuersicheren Panzerschränken im Keller der Berliner Mauerstraße Luftangriffe und Stadtkämpfe überstanden haben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die persönliche Handakte von Hermann Josef Abs, die Akten seines Auslandssekretariats aus den Jahren 1938–1945 sowie um Akten des Generalsekretariats und der Kanzlei der Deutschen Bank.

Der erste Teil des Buches behandelt den Aufstieg und die Tätigkeit von Hermann Josef Abs bis zum Kriegsausbruch 1939. Der zweite Teil untersucht das Wirken von Abs in den Kriegsjahren 1939–1945. Im dritten Teil versucht der Verfasser, über die mit dem Jahr 1945 abschließenden Akten hinaus die Rolle von Hermann Josef Abs bis in die Gegenwart weiterzuverfolgen.

Schule im Kapitalismus

Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule

von Friedhelm Nyssen
175 Seiten, glanzkartoniert, DM 22.80

Die Grundthese des Autors ist: Der Einfluß von Arbeitgeberverbänden ist im Felde der Schule erheblich größer als der von Arbeitnehmerorganisationen. Es wird versucht, diese These durch den Nachweis zu belegen, daß Arbeitgeberverbände nicht nur auf bildungspolitisch relevante Entscheidungsinstanzen – Parlamente, Kultusbükratien – einen größeren Einfluß ausüben, sondern auch und vor allem ‚im Schulalltag‘.

Das Buch vermittelt dem kritischen Lehrer eine Vielzahl von Informationen, und Argumenten für die in den letzten Jahren entbrannte Diskussion um das Thema Schule und Demokratie.

Pahl-Rugenstein Verlag
5 Köln, Barbarossaplatz 2

Marxistische Blätter

Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Umfang pro Heft 86–96 Seiten. 8. Jahrgang. Preis im Abonnement je Heft DM 2.– plus Porto, Preis je Einzelheft DM 2.50 plus Porto.

Die Marxistischen Blätter behandeln seit 1963 aus unverfälschter marxistischer Sicht wichtige Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die Zeitschrift bietet allen interessierten Menschen in der Bundesrepublik eine zuverlässige Unter- richtung über Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Autoren aus der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und des Auslandes untersuchen und erläutern in jeder Ausgabe durch verschiedene Aufsätze ein *Hauptthema* aus dem politischen und geistigen Leben unserer Gesellschaft. Weiterhin veröffentlicht die Zeitschrift regelmäßig grundsätzliche Auf- sätze zum aktuellen Geschehen und enthält außerdem ständige Rubriken – so *Berichte* über wissenschaftliche Tagungen und ausführliche *Rezensionen* wichti- ger Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur.

Themen des Jahres 1970 sind u.a.:

Heft 1: Neonazismus und Rechtsentwicklung in der BRD

Heft 2: Probleme der Prognostik und Futurologie

Heft 3: Zur Vermögensbildung in der BRD

Themen des Jahrgangs 1969 waren:

Heft 1: Gewerkschaftspolitik und -organisation

Heft 2: Außen- und Militärpolitik des westdeutschen Imperialismus

Heft 3: Probleme der Arbeiterbewegung in Westeuropa

Heft 4: Jugend und Gesellschaft

Heft 5: Das Verhältnis Bundesrepublik und DDR

Heft 6: Zur Strategie der Arbeiterbewegung in der BRD

Fordern Sie unverbindlich Probehefte vom

Verlag Marxistische Blätter GmbH

6 Frankfurt/Main 1

Meisengasse 11

Veröffentlichungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/Main

Beiträge des IMSF

Nr. 1 „Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlin- dustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsberei- chen.“ 406 Seiten, davon 129 Seiten Dokumente im Faksimile-Druck, DM 55.–. Für Ar- beiter-, Gewerkschaftsorganisationen, Betriebsräte, Studentische Organisationen DM 30.–.

IMSF-Informationsberichte

Nr. 1 „Die 18. Geschäftsführertagung des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) vom 8. bis 10. Mai 1969 in Baden-Baden“ (19 Seiten, DM 5.–) vergriffen.

Nr. 2 „Der Wirtschaftstag der CDU/CSU vom 26. bis 27.6.1969 in Bonn“ (23 Seiten, DM 5.–) vergriffen.

Nr. 3 „SYSTEMS 69. Internationales Symposium über Zukunftsfragen mit Ausstellung neuer Techniken. München 10. bis 15. November 1969“ (50 Seiten, DM 5.–) lieferbar.

Information zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse in der BRD

SI/1970: „Zur währungspolitischen Situation 1969/70“ (18 Seiten, DM 2.50)

Im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main erschienen folgende im IMSF erarbeitete Publi- kationen:

Lenin über Trotzki. Mit einer Einleitung von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler. 208 Seiten, DM 3.–

Handbuch für Arbeiter und Angestellte

zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis

368 Seiten, Plastikeinband, DM 7.50

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Band 1: Südvietnam

Band 2: Nordvietnam

Herausgegeben von Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus, jeder Band 184 Seiten, je Band DM 3.–

Heinz Schäfer

Lohn, Preis und Profit heute. Mit einem ausführlichen statistischen Anhang aus der Wirtschaft der BRD.

117 Seiten, DM 3.–

Die Bücher können über den Buchhandel oder durch den Verlag Marxistische Blätter, 6 Frank- furt/Main, Meisengasse 11 bezogen werden.

I	M
S	F

**Institut für
Marxistische Studien und Forschungen eV
6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6**

— .20

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41
POSTFACH 270

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im
Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab
SOPO Nr.

Die umseitigen Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den
Betrag von DM 18,— / DM überweise ich / lege ich als
Scheck bei.

Name:

Vorname:

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Datum:

Unterschrift:

Bezugsbedingungen für die SOZIALISTISCHE POLITIK

1971 erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,—, der des Doppelheftes DM 8,—. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,—, der des Doppelheftes DM 6,—. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,—.

Die Lieferung der Ausgaben wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

Einzelexemplare bereits erschienener Ausgaben sind zu bestellen bei den Westberliner Buchladen Kollektiven: Das politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99 — Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5 — Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Buchhandlung.

Sonstige Mitteilungen:

Neuerscheinung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen

Informationsbericht Nr. 3

SYSTEMS 69

Internationales Symposium über Zukunftsfragen mit Ausstellung neuer Techniken. München, 10. bis 15. 11. 1969.

DM 5,—

Bestellungen sind erbeten an das Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6.

Verehrter Leser,

Sie sind nunmehr im Besitz des erbetenen Probeheftes des „Marxismus-Digest“. Bitte prüfen Sie Inhalt und Konzeption und teilen Sie uns Ihre Meinung und Anregungen mit.

Sollten Sie sich zu einem Abonnement entschließen, trennen Sie bitte die anhängende Postkarte ab, und senden sie uns ausgefüllt zurück.

Bitte nutzen Sie diese Postkarte auch für die Übermittlung von Anschriften aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, damit wir weiteren Interessenten ein Probeheft des „Marxismus-Digest“ zusenden können.

Verehrter Leser,

leider hat sich die Auslieferung des Heftes 1 aus technischen Gründen verzögert. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Die Redaktion